



## Nur zur dienstlichen Verwendung

## Stenografisches Protokoll der 68. Sitzung - endgültige Fassung\* -

### 1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 21. März 2024, 12.00 Uhr  
Paul-Löbe-Haus, Saal 4.900 (Europasaal)  
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Einzigiger Tagesordnungspunkt	Seite
<i>Öffentliche Zeugenvernehmung</i>	
<b>Markus Potzel</b> Sonderbeauftragter der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan bis Juli 2021 (Beweisbeschluss Z-75)	<b>9</b>
<b>Dr. Jasper Wieck</b> Sonderbeauftragter der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan ab Juli 2021 (Beweisbeschluss Z-76)	<b>110</b>

\* Hinweis:

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigelegt.  
Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem \* gekennzeichnet.



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



Nur zur dienstlichen Verwendung



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



Nur zur dienstlichen Verwendung



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.02 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 68. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode, die zugleich unsere 31. Beweisaufnahmesitzung ist.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist, und begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

Ich gehe davon aus, dass sich keine Personen im Raum aufhalten, die später als Zeugen in Betracht kommen.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, einige wenige Vorbemerkungen. Ton- und Bildaufnahmen - eben gab es welche, aber das war vor der Sitzung - sind während der öffentlichen Beweisaufnahmesitzung nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen des Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

### *Öffentliche Zeugenvernehmung*

#### **Markus Potzel**

Sonderbeauftragter der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan bis Juli 2021  
(Beweisbeschluss Z-75)

#### **Dr. Jasper Wieck**

Sonderbeauftragter der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan ab Juli 2021  
(Beweisbeschluss Z-76)

#### **Dr. Martin Schuldes**

Leiter des Referats „Frieden und Sicherheit sowie Katastrophenrisikomanagement“ des BMZ  
(Beweisbeschluss Z-72)

Wir werden die Zeugen in dieser Reihenfolge vernehmen.

Der auf der Tagesordnung genannte Zeuge Dr. Schuldes wurde durch Beschluss des Ausschusses am heutigen Tag abgeladen.

Wir werden die Vernehmungen heute voraussichtlich wegen Wahlen zu Gremien und namentlicher Abstimmungen gegen 15 Uhr, 16.30 Uhr und 18 Uhr unterbrechen müssen.

### **Vernehmung des Zeugen Markus Potzel**

Ich begrüße unseren ersten Zeugen, Markus Potzel, der bereits Platz genommen hat.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Potzel, Sie haben den Erhalt der Ladung am 27. Dezember 2023 bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich dafür, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen.

Herr Potzel, zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen vor, und sie ist auch für jeden die gleiche.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren sein.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu noch Fragen?

**Zeuge Markus Potzel:** Nein, Herr Vorsitzender. Keine Fragen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen, und laut und deutlich sprechen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen.

Es handelt sich hierbei jedoch um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein, und es ist der Ausschuss, der darüber befindet.

Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

**Zeuge Markus Potzel:** Keine Fragen, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann komme ich jetzt zum Ablauf der Vernehmung. Eingangs werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich dabei nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Zum Ablauf noch Fragen?

**Zeuge Markus Potzel:** Keine Fragen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann würde ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, nicht dem Geburtsdatum, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

**Zeuge Markus Potzel:** Mein Name ist Markus Potzel. Ich bin 59 Jahre alt. Ich bin Beamter. Und eine ladungsfähige Adresse wäre das Auswärtige Amt, Werderscher Markt 1.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Sie können jetzt, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

**Zeuge Markus Potzel:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich wollte kurz zu meiner Person hinzufügen meinen Werdegang in den letzten zehn Jahren. Ich bin zurzeit der stellvertretende Sondergesandte des VN-Generalsekretärs für Afghanistan, also Stellvertreter von UNAMA, seit Juni 2022. Davor, von August 2021 bis Juni 2022, war ich der designierte Botschafter der Bundesrepublik für Afghanistan. Allerdings aufgrund der Umstände habe ich das dann von Doha aus gemacht. Zuvor war ich von November 2017 bis Juli 2021 der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan; davor, das mehr als ein Jahr, der Krisenbeauftragte der Bundesregierung und von August 2014 bis August 2016 schon einmal Botschafter in Kabul.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, Sie sehen, seit ungefähr zehn Jahren beschäftige ich mich mit Afghanistan. Ich würde allerdings nicht behaupten, dass ich das Land kennen würde. Ich kenne es vielleicht besser als manch anderer, aber Afghanistan ist ein sehr komplexes Land mit einer sehr komplexen Geschichte. Ich spreche auch Dari, was natürlich hilft, eine der beiden wichtigsten Landessprachen. Das hilft schon bei der Arbeit.

Am 15. August 2021, dem Tag, als Kabul den Taliban in die Hände fiel, war ich gebucht auf einen Turkish-Airlines-Flug von Berlin nach Istanbul und sollte am Morgen des 16. August in Kabul landen, um meinen Dienst als Botschafter anzutreten. Das ist dann nicht passiert. Stattdessen hat mich Bundesminister Maas dann nach Doha beordert, wo ich am 17. August 2021 eintraf, von dort aus die Geschäfte führte. Ich muss vielleicht dazusagen, dass ich ursprünglich mindestens eine Woche später nach Kabul gehen sollte, habe dann aber meinen Urlaub abgebrochen aufgrund der Entwicklungen zu der Zeit, um dort halt als Botschafter die Botschaft zu übernehmen auf Weisung von Staatssekretärin Leendertse.

Ich erachte den parlamentarischen Untersuchungsausschuss als ein wichtiges Instrument in einer Demokratie. Deshalb bin ich hier, vorgestern aus Kabul angereist, wo ich, wie gesagt, für die UNO arbeite. Um Ihnen Rede und Antwort zu stehen, dafür habe ich Urlaub genommen. Die Freistellungspflicht von Arbeitgebern für die Aussage im Untersuchungsausschuss erstreckt sich meines Wissens nicht auf Arbeitgeber außerhalb Deutschlands, also auch nicht auf die UNO. Ich musste allerdings auch vom Generalsekretär António Guterres eine Aussagegenehmigung erwirken, die mir gegeben wurde, allerdings mit dem Caveat, dass ich nicht über meine jetzige Tätigkeit reden darf in diesem Ausschuss.

Das war es auch schon als Eingangsstatement. Ich freue mich auf den Austausch mit Ihnen und stehe Ihnen zur Verfügung. - Danke schön.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank, Herr Potzel. - Ich will Ihnen gerne noch sagen, dass, wenn Ihnen Vorhalte aus Akten gemacht werden, Ihnen die Fragestellerin oder der Fragesteller auf

Wunsch die entsprechenden Unterlagen vorlegt. Ich erinnere die Kolleginnen und Kollegen wie immer zu Beginn der Sitzung, bei Aktenvorhalten unbedingt die MAT-Nummer, die Blattzahl zu nennen, und zwar zu Anfang, bevor der Aktenvorhalt erfolgt, und auf die Benennung zahlreicher MAT-Nummern hintereinander nach Möglichkeit zu verzichten, weil man sonst dem schwer folgen kann. - So weit der Hinweis an die Kollegen.

Dann würde ich mit der Befragung in diesem Fall selbst beginnen. Ich würde Sie zunächst fragen wollen, Herr Potzel: Welche Aufgaben hatten Sie als Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan? Wenn Sie uns das einmal grob schildern mögen.

**Zeuge Markus Potzel:** Also, als Sonderbeauftragte der Bundesregierung war ich zuständig für die Koordinierung der Afghanistan-Politik der Bundesregierung innerhalb der Bundesregierung. Das heißt, es gab sehr viel interministeriellen Austausch. Es zählte zu meiner Aufgabe, den Kontakt zu halten mit Regierungsstellen in Afghanistan, ihnen unsere Politik zu erklären, gleichzeitig natürlich nicht als Einzelperson, aber mit einem Team zusammen Informationen zu sammeln, in engem Austausch auch mit unserer Botschaft in Kabul und, ja, unsere Politik gegenüber Afghanistan zu definieren.

Das mache ich natürlich nicht alleine. Dafür gibt es ein Team. Unter mir gab es ein Referat für Afghanistan, Pakistan im Auswärtigen Amt, mit dem ich eng zusammengearbeitet habe. Dieses wiederum stand im engen Austausch mit anderen Afghanistan-Referaten in verschiedenen Ministerien wie dem BMZ, dem BMI, dem BMVg, auch dem BND.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wie würden Sie Ihren Aufgabenbereich abgrenzen von dem jetzt des Länderreferats Afghanistan in der Zentrale des Auswärtigen Amtes? Gibt es da eine Abgrenzung? Wenn ja, wie würden Sie die vornehmen?

**Zeuge Markus Potzel:** Abgrenzung? Ich glaube, zusätzlich zu der Aufgabe des Referats, was in



## Nur zur dienstlichen Verwendung

erster Linie Informationen gesammelt hat, Sachstände geschrieben hat, Gesprächsführungsvorschläge erarbeitet hat, war es meine Aufgabe, eben einen persönlichen Kontakt mit anderen Afghanistan-Beauftragten innerhalb der EU, G-7-Staaten - - auch Staaten wie China, Russland, Iran zusammenzuarbeiten. Das, glaube ich, war der Mehrwert oder das, was mich praktisch abgrenzt gegenüber dem Länderreferat.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wie regelmäßig fand ein Austausch zwischen Ihnen und der deutschen Botschaft in Kabul statt?

**Zeuge Markus Potzel:** Mindestens einmal wöchentlich, Telefonate. Soweit ich mich erinnern kann, bin ich bestimmt zwei-, dreimal im Jahr nach Kabul gefahren. Dort wurde ich regelmäßig von der Botschaft betreut.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Haben Sie persönlich Berichte zur Lage in Afghanistan verfasst?

**Zeuge Markus Potzel:** Auch das, ja. Vor allen Dingen später, als ich dann designierter Botschafter war in Doha, da habe ich persönlich auch Berichte verfasst. Doch, stimmt, vor allen Dingen in der Zeit, als die sogenannten Friedensgespräche zwischen der Republik und den Taliban in Doha stattfanden. Seit dem September 2020 war ich regelmäßig dort und habe dann regelmäßig auch selber Berichte verfasst.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Welchen deutschen Behörden und Stellen haben Sie als Sonderbeauftragter Bericht erstattet, beispielsweise auch dem Bundeskanzleramt?

**Zeuge Markus Potzel:** Auch dem Bundeskanzleramt. Ich nahm regelmäßig an den Staatssekretärsrunden zu Afghanistan teil, an denen eben Ressortvertreter auf Staatssekretärebene dabei waren. Da war das Kanzleramt auch dabei.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann schließt sich - - drängt sich förmlich die Anschlussfrage auf, wenn Sie daran regelmäßig teilgenommen haben: Wie haben Sie denn die Abstimmung zwischen den Ressorts im Untersuchungszeitraum wahrgenommen?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, die Abstimmung habe ich als sehr eng wahrgenommen. Die Staatssekretärsrunden fanden regelmäßig statt, ich glaube, alle zwei Monate. Unterhalb der Ebene Staatssekretär gab es einen regen Austausch. Ich habe mich auch mit stellvertretenden Abteilungsleitern getroffen, Abteilungsleitern. Die Referatsleiter haben sich, ich glaube, zweiwöchentlich getroffen. Es gab aus meiner Sicht einen sehr, sehr engen Austausch.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann lassen Sie mich mal fragen zu dem Thema der innerafghanischen Friedensverhandlung. Welche Aufgaben haben Sie im Rahmen dieser Friedensverhandlung in Doha wahrgenommen?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, Deutschland war Teil, Mitglied einer Gruppe von fünf Staaten, die sich Host Country Support Group nannte. Unsere Aufgabe war es, als Fazilitatoren zwischen den Verhandlungspartnern zu agieren. Mediation wäre, glaube ich, zu weit gegriffen. Das würde auch in den inhaltlichen Bereich gehen. Aber wir haben vor allem zusammen mit der Berghof Stiftung dort durch unsere Präsenz und durch unsere regelmäßigen Kontakte zu beiden Seiten dazu beitragen wollen und, ich glaube, auch zum Teil erfolgreich, dass die Gespräche in Gang kamen, dass die Gespräche nicht abgebrochen wurden und dass es durchaus, wenn auch bescheidene, aber doch Ergebnisse gab.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wie haben Sie damals die Entscheidung bewertet, die innerafghanischen Friedensverhandlungen in Doha stattfinden zu lassen?

**Zeuge Markus Potzel:** Das war, glaube ich, eine logische Entscheidung, weil das Abkommen zwischen den Taliban und den USA zum Abzug in Doha unterzeichnet wurde. Doha hat sich sehr bemüht, Katar, die katarische Regierung hat sich sehr bemüht, als Austragungsort weiter zur Verfügung zu stehen, und war - kann man sagen - ein generöser Gastgeber.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich stelle zu dem Komplex nur ein paar kursorische Fragen. Ich gehe davon aus, dass das von Kollegen nachher



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sicher vertieft wird. Mich interessiert der Aspekt, zunächst mal: Haben Sie auch unmittelbar mit Vertretern der Taliban gesprochen? Wie haben Sie mit denen kommuniziert, wenn ja?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich habe regelmäßig mit Vertretern der Taliban gesprochen, direkt. Wenn es um Small Talk ging, habe ich Dari mit ihnen gesprochen. Allerdings hatten wir auch immer einen Übersetzer dabei und die Taliban auch. Das heißt, die Taliban sind sehr schnell dann zum Paschtu gewechselt, weil das ihre Landessprache ist. Die meisten Taliban sind Paschtunen und haben daher in Paschtu kommuniziert. Dessen bin ich leider nicht mächtig.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wenn Sie den Einfluss - Sie haben ja vorhin zur Rolle was gesagt - der Bundesregierung auf die innerafghanischen Friedensverhandlungen für uns mal darstellen könnten: Wie sah das aus?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, Deutschland und Afghanistan verbindet eine über hundertjährige Freundschaft. Wir sind in Afghanistan ein sehr gefragter Partner, nach wie vor; kann man sagen. Sowohl die afghanische Regierung hatte sehr viel Vertrauen in uns. Taliban, gerade auch aufgrund der vertrauenswürdigen und diskreten Arbeit der Berghof Stiftung, hatten auch zu uns ein gewisses Vertrauen gefasst. Das heißt, wir waren ein gefragter Gesprächspartner von beiden Seiten, vielleicht der Gesprächspartner, dem sie beide am meisten Vertrauen entgegengebracht haben.

Das heißt, als ich in Doha war, habe ich fast täglich mit der Delegation und mit einzelnen Delegationsmitgliedern der Republik, der Islamischen Republik Afghanistan, kommuniziert, mit den Taliban sicherlich einmal die Woche. Wenn man sich austauscht über die aktuellen Entwicklungen, über den Fortlauf des Verhandlungsprozesses, dann baut sich eine gewisse Vertrauensgrundlage auf. Wir haben dann über die Vergangenheit gesprochen, auch mit den Taliban zum Beispiel, über den Anschlag nahe der deutschen Botschaft im Mai 2017 und solche Sachen. Ja, man lernt sich kennen. Das war, glaube ich, schon für unsere Arbeit von Vorteil.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Der Zeuge Krüger - ich zitiere aus dem Stenografischen Protokoll der Sitzung vom 20. Oktober 2022, Seite 128 - hat in seiner Vernehmung gesagt:

„Wir haben versucht, die Verhandlungsdelegation zu unterstützen durch Beratungsleistungen, Berghof-Stiftung und Ähnliches ...“

Die Unterstützung habe dabei insbesondere dem Verhandlungsteam der Afghanischen Republik gegolten. - Zitat Ende. Beschreibt das, wie die Bundesregierung sich konkret in die Verhandlungen eingebracht hat aus Ihrer Sicht?

**Zeuge Markus Potzel:** Das kann man so sagen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Haben Sie abseits der offiziellen Verhandlungstermine auch Gespräche geführt?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, auch. Also, wir haben uns sehr oft mit Mitgliedern der - - abseits der Verhandlungen dann doch eher mit den Vertretern der republikanischen Delegation. Das gab dort wirklich einen sehr, sehr engen Austausch.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Eine der besonders interessanten Fragestellungen, auf die wir gestoßen sind im Zuge unserer Beratung und Vernehmungen hier, ist die Frage, ob es Sicherheitsversprechungen der Taliban gegenüber der deutschen Bundesregierung gegeben hat.

**Zeuge Markus Potzel:** Sicherheitsversprechungen der Taliban? Insofern, dass die Taliban den Inhalt des Abkommens zwischen ihnen und den Amerikanern auch auf Alliierte, auf NATO-Partner und Partner im Rahmen der Resolute-Support-Mission ausgedehnt haben. Sie haben uns, soweit ich mich erinnern kann, versprochen, unsere Soldaten nicht anzugreifen, wenn wir abziehen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich zitiere aus MAT A AA-2.30 VS-NfD, Blatt 113; Anlage 1. Das ist eine E-Mail von Herrn van Thiel, der als Zeuge bei uns vernommen worden ist. Er schreibt Folgendes - ich zitiere -:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

„Ich habe grünes Licht für diese Initiative von Markus Potzel und er hat Kontakt auch zu Ihnen nach Doha ausdrücklich empfohlen. Berlin kommt (gewollt) nicht vor die Welle, wir müssen auch über diplomatie [sic!] ...“

- vollumfänglich -

„vor Ort nachdenken und alternative Si-Konzepte ... für den Ernstfall ... angelehnt an das was u.a. TUR hier treibt, wäre ein niedrigrschwelligeres Gentlemen's Agreement, in dem wir die Evidenz zu sichern - von uns und unseren Polizisten geht keine Gefahr aus - und die TLB dafür mit uns o.g. „Versicherungen“ abschließen.“

Das ist die Aussage des Zeugen van Thiel. Dazu würde ich Sie gerne befragen, was Sie zu diesem Sachverhalt beitragen können.

**Zeuge Markus Potzel:** Also, wenn ich den Kollegen van Thiel richtig verstanden habe, dann wollte er auch vor Ort in Kabul Kontakt zu den Taliban aufnehmen, um Sicherheitsgarantien zu erhalten.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Und wie haben Sie das bewertet?

**Zeuge Markus Potzel:** Kennen Sie eine E-Mail von mir darauf, als ich ihm gesagt habe: „Das machen wir vor Ort nicht; das würden wir höchstens im Verbund mit unseren Partnern machen“? Es war immer Politik der Bundesregierung, die Kontakte zu den Taliban von Berlin aus, das heißt von der Zentrale aus, zu pflegen, um eine gewisse Abgrenzung zur Botschaft zu haben. Die Botschaft hat die Bundesregierung oder die Bundesrepublik vertreten in dem Land. Und das Land wurde von einer Regierung regiert, die wir offiziell anerkannt haben. Und wir hätten uns, glaube ich, nicht unbedingt Freunde gemacht in der Regierung, wenn wir von Kabul aus Kontakte zu den Taliban aufgenommen hätten.

Dazu kommt, dass die Sicherheitslage in Kabul prekär war und Ausfahrten, um zum Beispiel sich mit Taliban zu treffen, doch sehr risikoreich waren und meines Wissens auch von den Sicherheitsbeamten der deutschen Botschaft abgelehnt wurden. Insofern habe ich dem Kollegen van Thiel geraten, vor Ort in Kabul keine Kontakte zu Taliban aufzunehmen, zumal wir auch gar nicht wussten, wer unsere Ansprechpartner hätten sein können in Kabul. Wir hatten unsere Ansprechpartner in Doha.

(Abg. Stefan Keuter (AfD)  
meldet sich zu Wort)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Der Abgeordnete Keuter hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Bitte schön.

**Stefan Keuter (AfD):** Vielen Dank. - Ich bin der Meinung, dass es sich hier gerade um eine unzulässige Frage handelte. Sie haben den Zeugen nach einer Bewertung gebeten. Ich würde gerne den Ausschuss in eine Beratungssitzung bitten, um gemäß Untersuchungsausschussrechtskommentar Butz Peters, Randnummer 797, darüber abzustimmen, ob diese Frage gerade zulässig war.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Erstens würde ich gerne darauf hinweisen, dass ich nicht auf eine Bewertung aus heutiger Sicht gefragt habe, sondern ich habe gefragt: „Wie haben Sie damals bewertet?“, und das ist zulässig. Insofern ist eine entsprechende Vorbereitung hilfreich, wenn man solche Anträge stellt. Ich sehe eigentlich keinen Anlass dazu, die Sitzung zu unterbrechen.

**Stefan Keuter (AfD):** Dann werden wir uns das Protokoll dazu mal angucken, weil ich das ganz klar und mein Team auch anders verstanden hatte. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das mögen Sie tun, wozu Sie Lust haben. Das ist mir völlig schnurz. - So, wir können aber gerne über den GO-Antrag abstimmen. Das machen wir natürlich, selbstverständlich. Soll das ein förmlicher Antrag sein?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Stefan Keuter (AfD):** Ja.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann stimmen wir darüber ab. Wer möchte, dass wir dem GO-Antrag folgen, die Sitzung unterbrechen und eine interne Beratungssitzung durchführen, den bitte ich um das Handzeichen.

**Stefan Keuter (AfD):** Ich glaube, für diese Abstimmung müsste die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Für die Beratung selbst. Aber wir exerzieren das alles hier miteinander durch; das schaffen wir. Die Abstimmung selbst können wir hier durchführen. Das wird ja nicht weiter begründet.

Können wir die Abstimmung jetzt durchführen? Sind Sie bereit? - Dann machen wir das. Wer dafür ist, die Sitzung zu unterbrechen und dann eine Beratungssitzung durchzuführen, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Die Mehrheitsverhältnisse scheinen mir eindeutig zu sein. Dann fahren wir in der Sitzung fort.

Ich komme noch mal zurück. Sie haben das vorher kurz gesagt, aber ich frage Sie noch mal genau: Wann haben Sie Ihre neue Stelle als Botschafter in Afghanistan angetreten?

**Zeuge Markus Potzel:** Der Erlass, die Stelle anzutreten, der kam, glaube ich, schon im Mai. Meines Wissens war das Antrittsdatum Juni, Mitte Juni. Allerdings hatte ich davor noch Urlaub. Ich habe diesen dann frühzeitig abgebrochen und war bereit, am 16. August 2021 meine Tätigkeit an der Botschaft Kabul aufzunehmen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das hört sich jetzt möglicherweise etwas eigentümlich an, weil Sie ja gesagt haben, dass Sie im Urlaub waren. Aber ich will Sie trotzdem fragen: Welche Verantwortung für den Botschaftsbetrieb in Kabul hatten Sie also für den Zeitraum vom 20. Juli, wenn Sie zugleich während der Zeit im Urlaub gewesen sind?

**Zeuge Markus Potzel:** Sie wissen, dass es in Kabul ein Rotationsprinzip gab. Der Botschafter

rotierte mit dem Vertreter. Mein Vertreter, Jan Hendrik van Thiel, rotierte rein, meines Wissens, Mitte Juli, und hat dann die Botschaft geführt. Ich war im Urlaub, habe mich aber immer informiert gehalten über die Vorgänge in Afghanistan.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich beziehe mich mal auf MAT A AA-8.649 VS-NfD, Blatt 277 bis 280; Anlage 2. Sie haben nämlich am 6. August eine Mail des Gesandten van Thiel vom 23. Juli beantwortet, in der Sie diesen bitten, Überlegungen zu einer Einzelabsprache mit den Taliban zur Sicherheitsgarantie zu mäßigen und ermutigen - ich zitiere -, „das Personenschutzkonzept nicht in Frage zu stellen“.

Zuvor hatten Sie sich dafür die Billigung des neuen, Ihnen nachfolgenden Sonderbeauftragten Wieck eingeholt, das ist MAT A AA-8.649, Blatt 271; Anlage 3. Meine Frage wäre: War das also eine formelle Weisung, die Sie hier erteilt haben, eine eindringliche Bitte? Was war das? Sie haben ja eben nur gesagt, Sie haben sich informiert gehalten. - Das ist ja durchaus ein dienstlicher Vorgang.

**Zeuge Markus Potzel:** Das war eine Weisung, die war vorher besprochen, wie Sie sagten, mit meinem Nachfolger Jasper Wieck und dem Referatsleiter Andreas Krüger. Wir drei haben entschieden, dass ich als Vorgesetzter von Herrn van Thiel diese Weisung erteile.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Können Sie uns die Umstände, die Sie dazu veranlasst haben, so zu verfahren, schildern? Und ist das sozusagen die Auflösung eines Dissenses gewesen oder einer anderen Einschätzung durch den Gesandten van Thiel?

**Zeuge Markus Potzel:** Der Gesandte van Thiel hat dem zugestimmt. Der Weisung ging intensive Beratung zwischen Herrn Wieck und Herrn Krüger und mir voraus, und wir kamen zu dem Entschluss, dass wir von der bisherigen Linie, die wir den Taliban gegenüber gefahren sind, nicht abweichen wollten.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wie intensiv waren Sie zu dem Zeitpunkt über die Verhältnisse, auch über die Sicherheitslage, informiert?

**Zeuge Markus Potzel:** Ziemlich, ziemlich gut. Ich habe auch da sehr, sehr - - täglich mit Herrn van Thiel Austausch gepflegt. Ich habe außerdem Austausch gepflegt zu Mitgliedern der afghanischen Regierung, zu ehemaligen Mitgliedern der afghanischen Regierung, zu anderen Kolleginnen und Kollegen der internationalen Gemeinschaft, wie zum Beispiel auch EU und Vereinte Nationen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wie hat sich die Situation im August 2021, also in dem Zeitraum, über den wir jetzt gerade reden, unterschieden oder weiterentwickelt gegenüber der Situation vorher?

**Zeuge Markus Potzel:** Die Sicherheitslage hat sich massiv verschlechtert. Die Taliban haben nach dem, was wir an Informationen erhalten haben, sehr schnell Gebiete eingenommen, viel schneller, als wir das für möglich gehalten hatten. Und sie haben - - Ich meine, die Taliban waren in der Fläche immer schon relativ stark präsent. Allerdings gelang es ihnen bis dato nur, relativ wenige Distriktzentren einzunehmen und keine Provinzhauptstädte. Und das hat sich dann geändert.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Bevor ich weiter auf die Sicherheitslage noch mal eingehe, würde ich Sie gerne fragen wollen, ob Sie Kenntnis darüber hatten, bis zu welchem Zeitpunkt Abschiebeflüge nach Afghanistan durchgeführt worden sind.

**Zeuge Markus Potzel:** Der letzte Abschiebeflug, der nach Afghanistan vorgenommen werden sollte, war meines Wissens - - der 4. August 2021. Genau: 4. August 2021.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Haben Sie mit der afghanischen Regierung Gespräche über Abschiebeflüge geführt?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, die letzten Gespräche, die ich darüber geführt habe, waren im Juni 2021,

als ich das letzte Mal nach Kabul reiste, bevor die Taliban Kabul eingenommen haben.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Und können Sie uns etwas zum Inhalt der Gespräche sagen?

**Zeuge Markus Potzel:** Es waren Präsident Ghani und Außenminister Atmar, beide waren dagegen, diese Flüge durchzuführen. Sie haben sich letzten Endes bereit erklärt, einem Flug mit sehr wenigen Abzuschiebenden - es waren, glaube ich, zehn - zuzustimmen, aber auch nur unter der Bedingung, dass es nicht öffentlich gemacht wird und dass es sich um schwere Straftäter handeln sollte.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Welche Position vertrat das Auswärtige Amt hinsichtlich des Themas Abschiebeflüge?

**Zeuge Markus Potzel:** Das Auswärtige Amt hatte in Abstimmung mit anderen Ressorts, vor allen Dingen mit dem federführenden Ressort BMI, die Meinung vertreten, dass Abschiebeflüge möglich waren.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Haben Sie unterschiedliche Einschätzungen der Ministerien zu dieser Frage zu dem Zeitpunkt wahrgenommen?

**Zeuge Markus Potzel:** Nee, keine unterschiedlichen Wahrnehmungen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wann haben Sie von der Flucht des afghanischen Präsidenten Ghani erfahren?

**Zeuge Markus Potzel:** Hm. Das war im Laufe des Tages, Sonntag, 15. August. - Wir müssen verstehen, der Zeitunterschied im Sommer zu Kabul, zwischen Berlin und Kabul, sind zweieinhalb Stunden. Er hat Kabul verlassen ungefähr 14 Uhr, wenn mich nicht alles täuscht; das war bei uns später Vormittag, kurz vor der Mittagszeit.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Und auf welchem Wege haben Sie davon erfahren?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Markus Potzel:** Na, das - - Daran kann ich mich, ehrlich gesagt, gar nicht mehr erinnern. Es kann sein, dass es vom - - Also, ich weiß es nicht genau, aber ich vermute, es war ein Anruf vom Lagezentrum, also vom Krisenreaktionszentrum im Auswärtigen Amt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Was haben Sie unternommen, nachdem Sie von der Flucht Ghanis erfahren haben?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, zuerst mal habe ich mich bei Staatssekretär Berger gemeldet und gefragt, ob er denn der Meinung sei, dass ich meinen Flug, der für 19.30 Uhr vorgesehen war, nach Istanbul noch antreten sollte. Das hat er verneint.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Und was folgte dann?

**Zeuge Markus Potzel:** Dann - also was jetzt meine Person betrifft - folgte die Weisung, ich solle erst mal in Berlin bleiben bis auf Weiteres. Und einen Tag später kam dann der Anruf von Staatssekretär Berger im Auftrag des Ministers - Minister Maas -, dass ich mich auf dem schnellsten Wege nach Doha begeben sollte.

Ich habe dann auch relativ schnell Anrufe erhalten von Afghaninnen und Afghanen. Unter anderem hatte ich auch telefoniert mit dem ehemaligen Außenminister und Nationalen Sicherheitsberater Rangin Spanta, den sicherlich einige von Ihnen kennen werden, und wurde dadurch eben auch sehr, sehr gut auf dem Laufenden gehalten. Habe natürlich auch die Berichterstattung der Botschaft mit gelesen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann würde ich gerne zu dem Thema kommen, was ich schon mal kurz angerissen habe, aber noch nicht vertieft habe, was Verhandlungen darüber angeht, dass es sozusagen eine friedliche Übergabe hätte geben können. Was können Sie uns darüber berichten?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, diese Pläne gab es wohl. Sie wissen wahrscheinlich, dass Dr. Abdullah, der damalige Vorsitzende des Hohen Friedensrates, zusammen mit Hamid Karzai, dem

Ex-Präsidenten, nach Doha geflogen ist - ich glaube, das war am 4. August -, sich dort auch mit Vertretern der internationalen Gemeinschaft, aber auch mit Taliban getroffen hat. Ich weiß, dass Zalmay Khalilzad, der Sonderbeauftragte der USA für Afghanistan, an einer solchen Vereinbarung mitgearbeitet hat. Ich weiß, dass es am 15., 16. August eine weitere Begegnung von Vertretern der Republik - sprich Abdullah, Karzai - in Doha geben sollte. Das ist dann hinfällig geworden.

Ich habe im Nachhinein, also in den Tagen nach dem 15. August 2021, gerade auch in Doha sehr viele Gespräche geführt mit Mitgliedern der Verhandlungsdelegation der Republik, die eben gleichzeitig auch Regierungsmitglieder waren und die mir die Version der Flucht von Präsident Ghani aus Kabul erzählt haben. Gleiches habe ich gehört und relativ deckungsgleich von Zalmay Khalilzad, aber auch von Sher Abbas Stanikzai, dem stellvertretenden Leiter des politischen Büros der Taliban in Doha. Und alle diese Gesprächspartner haben mir glaubhaft versichert, dass es einen Plan gab zur friedlichen Übergabe, einen Zwei-Wochen-Plan. Nach diesen zwei Wochen sollte Präsident Ghani die Macht übergeben an eine Übergangsregierung und das Land verlassen. Nee, nicht das Land verlassen, er sollte zurücktreten. Das Land verlassen - ich glaube, das stand zum damaligen Zeitpunkt nicht zur Debatte.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich beziehe mich auf das Protokoll des vernommenen Zeugen Nadery, Unterhändler des Verhandlungsteams der afghanischen Republik. Das Protokoll ist vom 9. November, 20/54 II, Sitzung 9. November, Seite 58 f., wo der ausgesagt hat, dass ab Juli 2021 nur noch die Hoffnung bestanden habe, die Konditionen einer Machtübergabe an die Taliban verhandeln zu können, wobei insbesondere die Anerkennung einer Grundrechtecharta erreicht werden sollte. - Das war die Aussage des Zeugen Nadery. Deckt sich das mit Ihren Informationen oder mit dem, was Sie dort selbst wahrgenommen haben?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Markus Potzel:** Na ja, das ist, glaube ich, eher auch eine Wahrnehmung als eine Information. Das ist seine Wahrnehmung. Es gab verschiedene Wahrnehmungen dazu. Sicherlich war das eine zutreffende Wahrnehmung. Allerdings gab es auch Perspektiven, nicht zuletzt der Regierung selbst, aber auch zum Beispiel - - dem zivilen Vertreter der NATO vor Ort, der sagte, glaube ich, am 12. August noch, dass eine militärische Wende nicht auszuschließen sei, nicht wahrscheinlich, aber nicht auszuschließen, und dass es durchaus noch die Möglichkeit gab zu einem militärischen Patt zwischen den Taliban und den Sicherheitskräften der Republik. Das sah sehr - - glaube ich - - Das habe ich nicht geteilt; aber diese Wahrnehmung gab es halt auch. Es gab kein einheitliches Meinungsbild zu dieser Frage.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich beziehe mich mal auf das Stenografische Protokoll des Experten Pontecorvo, der Expertenanhörung am 2. März, und auch auf die Zeugen Professor Gießmann - das ist das Protokoll vom 9. November - der Berghof Stiftung und eben Herrn Nadery, den ich eben schon zitiert habe, in der Zeugenvernehmung vom 9. November 2023, die ausgesagt haben, dass zwischen dem 12. und 14. August eine Einigung mit den Taliban erarbeitet worden sei, in der es um die Ausgestaltung der konkreten geordneten Machtübergabe gegangen sei. Und weitere Detailfragen sollten sozusagen später verhandelt werden. Und Professor Gießmann hat in seiner Vernehmung berichtet, dass er am 13. August gebeten worden sei, einen Entwurf für eine Einigung auszuarbeiten, eine endgültige Einigung sei dann an Ghanis Flucht gescheitert. Das ist die Aussage, die hier zu Protokoll gegeben worden ist. Meine Frage ist, was Sie zum damaligen Zeitpunkt darüber wussten und ob das sich mit dem deckt, was ich gerade zitiert habe, was Sie wahrgenommen haben.

**Zeuge Markus Potzel:** Soweit ich mich erinnern kann, war das auch mein Kenntnisstand zu der Zeit.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Haben Sie Kenntnisse darüber, dass es Mitte August eine Aufforderung gegenüber den Taliban gegeben hat, nach Kabul zu kommen?

**Zeuge Markus Potzel:** Nee, mein Wissensstand war, dass im Zuge dieser Übereinkunft die Taliban außerhalb Kabuls verbleiben sollten, mindestens für zwei Wochen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das heißt, dann können Sie - - Ich frage offen: Sie kennen keine Aufforderung gegenüber den Taliban, nach Kabul zu kommen; -

**Zeuge Markus Potzel:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** - ist das korrekt? - Okay.

**Zeuge Markus Potzel:** Aufforderung. Meinen Sie, nachdem Ghani weg war?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ja.

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, die gab es. Die gab es tatsächlich, ja. Da waren mehrere Akteure beteiligt - Hamid Karzai zum Beispiel, mit dem ich mich erst vor drei Tagen getroffen habe, Zalmay Khalilzad -, die in ständigem Kontakt waren mit den Taliban - - und auf einmal Ratlosigkeit ausbrach, nachdem Präsident Ghani das Land verlassen hatte: Was passiert jetzt? - Dann haben die Amerikaner mit den Taliban gesprochen - ich vermute, es war auf der Ebene Khalilzad und Baradar -, und beide haben sich gegenseitig gefragt: Geht ihr jetzt rein, oder gehen wir jetzt rein? - Da haben die Amerikaner gesagt: Wir sind auf dem Weg zum Flughafen; wir leiten gerade eine große Evakuierungsoperation ein. Ihr müsst reingehen. - Das war dann auch meines Wissens die Meinung von Präsident Karzai, der eine Art Vermittlungsrolle dort einnahm, ohne eine offizielle Funktion innezuhaben. Und aufgrund des Machtvakuum und der Übereinkunft zwischen Taliban, Karzai und den Amerikanern sind dann die Taliban vorgerückt, einfach auch um ein Machtvakuum zu vermeiden, um ein, na ja, Chaos zu vermeiden, um relativ schnell eine Art Recht und Ordnung wiederherzustellen bzw. aufrechtzuerhalten.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann komme ich jetzt zur Evakuierung der deutschen Botschaft in Kabul am 15. August und würde zunächst von



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihnen gerne wissen, wie Sie konkret die Sicherheitslage der deutschen Botschaft in Kabul am 13. und 14. August 2021 bewertet haben.

**Zeuge Markus Potzel:** Meine Bewertung war, dass, solange internationale Kräfte, Sicherheitskräfte, die Green Zone, an der ja auch die deutsche Botschaft sich befand - - Solange diese Green Zone durch internationale Kräfte geschützt werden konnte, empfand ich die Sicherheitslage für die Botschaft als tragbar.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich beziehe mich auf die MAT-Nummer MAT A AA-8.36 VS-NfD, Blatt 116, Anlage 3, wonach Sie in einer E-Mail an den bereits vernommenen Zeugen und stellvertretenden Botschafter van Thiel am 13. August erklärt haben, dass die Botschaftsmitarbeitenden - ich zitiere wörtlich -: „am liebsten so lange wie möglich auf dem Compound bleiben“ sollten. Zwar bereite Ihnen „die offene Nordflanke Sorgen“, das liege jedoch nicht so sehr an einfallenden „TLB-Horden“, sondern an den ordinären Banditen, „die den zunehmend entstehenden gesetzeslosen Zustand skrupellos und mit Waffengewalt für Plünderungen nutzen könnten“.

Der bereits vernommene Zeuge und Sicherheitsberater der Deutschen Botschaft in Kabul „Fisch“ hat in seiner Vernehmung am 1. Februar 2024 - das ist das Protokoll 1. Februar 2024, Seite 60 - berichtet, dass er von Ihnen per E-Mail am 14. August aufgefordert worden sei, „in der Botschaft zu verbleiben und die“ Verlegungspläne zum Flughafen „ad acta zu legen“. Sie hätten das damit begründet, dass „es am Flughafen ... viel gefährlicher ... als in der Botschaft“ sei und dass man „die Taliban ... nicht zu fürchten“ bräuchte.

Ich frage Sie erstens: Ist das korrekt, was ich Ihnen jetzt hier vorgehalten habe? Und zweitens: Aufgrund welcher Informationen haben Sie den Mitarbeitern der deutschen Botschaft in Kabul empfohlen, die Botschaft nicht zu verlassen?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, das ist korrekt.\* Das war allerdings, bevor ich die Informationen erhalten habe, dass die Amerikaner die Botschaft verlassen würden und zum Flughafen verlegen

würden. Das heißt, das war noch vor der Situation, dass die Green Zone nicht mehr von den Amerikanern geschützt würde. Und als dieser Umstand eintrat, habe ich meine Meinung revidiert und habe dann sehr schnell auch gesagt, dass es Zeit wird, die Botschaft zu evakuieren. Das war dann in Zusammenarbeit mit dem Krisenreaktionszentrum.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wie haben die - ich bleibe noch mal bei Ihrer ursprünglichen Empfehlung - Botschaftsmitarbeitenden auf Ihre Empfehlung reagiert?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich habe jetzt nicht mit allen Mitarbeitern gesprochen; aber, ich glaube, Jan Hendrik van Thiel hat diese Einschätzung durchaus geteilt. Also, ich war mir ziemlich sicher, dass die Taliban - - Also, die Taliban haben mir persönlich in Doha - nee, das war noch vorher, also bevor ich nach Doha geflogen bin - versichert und auch meinem Nachfolger Jasper Wieck versichert, dass sie kein Interesse daran haben, dass wir die Botschaft verlassen, und sie haben sich auch dafür ausgesprochen, die Sicherheit der Botschaft zu gewährleisten. Das war eine relativ tragfähige Versicherung. Ich habe da jetzt keinen Grund gehabt, ihnen das nicht zu glauben. Und deshalb war meine Schlussfolgerung, dass die Gefahr eines Angriffs auf die Botschaft, einer Botschaftsplünderung nicht so sehr von den Taliban ausgehen würde, aber, wie ich ja auch geschrieben habe, eher von kriminellen Elementen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** „Der Spiegel“ hat in seiner Ausgabe 31 vom 30.07.2022, Seite 7 - Anlage 4 war das zu der vorhin schon zitierten MAT-Nummer -, darüber berichtet und - - Ich will trotzdem noch mal fragen, über das hinaus, was Sie schon gesagt haben - Sie haben ja sehr knapp geantwortet -: Was war insgesamt der Hintergrund? Das ist ja eine gravierende Aussage, die Sie da gemacht haben. Was war da für Sie der Hintergrund, insgesamt, trotz zugespitzter Sicherheitslage - das haben Sie vorhin gesagt -, zu so einer klaren Empfehlung zu kommen, in der Botschaft zu bleiben?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Markus Potzel:** Erstens die Versicherung der Taliban, dass sie unsere Botschaft nicht - - keinen Schaden antun würden, und zweitens Informationen aus dem State Department, dass die Amerikaner - - die ihre eigene Botschaft nicht verlassen würden und weiterhin die Green Zone schützen würden.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Hätte die deutsche Botschaft die Green Zone ohne US-Unterstützung sichern können?

**Zeuge Markus Potzel:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Hatten Sie gegebenenfalls die Sorge, dass im Laufe einer Machtübernahme Chaos entstehen könnte, und hat das irgendwelche Einwirkungen auf den Schutz des Botschaftspersonals aus Ihrer Sicht gehabt oder hätte das gehabt?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, ja. Also, die Sorge war schon da, dass, falls - und das war ja am 14. August noch nicht klar - die Regierung zusammenbrechen würde und niemand da wäre, der die Ordnung aufrechterhält in Kabul, dann durchaus chaotische Zustände auftreten könnten.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir haben in unseren Unterlagen keine Hinweise auf die vom „Spiegel“ zitierte Mail gefunden. Deswegen würde ich Sie gerne fragen, ob diese E-Mail Ihnen im Laufe Ihrer Vorbereitung oder sonst noch mal untergekommen ist. Besitzen Sie die? Wissen Sie was darüber?

**Zeuge Markus Potzel:** Können Sie bitte noch mal den Inhalt der Mail, der angeblichen Mail wiederholen?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Es bezog sich darauf, dass Sie den Hinweis an den Gesandten gegeben haben, zwei Tage vor dem Fall, er soll trotz zugespitzter Sicherheitslage in der Botschaft bleiben. Sollen zum Teil recht behalten, die deutsche Botschaft wird von den Taliban sogar bewacht, nachdem sie die Macht in Kabul übernehmen. Auf eine solche E-Mail hat sich „Der Spiegel“ bezogen. Wir haben sie nicht gefunden. Deswegen meine Frage: Was können Sie uns zum Verbleib

der Mail sagen? Hat es andere Formen der Kommunikation gegeben?

**Zeuge Markus Potzel:** Das vermute ich, dass wir das auf anderem Wege so kommuniziert haben, entweder per Telefon oder per Whatsapp. Aber genau - - Also, ich kann mich erinnern, dass ich solche Informationen gegeben habe an die Botschaft; aber ich kann mich nicht mehr erinnern genau, auf welchem Wege.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gab es denn, ich sage mal, Gründe, unterschiedliche Wege zu wählen, oder haben Sie regelmäßig unterschiedliche Wege gewählt? Das ist für uns ja von besonderer Bedeutung; denn um das nachzuvollziehen, müssen wir ja sozusagen Hinweise haben, ob das Niederschlag in den Akten gefunden hat, ja oder nein.

**Zeuge Markus Potzel:** Es gibt natürlich viele verschiedene Wege der Kommunikation heutzutage, und wir haben auch viel miteinander telefoniert, und davon gab es nicht immer Aufzeichnungen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann will ich mal die Frage einschieben: In welcher Weise haben Sie sich eigentlich auf die Vernehmung heute vorbereitet?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich habe Dokumente, Papiere gelesen, die, wie ich finde, notwendig waren zu lesen. Ich habe ein Gespräch geführt mit den Kollegen vom Kabinetts- und Parlamentsreferat im Auswärtigen Amt, die mich auf diese Zeugenaussage vorbereitet haben, auch im Zuge der Aussagegenehmigung für diese Zeugenaus- - dieses Zeugengespräch. Ich habe auch einen weiteren „Spiegel“-Artikel gelesen. Ich habe den Artikel gelesen, der in der „Zeit“ Anfang des Jahres erschien. Ich habe mir noch einmal die WDR-Dokumentation angeschaut über den Fall Kabuls, die, glaube ich, auch am ersten Jahrestag des Falls ausgestrahlt wurde.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Hat auch die Frage der spezifischen Kommunikation, über die ich Sie gerade eben gefragt habe, dabei eine Rolle gespielt?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Markus Potzel:** Sie meine, ob ich - - Diese E-Mail, die „Der Spiegel“ da erwähnt, habe ich nicht gefunden, wenn jetzt das die Frage war.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ja. - Was waren nach Ihrer Meinung die entscheidenden Gründe dafür, dass Kabul gefallen ist?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, der entscheidende Grund war, dass entgegen allen Erwartungen die Sicherheitskräfte, die ANDSF, der Republik, einfach nicht mehr gekämpft haben. Das hat man schon vorher gesehen, bevor Kabul fiel. Aber dass Kabul letzten Endes von den Taliban eingenommen wurde, das lag in erster Linie daran, dass der Präsident Ghani das Land doch recht kurzfristig verlassen hat. Er hat das immer damit begründet, dass er damit ein Blutvergießen verhindern wollte. Aber ich glaube, dass die Sicherheitskräfte, Verteidigungs- und Sicherheitskräfte der Republik einfach nicht mehr motiviert waren, zu kämpfen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Woraus schließen Sie das?

**Zeuge Markus Potzel:** Weil es keinen nennenswerten Widerstand gab. Meine Annahme damals war, dass die Ursache, warum so viele Distrikthauptstädte und später auch Provinzhauptstädte gefallen, relativ schnell gefallen - - wurden, war, dass die Armee ihre Kräfte zurückzieht und in Kabul sammelt, um Kabul mit Krallen und Klauen zu verteidigen. Das war ein Szenario, was durchaus realistisch war und was durchaus in heftigen Kämpfen hätte münden können. Das war jetzt nicht der Fall, weil die Sicherheitskräfte, wie gesagt, einfach nicht mehr - - Sie sahen - - Sie waren nicht mehr motiviert. Über die tiefer liegenden Ursachen, warum die Republik zusammengefallen ist, können wir auch gern noch ausführlicher reden.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das interessiert mich natürlich jetzt in dem konkreten Zusammenhang auch mit der Einschätzung, die wir gerade ausgetauscht haben bei den Fragen, die ich Ihnen eben gestellt habe. Deswegen - wenn das eine konjunktivische Frage ist -: Hätte man diese Entwicklung nicht kommen sehen können?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, ja. Und ich glaube, wir haben die auch kommen sehen, nur nicht in dieser Geschwindigkeit. Und da waren wir durchaus nicht die Einzigen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Was war denn Ihre erste Reaktion auf die Nachricht, dass Kabul gefallen ist?

**Zeuge Markus Potzel:** Schock. Große Überraschung bis hin zu Schock, weil ich damit wirklich nicht gerechnet hatte.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sie haben ja - ich komme da noch mal drauf zurück - am 13. August dem Gesandten van Thiel - MAT A AA-8.36 VS-NfD-Blatt 116; Anlage 6 - geschrieben - das bezog sich auf Ihr Eintreffen in Kabul; das war ja der Zusammenhang in dieser Mail -, dass Sie die Vereinbarung mit den USA nicht für 100 Prozent belastbar hielten. Wie autark konnte sich aus Ihrer Sicht damals die Botschaft mit Blick auf ihre Evakuierung verhalten?

**Zeuge Markus Potzel:** Sie meinen - - Welche Vereinbarung mit den USA meinen Sie?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Vereinbarung über die Hilfen, die man von den USA bekommt im Falle der Evakuierung.

**Zeuge Markus Potzel:** Hm. Vermutlich - - Also, ich weiß es jetzt nicht mehr ganz genau; aber ich denke, dass mein Gedankengang damals der war, dass die Amerikaner in erster Linie sich um sich selbst kümmern und ihre eigenen Kräfte zum Flughafen bringen. Aber wir hatten diese Vereinbarung. Wie Sie vielleicht wissen, hatten wir auch parallel versucht, andere Vereinbarungen zu treffen mit privaten Dienstleistern, den Transport von der Botschaft zum Flughafen zu organisieren, auf eine vertragliche Grundlage zu stellen; aber das war dann eher Sache des Krisenreaktionszentrums des Auswärtigen Amtes.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich frage Sie das natürlich auch, weil das ja auch im Zusammenhang mit der Einschätzung steht, zu der ich Sie vorhin befragt habe. Das heißt also schon - - Noch mal andersherum gefragt: Wie hoch haben Sie die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Abhängigkeit eingeschätzt der Sicherheit der Botschaft von der Unterstützung der USA?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, als sehr hoch.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Und gleichzeitig haben Sie eben gesagt, dass die Verlässlichkeit sozusagen auf die Absprachen miteinander jedenfalls eingeschränkt gewesen ist aus den Gründen, die Sie eben genannt haben. Was folgte denn daraus für Sie?

**Zeuge Markus Potzel:** Na ja, oh, daran kann ich mich so richtig nicht mehr erinnern; aber ich denke schon, dass wir darauf gehofft haben, dass die Amerikaner uns zum Flughafen fliegen würden, was sie letzten Endes auch gemacht haben. Wahrscheinlich war ich damals noch davon ausgegangen, dass es auch eine Möglichkeit gab, auf dem Landweg zum Flughafen zu kommen und - - Ja, ich glaube, das waren so die Überlegungen. Aber, wie gesagt, diese Überlegungen zur Evakuierung der Botschaft, die lagen in erster Linie in den Händen des Krisenreaktionszentrums.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich würde Sie gern noch mal nach der Lageeinschätzung fragen. Wir haben ja den Zeugen van Thiel hier intensiv gehört das letzte Mal und auch über dessen Lageeinschätzung intensiv ihn befragt. Haben Sie Kenntnisse darüber, wie die Lageeinschätzung des Gesandten van Thiel im Auswärtigen Amt aufgenommen worden ist?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, wir haben uns da regelmäßig drüber ausgetauscht, sowohl im Kreise mit Herrn Wieck und Herrn Krüger, mit dem Referat AP 05, aber auch mit dem Büro der Staatssekretäre.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Haben Sie an Sitzungen des Krisenstabes teilgenommen?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, virtuell. Ja, virtuell.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Können Sie daraus berichten, welches Gewicht die Einschätzungen des Gesandten van Thiel hatten, die ja dort vorgelegen haben?

**Zeuge Markus Potzel:** Die waren schon sehr, sehr wichtig. Er war der Vertreter vor Ort. Er sammelte seine Informationen in Gesprächsrunden mit den Leitern der anderen Vertretungen vor Ort, auch mit NATO, EU, Vereinten Nationen. Seine Informationen waren sehr wichtig; aber es waren nicht die einzigen Informationen.

Und er selbst hat das selber beschrieben in einer Kommunikation, dass er also eine Froschperspektive hatte. Er hat die Lage immer sehr bildlich, sehr - - auch anekdotisch beschrieben. Und wir haben seinen Beschreibungen sehr viel Stellenwert eingeräumt. Das waren nicht die einzigen; wir haben auch andere Beschreibungen einfließen lassen in unser Lagebild, das wir letzten Endes dann an die Leitung des Auswärtigen Amtes und auch an andere Ressorts weitergegeben haben.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gehörte zu den unterschiedlichen Lageeinschätzungen auch die - - Oder andersrum gesagt: Sie haben gesagt: Es gab auch andere Lageeinschätzungen. - War eine andere Lageeinschätzung etwa die des Bundesnachrichtendienstes?

**Zeuge Markus Potzel:** In Nuancen sicherlich auch anders, ja. Aber das war ein, ja, Nachrichtendienst auf Kurs. Aber sie haben - - Natürlich hat der BND - - haben BND-Berichte bei der Formulierung der Lagedarstellung auch einen großen Stellenwert.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir haben den Zeugen van Thiel befragt - auf das Protokoll der Sitzung habe ich eben schon hingewiesen - und haben in dem Zusammen- - haben ja auch noch die Vizepräsidentin des BND zu hören. Aber erinnern Sie sich an eine Begründung der Vizepräsidentin oder des BND über Unterschiede zu der Lageeinschätzung von Herrn van Thiel?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, der BND hat schon relativ früh das Szenario, wie Sie es nannten, „Taliban 2.0“ ins Gespräch gebracht. Ich erinnere mich an Staatssekretärsrunden noch lange vor dem 15. August 2021, wo der BND dieses Szenario als eines der wahrscheinlichen, wenn nicht gar das wahrscheinlichste dargelegt hat.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Allerdings war der BND auf der Zeitschiene doch eher entspannt und rechnete damit, glaube ich - wenn nicht mich alles - - wenn ich mich recht erinnere - - eine Übernahme der Macht durch die Taliban eher im September/Oktobre vollzogen werden würde.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Zeugen des Bundesnachrichtendienstes, die wir bisher gehört haben, haben sich vor dem Ausschuss darauf berufen, dass bei der Krisenstabsitzung auch die Kippunkte genannt wurden, die einen schnelleren Fall von Kabul bedeuten könnten. Hatten Sie den Eindruck, dass diese Kippunkte, sogenannten, von denen hier schon viel die Rede war im Ausschuss, dass die klar kommuniziert worden sind?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, ich kann mich jetzt an konkrete Kippunkte nicht erinnern. Aber wenn Sie mir die vorlesen würden, würde das wahrscheinlich in meinem Gedächtnis wiederkommen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das wollte ich jetzt gar nicht tun, sondern mich interessierte tatsächlich das, was Sie aus Ihrem Gedächtnis dazu wissen.

Ich würde Sie aber dann noch mal gerne befragen wollen zu dem, was der Zeuge van Thiel hier ausgesagt hat, nämlich: Er hat uns berichtet von seiner großen Sorge um die Sicherheit des Botschaftspersonals. Es ging ihm hier sowohl um die anrückenden Talibanvertreter als auch den IS; ich beziehe mich hier auf Seite 102 des Protokolls 20/66; Anlage 11. Der Gesandte van Thiel führte aus, dass es für ihn nicht klar gewesen sei, welche Taliban am Ende vor dem Botschaftstor stehen würden, und dass er nicht vom Best-Case-Szenario ausgehen konnte, „weil irgendeiner sich diplomatisch korrekt in Doha verhalten hat“. Und ich zitiere weiter:

„Also, der Taliban war eine Gefahr. Wie konkret die war, wird sich nie feststellen lassen, weil ich nie mit dem habe reden können, nie mit dem vorm Tor. Ich sage nicht, dass die Gefahr nicht über-

schaubar hätte eingedämmt werden können. Aber sie war es nicht. ... Vor der Evakuierung hatten wir Drohnenüberflüge. Können Sie mir mal erklären, warum die uns mit Drohnen ...“

überwachen.

„Die hatten übrigens auch Angriffsdrohnen ...“

Ich nehme mal das dazwischen aus.

Darin wird ja sehr deutlich die Sorge um die Sicherheit des Botschaftspersonals im Moment der Machtübernahme ausgedrückt. Können Sie das - - Konnten Sie das nachvollziehen? Und für wie gefährlich haben Sie die Situation persönlich eingeschätzt?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, das konnte ich natürlich sehr, sehr nachvollziehen, weil, ich glaube, die Lage relativ unklar war. Man konnte - - Erst mal wussten wir nicht, welche Taliban da vorm Tor stehen; da hat der Kollege van Thiel völlig recht. Aber der Kollege van Thiel hat auch kurz vorher noch gesagt, das von ihm präferierte Szenario wäre gewesen Dark and Cover, also - - oder, wie er es nannte, Überwintern, das heißt, Botschaftsangehörige in der Botschaft zu lassen und sich sozusagen zu verbarrikadieren und weiter präsent zu bleiben. Ich glaube aber - das muss ich einschränkend sagen -, dass es auch vor dem Abzug der Amerikaner von deren Botschaftsgelände und damit dem Ende der Sicherung der Green Zone durch die Amerikaner war.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Der Zeuge - der Sicherheitsberater der deutschen Botschaft - „Fisch“ sagte vor diesem Ausschuss zur Stellungnahme des BND bei der Krisenstabsitzung - das ist das Stenografische Protokoll 20/62 I, Teil 1, Seite 79; Anlage 8 -:

„Ich hatte den Eindruck vom Zuhören in dieser Krisenstabsitzung, dass die Tendenz schon dahinging, die Situation so einzuschätzen, wie sie vor Ort“



## Nur zur dienstlichen Verwendung

- also von Thiel -

„beschrieben wurde, und dass man geeignete Maßnahmen ergreift, um ...“

- die -

„Evakuierung vorzubereiten, und auch vielleicht schon eine Verlegung der Botschaft an den Flughafen betreibt, bis zu dem Zeitpunkt, wo es dann zu dieser Aussage“

- vom BND -

„kam; ... dann kippte das. Das war mein ... persönlicher Eindruck.“

So weit der Zeuge „Fisch“.

Und ich frage Sie noch mal oder jetzt andersherum mit dieser Aussage des Zeugen „Fisch“: Ist Ihre Erinnerung - - deckt sich die mit dem, was der Zeuge „Fisch“ hier ausgesagt hat?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, ja, doch, doch. Also, dann wird man schon, wenn man von Kippunkten spricht - ich kann mich, wie gesagt, jetzt nicht im Wortlaut daran erinnern, was der BND darunter verstand - - aber ein Kippunkt oder *der* Kippunkt war sicherlich für unsere Sicherheit, für die Sicherheit der Botschaft, der Moment, als die Amerikaner abgezogen sind und selber zum Flughafen verlegt haben. Dann war für uns auch das Signal, dass wir in der Botschaft nicht bleiben konnten. Und die Amerikaner haben uns ja dann, soweit ich das weiß, ein Ultimatum gestellt, während einer gewissen, kurzen Zeitspanne von, ich glaube, drei bis fünf Stunden, uns fertig zu machen, um von ihnen zum Flughafen geflogen zu werden.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** In einer Telefonkonferenz am Morgen des 14. August unter anderem mit der Bundesministerin Kramp-Karrenbauer, Bundesminister Maas und Seehofer und der Bundeskanzlerin hat die Bundeskanzlerin nach dem Stand des Botschaftsbetriebs gefragt; MAT A BKAm-3.14 VS-NfD, Blatt 106; Anlage 9.

Und das Auswärtige Amt hat bis zum Abend, wie wir hören, kein finales Lagebild durch sich widersprechende Informationen. Sie haben am selben Abend, 21.27 Uhr, an Staatssekretär Berger und an den Krisenbeauftragten Herrn Jokisch geschrieben - MAT A AA-8.133 VS-NfD, Blatt 18 bis 19 -, dass der US-Gesandte Wilson klar mitgeteilt habe, dass die US-Botschaft an den Flughafen verlegt werde. Sie stellen die rhetorische Frage, warum die USA in dieser Situation weiter die Green Zone sichern sollte.

Was hat man denn von den USA im Bezug zur Sicherung der Green Zone erwartet? Welche Schlussfolgerung ist denn daraus gezogen worden?

**Zeuge Markus Potzel:** Die Schlussfolgerung, dass wir auch zum Flughafen verlegen müssen. Am gleichen Tag, allerdings vorher, haben wir noch aus dem - hatte ich vorher schon erwähnt - - über Botschafterin Haber die Information erhalten aus dem State Department, dass die Amerikaner eben nicht abziehen und auch das Special - - dieses SIV-, dieses Special-Immigration-Visa-Verfahren, weiterführen würden, aus der Botschaft heraus. Das waren widersprüchliche Angaben, die wir hörten. Aber wir hatten eben auch keinen Grund - - Staatssekretär Berger, der diese Nachricht von Frau Haber empfing, an dieser Aussage zu zweifeln.

Allerdings: Als dann Ross Wilson, der Botschafter, sagte: „Wir verlegen jetzt zum Flughafen“, dann war klar, dass wir auch nicht mehr da in unserer Botschaft bleiben konnten, und haben die entsprechenden Schlussfolgerungen gezogen, eben das Angebot der Amerikaner zur Evakuierung wahrzunehmen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Am 22. August hat der Gesandte van Thiel im Rückblick auf das Geschehen - MAT A AA-9.04 VS-NfD, Blatt 196 und 197; Anlage 12 - Folgendes geschrieben:

„Die TLB hatten KBL eingekreist und ab 13.08. angegriffen. Wir hatten Kämpfe über die Außenbezirke hinaus in die Stadt hinein. ... Der vom BND erwartete starke Widerstand ...“



## Nur zur dienstlichen Verwendung

- der Streitkräfte -

„war schnell gebrochen, also so stark nicht. ... Die Botschaft wurde evakuiert, als uns die USA ohne wenn und aber last minute dazu aufforderten. Zu diesem Zeitpunkt waren wir bereits aus allen Richtungen angreifbar und das Sicherheitskonzept der Botschaft nicht mehr aufrechtzuerhalten. Ein alternatives Si-Konzept gab es nicht, genau so wenig Absprachen mit den TLB, die ich zuvor erfolglos ... angeregt hatte. ... Ohne ausdrückliche Aufhebung des bestehenden Sicherheitskonzepts und ausdrückliche Weisung bestand nicht einmal eine theoretische Möglichkeit zu ihrer Umsetzung ... des Verbleibs des Botschaftsteams im Botschaftscompounds. Entsprechend haben SIB der ...“

- Botschaft und -

„DIB der BPOL gemeinsam ...“

- entschieden, -

„sofortige Evakuierung vorzuschlagen, wofür es schriftlich grünes Licht aus Berlin gab.“

Zitat Ende. - Das ist ja eine sehr kritische Bewertung der ganzen Vorgänge. Teilen Sie die? Oder haben Sie die geteilt?

**Zeuge Markus Potzel:** Also nicht in diesem Umfang. Ich glaube schon, dass wir im Auswärtigen Amt, vor allem im Krisenreaktionszentrum, auf - - wir hatten Evakuierungs- - Krisenszenarien, Evakuierungsszenarien. Es ist nicht so, dass wir da völlig unvorbereitet waren.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** War das Sicherheitskonzept, das es gab für die Botschaft, ausreichend?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich denke, schon.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Mögen Sie da noch ein paar Sätze der Begründung anfügen?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, es gab ja seit Wochen, seit Monaten Überlegungen dazu. Im März 2021 gab es einen Besuch einer kurzzeitigen Krisen- - eines Krisenvorsorgeteams, was mögliche Szenarien durchgespielt hat und auch zu entsprechenden Schlüssen gekommen ist.

Und das Sicherheitskonzept der Botschaft wurde regelmäßig aktualisiert, vor allem in Zusammenarbeit mit dem Krisenreaktionszentrum. Und Kabul war eine Botschaft in einem, ja, Krisengebiet, und auch die ganzen Personalmaßnahmen, Rotationsmechanismen waren ja darauf ausgerichtet. Insofern denke ich und bin ich überzeugt, dass wir ganz gut darauf vorbereitet waren.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich würde ein paar wenige Schlussfragen stellen - die Kollegen werden das ja alles noch vertiefen - und mich jetzt mal auf den Sommer 2021 noch mal beziehen: Welche Bedeutung hatte aus Ihrer Sicht die bilaterale Beziehung von Deutschland zu Afghanistan im Sommer 2021, wenn die Mehrheit der Analysen einig war, dass über kurz oder lang das Emirat 2.0 sozusagen ansteht?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, die afghanisch-deutschen Beziehungen hatten natürlich insofern einen hohen Stellenwert, solange deutsche Soldaten, deutsche Polizisten dort vor Ort waren. Wir waren auch ganz stark im zivilen Bereich tätig, Entwicklungszusammenarbeit, Stabilisierungsprogramme jährlich im Umfang von 430 Millionen Euro, weil wir der Meinung waren, dass nach den Anschlägen vom 9. September 2001 [sic!] Afghanistan - erstens - kein Hort mehr für die Verbreitung von Terrorismus in die Welt sein sollte und es vielfältige weitere Interessen der Bundesregierung gab, nicht zuletzt auch die große Gefahr oder das Risiko, dass Migranten aus Afghanistan in hohen Zahlen nach Deutschland kommen würden, wie es der Fall war 2015, dazu das Problem der Drogen, dass eben in Afghanistan, weiß ich, 80, 90 Prozent des Opiumanbaus - - des weltweit vertriebenen Opiums hergestellt wurden oder angebaut wurden.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Insofern hatte die Bundesregierung da schon eine Interessenslage, und insofern war Afghanistan für uns ein wichtiger Partner und die Regierung der Islamischen Republik Afghanistan eben unser Hauptansprechpartner.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gab es nach dem 15. August noch Verhandlungen mit der afghanischen Regierung?

**Zeuge Markus Potzel:** Mit welcher afghanischen Regierung?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Mit dem, was dann da war sozusagen.

**Zeuge Markus Potzel:** Erst mal gab es keine Regierung mehr. Und dann sind die Taliban eben an die Macht gekommen und haben, soweit ich mich erinnere, am 6. September 2021 eine Übergangsregierung eingerichtet oder aufgestellt, die bis jetzt eine Übergangsregierung ist.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das beantwortet meine Frage allerdings immer noch nicht. Also, dann würde ich präzisieren: „Gab es Verhandlungen mit der Übergangsregierung?“, wenn Ihnen diese Bezeichnung sympathischer ist.

**Zeuge Markus Potzel:** Verhandlungen, wir haben - - Also, ich selber persönlich habe auch Gespräche geführt mit Vertretern der Taliban, die aber zu diesem Zeitpunkt keine Übergangsregierung waren. Es gab, glaube ich, in dem Zeitraum zwischen 15. August und 6. September keine Regierung. Es gab dort Taliban, die die Macht übernommen haben und dann sich darangemacht haben, eine Regierung zu bilden, die bis heute von keinem Staat auf der Welt anerkannt wird; das muss man natürlich auch dazusagen. Insofern - -

Wenn man nach der Verfassung Afghanistans geht, die die Taliban nie pro forma außer Kraft gesetzt haben, ist der Präsident Afghanistans Muslimyar, der Vorsitzende der Meschrano Jirga, was die zweite Kammer des Parlaments ist. Das ist natürlich alles theoretisch.

Ich weiß noch: In den Tagen nach dem 15. August 2021 hat sich dann Amrullah Saleh,

der Vizepräsident, als Präsident, als agierender Präsident, gesehen, definiert. Der hat dann aber auch relativ schnell - ich glaube, zwei, drei Wochen später - das Land verlassen, weil er militärisch im Pandschir-Tal unter Druck geraten ist und seine Haut retten wollte. Er lebt jetzt in Tadschikistan. Und wenn er nicht mehr im Lande ist und das Land dauerhaft verlassen hat - eben wie auch Präsident Ghani -, dann ist er, glaube ich, laut Verfassung von 2004 eben nicht mehr in der Lage, die Amtsgeschäfte zu führen, auch nicht mehr der Präsident.

Aber der Herr Muslimyar, den ich auch mal getroffen habe vor einem Jahr, der pendelt nach wie vor. Der hält sich in Afghanistan auf, pendelt immer zwischen Dubai und Afghanistan. Aber das ist, wie gesagt, alles theoretischer Natur, weil faktisch die Taliban mit dem 15. August die Macht übernommen haben.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Muss auch zu - -

**Zeuge Markus Potzel:** Sie können sagen, dass - - Also, wir hatten anschließend natürlich Kontakt mit ihnen - wir sind ja nicht die Einzigen -; aber ob das jetzt Kontakt zur Regierung war - - Wir hatten dann nach der Bildung der Regierung am 6. September 2021 auch weiterhin Kontakt. Ich selbst war mit Herrn Wieck und dem [REDACTED] Afghanistan-Beauftragten Mitte November von Doha aus in Kabul und habe mich dort mit Vertretern der Übergangsregierung getroffen. Aber das -

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Das ist allerdings außerhalb des Untersuchung- -

**Zeuge Markus Potzel:** - ist außerhalb -

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Genau.

**Zeuge Markus Potzel:** - des Zeitraums, ja.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich habe auch bewusst weder politikwissenschaftlich gefragt noch zum Zeitpunkt außerhalb. Denn sozusagen mich interessiert dann - ich will dann die Frage anders



## Nur zur dienstlichen Verwendung

formulieren -: Gab es Kontakte zu den Machthabern nach dem Wechsel, und welcher Art waren die?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, die gab es, und - - Also, die erstreckten sich vor allem auf meine Kontakte in Doha zu dem stellvertretenden Leiter des politischen Büros, Sher Abbas Stanekzai, der ab dem 6. September stellvertretender Außenminister war, de facto stellvertretender Außenminister war.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Und worauf bezog sich das? Soweit wir noch im Untersuchungszeitraum sind.

**Zeuge Markus Potzel:** Die Gespräche?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ja.

**Zeuge Markus Potzel:** Da ging es vor allem um die Möglichkeit, Menschen, die wir aus Afghanistan evakuieren wollten, zu evakuieren. Das waren deutsche Staatsangehörige, das waren Angehörige weiterer, vor allen Dingen EU-Staaten; das waren aber auch Angehörige - - also afghanische Staatsangehörige, die als sogenannte Ortskräfte für uns gearbeitet haben, und auch andere, die in Gefahr waren nach der Machtübernahme durch die Taliban.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ist es damals gelungen, denjenigen, die in Gefahr gewesen sind aus Ihrer Sicht, auch zur Ausreise zu verhelfen?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, sicherlich nicht allen, aber sehr vielen. Und das war damals der Knackpunkt: von den Taliban die Zusicherung zu erhalten, dass die auch das Land verlassen dürfen. Und dies haben wir erreicht, diese Zusicherung.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das heißt - - Ich verstehe Sie so, dass Sie sagen, im Rahmen der Möglichkeiten ist das aus Ihrer Sicht erfolgreich gewesen.

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sind Ihnen Fälle bekannt, wo das nicht gelungen ist?

**Zeuge Markus Potzel:** Es sind mir durchaus Fälle bekannt geworden, wo es nicht gelungen ist, Leute rauszubringen, die wir rausbringen wollten. Aber mir ist kein Fall bekannt, dass jemand sein Leben gelassen hat aufgrund einer nicht erfolgten Evakuierung durch uns.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann wäre meine Abschlussfrage: Ist nach Ihrer Kenntnis die Praxis der Bundesrepublik Deutschland eine andere gewesen als die von anderen Staaten, was diese Evakuierung und das Ausfliegen von Ortskräften anbetrifft, also beispielsweise der Amerikaner oder Briten?

**Zeuge Markus Potzel:** Praxis - - Ja, also sicherlich auf der Zeitschiene. Da haben es andere früher gemacht, zum Beispiel auch die Franzosen, wobei man dazusagen muss, dass die Franzosen jetzt weniger Ortskräfte hatten als wir, weil sie einfach in Afghanistan keine große Rolle mehr gespielt haben.

Amerikaner und Briten wiederum haben kurz vor dem 15. August meines Wissens auch eigene Staatsangehörige rausgeflogen, vor allen Dingen auch Botschaftsmitarbeiter, die Botschaften ausgedünnt, wobei man auch da sagen muss, dass sie um ein Vielfaches mehr Botschaftspersonal hatten als wir: die Briten zehnmal so viel, die Amerikaner bestimmt - also, ich weiß nicht, wie viel - noch viel mehr als wir. Also, sie hatten da durchaus mehr eigene Botschaftsmitarbeiter auszuliegen als wir.

Ich glaube, beim Ausfliegen von Ortskräften - abgesehen von den Franzosen, soweit ich weiß - waren wir mehr oder weniger auf der gleichen Wellenlänge, wobei ich auch Informationen hatte, dass Amerikaner und Briten dann kurz vor dem 15. Charterflugzeuge entsandt haben, um Ortskräfte rauszufiegen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Letzte Frage, die ganze Periode betreffend, über die wir hier reden: Wie selbstständig haben Sie Ihre Aufgabe wahrnehmen können? Und wie stark haben Sie Weisungen oder Richtlinien aus Berlin gehabt?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Markus Potzel:** Also, bis zum 17. August 2021 war ich ja selber in Berlin. Ich bin damals Sonderbeauftragter der Bundesregierung gewesen, stand aber sicherlich auch unter - - stand aber auch unter einem Weisungsverhältnis zu der Leitung des Auswärtigen Amtes, ganz klar. Ich war parallel dazu ja auch Südasien-Beauftragter des Auswärtigen Amtes, im Auswärtigen Amt.

Ich empfand diese Position, auch diese Selbstständigkeit als nicht anders, als ich sie vorher in einer anderen Funktion hatte. Das heißt, ich habe relativ frei agieren können, natürlich Entscheidungen von politischer Tragweite dann mit der Leitung, mit den Staatssekretären, auch mit meiner Abteilungsleiterin Petra Sigmund, aber auch mit den Staatssekretären, dem Minister selber, dem Ministerbüro abgesprochen.

Und wenn es Entscheidungen waren, die die gesamte Bundesregierung betroffen haben, dann haben wir uns natürlich auch im Ressortkreis abgestimmt - ich erwähnte bereits die regelmäßig stattfindenden Staatssekretärsrunden - - und später natürlich auch die Krisenstabssitzungen, an denen dann in täglicher Folge nach dem 15. August Bundesminister Maas, Bundesministerin Kramp-Karrenbauer teilnahmen sowie Staatssekretäre anderer Ressorts.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. Das sind meine Fragen. - Dann wechselt das Frage-recht jetzt zur Union. Der Kollege Röwekamp.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Potzel, dass Sie uns heute mit Ihrer Kenntnis und zur Aussage zur Verfügung stehen. - Meine Frage schließt ein bisschen an die Fragen des Vorsitzenden an.

Zunächst einmal die Frage nach den Sicherheits-garantien und der Zuverlässigkeit der Taliban. Sie haben dazu in Ihrem Eingangsstatement be-reits darauf hingewiesen, dass Sie über viele Jahre vielfältige Kontakte zu Vertretern der Tali-ban hatten, und der Vorsitzende hat Sie eben schon gefragt, inwieweit die Zusagen der Tali-ban, die Ihnen gegenüber gegeben worden sind, eingehalten wurden. Meine Frage jetzt noch mal ausdrücklich in Bezug auf die Sicherheit von

Ortskräften: Was ist Ihnen in der Zeit des Unter-suchungszeitraumes an Sicherheitszusagen der Taliban in Bezug auf Ortskräfte bekannt, und in-wieweit sind diese Sicherheitszusagen der Tali-ban eingehalten worden?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, konkrete Sicherheits-zusagen gab es nicht. Aber es gab die Zusage, dass Afghaninnen und Afghanen, die wir aufneh-men wollten - - dass die auch die Möglichkeit ha-ben, auszureisen, wenn sie über entsprechende Ausweisdokumente verfügen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Genau. Und ist das eingehalten worden aus Ihrer Sicht?

**Zeuge Markus Potzel:** Das ist aus meiner Sicht eingehalten worden.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Sind Ihnen denn Fälle bekannt, wo Ortskräfte deutscher Einrichtungen während des Untersuchungszeit-raums gezielt angegriffen, verletzt oder auch ge-tötet wurden?

**Zeuge Markus Potzel:** Nein.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Mhm. - Ich nehme Bezug auf MAT A AA-9.80 VS-NfD, Blatt 43 bis 45. Dort berichten Sie in einer E-Mail vom 19. August 2021 an das Auswärtige Amt über ein Gespräch, das Sie in der Residenz des deutschen Botschafters in Doha geführt haben. Und da heißt es - ich zitiere -:

„- Auf mein Insistieren konze-dierte St., dass Afghaninnen und Afghanen, die gültige Ausweis-papiere und ein deutsches Emp-fehlungsschreiben bei sich hätten, durchgelassen würden.“

Zitat Ende. - Ich vermute, das bezieht sich auf den Zugang zum Flughafen in Kabul.

**Zeuge Markus Potzel:** Mhm.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ist das, meine Vermutung - -

**Zeuge Markus Potzel:** Richtig, ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Nun haben wir aber alle die Bilder vor Augen über die Zustände am Flughafen in Kabul, und Sie selbst haben gesagt, Sie hätten sich die Dokumentation auch noch mal angeschaut.

**Zeuge Markus Potzel:** Mhm.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Wenn Sie das jetzt mal gegenüberstellen, also die Zusage: „Wir lassen jeden durch“, sage ich jetzt mal so verkürzt, und auf der anderen Seite die Bilder über die tatsächlichen Verhältnisse am Flughafen: Halten Sie das für vereinbar? Oder: Haben Sie das damals für vereinbar gehalten?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, weil der Flughafen nicht die einzige Möglichkeit war, das Land zu verlassen. Es gab zahlreiche Fälle, wo Leute mit einem Empfehlungsschreiben und mit Ausweispapieren - auch ohne Ausweispapiere übrigens - das Land auf dem Landweg Richtung Pakistan verlassen haben.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Okay. - Dann formuliere ich die Frage noch mal anders. Mit Ihrer Kenntnis: Haben alle Afghaninnen und Afghanen, die gültige Ausweispapiere und ein deutsches Empfehlungsschreiben bei sich hatten, Zugang zum Flughafen in Kabul bekommen? Oder wurde das durch die Taliban eingeschränkt?

**Zeuge Markus Potzel:** Das entzieht sich meiner Kenntnis. Also, es gab ja nun keine kommerziellen Flüge mehr, auf die man hätte zurückgreifen können. Aber sagen wir mal so: Der Umstand - - Das war sicherlich nicht der Umstand, dass sie Ausweispapiere hatten und die Taliban sie nicht durchgelassen haben, was sie daran hinderte, zum Flughafen zu kommen. Das war, glaube ich, die chaotische Lage am Flughafen und die rigorose, aus Sicherheitsgründen wahrscheinlich rigorose Zugangspolitik zum Flughafen, in den Flughafen hinein.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Die „rigorose Zugangspolitik“ seitens der Taliban meinen Sie, oder meinen Sie, seitens der - -

**Zeuge Markus Potzel:** Nee, ich finde, die am Flughafen war - - Ganz außen waren die Taliban; die hatten Checkpoints. Am Flughafen selber gab es einen äußeren Ring von afghanischen Sicherheitskräften, noch aus Republikszeiten. Und innen waren es in erster Linie die Amerikaner, die den Flughafen gesichert haben, von innen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Nun haben wir ja den Umstand, dass, wie Sie sicherlich auch wissen, ganz viele Afghaninnen und Afghanen, die eine Aufnahmezusage durch die Bundesrepublik Deutschland haben, das Land nicht mehr verlassen konnten.

**Zeuge Markus Potzel:** Mhm.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Was sind nach Ihrer Kenntnis die Ursachen dafür?

**Zeuge Markus Potzel:** In erster Linie - - wahrscheinlich - - Also, meine eigene Einschätzung ist, dass sie entweder keine Ausweispapiere hatten, keine Zusagen, keine Visa, oder eben Nachbarländer die Grenzen dichtgemacht haben, wie zum Beispiel zentrale asiatische Länder: die Nachbarländer Turkmenistan, Tadschikistan, Usbekistan, die keine Afghanen reingelassen haben. Pakistan war in dieser Hinsicht am Anfang sehr viel konzilianter und offener. Aber mit der Zeit - ich weiß nicht mehr genau, wann es war, ein halbes Jahr später, glaube ich - wurden auch da strengere Maßnahmen eingeführt.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Habe ich Sie dann richtig verstanden, dass Sie sagen, die Ausreise von ausreiserechtigten früheren Ortskräften ist nach Ihrer Kenntnis in keinem einzigen Fall an den Taliban gescheitert?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, ob es in keinem einzigen Fall so war, das weiß ich nicht.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Oder umgekehrt: Sind Ihnen Fälle bekannt, wo die Ausreise an den Taliban gescheitert ist?

**Zeuge Markus Potzel:** Nein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Dann würde ich mich mal ein bisschen orientieren wollen über sozusagen diese Dienstposten, die unterschiedlichen, die Sie innehatten. Wenn wir die Aktenlage richtig verstanden haben, waren Sie ja - und so haben Sie es vorhin auch geschildert - bis zum 19. Juli 2021 Sonderbeauftragter für Afghanistan und Pakistan und ab 20. Juli designierter Botschafter für Kabul. Können Sie mir kurz schildern, was ein „designierter Botschafter“ für ein Dienstposten ist?

**Zeuge Markus Potzel:** Das heißt, Sie werden vom Auswärtigen Amt vorgeschlagen. Das Kabinett entscheidet; der Bundespräsident entscheidet und stellt ein Beglaubigungsschreiben aus, das ich dann an den Adressaten - in den meisten Fällen also ist es der Regierungs- oder der Staatschef - übergeben muss. Ich hatte ein Beglaubigungsschreiben, ausgestellt von Bundespräsident Steinmeier, adressiert an den Präsidenten der Islamischen Republik Afghanistan, Ashraf Ghani, und kam allerdings nie dazu, dieses Beglaubigungsschreiben zu übergeben. Insofern war ich kein voll akkreditierter Botschafter, weil ich niemanden mehr hatte, der mich akkreditieren konnte. Wir hatten mehrere solcher Fälle im internationalen Kreise in Doha, und jeder hatte einen anderen Namen. Wir haben uns entschieden, das „designierter Botschafter“ zu nennen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Okay. - Nun wundert mich ein bisschen der Wechsel sozusagen dieser Dienstposten am 20. Juli 2021. Also, da war die Sicherheitslage ja schon etwas angespannter, das Doha-Abkommen - - Sie haben vorhin geschildert, wie die Taliban im Land sozusagen auf dem Vormarsch waren. Warum ist nach Ihrer Kenntnis ausgerechnet mitten in dieser Phase, am 20. Juli 2021 - - Wieso sind Sie in dieser Phase von Ihrer Aufgabe als Sonderbeauftragter entbunden worden und als Botschafter, als designierter Botschafter, bestimmt worden?

**Zeuge Markus Potzel:** Weil das war weit vorher. Also, die Entscheidung, glaube ich, dass ich nach Kabul gehen würde, wurde schon im Februar getroffen, 2021, und meinen Erlass habe ich dann, glaube ich, im Mai erhalten. Allerdings, diese

Planung, dass Jasper Wieck mich ablöst als Sonderbeauftragter, das war lange vorher beschlossen worden. Es war ein - wie sagt man? - nahtloser Übergang. Und ebenfalls habe ich - - haben wir zusammen mit der Personalabteilung und zusammen mit Herrn van Thiel entschieden, dass er zuerst dorthin geht und dort die Stellung hält und die Botschaft führt, sozusagen als Geschäftsträger, und ich dann Ende August ihn ablösen würde. So war die Planung. Das war lange, bevor die Sicherheitslage sich derart zuspitzte.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Nach einer internen Mitteilung des BND aus dem April 2021 - das ist MAT A BND-3.81 VS-NfD, Blatt 292 - sei man im Auswärtigen Amt - Zitat - „nicht zufrieden mit der Arbeit“ - Zitat Ende - von Botschafter Zeidler, und dass Sie ihn im Sommer vorzeitig ablösen sollen. Was können Sie dem Ausschuss über Ihre Kenntnis über diesen Umstand sagen? Und welche Kenntnis haben Sie insbesondere auch in Ihrer Eigenschaft als Sonderbeauftragter über die Zufriedenheit im Auswärtigen Amt mit Botschafter Zeidler?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, er war ein guter Botschafter. Er hat die Botschaft übernommen im Sommer 2020. Das war die Entscheidung der Staatssekretäre des Bundesministers, mich unter diesen doch sich verschärfenden Umständen wieder nach Afghanistan als Botschafter zu schicken, weil meine Zeit als Sondergesandter abgelaufen war. Ich hätte sowieso den Posten übergeben. Und dann bot sich an, dass ich wieder als Botschafter dahin gehe, weil aufgrund der Entscheidung, die Mission Resolute Support zu beenden und die Truppen abzuziehen, ja, absehbar war, dass es zu einer kritischen Situation kommen könnte und es von Vorteil wäre, wenn da jemand ist, der sich bestens auskennt und auch die entsprechenden Akteure in erster Linie auf der republikanischen Seite kennt.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ja, meine Frage war ja, welche Kenntnis Sie davon haben, dass man im Auswärtigen Amt nicht zufrieden gewesen sei mit der Arbeit von Botschafter Zeidler, und meine Frage ist: Waren Sie selbst zufrieden mit der Arbeit von Botschafter Zeidler?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Und Kenntnis davon, dass man nicht zufrieden war, haben Sie die?

**Zeuge Markus Potzel:** Das war - - Nee, also, es gab immer mal wieder Gespräche, aber das wurde mir gegenüber nie geäußert.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Was für Gespräche waren das?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich vermute mal - - Also, ich weiß es nicht - - Personalabteilung, Staatssekretärsbüro, das Ministerbüro; aber da war ich nicht einbezogen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Herr Botschafter Zeidler hat bei seiner Vernehmung hier geschildert, dass ein wesentlicher Termin in seiner Zeit in Afghanistan der Besuch des damaligen Außenministers Maas Ende April 2021 war. Allerdings hat er uns auch mitgeteilt, dass der Außenminister mit ihm anlässlich dieses Besuches kein einziges Gespräch geführt habe. Meine Frage ist - nach unserer Kenntnis haben Sie den Minister damals begleitet -: Können Sie bestätigen, dass Außenminister Maas mit dem Botschafter nicht gesprochen hat? Und ist das nach Ihrer Kenntnis üblich, dass ein Minister, wenn er ein fremdes Land bereist, mit dem dort ansässigen Botschafter nicht spricht?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, den Eindruck hatte ich nicht, dass er nicht mit ihm gesprochen hat. Herr Zeidler war Teil der Delegation vor Ort und war in allen Gesprächen des Ministers mit dabei. Und es war, wie immer, ein sehr dicht gedrängtes Programm, ohne Übernachtung; das heißt, wir sind von einem Termin zum nächsten gehetzt. Und dazwischen gab es sicherlich, soweit ich mich erinnern kann, kurze Gespräche auch zwischen Minister Maas und Botschafter Zeidler. Also, ich habe das nicht als eine unübliche Situation wahrgenommen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ich würde dann gerne noch mal über die Aufgabenwahrnehmung als Sonderbeauftragter mit Ihnen sprechen; denn

Sie sind ja nicht Sonderbeauftragter jetzt des Auswärtigen Amtes gewesen, sondern Sonderbeauftragter der Bundesregierung. Meine erste Frage ist: Wie wird man das eigentlich? Beschließt das die Bundesregierung?

**Zeuge Markus Potzel:** Das Kabinett, ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Das Kabinett hat das beschlossen. - Dann habe ich dem Organigramm des Auswärtigen Amtes entnommen, dass es nur noch einen weiteren Sonderbeauftragten der Bundesregierung gibt, und das war Staatsminister Roth, der für den Europarat zuständig war. Können Sie dem Ausschuss kurz schildern, was nach Ihrer Kenntnis die sachlichen Gründe dafür waren, einen Sonderbeauftragten für ausge-rechnet diese Region zu bestellen? Was ist Ihnen darüber mitgeteilt worden?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, erst mal muss ich sagen, dass es auch noch weitere Beauftragte gibt, zum Beispiel den für transatlantische Beziehungen. Ich glaube, zu der Zeit hatten wir auch noch einen Sonderbeauftragten für die Beziehungen zu Russland. Das waren meistens Kollegen und Kolleginnen aus dem parlamentarischen Raum. Den Posten des Sonderbeauftragten für Afghanistan und Pakistan gab es ja schon seit - - Der Erste war meines Wissens Mützelburg, dann Steiner, also um den Zeitraum 2008 herum. Insofern wurde dieser Posten regelmäßig kontinuierlich besetzt, und, ich glaube, Jasper Wieck war dann der Letzte, der diesen Posten innehatte.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Wie waren Sie im Haus denn eingebunden, also wem gegenüber haben Sie berichtet?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, also, das ist ein Doppelhut, ich war ja gleichzeitig auch Südasien-Beauftragter. In der Hierarchie sozusagen: Stellvertreter Abteilungsleiter für Asien und Pazifik. In dieser Funktion war meine Vorgesetzte, meine direkte Vorgesetzte, Petra Sigmund, die Abteilungsleiterin „Asien und Pazifik“. Als Sonderbeauftragter war ich allerdings direkt dem Staatssekretär praktisch unterstellt und hatte auch Zugang zum Minister.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Wie oft haben Sie den Minister zu Fragen von Afghanistan während Ihrer Tätigkeit als Sonderbeauftragter gesprochen?

**Zeuge Markus Potzel:** Vielleicht alle drei Monate.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Und wie muss ich mir den Inhalt eines solchen Gespräches vorstellen? Haben Sie in diesem Gespräch Lageberichte abgegeben, oder hat er Ihnen konkrete Aufgaben übertragen?

**Zeuge Markus Potzel:** In erster Linie waren es Lageberichte. Er hat viele Fragen gestellt. Ich habe den Minister auch begleitet, wie gesagt, zu Reisen nach Pakistan, nach Afghanistan. Ich habe ihn begleitet zu Gesprächen, die in Berlin stattfanden zum Thema Afghanistan. Ich habe ihn begleitet zur Münchner Sicherheitskonferenz 2020, als er den Präsidenten Afghanistans dort auch getroffen hat. Also, wir hatten sehr viele Begegnungen, persönliche Begegnungen, und meist ging es darum, dass ich ihm die aktuelle Lage geschildert habe und er dann konkrete Fragen gestellt hat.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Nun wissen wir aus den uns übersandten Unterlagen, dass in diesem gesamten Zeitraum, also seit Doha-Abkommen bis sozusagen zur Übergabe Kabuls an die Taliban, es auch immer sehr intensive Gespräche über das Ortskräfteverfahren und die Aufnahmekriterien und den aufnahmeberechtigten Kreis gegeben hat. Inwieweit waren Sie in diese Diskussion eingebunden? Und war das auch Gesprächsinhalt Ihrer Routinegespräche mit dem Minister und dem Staatssekretär?

**Zeuge Markus Potzel:** Das Ortskräfteverfahren wurde sehr ausführlich besprochen in den Staatssekretärsrunden. Das heißt, die Staatssekretäre waren selber - vor allen Dingen anfangs Staatssekretär Michaelis, dann Staatssekretär Berger - in den Informationsstand eingebunden. Mit Staatssekretär Berger habe ich mich dazu regelmäßig unterhalten, Minister Maas weniger.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Welche konkreten Empfehlungen haben Sie in Bezug auf das

Ortskräfteverfahren mit Ihrer Fachkenntnis gegeben?

**Zeuge Markus Potzel:** Die Empfehlung war, Ortskräften die Ausreise zu ermöglichen, allerdings auf einem, ich sage mal, prozeduralen Wege; das heißt, mit Visaerteilung und mit kommerziellen Verkehrsmitteln, sprich: Flugzeugen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ja, mir geht es eher um die Frage des Verfahrens. Wir haben gehört, es gibt sozusagen das individuelle Ortskräfteverfahren mit Sicherheitsüberprüfung bzw. das Listenverfahren.

**Zeuge Markus Potzel:** Genau, ja.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Haben Sie dazu eine inhaltliche Position in Ihren Gesprächen vertreten?

**Zeuge Markus Potzel:** Genau, das war das Verfahren, das wir als Auswärtiges Amt auch bevorzugt haben, bis, ja, bis - ich weiß nicht mehr genau, wann es war - Juni ungefähr. Und dann kam ja die Frage dann auch auf mit Sammelaufnahmen, Charterflügen, und das wurde dann intensiv diskutiert.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Hat der Minister Ihnen gegenüber zu irgendeiner Zeit den Auftrag gegeben oder die Weisung erteilt, das Ortskräfteverfahren in einer bestimmten Weise zu verändern?

**Zeuge Markus Potzel:** Nicht dass ich mich erinnern kann.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Okay, dann mache ich hier Schluss. - Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann wechselt das Fragerecht zu den Grünen. Frau Kollegin Nanni.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Tag, Herr Potzel! Ich würde noch mal anfangen bei der Rollenverteilung, weil wir auch tatsächlich da noch ein paar Fragen haben. Und ich würde anfangen mit einem Vorhalt, und zwar ist



## Nur zur dienstlichen Verwendung

das das endgültige Stenografische Protokoll 20/30 I, Seite 63. Das ist das Protokoll von der Vernehmung von Dr. Jens Jokisch. Er sagt:

„Bei jeder Krise kommt naturgemäß den Auslandsvertretungen eine besondere Rolle zu. Die Kolleginnen und Kollegen sind unsere Augen und Ohren und Ausgangspunkt jeglicher Aktivität vor Ort.“

Wenn er das jetzt so für die Krise beschreibt, können Sie dann noch mal Ihre Rolle im Untersuchungszeitraum als Sonderbeauftragter und dann auch mit dem Wechsel zum designierten Botschafter genau beschreiben, wie Sie mit den anderen Akteuren „Augen und Ohren“ sozusagen sichergestellt haben unter der Maßgabe dessen, was Jokisch in der Befragung gesagt hatte?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, also die Botschaft - - Tatsächlich sind unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dort die Augen und Ohren. Was die Sicherheitslage angeht, wird da in erster Linie an das Länderreferat sowie das Krisenreaktionszentrum berichtet. Da war ich jetzt nicht in jedes Detail eingebunden. Meine Aufgabe war es eher, die Beziehungen zur politischen Führung des Landes aufrechtzuerhalten und die Friedensverhandlungen zu koordinieren und die Beziehungen zu unseren Partnern aufrechtzuerhalten. Also, in die Einzelheiten der Beurteilung der Sicherheitssituation war ich nicht in jedem Fall eingebunden.

Natürlich, wenn ich nach Afghanistan kam, um Gespräche zu führen, hat sich die Botschaft wirklich sehr hervorragend um mich gekümmert, sowohl Botschafter Prügel, Botschafter Zeidler als auch die Referenten und Referentinnen vor Ort und die Sicherheitsbeamten und Sicherheitsbeamtinnen. Also, insofern war das schon eine enge Zusammenarbeit. Und natürlich, im Hinblick darauf, dass ich die Botschaft wieder übernehmen würde als Botschafter, hat mich schon sehr interessiert, wie es den Kolleginnen und Kollegen vor Ort geht. Und da habe ich mich auch erkundigt, ja.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich frage noch mal explizit nach, weil - - Also, haben Sie in Ihrer Rolle eine Veränderung gemerkt zwischen „Sonderbeauftragter“ und „designierter Botschafter“?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, natürlich, das sind zwei verschiedene Rollen. Und ich wusste ja, was ein Botschafter zu tun hat, weil ich ja schon mal Botschafter dort war. Aber es ist ein Unterschied, ob Sie die Afghanistan-Politik von der Zentrale aus dirigieren oder eben mitdefinieren und umsetzen, als wenn Sie das vor Ort machen. Vor Ort ist der Blick doch ein etwas engerer; Sie sind auf Afghanistan praktisch fokussiert. Aber wenn Sie hier in Berlin die Afghanistan-Politik koordinieren, mitdefinieren, dann spielen auch viele Aspekte der Innenpolitik natürlich eine Rolle.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Da gehen wir auch nachher noch mal drauf ein. Sie haben heute in der Befragung gesagt, in der Zeit, wo Sie schon Vorgesetzter von Jan van Thiel waren - - Das hat ja der Vorsitzende angesprochen, die Weisung, dass man eben weiter bei der Linie bleibt, mit den Taliban keinen direkten Kontakt in Kabul aufzubauen, die Sie mit Krüger und Wieck abgestimmt haben. Haben Sie Jan van Thiel gefragt, warum er direkten Kontakt mit den Taliban aufbauen wollte?

**Zeuge Markus Potzel:** Nee, das ging ja aus seiner Mail hervor.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Haben Sie dann noch mal nachgefragt?

**Zeuge Markus Potzel:** Nee, nicht dass ich wüsste.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wie haben Sie denn mit Übernahme Ihres Amtes als designierter Botschafter die Pflichten zur Fürsorge gegenüber der Botschaft in Kabul angenommen?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, ich habe mich natürlich im Vorfeld erkundigt, wie die Personalsituation ist. Ich habe mich erkundigt, wer da jetzt vor Ort ist. Ich kannte viele der Kolleginnen und Kollegen natürlich schon von meinen Besuchen und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wusste, wie der Arbeitsrhythmus ist - also, fünf Wochen rein, fünf Wochen raus -, wie die Arbeitsumstände, die Wohnumstände sind, und habe mich auch zum Beispiel mit dem Gesandten, Herrn Bledjian, der der Vertreter von Herrn Zeidler war, auch des Öfteren ausgetauscht. Wir haben uns auch vor Ort gesehen, bereits als er noch Generalkonsul in Masar war. Später, als er zweiter Mann in Kabul war und ich dort auf Reisen war, haben wir uns regelmäßig gesehen und ausgetauscht, und habe damit ein ganz gutes Bild gehabt über die Situation unserer Kolleginnen und Kollegen vor Ort.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja vorhin auch in der Befragung hier ausgeführt, dass Sie davon ausgegangen sind - das haben Sie ja in Doha in Ihrer vorherigen Rolle noch erfahren -, dass die Taliban die Botschaft nicht angreifen werden - das hatten Sie ja auch in der E-Mail mitgeteilt - und dass die USA weiter die Botschaft sichern werden. Das sind ja zwei notwendige Bedingungen, wo, wenn eine sozusagen nicht mehr erfüllt ist, dann das Schutzniveau direkt auf null geht. Als Sie dann in Personalverantwortung für die Botschaftsmitarbeitenden in Kabul waren, haben Sie sich diese Analyse noch mal angeguckt und sich gefragt, inwiefern beides noch zutrifft?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, auf alle Fälle.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf welche Art und Weise haben Sie das gemacht?

**Zeuge Markus Potzel:** Na ja, indem ich alle möglichen Informationen, die mir zugänglich waren, gelesen habe und mich auch mit sehr vielen Kolleginnen und Kollegen der Botschaft, aber auch der internationalen Gemeinschaft unterhalten habe.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage explizit noch mal nach, weil die Frage natürlich: „Von welchen Taliban reden wir eigentlich?“, das hatten Sie ja selber auch aufgebracht, ist ja nicht ganz unerheblich für diese Versicherung der Taliban, nicht anzugreifen. Und in Zusammenhang mit der Nachfrage von Jan van Thiel, dass er mit den Taliban, die vor Ort sind -

also andere, als mit denen Sie gesprochen haben in Doha, in ihrer alten Rolle -, den Kontakt suchen will, frage ich mich schon ein bisschen - - und Sie haben jetzt ja gerade gesagt, dass Sie nicht noch mal angerufen haben und gefragt haben: Warum willst du eigentlich mit den Taliban sprechen?

Also, inwiefern - - was haben Sie genau - - Von wem haben Sie genau, sozusagen in Ihrer neuen Rolle, als Sie Fürsorgepflicht hatten für die Botschaftsangehörigen - - mit wem haben Sie genau welches Gespräch geführt, um sich sicher zu sein, dass das, was Sie in Doha gelernt haben - die Taliban werden die Botschaft nicht angreifen -, nach wie vor Gültigkeit hat?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, ich habe mich da auf die Zusagen der Taliban in Doha berufen, in der Annahme, dass sie ihre Kämpfer unter Kontrolle haben, was in der Vergangenheit durchaus der Fall war. Ich konnte mir nicht vorstellen und hatte wirklich keine Kenntnis darüber, wen Herr van Thiel - - mit welchen Taliban er in Kabul sprechen wollte.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten keine Vorstellung davon, aber haben ihn trotzdem nicht noch mal gefragt?

**Zeuge Markus Potzel:** Nein, weil ich mir, ja, wie gesagt, nicht vorstellen konnte und ich - - Erstens war es ihm sicherlich aus - - also war meine Vorstellung, dass aus Sicherheitsgründen es nicht möglich war, sich irgendwo in Kabul mit Taliban zu treffen. Zweitens wäre das aus der bekannten Arbeitsteilung Zentrale-Botschaft nicht opportun gewesen. Und drittens entzog es sich meiner Kenntnis. Ich hatte keine Informationen von ihm vorher erhalten, mit wem er da hätte sprechen wollen. Und das wäre ja Voraussetzung gewesen.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin auch noch ausgeführt hier in der Befragung, dass Ihre Erwartung war, dass die ANDSF, die sich aus den Provinzen zurückzog und Kabul sicherte, so zumindest Ihre Annahme - - dass Ihre Erwartung war, dass die auch gegen die Taliban die Stadt verteidigen. Hatten



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie dazu ND-Lage, die diese These unterstützt hat?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, das hatten wir sicherlich. Ich habe mich auch bei meinem letzten Besuch im Juni, Mitte Juni 2021 mit dem Nationalen Sicherheitsberater unterhalten, der mir diese Zusicherung gegeben hat.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Aber hatten Sie dazu auch ND-Lage der deutschen Behörden? Also, dass er Ihnen das zusichert: fair enough, aber Deutschland hatte ja auch eigene Erkenntnisse zu den Truppenbewegungen.

**Zeuge Markus Potzel:** So ist es, ja. Ja, die haben wir natürlich regelmäßig bekommen. Allerdings hatte ich, als ich dann im Urlaub war, darauf keinen Zugriff.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist interessant. Warum nicht?

**Zeuge Markus Potzel:** Weil ich im Urlaub war.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie es noch mal ausführen? Ich weiß es schon, aber ich muss ein Protokoll haben.

**Zeuge Markus Potzel:** Wenn Sie im Urlaub sind und nicht in Berlin sind, dann kriegen Sie diese Berichterstattung, die schriftliche Berichterstattung, die ja eingestuft ist - - Also die, die eingestuft sind und nicht per E-Mail verschickt werden, die kriegen Sie dann halt nicht in die Hand. Dazu hätte ich schon nach Berlin kommen müssen.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das heißt aber andersrum: Sie wussten, dass Sie eine Informationslücke haben, weil Sie ja Zugang zu den ND-Materialien nicht hatten, sind aber bei Ihrer These, die Sie in der alten Verwendung entwickelt haben, dass die Taliban die Stadt nicht angreifen werden und die USA die Botschaft sichern wird, geblieben und haben dann auch auf die Bitte Ihres Untergebenen, der die Talibankontakte selber aufnehmen wollte, nicht noch mal nachgefragt, warum er das machen will?

Also nur dass ich das in der Kette auch einmal so verstehe. Also, Sie wussten, dass Sie wahrscheinlich Informationen jetzt nicht bekommen haben in der Zeit, weil Sie ja technisch keinen Zugang hatten; fair enough. Und was haben Sie dann gemacht, um sich sozusagen schnell auch ND-lagemäßig auf Stand zu bringen?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich habe mich mit meinem Nachfolger Jasper Wieck und mit dem Referatsleiter Andreas Krüger unterhalten.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und was haben die Ihnen gesagt zur ND-Lage?

**Zeuge Markus Potzel:** Die haben mir genau das gesagt, woraus ich dann die Schlüsse zog, die ich in meiner Mail an Herrn van Thiel formuliert habe.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut. - Wie viel habe ich noch? - Ja, das passt vielleicht. Sie waren auch Südasienbeauftragter der Bundesregierung. In welchem Zeitverhältnis lagen die beiden Beauftragtenjobs?

**Zeuge Markus Potzel:** Gleichzeitig.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Fifty-fifty?

**Zeuge Markus Potzel:** Ach so, vom Aufwand her?

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Zeuge Markus Potzel:** Ah, da war - - Afghanistan hat schon einen größeren Raum eingenommen, ich würde mal sagen: 70 : 30.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Danke schön. - Das Fragerecht wechselt zur AfD.

**Stefan Keuter (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Potzel! Schön, Sie kennenzulernen. Das ist immer ganz besonders spannend, wenn man jemanden nur aus der Aktenlage kennt und damit dann plötzlich ein Gesicht verbinden kann.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir haben hier in diesem Ausschuss schon viel über das Doha-Abkommen gehört, und bisher ist uns häufig der Eindruck vermittelt worden, dass dies ein schädliches Machwerk der Trump-Administration sei und Deutschland und die Afghanen davon ziemlich überrascht worden sind und dieses übergestülpt wurde. Beim Studium der Akten drängt sich da allerdings ein etwas anderes Bild auf.

Ihr Name tauchte häufig mit dem Doha-Abkommen auf. Wie eng waren Sie an der Ausarbeitung des Doha-Abkommens dran? Wo haben Sie gegebenenfalls daran mitgewirkt und wann?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, mitgewirkt habe ich daran überhaupt nicht. Und die Ausarbeitung, glaube ich, fällt auch nicht in den Zeitraum des Untersuchungsausschusses, der meines Wissens am 29. Februar 2020 beginnt. Da war das Abkommen ja schon ausgehandelt. - Aber um Ihre Frage zu beantworten: An der Ausarbeitung waren weder ich noch andere Mitglieder oder Beamte der Bundesregierung beteiligt.

**Stefan Keuter (AfD):** Wissen Sie, ob Deutschland bzw. respektive Sie Kenntnis von dem Doha-Abkommen und den Annexen vor Abschluss hatten?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, ich - - muss ich ein bisschen zurückgreifen. Botschafter Khalilzad arbeitete an diesem Abkommen mit seinem Team ja schon längere Zeit, und das Abkommen war quasi unterschriftsreif im September 2019. Dann gab es Anschläge auf US-Soldaten, die die Unterschrift verzögerten, und es wurde nachverhandelt. In diese Verhandlungen, wie gesagt, waren wir nicht eingebunden. Wir mussten Herrn Khalilzad doch Informationen immer wieder aus der Nase ziehen. Das haben wir versucht. Ich selbst habe am 28. Februar 2020 Kenntnis erhalten von dem Abkommen als auch den Annexen.

**Stefan Keuter (AfD):** Wie war Ihr Verhältnis zu Khalilzad?

**Zeuge Markus Potzel:** Sehr gut, kollegial. Wir hatten einen guten Draht zueinander.

**Stefan Keuter (AfD):** Ich frage dann noch mal: Ist es da irgendwo möglich gewesen, deutsche Wünsche in die Feder einfließen zu lassen, oder waren wir daran gar nicht beteiligt?

**Zeuge Markus Potzel:** Man kann da immer seine Wünsche einfließen lassen. Die Frage ist, wie der Partner damit umgeht. Und Herr Khalilzad war ein Meister darin, charmant zu lächeln und uns - wie soll ich sagen? - entgegenzukommen mit Worten, aber eben uns auch nicht alles zu sagen. Und unser Einfluss auf seine Verhandlungsführung, auf die Inhalte des Abkommens waren quasi sehr, sehr gering.

**Stefan Keuter (AfD):** Hatten wir vor anderen Partnern Einblick in die Annexe?

**Zeuge Markus Potzel:** Das kann ich mit Bestimmtheit nicht sagen. Ich weiß, dass den Briten ebenfalls Einsicht gewährt wurde. Wer noch davon Kenntnis hatte, das entzieht sich meiner Kenntnis.

**Stefan Keuter (AfD):** Ich habe ein Aktenfundstück gefunden, was ich Ihnen gerne einmal vorhalten würde. Das ist MAT A BKAmT-3.60 VS-NfD, Blatt 27. Ich zitiere hieraus:

„... dass der DEU AFG-Sonderbeauftragte, Markus Potzel, - anders als andere Staatenvertreter - immerhin Einblick in die bis dato noch nicht zugesandten Annexe erhalten hat, so dass man grds. zustimmen konnte.“

Zitat Ende.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

**Zeuge Markus Potzel:** Wie gesagt, also ich habe, soweit ich mich erinnere, die Information erhalten, dass auch die Briten Einsicht erhalten haben. Aber wer sonst, das entzieht sich meiner Kenntnis.

**Stefan Keuter (AfD):** Ist unsere Zustimmung abgefragt worden?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Markus Potzel:** Nee. Das war ein Abkommen der Amerikaner mit den Taliban.

**Stefan Keuter (AfD):** Das heißt, man hat sich von amerikanischer Seite auch nicht der Zustimmung der Partner, in diesem Fall der Deutschen, versichert?

**Zeuge Markus Potzel:** Nö.

**Stefan Keuter (AfD):** Weil dieses Zitat, was ich gerade gebracht hatte, erschließt sich mir so, dass man durchaus die Partner gefragt hätte, insbesondere auch Deutschland, ob man diesem in dieser Form so zustimmt.

Was anderes: Sind Sie nach der Veröffentlichung des Doha-Abkommens von Kollegen, Vorgesetzten im Auswärtigen Amt oder von anderen Vertretern anderer Ressorts für Ihre Begleitung des US-Taliban-Abkommens und der Gespräche dazu von Doha kritisiert worden? Und, wenn ja, von wem?

**Zeuge Markus Potzel:** Nö, bin ich nicht. Warum? Und unsere Zustimmung wurde dann relevant, als dieses Abkommen im UN-Sicherheitsrat indossiert wurde. Und wir waren damals Co-Penholder für das Dossier Afghanistan im Sicherheitsrat, zusammen mit Indonesien.

**Stefan Keuter (AfD):** Was ist Ihnen von dem Treffen Khalilzad-Heiko Maas bekannt, vor dem Schluss dieses Abkommens? Er war ja, glaube ich - - Khalilzad war ja in Deutschland und hat Heiko Maas - -

(VLR Andreas Gloßner  
(AA) meldet sich zu Wort)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Bundesregierung wünscht das Wort. - Moment.

**Zeuge Markus Potzel:** Sie wissen, wann das war, oder?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Moment, ich unterbreche Sie mal kurz.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Genau, wenn ich da kurz reinspringen darf. Wenn ich das richtig verstehe, bezieht sich der Abgeordnete auf ein Treffen vor dem Untersuchungszeitraum. Ich war jetzt ohnehin - - bin ich nicht reingesprungen bei Fragen, die immer hart an der Grenze da waren. Aber das verschiebt den Schwerpunkt der Befragung doch deutlich vor den Untersuchungszeitraum.

**Stefan Keuter (AfD):** Gut. - Herr Potzel, bekanntlich hat das Auswärtige Amt enorme Mühen und auch Kosten in die Begleitung der innerafghanischen Verhandlungen gesteckt, obwohl es weder auf die äußeren Parameter noch auf die vielen Variablen dieser Verhandlungen wesentlichen Einfluss ausüben konnte. Von verschiedenen Zeugen und Sachverständigen haben wir hier dann auch gehört, dass sie einen Erfolg dieser Doha-Verhandlungen für von vornherein zum Scheitern verurteilt ansahen.

In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag hat Minister Maas am 4. März 2020 durchblicken lassen, wie es zu der so prominenten deutschen Rolle bei den innerafghanischen Verhandlungen gekommen ist. So stellte er dar, dass der US-Sonderbeauftragte Khalilzad die Deutschen während seines Berlin-Besuches im August 2019 um genau diese intensive Begleitung der innerafghanischen Verhandlungen gebeten habe; Plenarprotokoll der Sitzung vom 04.03.2020, Seite 18479 - Anlage 7, für das Sekretariat. Zwei Tage später musste eine von ihm, das heißt von Maas, dann abgezeichnete Ministervorlage bezüglich der deutschen Rolle im Friedensprozess festhalten - Zitat aus MAT A AA-8.455 VS-NfD, Blatt 6 -:

„Wir sollten in diesem Kontext vermeiden, als Erfüllungsgehilfe der USA bei der Durchsetzung des Abkommens wahrgenommen zu werden ...“

Zitat Ende. - Dazu frage ich Sie, Herr Potzel: Hat es nach der Veröffentlichung des Doha-Abkommens im Auswärtigen Amt Überlegungen gegeben, die von den USA an Deutschland herangetragene Bitte, die innerafghanischen Verhandlungen intensiv zu begleiten, abzuschlagen, und,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wenn ja, aus welchen Gründen wurde dann davon abgesehen?

**Zeuge Markus Potzel:** Die innerafghanischen Verhandlungen, die dann am 12. September 2020 begannen, waren ein Teil des Abkommens. Und diesen Teil haben wir voll und ganz unterstützt, weil wir der Meinung waren, dass das ein gangbarer Weg war, zu einem Ausgleich zu kommen, zu einer Machtteilung zu kommen, zu einem Zustand zu kommen, der es erlauben würde, den Krieg in Afghanistan zu beenden. Und daher haben wir das voll und ganz unterstützt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Jetzt wechselt das Fragerecht wieder zu Frau Kollegin Jurisch von der FDP. Bitte schön.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Tag, Herr Potzel! Vielen Dank, dass Sie heute hier sind und dass Sie deswegen sogar Urlaub genommen haben; das habe ich vorhin so wahrgenommen. Vielen Dank. - Ich möchte Sie gerne fragen: Hatten Sie Sicherheitszusagen der Taliban bezüglich der Sicherheit der deutschen Botschaft?

**Zeuge Markus Potzel:** Pauschal ja. Die Taliban haben uns gesagt, dass den diplomatischen Missionen in Kabul seitens der Taliban nichts passieren würde.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Haben Sie das auch der Botschaft, also den Personen, die in der Botschaft anwesend waren, so kommuniziert, dass Sie da Sicherheitszusagen haben?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich denke, schon.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Daran können Sie sich aber nicht mehr genau erinnern.

**Zeuge Markus Potzel:** Nicht an den genauen Weg und die Daten dieser Kommunikation.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Sie haben vorher sinngemäß gesagt, dass die US-Amerikaner im Zweifel zunächst ihre eigenen Leute an den Flughafen verlegen würden. Habe ich Sie da rich-

tig verstanden, dass es Zweifel an der Zuverlässigkeit oder der Tragfähigkeit des Agreements mit den Amerikanern gab, auch die Deutschen an den Flughafen zu verlegen?

**Zeuge Markus Potzel:** Na ja, ein gewisses Misstrauen ist, glaube ich, immer ganz gesund. Allerdings gab es auch Telefonate, zeitnahe Telefonate zwischen Minister Maas und Secretary of State Blinken, wo Blinken uns immer wieder zugesichert hat, dass er uns helfen würde, auch bei der Evakuierung.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Gab es denn Überlegungen, die Botschaft vorsorglich zu räumen, vor dem Hintergrund?

**Zeuge Markus Potzel:** Vorsorglich - - Entweder es gibt eine Krisenvorsorge - - Wir sind bestrebt, natürlich eine diplomatische Präsenz aufrechtzuerhalten, wenn es die Umstände und vor allen Dingen auch die Sicherheitsumstände erlauben. Und insofern war eine Evakuierung immer auch Teil einer Szenarienplanung. Und das war auch ganz konkret dargelegt worden in dem Bericht dieses Krisenvorsorgeteams, was Afghanistan im März 2021 besucht hat.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Wenn wir gerade von diesem Team da sprechen, die haben ja verschiedene Maßnahmen notiert, und Sie sollten ja dann eben die Rolle des Botschafters übernehmen: Was wussten Sie, inwieweit die Maßnahmen, die dort vorgeschlagen waren, bereits umgesetzt waren?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, ich habe den Bericht natürlich damals gelesen und habe mich auch in Vorbereitung meiner Tätigkeit als Botschafter in Kabul über die Umsetzung informiert. Ich war auch in ständigem Kontakt mit dem Krisenreaktionszentrum.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Was wussten Sie denn, was schon gemacht war?

**Zeuge Markus Potzel:** Daran kann ich mich jetzt nicht mehr erinnern.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Okay. - Wann haben Sie von der Vereinbarung, von der Sie uns vorher berichtet haben, zwischen den USA und den Taliban, erfahren, dass die USA praktisch den Taliban den Zugang zu Kabul überlassen haben und gesagt haben: „Ja, sorgt dort für Ordnung, seht zu, dass da kein Vakuum eintritt“?

**Zeuge Markus Potzel:** Das war im Nachhinein. Meines Wissens war das, als ich dann in Doha eintraf und mich mit Khalilzad getroffen habe - - dann aber auch gleichlautende Informationen erhalten habe von Taliban selber, aber auch von Mitgliedern des Verhandlungsteams der afghanischen Republik, die zum Zeitpunkt - da gab es speziell drei Mitglieder der Regierung -, als Ghani weg war oder das Land verlassen hatte, im Palast waren und die dann aber noch - - ich glaube, denen es dann gelungen war, nach Katar zu kommen und die teilweise - - Genau, zwei von denen waren auch Mitglieder der Verhandlungsdelegation.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Danke. - Ich beziehe mich auf MAT A-AA-8.120 VS-NfD, Blatt 49 bis 50, Seite 113 und MAT A AA-9.79 VS-NfD, Blatt 74 und MAT-AA-9.121 VS-NfD, Blatt 34. Das bezieht sich vor allem auf die Frage der Rotation, dass Sie dort eingewechselt sind oder dass Sie einwechseln sollten. Am 13. August 2021 fand die erste Krisenstabssitzung statt, in der entschieden wurde, die Krisenstufe auf 3b anzuheben, das Botschaftspersonal auszulüften und die Vorbereitung einer Evakuierung einzuleiten. Van Thiel hatte auf die schwierige Sicherheitslage des Compounds hingewiesen. Trotzdem und trotz Meldung über weitere vorübergehende Botschaftsschließungen, wie die der dänischen und der norwegischen Botschaft, ausweislich eines Mailwechsels vom 13. August 2021 - - weiterhin damit, am Montag, dem 16. August 2021, nach Kabul zu fliegen und dort die Geschäfte zu übernehmen. Wäre dieser Termin, den Sie dort vorgesehen haben, wäre das die normale Rotationszeit gewesen, oder wären Sie damit vorzeitig dorthin gekommen?

**Zeuge Markus Potzel:** Vorzeitig.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Warum? Können Sie das mal schildern, was die Idee war, dass Sie da vorzeitig reinspringen?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, weil die Staatssekretärin in dem Fall der Meinung war, dass es wichtig ist, in so einer Situation den Leiter persönlich da vor Ort zu haben.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Wurde auch diskutiert, dass mit dem Ankommen einer wichtigen neuen Person auch administrative zusätzliche Aufgaben dazukommen? Das ist ja auch erst mal ein Moment, der zusätzliche Aufgaben praktisch für das Team darstellt. Dass man in der Krise natürlich eine Person, die jetzt schon eingespielt ist, erst mal rausnimmt, wurde das auch diskutiert?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja. Wir haben natürlich alle Aspekte diskutiert und sind dann zu dem Schluss gekommen, dass ich ungefähr eine Woche früher als vorgesehen nach Kabul einreisen sollte.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Im Protokoll einer Hausbesprechung mit Staatssekretärin Leendertse vom 12. August - das ist MAT AA-9.79 VS-NfD, Blatt 74 - wird präsentiert, dass Ihre Einreise nach Kabul für Ende August vorgesehen sei. In dieser Sitzung referierten Sie selber, dass manche Dienste einen Fall Kabuls in den nächsten 30 bis 90 Tagen voraussagen würden.

Was hat Sie bewogen, Ihre Reise nach Kabul, die ja vermutlich eine Ablösung von Thiels bedeutet hätte, trotz der augenscheinlich ernsten Lage - nur drei Tage vor dem tatsächlichen Fall Kabus - vorzuverlegen, wie es das Blatt zeigt? Das ist ja noch mal die gleiche Frage. Aber Sie haben ja gesagt, es wäre eine sehr dramatische Situation im Grunde genommen. Hatten Sie trotzdem den Eindruck, dass Sie dort anreisen könnten?

**Zeuge Markus Potzel:** Drei Tage vorher wussten ja wir nicht, dass drei Tage später Kabul fallen würde. Insofern war das eine realistische Überlegung, dass ich dort einreisen konnte und die Botschaft führen konnte.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Darf ich vielleicht ganz provokant noch mal fragen: Ging es auch ein Stück weit darum, den Herrn van Thiel da rauszulösen, aus der Situation?

**Zeuge Markus Potzel:** Den Eindruck hatte ich nicht.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Okay, gut. Dann würde ich an dieser Stelle aufhören. - Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann beschließen wir die Runde mit dem Kollegen Nürnberger. - Bitte schön.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Nachdem für die SPD-Fraktion bzw. der Vorsitzende schon viele Fragen gestellt hat, möchte ich nur an einigen Punkten nachhaken. Was ich zu Beginn gleich noch mal abklären möchte, ist die Stellung als Sonderbeauftragter. Wir haben jetzt in vorherigen Fragerunden gehört, dass Sie in die Organisation des AA eingliedert sind, dass Sie einer bestimmten Person nachgeordnet waren, die Ihre direkte Vorgesetzte war.

Wie muss ich mir jetzt aber Ihr Verhältnis als Sonderbeauftragter der gesamten Bundesregierung zu den anderen Ministerien, die Ihnen im Kollektivorgan Bundesregierung diese Beauftragung ausgesprochen haben, vorstellen? Gab es auch Anfragen anderer Ministerien, die Sie mit bestimmten Aufgaben beauftragt haben? Mussten Sie die dann mit dem AA absprechen, oder gingen diese Kanäle auf andere Ebene in das AA und dann zu Ihnen?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, es gab da natürlich mehrere Kanäle. Es gab die Abstimmung, wie ich ja bereits sagte, auf Referatsleiterebene, die sehr eng und sehr regelmäßig war. Und dann gab es die Abstimmung auf der Staatssekretärs Ebene. An den Staatssekretärsrunden habe ich als Sonderbeauftragter der Bundesregierung regelmäßig teilgenommen. Aber die Weisungen, die ich erhielt, erhielt ich vom Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Es gab also kein direktes Herangehen anderer Ressorts, um Ihnen besondere Aufträge - nicht Weisungen im dienstrechtlichen Sinne, aber besondere Aufträge - zu erteilen?

**Zeuge Markus Potzel:** Nein, das ging immer über den Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann haben Sie ja auch erwähnt - der Name ist schon gefallen -, dass Sie in der Hierarchie des AA mit Frau Petra Sigmund zusammengearbeitet haben. Können Sie uns näher erläutern, ob das nur eine dienstrechtliche Unterstellung war oder ob es auch für die Sacharbeit tatsächlich von Relevanz war und welche Aufträge Sie dort erhalten haben?

**Zeuge Markus Potzel:** Also als Sonderbeauftragter habe ich von ihr keine Aufträge erhalten. Und sie hat mir auch freie Hand gegeben, weil sie, glaube ich, meinem Sachverstand vertraute. Ich habe sie regelmäßig unterrichtet, weil das immer wichtig war, dass sie auch im Bilde ist.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Sprung. Wir haben bereits mehrfach angesprochen den Sicherheitsberater der deutschen Botschaft mit dem Tarnnamen „Fisch“, der vor diesem Ausschuss zu der Stellungnahme des BND bei der bereits auch mehrfach erwähnten Krisenstabsitzung ausweislich des Stenografischen Protokolls 20/62 I, Teil 1, Seite 79 ausgeführt hat:

„Ich hatte den Eindruck vom Zuhören in dieser Krisenstabsitzung, dass die Tendenz schon dahin ging, die Situation so einzuschätzen, wie Sie vor Ort“

- also von van Thiel -

„beschrieben wurde, und dass man geeignete Maßnahmen ergreift, um diese Evakuierung vorzubereiten, und auch vielleicht schon eine Verlegung der Botschaft an den Flughafen betreibt, bis zu dem Zeitpunkt, wo es dann zu dieser Aussage“



## Nur zur dienstlichen Verwendung

- vom BND -

„kam; und dann kippte das. Das war mein Eindruck, mein persönlicher Eindruck.“

Sie haben erwähnt, dass Sie bei dieser Krisenstabssitzung virtuell dabei waren. Wie war Ihr Eindruck? Oder: Können Sie den Eindruck des Zeugen „Fisch“ über den Verlauf dieser Besprechung bestätigen?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, das kann ich schwer einschätzen. Ich kann schwer einschätzen, wie er zu dieser Einschätzung kam. Also, meine Einschätzung war, dass wir da eine kontinuierliche Sichtweise hatten, dass wir die Lage immer natürlich sehr, sehr eng beobachtet haben, natürlich auch die Berichte der Botschaft gelesen haben, aber nicht zu dem Eindruck kamen, dass jetzt irgendwie keine Evakuierung mehr notwendig sei, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Diesen Eindruck des Kollegen „Fisch“ teile ich nicht.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Weil wir uns hier ja tatsächlich mit den Tatsachen beschäftigen wollen: Hat die Vizepräsidentin des BND im Nachgang zu der Aussage, die sie getroffen hat mit Hinblick auf die Zeitlinie, diese Aussage auch begründet und Argumente geliefert, warum sie zu diesem Schluss gekommen ist?

**Zeuge Markus Potzel:** Sie meinen, in der Sitzung selbst? Das würde ja im Protokoll stehen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Diese Annahme kann ich weder bestätigen noch von mir weisen. Aber die Frage ist trotzdem: Wurde es begründet oder nicht? Unabhängig davon, ob es ins Protokoll aufgenommen wurde oder nicht.

**Zeuge Markus Potzel:** Daran kann ich mich nicht erinnern. Und auch an Begründungen im Nachhinein kann ich mich nicht erinnern.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann versuchen wir, dem uns noch ein bisschen zu nähern. Können Sie sich daran erinnern, dass nach der Aussage der

Vizepräsidentin andere Mitarbeiter des deutschen Nachrichtendienstes weitere Argumente aufgeführt haben oder ergänzende Lagedarstellungen vorgetragen haben?

**Zeuge Markus Potzel:** Daran kann ich mich auch nicht erinnern.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann stellen wir die Frage offen: Wie lief denn diese Sitzung nach der von mir erwähnten Äußerung der Vizepräsidentin weiter? Was wurde dann als Nächstes besprochen?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, da kann ich Ihnen wirklich keine detaillierte Auskunft geben, weil ich das einfach nicht mehr weiß. Das war am 12. August 2021, zweieinhalb Jahre her. An die Einzelheiten dieser Sitzung und speziell an die Diskussionen um die Aussage der Vizepräsidentin des BND - - da verlässt mich mein Gedächtnis, muss ich zugeben.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann versuchen wir, die Frage noch ein bisschen allgemeiner zu formulieren. Gab es für Sie nach dieser Krisenstabssitzung konkrete Handlungsaufträge? Wurden Sie mit etwas beauftragt? Und wenn Sie keine formelle Beauftragung erhalten haben, was haben Sie für sich für Schlüsse aus dieser Krisenstabssitzung gezogen, was als Nächstes für Sie dann an Handlungen notwendig wäre?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, der Auftrag, den ich erhalten hatte, war, dass ich am 15. August nach Istanbul, am 16. August nach Kabul fliegen sollte. Die Schlussfolgerung, die ich daraus gezogen habe, ist, dass ich mich natürlich zeitnah und sehr eng über die Lageentwicklung und die Lagefortentwicklung informiere und auch in Kontakt mit der Botschaft bin.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Am nächsten Tag bzw. übernächsten Tag - das hängt ja immer davon ab, in welcher Zeitzone man sich genau befindet - wurde in einer Telefonkonferenz am Morgen des 14. August unter anderem mit Bundesministerin Kramp-Karrenbauer, dem Minister Maas und dem Minister Seehofer bei der Bundeskanzlerin



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nachgefragt nach dem Stand des Botschaftsbetriebs von USA und Großbritannien; ich beziehe mich dabei auf MAT A BKAm-3.14 VS-NfD, Blatt 106. Das Auswärtige Amt erhält bis zum Abend kein finales Lagebild durch sich widersprechende Informationen.

Sie schreiben am selben Abend um 21.27 Uhr an Staatssekretär Berger und unter anderem an den Krisenbeauftragten Herrn Jokisch - da geht es um MAT A AA-8.133 VS-NfD, die Blätter 18 und 19 -, dass der US-Gesandte Wilson klar mitteilt, dass die Botschaft der Vereinigten Staaten in Kabul an den Flughafen verlegt. Sie stellen die eher rhetorische Frage, warum bzw. wie die USA in dieser Situation weiter die Green Zone sichern sollten. Was war Ihre Erwartungshaltung vom Verhalten der USA zur Green Zone? Wie schätzen Sie die Lage zu diesem Zeitpunkt ein?

**Zeuge Markus Potzel:** Na ja, als dann klar wurde im Laufe des Tages, dass die Amerikaner verlegen würden zum Flughafen, war für mich klar, dass sie die Green Zone nicht weiter sichern würden, weil sie das für sich nicht mehr notwendig hielten. Und wir waren, wie vorher schon beschrieben, abhängig von der Sicherung der Green Zone durch die USA. Im Grunde wurden damit vollendete Tatsachen geschaffen. Und für uns gab es keine andere Möglichkeit, als auch das Angebot der Amerikaner wahrzunehmen und die Botschaft zu verlassen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Jetzt haben Sie vorhin auf, ich glaube, eine Frage der Kollegin Nanni, wer denn Ihr Ansprechpartner der Taliban in Kabul hätte sein können, gesagt, wenn ich Sie richtig verstanden habe: „Mit wem hätten wir denn in Kabul sprechen sollen?“

Wenn man jetzt den Zusammenhang herstellt mit Ihren Bemühungen in Doha, mit den Taliban und der Afghanischen-Republik-Regierung die Kontakte herzustellen: Wie sehr unterscheiden sich denn die Taliban, die in Afghanistan vor Ort aktiv sind, von denjenigen Taliban, die in Doha das Abkommen mit den Vereinigten Staaten ausverhandelt haben? Oder um die Frage etwas allgemeiner zu formulieren: Wie homogen ist die

Gruppe der Taliban, und wer hat welchen Einfluss militärisch wie politisch in diesem inkriminierten Zeitraum?

**Zeuge Markus Potzel:** Das ist eine sehr komplizierte Frage. Zu dem Zeitpunkt hatten wir keine Kontakte zu Taliban in Kabul; insofern kann ich Ihnen auch nicht darlegen, ob es da einen Unterschied gab zwischen denen in Doha und denen in Kabul. Mein Eindruck war - und das bestätigte sich aus früheren Erfahrungen, als es zum Beispiel darum ging, einen temporären Waffenstillstand durchzusetzen -, dass die Talibanführung, die saß natürlich zum Teil in Quetta, in Pakistan, aber auch in Doha, ein recht homogenes Bild abgab. Die Taliban sind keine homogene Bewegung; das kann man so nicht sagen. Aber sie haben eine strikte Kommandostruktur mit einem sogenannten Emir an der Spitze und verschiedenen Kommissionen. Es gab eine politische Kommission, mit denen wir in Doha zu tun hatten; aber es gab auch eine militärische Kommission. Aber die Abstimmungen, so war mein Eindruck, der Taliban untereinander lief sehr gut. Die waren definitiv einheitlicher in ihrem Auftreten als die Regierung der Islamischen Republik.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Haben Sie dann daraus die Schlussfolgerung gezogen, dass wenn Zusagen von Talibanvertretern gegenüber deutschen Institutionen getätigt werden, die auch zuverlässig und belastbar sind?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Sie haben gerade erwähnt - und für unseren Untersuchungsausschuss ist das auch wichtig -, dass die Organe und die Personen, die diese Organe der Republik Afghanistan vertreten haben, uneinheitlich waren. Trifft das auf die gesamte politische Elite in Afghanistan zu? Wie können Sie diese innerpolitische, innerafghanische Zerrissenheit beschreiben? Um welche Konflikte ging es da? Wer war da gegen wen aktiv?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, das ist leider so. Das ist einerseits erklärbar durch die Diversität der afghanischen Gesellschaft. Es ist ein multiethni-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

scher Staat, weitaus heterogener zusammengesetzt als die Taliban. Taliban sind eine relativ einheitliche Bewegung aus Paschtunen, wobei es auch da Unterschiede gibt. Es gibt die Paschtunen in Kandahar, größtenteils Durrani. Dann gibt es die Paschtunen in Südostafghanistan. Das ist zum Beispiel das berühmt-berüchtigte Haqqani-Netzwerk; das sind Zadranen vom Stamme her. Der Mullah Omar kommt aus Oruzgan, von einem kleinen Stamm namens Hotak. Es gab auch dort durchaus Diversität, aber in einem weitaus weniger großen Maße als in der Republik. In der Republik hatten Sie in der Regierung vertreten: Paschtunen, Ghani selber ist ja ein Paschtune, ein Ghilzai, kommt aus der Provinz Logar. Die hatten dort Tadschiken, Dr. Abdullah zum Beispiel, als Chef des Friedensrates; das ist ein halb Tadschike, halb Paschtune. Sie hatten dort mit dem ehemaligen ersten Vizepräsidenten Dostum einen Usbeken. Sie hatten Hazara in der Regierung. Dazu kommt, dass in der Regierung, überhaupt in der politischen Elite der Republik, Persönlichkeiten mit einem sehr großen Ego vertreten waren und viele, die eine Vergangenheit als Warlord hatten und sich dann schon auch wie Stammesfürsten aufführten. Dostum, wie gesagt, der Usbeken-Führer, der vor allem die Nordprovinzen Dschuzdschan und Faryab unter seiner Kontrolle hatte.

Dann hatten wir den auch uns sehr bekannten Gouverneur der Provinz Balkh, Mohammed Atta Noor, der vor allem die Provinz Balkh, teilweise auch Kunduz, unter seiner Ägide hatte, zufällig und nicht zufällig. Gerade Provinz Balkh und Kunduz mit einer langen Grenze zu Usbekistan und Tadschikistan, wo man den Grenzhandel - oder sollte ich besser sagen: Grenzschnuggel - kontrollieren konnte, was ihnen natürlich viele Einnahmen generierte.

Das heißt, viele haben bis zum Schluss nicht verstanden, dass in dieser kritischen Situation es darauf ankam, zusammenzustehen gegen die Taliban, sondern viele arbeiteten gegen Ghani als Präsidenten. Ghani arbeitete gegen andere. Es war ein ziemlich undurchsichtiges Machtgerangel, was bis zum Schluss anhielt. Erst, glaube ich, vier Tage oder drei Tage vor dem Fall Kabuls hat Ghani dann noch mal alle zusammengeholt und

sie eingeschworen auf einen - - ich glaube, irgendeinen Rat haben die da noch mal eingerichtet, was aber dann letztendlich auch nicht mehr dazu führen konnte, die Einheit - - die Reihen zu schließen.

Das war einer der größten - - einer der Hauptgründe, warum die Republik zerfallen ist: diese Uneinheitlichkeit und diese persönlichen Egoismen, persönlichen Animositäten und persönlichen Ambitionen, auch gerade Machterhalt, um auch Geldflüsse zu erhalten. Dies alles führte zum Zusammenbruch.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank. - Wenn ich mir die Situation jetzt dann vorstelle: Wir haben auf der einen Seite eine völlig zerstrittene afghanische Führung. Wir haben auf der anderen Seite nach Ihrer Aussage eine relativ homogene und verlässliche Talibanbewegung, egal welche politischen Ziele die verfolgen. Und dann gibt es eine Sicherheitslage, die sich zunehmend verschärft. Das religiöse Element haben wir noch gar nicht diskutiert. Es gibt den politischen, den militärischen Teil und vielleicht auch irgendwelche eher auf Religion beruhenden Tatsachen.

Dann sagt der Zeuge Thiel hier in seiner Anhörung letzte Woche - und ich beziehe mich auf Seite 86 f. des Protokolls 20/66 -, dass er immer argumentiert hat, dass die Sicherheitslage sehr dramatisch sei, dass es aber niemals zu Diskussionen kam, in denen man die Sachargumente miteinander ausgetauscht hat. - Gab es tatsächlich eine Situation, wo Sie sich mit den sachlichen Argumenten von Herrn Thiel auseinandergesetzt haben, oder standen da nur zwei Bewertungen, die von Herrn Thiel und die vom BND, nebeneinander und es kam niemals zu einer Fachdiskussion über das, was das Wahrscheinlichere, das besser Begründbare ist?

**Zeuge Markus Potzel:** Fachdiskussionen haben wir ständig geführt im Auswärtigen Amt, aber auch mit den anderen Ressorts. Es wurden auch im Staatssekretärskreise Fachdiskussionen geführt, viel mehr natürlich noch auf der Arbeitsebene. Und wir haben - - Also, wenn ich in Kabul zu Besuch war, habe ich mit dem Botschafter, mit dem Geschäftsträger, mit den Kolleginnen und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Kollegen der Botschaft diskutiert über Sachthemen. Das Referat, das für Afghanistan und Pakistan zuständig war oder ist nach wie vor, das Referat AP 05, hat wöchentlich eine Telefonschaltgehabt mit Kabul, ebenso vorher, solange es das noch gab, mit dem Generalkonsulat in Masar-i-Scharif. Eine Sachdiskussion wurde kontinuierlich geführt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Nachdem ich nur noch eine Minute habe, nur noch eine Frage. Neben den Informationen, die wir selber erhalten haben, hat man ja auch das Augenmerk durchaus auf die Verhaltensweisen anderer in Afghanistan vor Ort befindlicher Nationen gerichtet. Und wenn man Frankreich und Großbritannien anschaut, dann vielleicht auch die Frage, wie der Flughafen in Kabul durch die Türkei zu sichern gewesen wäre: Hat man aus dem Verhalten dieser anderen Nationen, die sich ja früher zurückgezogen haben oder bereits Maßnahmen dafür ergriffen hatten, eigene Schlüsse gezogen? Und warum waren die Verhaltensweisen der deutschen Behörden anders als die verbündeter Staaten wie Großbritannien und Frankreich zum Beispiel?

**Zeuge Markus Potzel:** Weil die Ausgangslage und auch die Situation, in der diese Staaten waren, eine andere war. Ich glaube, das kann man - - Man kann es miteinander vergleichen, aber kommt zu dem Schluss, dass die Ausgangslage halt eine andere war. Frankreich war seit, ich glaube, 2013 nicht mehr mit eigenen Truppen vor Ort und hatte eine relativ kleine Botschaft. Großbritannien wiederum hatte eine Botschaft, die, wie gesagt, ein Botschaftspersonal hatte, das zehnmal so groß war wie unseres. Insofern haben wir uns und haben sich vor allen Dingen die Botschaften vor Ort regelmäßig abgestimmt und Informationen ausgetauscht; aber die Entscheidungen wurden dann in den Hauptstädten getroffen, und die waren für jedes Land andere.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Damit sind wir am Ende dieser Runde. Ich denke, wir eröffnen auch die zweite Runde noch; denn es sieht ja so aus, wenn ich das richtig sehe, dass die Wahlen um 15 Uhr sind. Das ist im Augenblick der Stand, den wir haben. Und wenn wir sorgsam mit unserer Zeit umgehen und der Zeuge

auch noch fit ist, dann würde ich die zweite Runde eröffnen. - Das Fragerecht wechselt zum Kollegen Nürnberger.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Einen interessanten Beitrag hat hier im Ausschuss auch der ehemalige afghanische Außenminister Haneef Atmar in seiner Anhörung - hier beziehe ich mich auf das vorläufige Stenografische Protokoll 20/62 I, Teil 2, Blatt 12 - geliefert. Er sagt:

„Am Abend des 14. August lud mich der Präsident zu einer Konferenzschaltung mit dem Außenminister der Vereinigten Staaten ein. ... Im Wesentlichen unterrichtete der Präsident Außenminister Blinken, dass er bereit sei, die Macht an eine neue Regierung zu übergeben. Für mich und alle anderen Anwesenden kam diese Nachricht völlig überraschend.“

Hatten wir als Deutsche, hatten Sie als Zeuge vorher Kenntnis darüber, dass eine derartige Änderung bevorstand, und, wenn nicht, wurden Sie darüber informiert und gegebenenfalls wann?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, vorher wusste ich darüber nicht Bescheid. Und dass Ghani bereit war, die Macht abzugeben, das kam dann im Zuge der Information über diese Machtübergangsphase von zwei Wochen. Das heißt, ich habe davon Kenntnis erlangt, als ich in Doha eintraf - ich kam am Abend des 17. -, also am 18. August.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Entschuldigung, dass ich ein bisschen sprunghaft frage, aber das ergibt sich aus der Vorbereitung. Die Sicherheitslage war ja nicht erst im August 2021 extrem gefährlich. Und wenn ich mich noch mal auf den Zeugen van Thiel beziehe: Der hat uns in seiner Befragung am vergangenen Donnerstag - vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/66, Seite 84 - auch berichtet, dass er in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Ihnen und Herrn Wieck - - dass er schon im April 21 darauf hingewiesen hat - ich darf zitieren -:

„Ich habe auch dem Kollegen Markus Potzel sehr früh, also



## Nur zur dienstlichen Verwendung

schon vor Ausreise im April, meine Einschätzung zur Lage weitergegeben. Er wusste also auch, wer da vor Ort sein würde. Wir wussten zu dem Zeitpunkt ja nicht, ob wir noch mal in dem Tandem einen Wechsel erleben; es ist ja immer nur einer vor Ort. Also, insofern würde ich sagen: sehr gut.

Ich habe dann aber im Laufe - - So sympathisch und nett die alle sind: Im Laufe der Krise gab es Momente, wo ich, sagen wir mal, nicht das Gefühl hatte, dass die Belange der Botschaft Kabul an erster Stelle waren. Aber genau das war meine Aufgabe: dafür zu sorgen, dass unsere Leute da heil bleiben und wir unseren Job machen. Da gibt es - - Wie es das in jedem Arbeitsverhältnis gibt, gibt es da mal den einen oder anderen Reibungspunkt.“

Können Sie sich an diesen Austausch im April 21 erinnern, und können Sie aus Ihrer Sicht darstellen, falls es Reibungspunkte gegeben hat, welche? Oder bewerten Sie dieses Gespräch anders?

**Zeuge Markus Potzel:** An das Gespräch im April kann ich mich erinnern. Ja, wir haben uns getroffen, und ich habe mich schon gefragt, wie der Kollege van Thiel zu dieser Schlussfolgerung kam, obwohl er noch gar nicht in Afghanistan war. Natürlich gibt es Reibungspunkte, Meinungsverschiedenheiten; das ist völlig normal. Aber ich empfand die Art und Weise, wie wir miteinander umgegangen sind, um diese zu klären, als sehr kollegial, sowohl mit ihm als auch dem Vorgänger, Herrn Bledjian, mit den Kolleginnen und Kollegen an der Botschaft und auch bei uns im Kreise in Berlin mit Herrn Wieck und Herrn Krüger.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Im Nachhinein betrachtet kann man dann feststellen, dass am 4. Mai 21 eine landesweite Großoffensive der Taliban startete, die laut UNAMA-Report vom 26. Juli 2021 - MAT A BKA-2.370, Blatt 99 - in einem exorbitanten Anstieg der Zahl der getöteten afghanischen

Zivilisten gipfelte; die Zahl, die da immer genannt wurde, sind 47 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Und zu diesem Zeitpunkt herrschte Stillstand bei den innerafghanischen Verhandlungen. Gab es denn eigentlich für die Taliban nach diesem militärischen Vorgehen noch einen echten Verhandlungswillen, oder sind die Taliban davon ausgegangen, dass sie am Ende tatsächlich am längeren Hebel sitzen und, egal was mit den Friedensverhandlungen passiert, sie früher oder später sich in die Machtposition begeben können?

**Zeuge Markus Potzel:** Sagen wir mal so: Seit der Ankündigung von Präsident Biden Anfang April 2021, die Truppen abzuziehen und ein konkretes Datum dafür zu nennen, da konnte man dann schon davon ausgehen, dass die Taliban das aussitzen würden und die Zeit ihnen in die Hände spielte. Wir als Bundesregierung hatten immer auf einen sogenannten Condition-based Approach gedrungen, und das haben Politiker, das haben wir als Beamte immer versucht zu vertreten. Spätestens mit dieser Ankündigung war klar, dass es ein Timeline-based Approach sein würde und dass die Taliban sich dessen bewusst waren.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Diese Verschärfung der Sicherheitslage ist natürlich nicht völlig unbeachtet in Bezug auf die Kabuler Botschaft vonstattengegangen. Ich beziehe mich auf eine Ministervorlage des BMVg vom 6. Mai 2021, also zu der Zeit dieser großen Angriffe auf Zivilisten, und die Fundstelle ist MAT A BMVg-4.372 VS-NfD, die Blätter 95 bis 98. Damals gab es eine Planung des BMVg, die Botschaft in Kabul durch ein Verbindungselement der Spezialkräfte zu unterstützen. Ich zitiere aus der Vorlage:

„Das AA begrüßt eine zumindest temporäre Unterstützung mit Spezialkräfteexpertise und hat dieses auch über die Arbeitsebene hinaus erneut bekräftigt ...“

Können Sie bestätigen, dass es aus der Sicht des AA begrüßenswert war, Spezialkräfte an die Botschaft zu verlegen, um dort einen höheren Sicherheitsstandard zu gewähren? Und ist Ihnen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

bekannt, ob das AA seine Position in dieser Frage später noch einmal geändert hat?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, mir war bekannt, dass das BMVg vorhatte, [REDACTED] Spezialkräfte vom KSK zu verlegen, um [REDACTED]. Dem stand das AA positiv gegenüber. Nur, meines Wissens kam es dazu nicht, und irgendwann verlief die Sache im Sande.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Danke. - Wenn ich die Vorlage vom 6. Mai dann noch lese, steht dann ein Vermerk vom 3. Juni auf dem gleichen Papier, also einen Monat später, wo der Büroleiter des Generalinspektors Folgendes vermerkt:

„Nach Rücksprache GenInsp mit BM'in ist der Ansatz zum jetzigen Zeitpunkt nicht weiterzuverfolgen.“

Vor dem Hintergrund der aktuellen US/intern. Ansätze zur Internationalisierung des Schutzes von AV'en in KBL ist die Lage fortlaufend zu bewerten und nach Klärung Lagebild ggfs. erneut vorzulegen.“

Sie haben jetzt gesagt, das sei im Sande verlaufen. Gab es auch ein Sachargument?

**Zeuge Markus Potzel:** Das ist mir nicht bekannt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Weil am 29. Juni schreiben Sie dann nämlich eine Mail an den Büroleiter des Generalinspektors - ich beziehe mich auf MAT A AA-8.118 VS-NfD, Blatt 174 -, in der Sie noch einmal das Interesse des AA an einer solchen Unterstützung möglichst schon zu Anfang August bekunden. Sie haben die Mail im Nachgang zu einem Gespräch mit dem Generalinspekteur geschrieben. Haben Sie den Wunsch auch vorher bereits in diesem Gespräch ausgedrückt?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, ja. Es gab da ein Missverständnis zwischen dem AA und dem BMVg. Es gab da ein Gespräch, ein Telefonat, glaube ich, zwischen Minister Maas und Ministerin Kramp-Karrenbauer, und dann kam das BMVg zu dem Schluss, dass das AA sich gegen - - also dass

Minister Maas sich dagegen ausgesprochen hätte, [REDACTED] Kräfte da an die Botschaft zu entsenden. Das war aber nicht der Fall. Wir haben das dann noch mal besprochen, auch mit der Büroleiterin von Minister Maas, und das war nicht der Fall.

Erst mal war ich der Meinung: Das ist sinnvoll. Ich habe auch in meiner ersten Zeit als Botschafter zwischen 2014 und 2016 sehr gut mit KSK-Kräften zusammengearbeitet. Und um dieses Missverständnis aus dem Weg zu räumen, habe ich, glaube ich, am Rande des Besuchs des pakistanischen Chief of the Army Staff, General Bajwa, der auf Einladung von dem Generalinspekteur Zorn in Berlin weilte, mit dem Generalinspekteur darüber gesprochen, um sämtliche Missverständnisse auszuräumen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** War das ein einmaliges Missverständnis, oder kamen Missverständnisse zwischen BMVg und AA auch in anderen Zusammenhängen mit Blick auf unseren Untersuchungsgegenstand vor?

**Zeuge Markus Potzel:** Das ist mir nicht bekannt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich habe ja vorhin bereits erwähnt - und dieses Thema müssen wir jetzt nicht noch einmal in die Befragung einbringen -, dass die anderen Nationen bestimmte Verhaltensweisen im Hinblick auf die Gefährdungssituation gezeitigt haben, und ich habe auch vorhin kurz erwähnt die Situation der Türkei. Da scheint es doch im Juni 2021 Diskussionen zu geben, wie die zukünftige Sicherung des Flughafens durch die Türkei zu garantieren sei; ich beziehe mich hier auf MAT A AA-4.48 VS-NfD, Blatt 121. Dort schreibt nämlich eine Mitarbeiterin der Botschaft [REDACTED] an Sie - MAT A AA-4.48 VS-NfD, die Blätter 100 und 101 - über das Unverständnis der [REDACTED] in Washington nicht durchzudringen, dass zeitnah eine Zusicherung Bidens erfolgen müsse, um die [REDACTED] Botschaft in Kabul weiter offen zu halten. Ich zitiere aus dieser Nachricht:

„[REDACTED] benötige jetzt sehr schnell eine klare Zusage der USA, dass man die US-Botschaft offenhalten



## Nur zur dienstlichen Verwendung

werde und dass, wenn [REDACTED] die Sicherung des Flughafens nicht übernehme, die USA dies übernehmen würden. Es bestehe ein „[REDACTED]“, dass man in der Vergangenheit vor Überraschungen ja nicht gefeit gewesen sei, daher müsse eine solche Zusage völlig unzweideutig sein.“

Nach Ihrem Kenntnisstand: Wann haben die USA eine Zusage zur Sicherung des Flughafens in Kabul gemacht? Und haben Sie eine Erklärung dafür, auf welche Überraschungen in dieser E-Mail Ihrer Kollegin aus der [REDACTED] Bezug genommen wird?

**Zeuge Markus Potzel:** Na ja, das weiß ich nicht, auf welche Überraschungen da Bezug genommen wird. Allerdings weiß ich, dass die USA schon vor dem Juli 2021 mit der Türkei in Verhandlungen war, dass die Türkei die Sicherung des Flughafens übernehmen würde. Die Türkei hat dann immer wieder Bedingungen gestellt, und es lief letzten Endes auf ein Gespräch zwischen Präsident Biden und Präsident Erdoğan am Rande des NATO-Gipfels - ich glaube, Ende Juni - hinaus, das dann auch stattgefunden hat. Allerdings blieb - also, das war bis zum Schluss, bis zum Fall Kabuls - unklar, wer denn dann in Zukunft den Flughafen absichern würde, und die Türkei war, glaube ich, nicht bereit bis dahin, weil sie eben nicht diese Bedingungen als erfüllt ansahen, die sie selber gestellt haben.

**Jörg Nürnberger (SPD):** In zeitlicher Abfolge schreiben Sie dann am 4. Juni an den Staatssekretär Berger - hier ist die Quelle MAT A AA-9.13 VS-NfD, das Blatt 161 -:

„UK Botschaft Kabul wird nun angewiesen, mit dem Kofferpacken fortzusetzen, nicht notwendiges Material zu vernichten“

- also die gleichen Prozeduren, die wir später auch gemacht haben -

„und die Flugbuchungen auf den Militärfliegern (17./18.06.) aufrecht zu erhalten. In London ist

man sich bewusst, dass das nicht unbemerkt vor sich gehen wird.“

Welche Einschätzung hatten Sie zu diesen Vorbereitungen?

**Zeuge Markus Potzel:** Oh, das war eine ziemlich krisenhafte Zuspitzung, weil damit klar war, wenn die Briten weg waren - die waren ja unsere Nachbarn in der Green Zone -, dass es dann schwierig werden würde, unsere Präsenz aufrechtzuerhalten. Das hat sich dann aber gegeben. Die Briten haben Zusagen bekommen von den Amerikanern, die ausreichten, um die weitere Präsenz sicherzustellen. Die sind ja dann Mitte Juni nicht abgezogen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** In diesem Zusammenhang gab es nämlich auch noch eine E-Mail des Gesandten Bledjian, der Sie am 3. Juni 2021 - ich beziehe mich auf MAT A AA-8.12 VS-NfD, Blatt 160 - - ob er nach temporären Lösungen suchen soll, wie zum Beispiel dem Einzug der Botschaft im Resolute Support Headquarter. Gab es von Ihnen dazu eine Stellungnahme oder eine Empfehlung?

**Zeuge Markus Potzel:** Nicht dass ich mich erinnern könnte. Ich glaube, weil wir einfach doch zuversichtlich waren, dass es den Amerikanern gelingen würde, die Briten zu überzeugen, dortzubleiben.

**Jörg Nürnberger (SPD):** In der Folge gab es dann einen DKOR aus der Botschaft in Kabul über ein Gespräch zwischen Ihnen und Präsident Ghani - MAT A BMVg-5.127 VS-NfD, Blatt 77 -, in der der Präsident Ghani Sie bzw. Sie als Vertreter der Bundesregierung bittet,

„das für die Moral der AFG Bevölkerung gefährliche und damit auch für die Republik existenzbedrohende Narrativ einer sich beschleunigenden Fluchtbewegung aus dem Land nicht weiter zu befeuern ...“

Das englische Zitat lautete:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

„„Please don't make headlines of people leaving“.“

Welche Reaktion erfolgte von Ihnen auf diese Bitte, und wie sind Sie mit dieser Bitte umgegangen?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, ich habe die Bitte mit nach Hause genommen und habe das dann in der Staatssekretärsrunde zur Diskussion gestellt. Da ging es in der Konsequenz darum, dass wir eben keine Charterflüge geschickt haben, um Ortskräfte zu evakuieren, weil uns Präsident Ghani eben speziell darum gebeten hat, ihm nicht den Teppich unter den Füßen wegzuziehen. Und wenn ein Präsident der Regierung eines Landes, das wir anerkennen und dessen Regierung wir auch anerkennen, das sagt, dann, glaube ich, sollten wir das respektieren, und das haben wir letzten Endes auch getan.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank. - Der Zeuge van Thiel berichtete uns letzte Woche - vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/66, Seite 95 -, was in einem Gespräch mit dem nationalen Sicherheitsberater des Präsidenten Ghani, Hamdullah Mohib, damit gemeint gewesen sei:

„Was gemeint ist, ist das, was der Ghani gesagt hat: Ihr sollt keine Welle machen, ihr sollt nicht in der Presse da groß rumposaunen, ihr sollt nicht angeben. Ihr macht das wie die anderen, ihr macht das diskret. Da gibt es halt Flugzeuge, die landen, da steigen Leute ein, und die Flugzeuge fliegen wieder ab. Aber ihr geht nicht an die Presse: Wir evakuieren jetzt alle usw. usf. - So. Das war gemeint.“

Jetzt sehe ich da eine gewisse Diskrepanz. Sind Sie in der Lage, das aufzuklären? Oder ich frage andersrum: Ging es um den medialen Effekt, oder ging es um die tatsächliche Ausreise von Menschen?

**Zeuge Markus Potzel:** Zwischen diesen beiden Aussagen liegen, glaube ich, vier bis sechs Wochen; da hat sich die Lage sicherlich noch mal

verändert. Aber ich habe den Präsidenten so verstanden - und das hat mir der Außenminister Atmar, der bei dem Gespräch dabei war, auch noch mal bestätigt -, dass es Ghani darum ging, keine Flugzeuge zu schicken, um Ortskräfte rauszubringen, weil er eben befürchtete, dass das seine Autorität untergraben würde und einen „run to the exit“, wie wir das immer gesagt haben, also einen Ansturm, um das Land zu verlassen, hätte auslösen können.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ihre persönliche Empfehlung in Bezug auf den Ende Juni geplanten Charterflug von Masar-i-Scharif lautete ein bisschen anders; der Bezugspunkt: MAT A AA-8.413 VS-NfD, Blatt 36. Da schreiben Sie:

„... eine derartige öffentlichkeitswirksame Hauruck-Aktion“

- ich ergänze: kann -

„zu einem immensen Vertrauensverlust bei der AFG Regierung führen und den bilateralen Beziehungen schweren Schaden zufügen.“

Was meinten Sie damit?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich glaube, das - -

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wäre es wirklich medial so aufsehenerregend gewesen, auch noch später?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich sehe da keinen Widerspruch zu meiner Einschätzung nach dem Gespräch mit Präsident Ghani.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Kurze Abschlussfrage in dieser Runde: Wie wurden denn die bilateralen Beziehungen zur Republik Afghanistan bewertet im Hinblick darauf, dass alle Bewertungen davon ausgingen, dass es über kurz oder lang danach ein Emirat 2.0 geben wird?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, erst mal gingen nicht alle Bewertungen davon aus, dass es ein Emirat 2.0 geben würde. Es gab ja Bestrebungen, eine Übergangsregierung zu errichten, die aus Vertretern der Taliban und aus Vertretern der Republik



## Nur zur dienstlichen Verwendung

bestehen würde. Insofern haben wir uns schon Gedanken gemacht, wie wir mit einer zukünftigen Regierung umgehen würden, vor allen Dingen nach dem Abzug der RSM-Truppen.

Da gab es die Überlegung, wie wir zivil weiter präsent sein würden, also zum Beispiel als Botschaft, aber auch in Form von Entwicklungszusammenarbeit. Das hatten wir ja alles nicht über Bord geworfen. Wir gingen ja davon aus, dass wir in dem Land weiterhin präsent sein könnten, weiterhin die bilateralen Beziehungen pflegen könnten und weiterhin dem afghanischen Volk helfen könnten. Dass das dann letzten Endes anders kam, davon konnte man, glaube ich, zu dem Zeitpunkt eben nicht ausgehen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann wechselt das Fragerecht jetzt zum Kollegen Röwekamp.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Vielen Dank. - Herr Potzel, eine kurze Nachfrage zu meiner letzten Frage vorhin noch mal; da ging es um ein koordiniertes Vorgehen in Bezug auf das Ortskräfteverfahren. Da habe ich noch mal eine kurze Nachfrage. Hier im Ausschuss ist hin und wieder mal die Frage angesprochen worden, dass es bei den unterschiedlichen Positionen der Ressorts zum Ortskräfteverfahren, die ja auch über eine lange Zeit sozusagen ungeklärt blieben, in irgendeiner Weise einer übergeordneten Initiative bedurft hätte, also eines insgesamt abgestimmten Vorgehens. Haben Sie als Sonderbeauftragter der Bundesregierung für diese Region eine solche Initiative entwickelt oder einen Auftrag dazu bekommen?

**Zeuge Markus Potzel:** Die Staatssekretärsrunde hat festgelegt, dass es in jedem Ressort einen Ansprechpartner für das Ortskräfteverfahren geben sollte. Das wurde auch umgesetzt. Es haben sich dann, wie gesagt, die Staatssekretäre damit befasst. Es gab unterschiedliche Interessenlagen, und es wurde darüber diskutiert. Das habe ich als völlig normal angesehen. Es wurde auch über Kommunikation diskutiert. Diese Diskussionen wurden dann auf der Arbeitsebene auch fortgesetzt, umgesetzt, also Entscheidungen umgesetzt, Diskussionen fortgeführt.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Meine Frage ist: Hat es eine übergeordnete Initiative gegeben? Sie waren ja nun der Sonderbeauftragte der Bundesregierung, also sozusagen auch mit Koordinierung befasst. Haben Sie es als Ihre Aufgabe angesehen, eine solche koordinierende Funktion zur Verständigung eines einheitlichen Ortskräfteverfahrens auch zu entwickeln?

**Zeuge Markus Potzel:** Das, glaube ich, überstieg meinen - wie soll ich sagen? - Rang, meinen Pay Grade.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Also: nein.

**Zeuge Markus Potzel:** Eine Initiative gab es nicht, nee.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Sind Sie mit einer solchen Initiative beauftragt worden durch irgendeines der beteiligten Ministerien?

**Zeuge Markus Potzel:** Nein.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Okay. Vielen Dank. - Jetzt möchte ich mit Ihnen über Urlaub sprechen, eigentlich ein schönes Thema. Sie haben vorhin ja auch schon dazu gesagt, dass Sie im Juli und August 2021 im Urlaub gewesen sind. Meine kurze Frage: Sie waren auch ortsabwesend? So habe ich das verstanden.

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Das Auswärtige Amt hat uns mitgeteilt - das ist MAT A Z-75.01 -, dass Sie vom 15. Juli bis 13. August Urlaub hatten. Ist das nach Ihrer Erinnerung zutreffend?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, das ist zutreffend.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Wer war während dieser Zeit Ihr Vertreter als designierter Botschafter?

**Zeuge Markus Potzel:** Das war der Herr van Thiel.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Sie haben vorhin schon angegeben, dass Sie teilweise während



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihrer Urlaubszeit auch gearbeitet haben, wenn man - - das darf man sicherlich so sagen.

**Zeuge Markus Potzel:** Mhm.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Können Sie uns kurz schildern, in welchem Umfang und aus welchem Anlass Sie aus dem Urlaub heraus Ihre Arbeit aufgenommen haben?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, ich habe regelmäßig meine E-Mails gelesen, in denen immer jede Menge Informationen zusammenkamen. Teilweise wurde angerufen vom Büro Staatssekretäre, auch von der Personalabteilung, eben um den Urlaub zu kürzen. Ich habe am 13. August - das war, glaube ich, mein letzter Urlaubstag - an der Krisenstabssitzung teilgenommen. Der Anlass war, dass ich mir selber klargemacht habe, dass ich, bevor ich meinen Dienst in Kabul antrete, im Bilde sein müsste, und das habe ich dann umgesetzt.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Also anlassbezogen, so habe ich das verstanden.

**Zeuge Markus Potzel:** Anlassbezogen, ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Wie haben diese Anlässe Sie erreicht? Sie haben eben das Kommunikationsmittel E-Mail angesprochen. Und wenn ich das richtig verstanden habe, haben Sie vorhin gesagt, Sie waren sozusagen vom gängigen Informationsfluss an sich nicht erreichbar, weil Sie im Urlaub waren.

**Zeuge Markus Potzel:** Vom gängigen Informationsfluss, wenn er eingestuft war.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Genau, eingestuft. Entschuldigung. - Auf welche andere Weise haben Sie während Ihres Urlaubs noch mit Beteiligten kommuniziert?

**Zeuge Markus Potzel:** Größtenteils über E-Mail. Und der Anlass war natürlich mein Dienstantritt in Kabul. Da hatte ich den Anspruch, dass ich dann möglichst umfassend informiert sein sollte.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Am 9. August 2021 - das ist MAT A AA-8.650 VS-NfD, Blatt 25 bis 28 -, also auch noch während Ihrer Urlaubszeit, schreiben Sie an Herrn Dr. Wieck und Herrn Krüger, Herr van Thiel habe Ihnen am Wochenende - in Anführungsstrichen - „wirres Zeug über Telegram geschickt“.

**Zeuge Markus Potzel:** Mhm.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Meine Frage ist jetzt: Haben Sie auch den Informationsdienst Telegram genutzt für Ihre dienstliche Kommunikation?

**Zeuge Markus Potzel:** Nicht für die dienstliche Kommunikation. Also, ich meine, wenn man in Afghanistan ist, kann man schlecht trennen zwischen Dienstlichem und Privatem. Aber er hat mir ab und zu mal über Telegram seine persönlichen Eindrücke mitgeteilt.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Immerhin war das für Sie ein Anlass, sozusagen diese Einschätzung von Ihnen auf dienstlichem Wege weiterzugeben. Also, würden Sie sagen, dass es sich dabei um eine private Kommunikation gehandelt hat?

**Zeuge Markus Potzel:** Würde ich so sagen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Die Sie allerdings dienstlich weitergegeben haben.

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, weil sich das Private vom Dienstlichen in einer Situation wie in Afghanistan schlecht trennen lässt.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Aber bei der Information, die Sie von Herrn van Thiel bekommen, sagen Sie, das sei privat gewesen, und sagen gleichzeitig: Das andere habe ich - - aber diese gleiche Information habe ich dienstlich weitergeleitet - so verstehe ich Sie -, weil sich das nicht richtig trennen lässt. - Also, es war ja die gleiche Information. Aus meiner Sicht: Entweder war beides privat oder beides zumindest anteilig dienstlich.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Markus Potzel:** So klar trennen lässt sich das nicht. Ich meine, der - - Sie können jetzt sagen, dass der Weg der Übermittlung, der Kommunikationsweg dienstlich war. Aber natürlich tauschen wir im Auswärtigen Amt auch per E-Mail private Sachen aus. Insofern gibt es da sicherlich einen Graubereich.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Nun haben wir sozusagen diesen Inhalt des Telegram-Dialogs nicht veraktet. Meine Frage ist jetzt: Nach welchen Kriterien haben Sie solche Informationen sozusagen verschriftlicht?

**Zeuge Markus Potzel:** Wenn es rein dienstliche Belange betraf, dann haben wir das verschriftlicht, dann habe ich das auch per E-Mail, zum Beispiel geschäftlicher E-Mail, weitergegeben.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Mögen Sie sich erinnern, was für wirres Zeug Herr van Thiel Ihnen geschickt hat?

**Zeuge Markus Potzel:** Nee, daran kann ich mich nicht mehr erinnern. Ich bin auch nicht mehr auf Telegram - aber nicht aus diesem Grunde, aus anderen Gründen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Aber Sie haben es immerhin zum Anlass genommen, es weiterzumelden, was er Ihnen geschrieben hat.

**Zeuge Markus Potzel:** Offensichtlich.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Deswegen noch mal meine Frage: Wenn ich Ihnen das so vorhalte - 9. August 2021, aus Ihrem Urlaub sehen Sie sich veranlasst, an Herrn Dr. Wieck und Herrn Krüger zu berichten, dass Herr van Thiel Ihnen wirres Zeug berichtet hat -, noch mal meine Frage: Können Sie sich wirklich nicht dran erinnern, was er Ihnen berichtet hat?

**Zeuge Markus Potzel:** Sonst würde ich es Ihnen, glaube ich, sagen. Nee, ich kann mich wirklich nicht erinnern.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Die frühere Botschafterin in Washington, Frau Dr. Haber - über

die haben wir heute schon im Laufe der Vernehmung gesprochen -, hat bei ihrer Vernehmung hier vor dem Ausschuss dargestellt, dass die Lage in Afghanistan sich am 12./13./14. August zuspitzte und es eben Unklarheit gab, ob die Amerikaner - und wann - ihre Botschaft in Kabul evakuieren. Sie hat sich um Aufklärung bemüht und hatte am 15. August eigentlich Heimaturlaub für die Botschafterkonferenz. Sie hatte dann Kontakt mit Frau Staatssekretärin Leendertse, und die hat ihr die dienstliche Weisung gegeben, nicht in Washington zu bleiben. Und kurz danach hat aber dann Staatssekretär Berger, der offensichtlich auch zeitgleich im Urlaub war, Frau Haber doch gebeten, ihren Urlaub abzusagen und in Washington zu bleiben.

Meine Frage ist jetzt: Hat Sie während Ihres Urlaubs irgendwann eine dienstliche Weisung erreicht, an dem Urlaubsort zu bleiben oder den Urlaub abubrechen, und haben Sie von sich aus angeboten, wegen der Ereignisse in Kabul Ihren Urlaub abubrechen?

**Zeuge Markus Potzel:** Es gab keine dienstliche Weisung, meinen Urlaub abubrechen. Es gab die Bitte, meinen Dienst in Kabul früher als geplant anzutreten, und dieser Bitte bin ich nachgekommen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Wann hat Sie diese Bitte erreicht, und wann sind Sie dieser Bitte nachgekommen?

**Zeuge Markus Potzel:** Das war in der Woche, die am 9. August begann. Ich weiß nicht mehr genau, 10. August, 11. August. Ich bin dann praktisch unverzüglich zurückgekehrt nach Berlin und war dann auch, ich meine, am 12. August in Berlin. Aber ganz genau kann ich die Daten nicht mehr rekapitulieren.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Wer hat Sie gebeten, Ihren Urlaub abubrechen?

**Zeuge Markus Potzel:** Das war die Leiterin der Personalabteilung, Maria Gosse, und sie hat die Bitte der Staatssekretärin weitergegeben.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Welcher? Also von Frau - -

**Zeuge Markus Potzel:** Frau Leendertse.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Leendertse. - Kleiner Einschub jetzt auf eine etwas spätere Zeit. Sie sind Botschafter für Kabul in Doha - Sie waren ja dann in Doha - und suchen eine Abwesenheitsvertretung. Sie schreiben an den Leiter AP 05, Herrn Krüger - das ist MAT A AA-8.563, VS-NfD, Blatt 63 -, ob er eine Vertretung nach Doha schicken könne. Zitat:

„(Aber bitte nicht JHvT, ...“

Ich vermute, dass das Herr van Thiel ist.

**Zeuge Markus Potzel:** Vermute ich auch.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Weiter - Zitat -:

„... der hinterlässt hier verbrannte Erde.“

Würden Sie dem Ausschuss mal berichten, weshalb Sie Herrn van Thiel nicht als Ihren Vertreter haben wollten und was Sie damit meinen, dass er verbrannte Erde hinterlassen würde?

**Zeuge Markus Potzel:** In Doha?

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Mhm.

**Zeuge Markus Potzel:** Das sind Spekulationen. Vermutlich, weil mir Kolleginnen und Kollegen, die in Kabul waren und die dann ihre Dienstgeschäfte in Doha weitergeführt haben, davon abgeraten haben.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Das Zitat „Der hinterlässt hier verbrannte Erde“, ist das die Wiedergabe eines Ihnen gegenüber geschilderten Eindrucks, oder ist das Ihre eigene Einschätzung gewesen?

**Zeuge Markus Potzel:** Das weiß ich nicht mehr. Ich weiß auch nicht, worauf sich das bezieht, ehrlich gesagt.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Na ja, aber das Zitat stammt ja von Ihnen.

**Zeuge Markus Potzel:** Wenn Sie das sagen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Na, ich sage es nicht nur, ich kann es Ihnen auch gern vorhalten. Vielleicht können Sie sich dann besser erinnern, Herr Potzel. Sollen wir Ihnen das mal vorhalten?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, geben Sie mal.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Wir können es Ihnen gern vorhalten, bitte.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir machen es trotzdem in Frage- und Antwortform, bitte.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Deswegen noch mal meine Frage: Können Sie sich jetzt erinnern, was Sie mit „verbrannter Erde“ gemeint haben?

**Zeuge Markus Potzel:** Nee, wirklich nicht.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Dann frage ich noch einmal anders - dann wäre ich mit dem Punkt durch, und wir würden dann wahrscheinlich die Unterbrechung machen -: Würden Sie sagen, dass Herr van Thiel auch in der Abwesenheitsvertretung in Kabul nach Ihren Kriterien „verbrannte Erde“ hinterlassen hat?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, das ist eine Frage, wie man das - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Können wir das anders fragen?

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Na ja, ich habe nach dem Eindruck gefragt. Aber dann frage ich andersrum: Inwieweit hat Herr van Thiel nach Ihrer Auffassung auch während der Vertretung in Kabul „verbrannte Erde“ hinterlassen?

**Zeuge Markus Potzel:** Das habe ich ja nicht behauptet. Wenn ich sage: „Sonst hinterlässt er hier



## Nur zur dienstlichen Verwendung

verbrannte Erde“, heißt es ja nicht, dass er dort „verbrannte Erde“ hinterlassen hat.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Genau das ist meine Frage: Hat er nach Ihrer Einschätzung auch in Kabul „verbrannte Erde“ hinterlassen?

**Zeuge Markus Potzel:** Nein, nein. Das würde ich so nicht sagen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann nutze ich jetzt die Gelegenheit, die Sitzung zu unterbrechen. Wir fahren nachher noch mit starken fünfeinhalb Minuten fort bei dem Kollegen Röwekamp. Wir unterbrechen bis 15.35 Uhr.

(Unterbrechung von  
15.02 bis 15.36 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sind entweder Ihrer Wahlpflicht nachgekommen und/oder haben sich hoffentlich gestärkt. - Sie sind auch versorgt mit Getränken und allem, hoffe ich. - Dann fahren wir fort mit dem Kollegen Röwekamp. Und da wir keine halben Sachen machen, hat er sechs Minuten, würde ich sagen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank. - Herr Potzel, wir hatten vorhin schon mal kurz über das Hin und Her bei der Botschafterin in Washington, was den Urlaubsabbruch - - miteinander gesprochen. Da sagte ihr die Staatssekretärin, sie soll den Urlaub antreten. Der Staatssekretär schreibt dann aus seinem Urlaub und sagt, sie soll besser in Washington bleiben. Das wirkt auf mich jetzt auf Anhieb in diesen Tagen ein bisschen unangesprochen oder unkoordiniert. Deswegen ist meine Frage: Waren für Sie auch in dieser heißen Phase die Ansprechpartner und die Hierarchien im Auswärtigen Amt klar geregelt? Und: Hat es solche unterschiedlichen Entscheidungen auch Ihnen gegenüber gegeben?

**Zeuge Markus Potzel:** Nee, das kann ich ganz klar ausschließen. Und das war mir auch nicht bekannt - muss mir ja auch nicht bekannt gewesen sein -, dass es da so ein Hin und Her gab bezüglich Frau Haber.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Also, Sie hatten den Eindruck - - Oder: Inwieweit hatten Sie den Eindruck, dass Frau Staatssekretärin Leendertse auch während der Abwesenheit des Staatssekretärs Berger vollumfänglich über die Lage in Afghanistan informiert war und auch die notwendigen Entscheidungen zeitgerecht getroffen hat?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, war ja nicht das erste Mal, dass sie Herrn Berger vertreten hat in Abwesenheit.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Dann würde ich Ihnen gerne eine Mail von Ihnen vorhalten, die Sie am 10. August 2021, offenbar noch aus dem Urlaub, an den persönlichen Referenten von Staatssekretär Berger geschrieben haben. Das ist MAT A AA-9.80 VS-NfD, Blatt 25 - ich zitiere -:

„Lieber Marius,

ich weiß, Du bist noch im Urlaub. Aber ist denn Dein Chef ab Montag wieder da? StS'in L lädt jetzt quasi täglich zu AFG-Besprechungen ein. Das ist ja auch richtig, wichtig und angebracht. Allerdings lädt sie einen etwas merkwürdigen Personenkreis dazu: D2, D S, S-B-1, nicht aber RL AP05.“ (Gut, AP-B-2 war auch dabei, immerhin.) Ich hoffe, das läuft dann wieder in den richtigen Bahnen, sobald StS B

- Berger -

wieder da ist.“

Sollen wir Ihnen das vorlegen, diese Mail, oder können Sie sich so daran erinnern?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich habe es hier, ist schon da.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Wollen Sie sich das mal anschauen?

**Zeuge Markus Potzel:** Nö.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Oder erinnern Sie sich an den Vorgang?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, ja, kenne ich.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Nun haben Sie eben gesagt: Das war alles kein Problem, auch die Abwesenheitsvertretung war kein Problem. - Diese Mail liest sich jetzt ein bisschen anders, als ob es doch offensichtlich nicht in „richtigen Bahnen“ lief, um Ihre Worte zu gebrauchen. Mögen Sie dem Ausschuss mal erklären, was aus Ihrer Sicht nicht in „richtigen Bahnen“ lief?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, in „richtigen Bahnen“ wäre gewesen, früher schon mehr Leute einzubeziehen, sprich: auch einen Krisenstab einzuberufen. Das meinte ich damit.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ja. - Sie schreiben aber auch was von einem „merkwürdigen Personenkreis“. Was war denn an dem Personenkreis, der an dieser Runde, an den Runden teilgenommen hat, „merkwürdig“?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, dass da Personen dabei waren, die qua Funktion jetzt nicht unbedingt unmittelbar in das Afghanistan-Dossier einbezogen waren. Ich glaube, das war eher ein Kreis, der auf persönlichen Kennverhältnissen beruhte und auf persönlicher Involvierung in das Afghanistan-Dossier in der Vergangenheit.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Nun hat nach unseren Informationen ja Ihr Nachfolger, also der Afghanistan-Sonderbeauftragte der Bundesregierung, an diesen Gesprächen teilgenommen. Meine Frage ist jetzt: Hatten Sie dennoch das Gefühl, dass das Gespräch nicht in „richtigen Bahnen“ verlief?

**Zeuge Markus Potzel:** Moment, da muss ich noch mal gucken, wie das war.

(Der Zeuge liest in einem Dokument)

Also, ich habe nicht gesagt, dass das Gespräch nicht in den richtigen Bahnen lief, und es war gut, dass der AP-B-2, das heißt mein Nachfolger

Herr Wieck, daran teilgenommen hat. Aber ich hätte mir zum Beispiel auch durchaus vorstellen können, dass der Referatsleiter AP 05 daran teilnehmen hätte können.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ging es also nur um die Frage, wer an den Gesprächen teilnimmt, oder ging es auch um die Inhalte und Ergebnisse dieser Gespräche?

**Zeuge Markus Potzel:** Nee, ich glaube, das war eher der Personenkreis; denn zu den Inhalten, also da hätte ich jetzt nichts Kritisches anzu merken. Wir wurden natürlich durch die Anwesenheit von Herrn Wieck als AP-B-2 auch informiert über die Sachen, die dort besprochen wurden.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Mhm. - Und als dann Staatssekretär Berger aus dem Urlaub zurück war, verlief das dann nach Ihrer Kenntnis wieder in „richtigen Bahnen“?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, soweit ich das erinnere, schon. Aber dann war ich ja auch nicht mehr in Berlin. Also, das heißt, ich war dann auch persönlich - - ich war online mit dabei. Dann wurden dann - - Ich meine, gut - - Aufgrund der Situation, aufgrund der Lageentwicklung gab es dann täglich Krisenstabsitzungen; und da war ich dabei.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ich habe Sie also richtig verstanden, dass - - Oder anders gefragt: Hätten Sie die frühere Einberufung eines Krisenstabes für sachgerecht gehalten?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ab wann, nach Ihrer Auffassung, wäre das sachgerecht gewesen?

**Zeuge Markus Potzel:** Och, das ist schwer zu sagen im Nachhinein, aber früher schon, ja.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Tage? Wochen?

**Zeuge Markus Potzel:** Tage.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Mhm. - Herr Potzel, Ihr Kollege van Thiel, den wir letzte Woche ausführlich vernommen haben, hat in seiner Stellungnahme für die Enquete-Kommission, die ja parallel ihre Arbeit macht, zu den letzten Wochen in Afghanistan eine Stellungnahme abgegeben - das ist Deutscher Bundestag, Kommissionsdrucksache 20(28)26, hier nur Seite 5 -, und er schreibt - Zitat -:

„Im Auswärtigen Amt wurden unsere Einschätzungen weder zur Notwendigkeit noch zur Dringlichkeit zu ergreifender Maßnahmen geteilt. Die Beispiele anderer alliierter Nationen wurden als für uns nicht maßgebend verworfen.“

Weiter schreibt Herr van Thiel:

„Aus der Hauptstadt“

- gemeint ist Berlin -

„gab es immer wieder die Rückmeldung, wir lassen uns nicht drängen, wir haben die Zeit, die wir brauchen. Wir wollen die „Republik“ nicht schwächen. Während Afghanistan und die wichtigsten unserer Partner in den Krisenmodus und Notbetrieb wechselten, versuchten wir, den krisenfreien Normalbetrieb zu simulieren.“

Zitat Ende. - Meine Frage ist: Inwieweit teilen Sie diese Einschätzung von Herrn van Thiel?

**Zeuge Markus Potzel:** Könnte ich dieses Blatt noch mal - -

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Protokoll?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Geben wir Ihnen gern. - Also, es ist eine Kommissionsdrucksache aus der Enquete-Kommission.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Markus Potzel:** Also, ich sagte ja vorhin bereits, dass jedes Land unterschiedlich zu betrachten ist: aufgrund des Umfangs des Engagements, sprich auch: „Haben die Truppen dort, haben die keine Truppen dort, wie viele Leute arbeiten an der Botschaft?“ Insofern haben wir unsere eigenen Schlussfolgerungen gezogen, haben die sicherlich auch geteilt mit Partnern. Aber ich sehe jetzt nix Verwerfliches drin, dass wir zu anderen Schlüssen gekommen sind oder zu anderen Zeitlinien gekommen sind als andere.

(Der Zeuge liest in den ihm  
zuvor vorgelegten  
Unterlagen)

Ich hatte ja vorher auch schon gesagt, dass es durchaus nicht so war, dass wir die Zuspitzung der Krise nicht gesehen hätten. Also, wir hatten ein Sicherheitskonzept an der Botschaft, wir haben einen Krisenplan an der Botschaft, und wir haben uns damit in Berlin auch befasst mit der Situation. Insofern teile ich die Einschätzung des Kollegen van Thiel hier nur bedingt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. - Dann wechselt das Fragerecht jetzt und geht zu den Grünen, Frau Kollegin Nanni.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, prima, da kann ich gut ansetzen. Danke, Herr Vorsitzender. - Lieber Herr Potzel, haben Sie sich dieses Sicherheitskonzept der Botschaft dann noch mal vorlegen lassen, als Sie dann designierter Botschafter wurden?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, klar.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben Sie das noch mal abgeglichen? Das wurde ja schon deutlich früher erstkonzipiert. Haben Sie das noch mal abgeglichen, dass man das vielleicht noch mal anpassen müsste?

**Zeuge Markus Potzel:** Abgeglichen womit?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit dem, was Sie zu dem Zeitpunkt über die Lageentwicklung wussten.

**Zeuge Markus Potzel:** Na ja, also gut, sagen wir mal so, abgeglichen - - Ich erstelle ja das Sicherheitskonzept nicht, und ich bin auch nicht dafür zuständig, dass es dann praktisch angepasst wird. Klar, als Botschafter ist man für alles zuständig. Aber das habe ich sicherlich, soweit ich mich erinnern kann, mit dem Krisenreaktionszentrum abgenommen.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja vorhin auch in der Befragung ausgeführt, dass neben der Versicherung der Taliban, die Botschaft nicht anzugreifen, auch die Versicherung der USA, die Botschaft zu sichern, ausschlaggebend dafür waren, dass Sie gesagt haben, die notwendigen Bedingungen, um die Botschaft aufrechtzuerhalten, sind noch gewährleistet.

Ich würde Ihnen jetzt gerne einen Vorhalt machen zu dem Thema US-Absicherungszusagen, und zwar ist das MAT A AA 4.48 VS-NfD, Blatt 38. Da haben Sie eine E-Mail geschrieben an Gregory Bledjian - am 21. Mai war das -, und da geht es um ein Gespräch mit einem Vertreter von Großbritannien, das Sie geführt haben, um rauszufinden, inwiefern den Zusicherungen der USA vertraut werden kann. Und hier schreiben Sie als Notiz aus dem Gespräch: „Größtes Problem sei Sicherung Green Zone.“, und später: „UK trauten Zusagen der USA nicht ...“, und, der Außenminister Großbritanniens Raab sei „sehr nervös.“

Inwiefern hat dieses Gespräch, was Sie damals geführt haben, noch mal nachgeklungen, als Sie Botschafter wurden und dann die Sicherheitslage und die Zusagen der USA bewerten mussten.

**Zeuge Markus Potzel:** Als ich Botschafter wurde, war *das* Problem zumindest aus der Welt geschafft. Und die britische Botschaft oder Großbritannien, die britische Regierung, war doch zufrieden mit den Sicherheitszusagen, die sie bekommen hatten von den Amerikanern. Insofern war das für mich nicht mehr ausschlaggebend.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde Ihnen gerne noch einen weiteren Vorhalt machen, und zwar vom 14.07.2021 - das ist MAT A AA-2.30 VS-NfD, Blatt 111. Da bekommen Sie eine E-Mail von C [REDACTED] N [REDACTED] - es waren auch andere noch im cc -, und da heißt es:

„... in der hiesigen Presse gibt es abweichende Berichterstattung zum Erhalt der US-Präsenz in Kabul. WSJ“

- „Wall Street Journal“ -

“berichtete vor ein paar Tagen:  
*U.S. Considers Downsizing  
Embassy in Afghanistan Amid  
Security Concerns - Thousands of  
American and foreign personnel  
at the U.S. embassy could be  
moved because of security concerns,  
officials say ...*”

Und ein zweiter Vorhalt, den ich Ihnen dazu machen muss, und zwar vom gleichen Tag, ist Ihre Reaktion - MAT A AA-2.30 VS-NfD, Blatt 111. Da antworten Sie auf diese E-Mail und sagen unter anderem:

„... wahrscheinlich erwägt das DoS, die Anzahl des Botschaftspersonals von 2.000 auf 1.995 zu reduzieren. Ich würde das auch eher gelassen sehen.“

Können Sie das einmal erläutern?

**Zeuge Markus Potzel:** Das spricht eigentlich für sich, ne? - Also erst mal: Gut, was in der Presse steht, ist ja nicht unbedingt die Ansicht der Regierung. Und in der Presse wird eine Vielzahl an Meinungen wiedergegeben.

Mein Eindruck war sicherlich - so kommt es da auch rüber -, dass, wenn es eine - zu dem Zeitpunkt, ne? - Reduzierung geben würde, dann eine minimale.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also fünf Leute weniger hielten Sie für ein realistisches Szenario?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Markus Potzel:** Es war ironisch gemeint oder sarkastisch.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Was hielten Sie denn damals für ein realistisches Szenario?

**Zeuge Markus Potzel:** Weiß ich nicht.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Oh, das ist jetzt schwierig, weil wir es eigentlich in den Unterlagen haben, nur Ironie.

Können Sie mir noch mal erläutern, warum Sie das nicht ernst genommen haben, die Berichterstattung?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich habe die schon ernst genommen, aber ich habe meine Schlüsse daraus gezogen.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber Sie haben gerade gesagt, dass Ihre Antwort darauf ironisch war.

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist ja dann: nicht ernst.

**Zeuge Markus Potzel:** Aber ironisch heißt ja nicht, ich nehme es nicht ernst.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay, das müssen Sie mir erläutern.

**Zeuge Markus Potzel:** Wenn ich eine sarkastische oder ironische Antwort gebe, heißt es ja nicht, dass ich den Sachverhalt, den ich bewerte, nicht ernst nehme.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Haben Sie irgendwo anders noch mal unironisch auf die Meldung geantwortet oder sind unironisch weiter damit umgegangen?

**Zeuge Markus Potzel:** Das weiß ich nicht. Wenn Sie es nicht gefunden haben, wahrscheinlich nicht, nee.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann würde ich jetzt noch mal zu einem anderen Themenkomplex wechseln. Sie haben es auch in der Befragung heute schon angedeutet, wo Sie sagten: Dann gibt es ja auch immer noch innenpolitische Debatten, die eine Rolle spielen. - Was haben Sie damit gemeint?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich meine, Außenpolitik bewegt sich ja nicht im luftleeren Raum. Ich bin der Meinung, dass Außenpolitik auch immer eine Ableitung der Innenpolitik ist. Insofern hat mich ein bisschen verwundert, wenn ich das richtig rekapituliere, dass Herr van Thiel in dem Bericht an die Enquete-Kommission davon gesprochen hat, dass man - ich habe das Zitat nicht mehr vor Augen - Strukturen schaffen muss, die unabhängig von der Innenpolitik irgendwie funktionieren müssen oder so was in der Art. Es ist in dem Bericht an die Enquete-Kommission, in seinem Kommentar an die Enquete-Kommission drin.

Ich finde - das hat man ja auch gesehen -, dass die ganze Situation in Afghanistan durchaus in Berlin immer auch unter dem Blickwinkel der Innenpolitik gesehen wird. Das - -

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie das noch mal erläutern? Innenpolitik ist ja so viel.

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, genau, aber - - Genau: alle Aspekte der Innenpolitik.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Zum Beispiel?

**Zeuge Markus Potzel:** Zum Beispiel Migration, Rückführungen, Terrorismusbekämpfung, Drogenbekämpfung: Das spielt alles da mit hinein.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Sie haben ja vorhin auch gesagt, dass man die Botschaft aufrechterhalten wollte unter anderem, um EZ weiterzumachen, um Migration weiter vorzubeugen. Wie sind denn diese innenpolitischen Debatten rund um das Thema Migration bei Ihnen angekommen? Auf welchem Wege hat Sie das erreicht, dass das wesentliche Faktoren



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sind zur Bewertung dessen, was man tun und lassen muss?

**Zeuge Markus Potzel:** Zeitungslektüre, überhaupt Medien, Staatssekretärsrunden, in denen das auch thematisiert wurde, und generell Debatten innerhalb der Bundesregierung. Ich hatte ja vorher schon gesagt, dass wir einen regen Austausch pflegten zwischen den Ressorts. Und da kam so was zur Sprache.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Von wem wurde das angesprochen?

**Zeuge Markus Potzel:** Von allen Ressorts.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, die migrationspolitischen Fragen wurden von allen Ressorts angesprochen?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gleichermaßen?

**Zeuge Markus Potzel:** Das weiß ich nicht, ob es gleichermaßen ist. Aber es ist ja nicht so, dass jedes Ressort in seinem Silo sitzt oder lebt oder arbeitet. Wir haben uns durchaus auseinandergesetzt mit Themen, die ressortübergreifend waren. Und das waren praktisch, wenn Sie über Afghanistan gesprochen haben, oftmals Themen, die mehr oder weniger alle Ressorts angingen.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Kann man Rückführungen ohne eine Botschaft durchführen?

**Zeuge Markus Potzel:** Das weiß ich nicht. Theoretisch schon, aber es macht sich natürlich - - Es ist praktisch einfacher, wenn eine Botschaft da ist.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wurde über das Thema Rückführung in den Runden, in denen Sie waren zu Afghanistan, explizit gesprochen?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie das ausführen?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, an Einzelheiten kann ich mich nicht mehr erinnern. Aber ich weiß - - also, ich erinnere mich jedenfalls, dass das Thema Rückführung auch in den Staatssekretärsrunden angesprochen wurde.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und welches politische Ziel wurde in Bezug auf Rückführung dort geäußert?

**Zeuge Markus Potzel:** Das müssten Sie die Politiker fragen.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die nicht in der Staatssekretärsrunde waren?

**Zeuge Markus Potzel:** Nee. Aber ich meine: Staatssekretäre agieren ja auch durchaus unter Weisung von Politikern.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau, aber dann wurde ja deutlich in der Staatssekretärsrunde, mit welchen Weisungen das Thema Rückführung in den Staatssekretärsrunden besprochen wurde. Das müssten Sie ja zur Kenntnis genommen haben.

**Zeuge Markus Potzel:** Mhm.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Welche war das?

**Zeuge Markus Potzel:** Daran kann ich mich jetzt nicht mehr erinnern. Aber es gibt ja Protokolle der Staatssekretärsrunden.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich würde Ihnen gern noch einen anderen Vorhalt machen - da geht es um die Charterflüge noch mal -: Das ist vom 16.06.2021, MAT A BMVg-4.317 VS-NfD, Blatt 262. Das ist eine E-Mail von Oberst Groeters an den Brigadegeneral Faust. Und hier steht:

„Absicht soll nach Rückmeldung im BMVg sein, dass noch vor dem



## Nur zur dienstlichen Verwendung

04.07. ... medial sichtbar DEU seiner Fürsorgepflicht nachkommt, indem OK mit Charterflügen nach DEU geflogen werden.“

Wie haben Sie das bewertet, dass das BMVg medial sichtbar solche Charterflüge machen wollte?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, das war die Absicht des BMVg. Das Auswärtige Amt hatte auch keine andere Meinung dazu. Also, wir haben das auch unterstützt, soweit ich mich erinnern kann. Das BMVg wollte damit sicherlich kundtun, dass es sich um seine Ortskräfte auch kümmert.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie haben - und wir haben es auch vorher in anderen Befragungen schon gehört -, zu Recht, glaube ich, auf die drohende Dynamik hingewiesen, dass, wenn verschiedene abziehen und Ortskräfte ausfliegen usw., dann auch ein Staatsverfallprozess sozusagen dadurch unterstützt werden kann. Haben Sie hier ja auch noch mal geäußert. Für mich gibt es jetzt einen Widerspruch zu der These, die Sie auch hier geäußert haben, nämlich dass die ANDSF Kabul halten wird. Können Sie noch mal sagen, wie Sie als Sonderbeauftragter, aber dann auch als Botschafter diese beiden Überlegungen übereinandergebracht haben?

**Zeuge Markus Potzel:** Sie meinen einerseits das Halten von Kabul, andererseits die Flucht, oder?

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau.

**Zeuge Markus Potzel:** Ich finde, das muss sich nicht unbedingt ausschließen, da meines Wissens für die Verteidigung Kabuls besonders loyale Kräfte zusammengezogen wurden - sprich: Spezialkräfte -, die sicherlich noch mal besser ausgebildet waren und vielleicht auch noch mal stärker motiviert waren. So meine Annahme.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Jetzt müssten wir mit der Befragung wechseln.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay, nächste Runde.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Herr Abgeordneter Keuter.

**Stefan Keuter (AfD):** Herr Potzel, uns liegen mehrere Beweismittel vor, die belegen, dass der Bundesnachrichtendienst unzufrieden mit Ihrer Informationspolitik gegenüber unserem Dienst war; Fundstelle beispielsweise MAT A BND-3.305 VS-NfD, Blatt 18. Sie haben laut MAT A BND-3.332 VS-NfD, Blatt 67 Anfang Mai 2020 per Skype ein Gespräch mit einem Taliban, [REDACTED], geführt. Der BND hielt hierzu verärgert fest. Ich zitiere - Zitat Anfang -:

„... es gab gestern ein Skype-Telefonat (!) auf offener Leitung zwischen SRAP Botschafter Markus Potzel und [REDACTED] des TBO.“

- Damit ist das Taliban Office Doha gemeint. -

„Inhalt hier nicht bekannt, aber wahrscheinlich bei vielen anderen inoffiziellen „Teilnehmern“, die auf der Leitung saßen....“

Zitat Ende. - Aus welchen Gründen sprachen Sie damals über diese offene Skype-Leitung mit dem Taliban?

**Zeuge Markus Potzel:** Keine Ahnung. Das kann ich Ihnen wirklich beim besten Willen nicht mehr sagen.

**Stefan Keuter (AfD):** Können Sie zur Methodik vielleicht was sagen, ob das üblich war, über Skype zu kommunizieren?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, über Skype zu kommunizieren, war durchaus eine gängige Methode. Mit den Taliban habe ich das, glaube ich, nur einmal gemacht. Wir waren noch einmal mit einem Vertreter der Taliban verbunden, als es am 6. Mai 2021 das Treffen der Sonderbeauftragten von europäischen und amerikanischen Staaten gab in Berlin. Da war ein Vertreter oder der stellvertretende Leiter des TBO auch zugeschaltet. Ob es jetzt Skype war, weiß ich nicht, aber er war jedenfalls per Video zugeschaltet.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Stefan Keuter (AfD):** Trät der Bundesnachrichtendienst direkt auf Sie zu und bemängelte Ihre Informationspolitik?

**Zeuge Markus Potzel:** Kann ich mich nicht erinnern.

**Stefan Keuter (AfD):** Haben Sie nach dem Skype-Gespräch irgendwelche Beobachtungen gemacht, die darauf schließen ließen, dass von dritter oder vierter Seite das Gespräch mitgehört wurde?

**Zeuge Markus Potzel:** Nein.

**Stefan Keuter (AfD):** Okay. - Laut Fundstelle MAT A BMZ-3.137 VS-NfD, Blatt 88 ff. tauschten Sie sich im Frühherbst 2020 mit Vertretern vom Auswärtigen Amt und BMZ im Vorfeld der Genfer Geberkonferenz zu einer möglichen Konditionalisierung deutscher Afghanistan-Finanzhilfen aus. Die USA und Großbritannien wollten sich die Option offen halten, ihre Fördermittel für Afghanistan ab 22 drastisch zu reduzieren.

Auch Sie, Herr Potzel, mahnten gegenüber dem in der Vergabe deutscher Bundesmittel in aller Welt so eifrigen BMZ, dass Deutschland einen Hebel gegenüber der Kabuler Regierung brauche, um diese zur Korruptionsbekämpfung einzusetzen. Ich zitiere aus der Fundstelle:

„Klar ist auch, dass wir uns lieber nicht ausmalen wollen, wo AFG stünde, wenn wir nicht so viel Geld ‚reingesteckt hätten. Vielleicht stünde es ja sogar besser da.“

Zitat Ende. - Und eine andere Fundstelle - MAT A BMZ-3.137 VS-NfD, Blatt 90; Zitat Anfang -:

„... die AFG Regierung zu zwingen, das Geld unserer Steuerzahler verantwortungsbewusster als bisher auszugeben, sollte unser gemeinsames Ziel sein.“

Zitat Ende. - Aus welchem Grund erinnerten Sie den BMZ-Referatsleiter Plate damals daran, deutsches Steuergeld verantwortungsbewusster, als bislang geschehen, in Afghanistan auszugeben? Welche Vorerfahrungen mit der deutschen EZ haben Sie vor Ort gemacht?

**Zeuge Markus Potzel:** Die Vorerfahrung oder die Erfahrung, die ich mit der EZ in Afghanistan gemacht habe, war gut. Die Kolleginnen und Kollegen, vor allen Dingen GIZ, aber auch andere Umsetzer von BMZ - - aber auch AA-Unterstützung lief vor Ort sehr gut. Aber natürlich war uns schon klar, dass viele Mittel, die in Afghanistan eingesetzt wurden, missbraucht wurden, dass Korruption ein Problem war. Es gab dazu Informationen. Und der Anlass, warum ich das da aufbrachte, war, wie Sie ja schon gesagt haben, die bevorstehende Genfer Geberkonferenz, mit der wir tatsächlich den Hebel einsetzen wollten, um die afghanische Regierung dazu zu bringen, sich in den Gesprächen mit den Taliban zu bewegen.

**Stefan Keuter (AfD):** Sie äußerten ja im September 2020, dass es gegebenenfalls so wäre, dass ohne die deutschen Steuermilliarden Afghanistan vielleicht sogar besser dastehen würde. Welche Erfahrungen oder Gedanken haben Sie zu dieser Überlegung oder zu dieser Äußerung bewegt?

**Zeuge Markus Potzel:** Hypothetisch.

**Stefan Keuter (AfD):** Keine konkreten Erfahrungen dazu.

**Zeuge Markus Potzel:** Nee.

**Stefan Keuter (AfD):** Okay. - Laut Fundstelle MAT A AA-9.142 VS-NfD, Blatt 26 haben Sie sich Mitte Juni 21 in Doha mit Talibanvertretern getroffen. In einem Arbeitspapier aus dem Ministerbüro heißt es dazu wörtlich - Zitat Anfang -:

„AP-B-2“

- damit sind ja Sie gemeint -

„führte von 11.-15.06. Gespräche in Doha und Kabul. TLB sagten



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dabei erneut Sicherheit für Diplomaten, EZ-Personal und Ortskräften zu ...“

Zitat Ende. - Wie wir nun von dem Zeugen „Fisch“ bereits wissen, schätzten Sie die Sicherheitsgarantien der Taliban für Diplomaten genau wie das BMVg als belastbar ein. Galt dies auch für die erneute Talibansicherheitsgarantie für Ortskräfte und EZ-Personal?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, meines Wissens gab es - habe ich ja vorhin schon gesagt - keine Sicherheitsgarantie für Ortskräfte und EZ-Personal.

**Stefan Keuter (AfD):** Ich darf Ihnen das Fundstück noch mal vorlegen.

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, vielleicht können Sie mir das geben, genau.

**Stefan Keuter (AfD):** Ja, gerne. Das steht da nämlich so wörtlich drin.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Markus Potzel:** Gut, wenn das da steht, dann wird es wohl so gewesen sein.

**Stefan Keuter (AfD):** Irgendwelche Erinnerungen, die dieses Schriftstück weckt?

**Zeuge Markus Potzel:** Nee, also ich habe mit den Taliban öfter geredet. Die haben explizit gesagt, sie könnten die Sicherheit von diplomatischen Missionen garantieren, und sie haben Interesse geäußert, EZ - sprich: Entwicklungszusammenarbeit - fortzusetzen. Also, „fortzusetzen“ impliziert, das impliziert, dass es sicherheitsmäßig keine Probleme geben sollte, aber explizite Sicherheitszusagen, daran kann ich mich nicht erinnern.

**Stefan Keuter (AfD):** Das heißt - noch mal -, Sicherheitszusagen für Ortskräfte sind Ihnen nicht erinnerlich.

**Zeuge Markus Potzel:** Nee, nicht darüber hinaus, was ich gerade gesagt habe, dass die Taliban ein

Interesse daran haben, dass die deutsche EZ weitergeführt wird.

**Stefan Keuter (AfD):** Vielen Dank. - Wie lange habe ich noch?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Noch 20 Sekunden.

**Stefan Keuter (AfD):** Ja, dann schiebe ich schon mal gleich weiter.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Frau Kollegin Jurisch.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Potzel, Sie hatten ja vorher gesagt, ein Krisenstab hätte einige Tage früher einberufen werden sollen. Hatten Sie das auch so in der damaligen Situation gefordert oder empfohlen?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich meine mich zu erinnern, dass es da eine E-Mail gibt, in der ich das nicht gefordert, aber halt angeregt habe.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Und wie ist darauf reagiert worden?

**Zeuge Markus Potzel:** Indem die geplante Krisenstabssitzung, die für den 16. August geplant war, auf den 13. August vorgezogen wurde. Ob meine Äußerung da jetzt ausschlaggebend war, das kann ich nicht beurteilen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Ja, eben. Sie haben ja gesagt, der 13. sei aber auch noch ein paar Tage zu spät gewesen. Können Sie denn noch ungefähr eingrenzen, wann Sie das empfohlen haben?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, das muss ja vor dem 13. gewesen sein. Genau weiß ich das nicht mehr.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Gut. - Sie hatten auch vorher gesagt, dass ja nicht jedes Ressort in seinem Silo sitze; so habe ich Sie vorher verstanden. Und Sie haben auch gesagt, dass es einen engen Austausch der Ressorts gegeben



## Nur zur dienstlichen Verwendung

hätte, und das unter anderem mit den zwei-monatigen Staatssekretärsrunden begründet.

Wir haben eine E-Mail aus dem Juli aus dem BMZ vorliegen; MAT A AA-8.36 VS-NfD, Blatt 63. Und aus dieser E-Mail geht hervor, dass der bis dahin übliche Sicherheitspolitische Jour fixe der Staatssekretäre für Afghanistan abgeschafft und Afghanistan wieder mit anderen Regionen zusammengelegt wurde. Ich kann mir diese Entscheidung nicht erklären angesichts der damaligen Lage in Afghanistan. Wie haben Sie das damals gesehen?

**Zeuge Markus Potzel:** Das ist mir so nicht aufgefallen, dass das - - Also, erinnere ich mich nicht mehr. Aber ich weiß, dass weiterhin über Afghanistan gesprochen wurde und dass das weiterhin ein Schwerpunkt war.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Wo wurde darüber gesprochen?

**Zeuge Markus Potzel:** Na ja, sicherlich zwischen den Ressorts.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Aus der E-Mail geht auch hervor, dass die letzte Sitzung im Juni stattfand. Können Sie sich erklären, warum man angesichts der Lage den Austausch nicht intensiviert hat, anstatt Afghanistan als eines von vielen Themen in einer größeren Runde zu behandeln? Können Sie das noch - -

**Zeuge Markus Potzel:** Juni welchen Jahres?

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** 2021.

**Zeuge Markus Potzel:** Also, meines Wissens haben wir uns im - also, ich bin ja kein Staatssekretär - - aber habe ich teilgenommen an Sitzungen zu Afghanistan auf Staatssekretärssebene, die dann alle ein bis zwei Wochen stattfanden.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Aus der gleichen E-Mail geht auch hervor, dass das BMZ schon am 23. Juli 2021 um eine Krisenstabs-sitzung zu Afghanistan beim Auswärtigen Amt gebeten hat. Wie wir ja gerade besprochen haben, war das ja dann erst am 13. August, also fast

25 Tage später. Hat Sie diese Bitte aus dem BMZ erreicht? Und wenn - -

**Zeuge Markus Potzel:** Nee, weil erst mal geht solche Bitte dann sicherlich an das Krisenreaktionszentrum, was die Krisenstabs-sitzung einberuft. Und ich kann mich nicht erinnern, dass ich diese Bitte gelesen habe oder dass sie mich erreicht hat.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Meines Erachtens war diese Bitte - - ging die auch in diese Staatssekretärsrunde rein. Waren Sie denn da auch in dem Verteiler drin?

**Zeuge Markus Potzel:** Wann war das noch mal?

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Das war am 23. Juli.

**Zeuge Markus Potzel:** Da war ich nicht mehr im Amt.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Also hätte Sie diese Bitte nicht auch erreichen müssen.

**Zeuge Markus Potzel:** Nee.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Das BMZ hat der Bitte noch mehrfach Nachdruck verliehen. Man hat aus dem Auswärtigen Amt darauf keinerlei Reaktion erhalten. Erst 20 Tage später meldete sich dann der Krisenbeauftragte. Wie bewerten Sie das aus heutiger Perspektive?

**Zeuge Markus Potzel:** Das kann ich nicht bewerten. Da müssen Sie den Krisenbeauftragten fragen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das ist auch nicht zulässig, die Frage.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Gut, okay. - Wir haben hier schon einige Zeugen gehabt, die ausgesagt haben, dass bis zur heißen Phase kaum Entscheidungen in der Staatssekretärsrunde getroffen wurden. Man habe sich dort eher gegenseitig die Lage und Sichtweise erläutert, und dann ist jeder wieder ins eigene Ressort zurück. Wissen Sie denn, wo ein konsolidiertes Lagebild



## Nur zur dienstlichen Verwendung

der Bundesregierung erstellt wird oder entsteht, also wo praktisch - - Wenn Sie sagen, was Sie vorher mit Siloarbeit beschrieben haben, dass es nicht stattfindet: Wo entsteht denn dieses geeinte Lagebild?

**Zeuge Markus Potzel:** Es gab ja regelmäßige Berichte der Bundesregierung zur Lage in Afghanistan. Die waren ressortabgestimmt, und die wurden erstellt auf Arbeitsebene. Dafür zuständig waren die jeweiligen Referatsleiter. Die haben mit den Referenten und Referentinnen zusammen dieses Lagebild erstellt. Das war früher mal bekannt unter dem Begriff „Fortschrittsberichte“, haben wir dann im Namen geändert. Ich weiß nicht mehr, wie wir es genannt haben. Aber diese Berichte gab es regelmäßig, und die wurden von den Ressorts erstellt und wurden den jeweiligen Leitungen in den Ressorts auch zur Kenntnis gegeben.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Da muss ich doch noch mal zurückfragen: Welche Rolle hat denn dann diese Staatssekretärsrunde - - oder diese -runden gespielt?

**Zeuge Markus Potzel:** Na ja, um Entscheidungen vorzubereiten. Klar, in den Staatssekretärsrunden gab es Unterrichtungen durch den BND. Jedes Ressort hat seine eigene Einschätzung abgegeben. Ich habe berichtet zum Beispiel von den aktuellen Entwicklungen, auch von meinen Reisen in die Region und nach Afghanistan selber, von meinen Gesprächen mit den Taliban. Das war ein Informationsabgleich, auf dessen Grundlage die Staatssekretäre Entscheidungen getroffen haben.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Dann möchte ich ab-

**Zeuge Markus Potzel:** Das muss nicht zwingend in diesen Runden gewesen sein. Die haben sie sicherlich dann auch in ihren eigenen Häusern getroffen. Aber die Informationsgrundlage sollte dann schon die gleiche gewesen sein.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Haben Sie denn dann in dieser Phase, wo Sie - - Sie haben ja auch gesagt, Sie haben sich aus dem Urlaub

heraus oft jetzt auch zu Dingen dann noch eingeklinkt. Haben Sie denn da - weil Sie sagen: da werden Entscheidungen vorbereitet - auch gefordert, dass diese Staatssekretärsrunden zusammenzutreten sollen, damit Entscheidungen vorbereitet werden?

**Zeuge Markus Potzel:** Nein, das habe ich nicht getan, weil, als ich den Urlaub angetreten habe, ich mein Amt ja schon übergeben hatte an den Herrn Wieck.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Ich beziehe mich auf vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/66, Seite 83. Das ist die Befragung von Herrn van Thiel letzte Woche. Wir haben uns hier in letzter Zeit eben auch viel mit Lagebilderstellung und Lagebildabgleich zwischen den verschiedenen Ressorts beschäftigt; darauf hat ja auch meine Frage gerade abgezielt.

Auch mit Herrn van Thiel haben wir über dieses Thema gesprochen. Er sagte dazu - ich zitiere -:

„Wenn man in diesem diplomatischen Geschäft ist, da geht es sehr viel um Sprache und die Sprache von Wahrnehmung und Lagebildern. Ein diplomatisches Lagebild ist ja oft von der Wahrnehmung der anderen geprägt, vom Austausch, vom Gespräch. Und manchmal fehlt es so ein bisschen an der Analyse der harten Fakten, zum Beispiel: „Wie ist die militärische Lage, wie ist die Dynamik?“, sondern dann wird eher vertraut darauf: „Was hat mir der Taliban in Doha gerade erzählt?“ ...“

Zitat Ende. - Da könnte man jetzt durch die Erwähnung der Doha-Taliban auf die Idee kommen, dass Sie damit gemeint waren. Erkennen Sie sich in der Beschreibung wieder?

**Zeuge Markus Potzel:** Nein.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Inwieweit gibt diese Beschreibung Ihrer Meinung nach die Lagebildarbeit des Auswärtigen Amtes korrekt wieder?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Markus Potzel:** Ich glaube, das ist eher eine subjektive Einschätzung von Herrn van Thiel.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Inwieweit flossen denn harte Faktoren in das Lagebild des Auswärtigen Amtes in der damaligen Situation ein, also gerade die militärische Entwicklung?

**Zeuge Markus Potzel:** Die wurde regelmäßig - - Wir haben regelmäßig Kontakt gehabt mit dem BMVg. Das BMVg hat uns Informationen zur Verfügung gestellt, die wir natürlich verarbeitet haben in unseren Lagebildern.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Also, mit welchen anderen Lagebildern wurde die Lageeinschätzung des Auswärtigen Amtes damals abgeglichen, ganz konkret?

**Zeuge Markus Potzel:** Zum Beispiel mit dem Lagebild des BMVg. Sie kennen sicherlich auch die Unterrichtungen des Parlaments, UdPs, die haben wir auch bekommen. Und wir haben, wie gesagt, in regelmäßigen Sitzungen auf Arbeitsebene mit den Ressorts uns ausgetauscht. Und da kamen „harte militärische Fakten“, wie Herr van Thiel das ausdrückt, auf den Tisch.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Gab es denn dann am Ende immer ein konsolidiertes Lagebild, also, wenn Sie sagen, Sie haben aus verschiedenen Ressorts die Dinge zusammengeführt, oder was ist dann passiert?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, ich erwähnte ja bereits die ressortabgestimmten Berichte, die zu Afghanistan gegeben wurden, die ja auch dem Bundestag zugeleitet wurden.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir sind am Ende dieser Runde.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann eröffne ich die nächste. Herr Kollege Nürnberger.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Wir haben ja vorhin uns auch über

Charterflüge unterhalten und die Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Afghanistan. Ich möchte an der Stelle anknüpfen.

Ende Juli 2021 führten Großbritannien und die USA bereits Charterflüge durch; Bezug ist auf MAT A AA-9.47 VS-NfD, Blatt 19. Da schreibt in einer E-Mail Herr van Thiel:

„GBR, das bereits seit wenigen Wochen Charter durchführt, hat diese gerade auf drei pro Woche anwachsen lassen, USA am vergangenen Donnerstag mit dem ersten sehr presseöffentlich erfolgten Charterflug dem noch diverse folgen werden und CAN mit neu für diese Woche angekündigten Flügen.“

Haben Sie von diesen Flügen der USA und des Vereinigten Königreiches Ende Juli Kenntnis gehabt?

**Zeuge Markus Potzel:** Wie gesagt, ich war im Urlaub, habe aber die Berichterstattung gelesen, habe auch gelesen, was Herr van Thiel da geschrieben hat. Aber aus anderer Quelle habe ich da keine Kenntnis gehabt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Eine Quelle reicht ja auch.

**Zeuge Markus Potzel:** Nicht immer.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Nicht immer.

**Zeuge Markus Potzel:** Man muss Quellen abgleichen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Aber, um auf die Frage zurückzukommen: Jetzt haben wir vorhin herausgearbeitet, dass es durchaus Befürchtungen gegeben hat, dass solche Charterflüge sich negativ auf bilaterale Beziehungen auswirken könnten. Gibt es eine Bewertung aufseiten der Bundesregierung, des Auswärtigen Amtes, Ihrer Person, dass dies im Fall der USA und des Vereinigten Königreiches anders zu bewerten ist? Haben Charter-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

flüge von Großbritannien und USA keine Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen dieser beiden Länder mit der afghanischen Regierung?

**Zeuge Markus Potzel:** Das kann ich nicht einschätzen, weil ich so einen Einblick in die bilateralen Beziehungen anderer Staaten nicht habe. Aber man muss auch in Betracht ziehen, dass zwischen meinem Besuch bei Präsident Ghani Mitte Juni 2021 und dem Beginn von Charterflügen durch andere Staaten ein gewisser Zeitraum lag. Und man muss auch in Betracht ziehen, dass die Anzahl derjenigen, die von diesen Staaten halt evakuiert werden sollten, weit über die Anzahl unserer hinausging.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Gab es dann Ende Juli 2021 Überlegungen auf deutscher Seite, dem Vorbild dieser Nationen zu folgen und doch noch Charterflüge anzubieten?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, die Überlegungen gab es vorher auch schon.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wurden diese Überlegungen dann zu diesem Zeitpunkt stärker konkretisiert, oder blieben sie auf einer allgemeinen Ebene?

**Zeuge Markus Potzel:** Das kann ich zu dem Zeitpunkt wirklich nicht einschätzen, weil ich ja da nicht mehr im Amt war als Sonderbeauftragter. Und, wie gesagt, als angehender Botschafter, designierter Botschafter im Urlaub habe ich so konkrete Details dazu nicht im Gedächtnis.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Frage in diesem Zusammenhang: Sie waren noch nicht Botschafter, Herr Zeidler war nicht mehr in Afghanistan. Gab es eigentlich zu irgendeinem Zeitpunkt mal so etwas, was bei militärischen Übergaben, Amtswechseln durchaus üblich ist, eine Art Übergabe?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, ja, also, ich habe mit Herrn Zeidler mich in Berlin getroffen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Das ist dann so ein allgemeines Gespräch? Wie muss ich mir das vorstellen? Welche Informationen werden da weitergegeben?

**Zeuge Markus Potzel:** Wir haben uns dort ausführlich ausgetauscht über die Lage im Land, über seine Erfahrungen. Aber das war jetzt für mich alles nicht so neu, weil ich ja doch, bis auf meine Zeit im Urlaub, wirklich bestens informiert war.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Okay. - Zurück zu den Themen Charterflüge: Ab Juli 2021 verfassten die Partnernationen in Afghanistan Landsleutbriefe mit der Bitte an ihre Staatsbürger, Afghanistan aufgrund der Sicherheitslage zu verlassen. Für Frankreich war das am 13. Juli; ich beziehe mich auf MAT A AA-8.648 VS-NfD, Blatt 24. Sie haben darauf reagiert, und zwar ablehnend gegenüber dem Ansinnen, einen ähnlichen Brief aus der deutschen Botschaft schreiben zu lassen. Und ich darf Sie zitieren:

„... die Deutschen, die jetzt noch in AFG sind, wissen sehr wohl, wie sie sich dort zu verhalten haben.“

Können Sie mir erläutern, wie jeder einzelne Deutsche in Afghanistan sich zu verhalten hatte und warum er das wissen musste?

**Zeuge Markus Potzel:** Weil es Reise- und Warnhinweise des Auswärtige Amtes gibt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Entschuldigung. Rein akustisch habe ich das nicht verstanden.

**Zeuge Markus Potzel:** Na, weil es Reise- und Warnhinweise des Auswärtigen Amtes gibt für jedes Land und auch für Afghanistan und solche Leute, die bereits eine längere Zeit in Afghanistan sind, sich sicherlich am besten auskennen und wissen, wie sie sich zu bewegen haben. Allerdings muss ich auch einschränken, dass ich nicht alleine zuständig bin für die Verfassung eines Landsleutbriefes.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Mir ging es ja vor allen Dingen um die Motivation, warum Sie ihn abgelehnt haben. Weil von den Kanadiern erfolgt nämlich einen Tag später, also am 14. Juli, ein ähnlicher Aufruf; da ist der Bezug in MAT A AA-8.107 VS-NfD, die Blätter 150 bis 151. Jetzt



## Nur zur dienstlichen Verwendung

haben Sie gerade auf die Reisehinweise rekurriert. Können Sie mir noch mal darstellen diese Kaskade von Hinweisen, die das Auswärtige Amt gibt, um Landsleute über gefährliche Situationen in ihren Aufenthaltsstaaten zu informieren, und warum man diese letzte Stufe, nämlich die Ausreiseraufforderung, dann doch nicht ausgesprochen hat?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, offensichtlich haben wir im Auswärtigen Amt das damals nicht für notwendig erachtet.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Da muss ich aber die Nachfrage natürlich stellen, aus welchen Gründen - - was Sie zu dieser Bewertung geführt hat. Welche Tatsachen haben Sie in die Bewertung einbezogen? Welche haben Sie als ausschlaggebend betrachtet? In dem Anteil, wo Sie an dieser Entscheidung mitgewirkt haben.

**Zeuge Markus Potzel:** Also, wir haben sicherlich da einbezogen sämtliche Informationen, die uns vorlagen, und sind dann gemeinsam im Auswärtigen Amt zu dem Schluss gekommen, dass ein Landsleutebrief zu diesem Zeitpunkt nicht erforderlich war. Warum das jetzt im Einzelnen so war, daran kann ich mich jetzt nicht mehr erinnern.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann lassen Sie mich die Frage etwas abstrakter formulieren. Welche Ereignisse müssten denn eintreten, um eine Ausreiseraufforderung auszusprechen? Oder aus Ihrer Erfahrung aus der Vergangenheit: Wann ist es tunlich, solche Ausreiseforderungen aufzustellen?

**Zeuge Markus Potzel:** Das kann man nicht generalisieren. Ich glaube, das ist in jedem Einzelfall anders.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Danke. - Wir interagieren auch ohne verbale Kommunikation mit der Bundesregierung.

Bis Juli 21 verschlechtert sich die Sicherheitslage in Afghanistan weiter. Es gab dann ein Telefongespräch des [REDACTED] mit seinem afghanischen Kollegen [REDACTED] vom 9. Juli, in dem ihm der [REDACTED] - in MAT A

[REDACTED] VS-NfD, Blatt 85 dokumentiert - mitteilt - das Zitat lautet -:

„... harte Phase, die für weitere Zukunft des Landes entscheidend ist. Verlieren Gebiete sehr schnell an TLB. Können dies aber zurückdrehen.“

Er hatte in diesem Zusammenhang auch eine dringende Bitte:

„Brauchen Close-Air-Support, zumindest für 2-3 Monate oder ein wenig länger. Und auch die Wartung von Flugzeugen und weitere Beschäftigung von Vertragspiloten.“

Sind Ihnen diese Aussagen zur Kenntnis gelangt?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wie war Ihre Bewertung dieser Aussagen zu diesem Zeitpunkt? Haben Sie es für notwendig erachtet, diesen Bitten zu entsprechen?

**Zeuge Markus Potzel:** Erstens war das nicht neu. Also, in meinen Gesprächen in Kabul Mitte Juni des gleichen Jahres hat mir der Außenminister Atmar Ähnliches überbracht. Das habe ich auch weitergegeben, oder das ist in Berlin auch zur Kenntnis genommen worden. Die Frage war irrelevant, oder diese Forderung war für uns irrelevant, weil wir keinen Close Air Support geben konnten. Wir hatten ja auch kein Mandat dafür; RSM war keine Kampfmission. Und wir hatten auch keine Contractors da, die Flugzeuge gewartet haben. Insofern war das für uns nicht relevant.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Jetzt war ja offensichtlich, dass, wie Sie es gerade auch ausgeführt haben, nur die USA solchen Close Air Support tatsächlich zur Verfügung stellen konnten. Und es war offensichtlich auch ein Bewusstsein vorhanden, dass ohne diese Fähigkeiten der USA die afghanischen Streitkräfte in einer sehr schwierigen Position sein werden. Ab wann hatten Sie die Erkenntnis darüber, dass die afghanischen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Streitkräfte für den Fall eines Abzugs der amerikanischen Partner tatsächlich mal in Schwierigkeiten geraten werden bei ihrer Auftragsfertigung?

**Zeuge Markus Potzel:** Das ist eine schwierige Frage. Also, es ist schwierig, darauf eine Antwort zu geben, weil ich, erstens, nicht bis ins Detail informiert war und nicht werden musste über den Zustand der Sicherheitskräfte. Aber es hat mich dann doch überrascht, wie schnell diese Sicherheitskräfte, die wir ja mit ausgebildet haben, den Kampf verloren haben bzw. das Kämpfen aufgegeben haben. Ich glaube, das lag nicht so sehr an den militärischen Fähigkeiten, dass sie so schnell Terrain verloren haben, sondern sehr viel mehr an der Motivationslage.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Spielt in diesem Zusammenhang auch die Rolle der Finanzierung dieser Streitkräfte und der regelmäßigen Zahlungen von Sold und Lohn eine Rolle?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, das spielte sicherlich eine Rolle. Wir haben ja den Sicherheitskräften, wir haben der Regierung zugesagt, auch nach dem Abzug von RSM die Sicherheitskräfte mitzufinanzieren, auch darüber hinaus. Aber wenn das Geld nicht bei den Soldaten ankommt, dann ist das schwierig. Inwieweit die militärischen, unsere militärischen Experten darüber Bescheid wussten, kann ich nicht einschätzen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank. - Sie sprachen es ja auch gerade an - und ich habe Sie ein bisschen in diese Richtung mit meiner Frage geleitet -: Welche Auswirkungen hatte denn die hier unwidersprochen dargestellte Korruption im Land Afghanistan auf den Rückhalt der Regierung in der Bevölkerung? Haben Sie wahrgenommen - und Sie haben ja die langjährige Erfahrung -, dass tatsächlich das als negatives Zeichen von der Bevölkerung in Afghanistan aufgenommen wurde, dass viele staatliche Stellen offensichtlich korrupt waren?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich glaube, das ist die Hauptursache dafür, dass diese Republik so schnell zusammengebrochen ist. Das hat mich im

Nachhinein auch sehr überrascht, wie wenig verwurzelt diese Republik in der Bevölkerung war, und Korruption spielte für meine Begriffe dabei die Hauptrolle. Wie das im Einzelnen abgelaufen ist und wie man das hätte nachweisen können, das weiß ich auch nicht. Aber Fakt ist, dass wir da hätten viel genauer hinschauen müssen und dass das eben, wie gesagt, dazu führte, dass die Bevölkerung kein Vertrauen in den Staat, in die Regierung hat und die Streitkräfte eben auch kein Vertrauen in den Staat und in die Führung des Staates hat. Das hat sich dann gezeigt. In diesem Ausmaß für mich überraschend. Das war mir so nicht bewusst.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Gab es denn nach Ihrer Erfahrung während des Untersuchungszeitraums tatsächlich jemals einen Zeitpunkt, wo die afghanische Zentralregierung tatsächlich über den Großraum Kabul hinaus Kontrolle über die verschiedenen Provinzen ihres Landes hatte?

**Zeuge Markus Potzel:** Meines Wissens und meiner Erinnerung nach hatten sie Kontrolle in den Bevölkerungszentren. Es gab damals auch vom BND und vom BMVg immer Schätzungen, wie viel Prozent der Fläche Afghanistans unter Kontrolle der Regierung sind, unter Kontrolle der Taliban oder maßgeblich beeinflusst von den Taliban; da gibt es immer so Abstufungen. Wichtiger war für mich immer, wie viel Prozent der Bevölkerung unter Kontrolle der Regierung waren. Meines Wissens waren bis, ja, relativ kurz vor Zusammenbruch die großen Bevölkerungszentren, also die Provinzzentren - Kabul, dann im Norden Masar-i-Scharif, im Westen Herat, im Osten Jalalabad, im Süden Kandahar -, doch weitgehend unter Kontrolle der Regierung.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Erlauben Sie einen kurzen Sprung Richtung Doha-Abkommen und die folgenden Prozesse. Es gab ja dann die Wahlen in den Vereinigten Staaten und so eine Zwischenphase, wo nach den bisherigen Erkenntnissen im Untersuchungsausschuss tatsächlich auch noch zum Teil wieder erneut eine Phase der Hoffnung eingetreten ist, man könne vielleicht doch noch einen innerafghanischen Friedensprozess erreichen und fördern und vielleicht auch manche



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Entscheidung revidieren, die in dem Doha-Abkommen vorgezeichnet war. Gab es bei Ihnen einen Zeitpunkt in Ihrer Beobachtung der Situation, ab dem Sie davon ausgegangen sind, dass diese Hoffnungen sich nicht realisieren werden?

**Zeuge Markus Potzel:** Das war - das kann man relativ konkret benennen; hatte ich ja vorhin schon gesagt - der Moment, in dem Präsident Biden öffentlich verkündet hat, dass der Truppenabzug stattfinden würde. Er hat dann das Datum von Ende April, wie es im Doha-Abkommen ja festgelegt war, noch einmal verlängert, erst auf den 4th of July sinnigerweise und später noch mal auf Ende August. Aber dass er die Politik, dass er im Prinzip die Entscheidung seines Vorgängers weiterführen würde, das war das Signal, dass er es ernst meint und dass der Truppenabzug vollzogen werden würde.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Haben Sie persönlich bzw. Sie als Vertreter Ihres Hauses, nach diesem Zeitpunkt im April noch diplomatische Initiativen ergriffen, um dieses Ergebnis noch abzuwenden, zum Beispiel im Hinblick auf unsere Verbündeten, Vereinigte Staaten?

**Zeuge Markus Potzel:** Nee, nee, ich erinnere mich an das - - Es gab ja danach auch noch Treffen von Außenministern, NATO-Außenministern, es gab einen NATO-Gipfel. Und ich weiß - - Ich erinnere mich, dass Minister Maas sehr darauf gedrängt hat, diese Zeitlinien eben nicht ausschlaggebend werden zu lassen, sondern eben einen Condition-based-, also an Bedingungen geknüpften Ansatz zu fahren. Das hat er auch in verschiedenen Telefonaten mit seinem Amtskollegen, mit seinem neuen Amtskollegen Blinken geäußert. Ja, wie wir wissen, war das nicht erfolgreich.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann werde ich an der Stelle keinen weiteren Komplex anfangen mit meinen letzten zwei Minuten.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann würde ich aber gerne eine Frage noch ergänzen. Und zwar haben Sie sich vorhin geäußert zu der Frage, dass das Thema Abschiebung eine Rolle gespielt hätte

in den Runden, an denen Sie teilgenommen haben. Und da gab es eine Nachfrage - ich glaube, vom Kollegen Nürnberger -, wo Sie gesagt haben, Sie erinnerten sich nicht mehr, in welche Richtung das ging. Dass man sich an Details nicht erinnert, das ist logisch. Aber wir haben jetzt hier vielfältig auch im Untersuchungsausschuss die Frage behandelt, wie das mit den Abschiebungen gesehen worden ist in den Ressorts, und da gab es doch eigentlich deutliche Hinweise, welche Richtungen da jeweils verfolgt worden sind. Deswegen würde ich gerne noch mal fragen - federführend war da das Bundesministerium des Innern -, ob Sie erinnern können, was die Grundposition gewesen ist, die da vorgetragen worden ist.

**Zeuge Markus Potzel:** Also, vom BMI ganz klar: Wir wollten die Abschiebungen fortsetzen. Es war ja auch Wahlkampf in Deutschland; das darf man ja auch nicht vergessen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich wollte damit nur das ergänzen, weil Sie vorhin sagten, Sie erinnerten sich nicht.

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, ja, aber das ist ja - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** An den Teil erinnern Sie sich schon.

**Zeuge Markus Potzel:** Der Gesamtzusammenhang war mir schon klar.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. - Dann geht das Fragerecht an den Kollegen Röwekamp.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Herr Potzel, vielen Dank. - Wir haben ja auch mit Herrn van Thiel ausführlich über seine Lageeinschätzung und die Entwicklung im, ich sage mal, Frühsommer 2021 bis Mitte August 2021 gesprochen. In seiner Aussage hier hat er geschildert, dass er bereits im April 2021 in einer Mail Ihnen gegenüber auf seine Lageeinschätzung hingewiesen hat und er seine Aufgabe eben darin sehe, die Botschaft auf eine krisenhafte Entwicklung und Evakuierung vorzubereiten. Da hätte er schon damals - also schon weit vor dem Sommer 2021, um den



## Nur zur dienstlichen Verwendung

April herum - mit Ihnen geredet. Können Sie das bestätigen?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich habe ja vorhin schon gesagt: Wir haben uns, glaube ich - ich weiß nicht mehr genau, wann es war; aber es war, bevor er da hinging -, unterhalten. Das kann April gewesen sein. Ja, und wir haben uns auch darüber unterhalten.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Dann berichtete er uns hier - das ist das vorläufige Stenografische Protokoll 20/66, Seite 151 -, dass er gemeinsam mit Ihnen beim Einsatzführungskommando gewesen sei und mit General Pfeffer geredet hat. Erinnern Sie sich an das Gespräch?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, ich erinnere mich, dass wir da waren. Aber Einzelheiten vom Gespräch sind mir nicht mehr gewahr.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Er schildert dann hier - ich zitiere -:

„Dann hat der General Pfeffer zurückgefragt:“

- also an Sie -

„„Na ja, wie sehen Sie denn die Lage?““

Er sagt weiter - Zitat -:

„und dann war die Antwort, wenn ich es richtig erinnere - es gibt kein Protokoll; es ist also wirklich nur aus dem Kopf -: Na ja, also die reden da noch so ein bisschen in Doha, und dann übernimmt der Taliban.“

Zitat Ende. - Können Sie bestätigen, dass Sie bereits im April 2021 bei diesem Gespräch im Einsatzführungszentrum die Einschätzung hatten, dass die Taliban die Macht übernehmen würden?

**Zeuge Markus Potzel:** Das kann ich weder bestätigen noch dementieren. Aber dass das ein mögliches Szenario war, das würde ich jetzt nicht

dementieren. Ob ich es jetzt dem General Pfeffer so gesagt habe, daran kann ich mich nicht mehr erinnern.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Haben Sie denn zu dieser Zeit schon mit Herrn van Thiel über die Option „Evakuierung der Botschaft“ gesprochen?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, sicherlich, weil das ja durchaus ein Szenario war, was auch das Krisenvorsorgeteam thematisiert hat. Evakuierung war immer ein Teil des Sicherheitskonzeptes.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Mhm. - Nun haben wir vorhin schon über die Franzosen gesprochen, und wir versuchen ja auch, ein bisschen herauszufinden, warum andere Nationen ihre Evakuierungen anders organisiert haben als Deutschland. In diesem Zusammenhang hat Herr van Thiel berichtet, dass die französische Botschaft anbietet, deutsche Staatsbürger aus Kabul auf einem kostenlosen Charterflug nach Paris mitzunehmen; das ist MAT A AA-8.648 VS-NfD, Blatt 21 bis 23. Herr van Thiel empfiehlt dann dringend, den deutschen Landsleuten diese Option auch bekannt zu machen. Zitat:

„Briten machen fortlaufend Flüge (Charter und mil.) für ausreisewillige AFG ...“

- Lokalbeschäftigte -

„... und FRA macht uns jetzt mit diesem Angebot nass. ...“

Ignorieren ist m.E. die schlechtere Alternative, die uns übel auf die Füße fallen könnte.“

So der O-Ton.

Sie, Herr Potzel, schreiben daraufhin an den Leiter des Krisenreaktionszentrums - Zitat, gleicher Vorhalt -:

„Mein Rat wäre, Ball flach zu halten und den Kollegen JHvT etwas in seinem Tatendrang zu bremsen. (Wer ist schon Frankreich?) Solange ich da nicht formell übernommen habe, werde ich mich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mit Ratschlägen zurückhalten,  
aber scho au über Dich und  
Andreas versuchen einzuwirken.“

Zitat Ende.

Darf ich Sie fragen, was Sie mit der Aussage  
„Wer ist schon Frankreich?“ meinten?

**Zeuge Markus Potzel:** Sarkastisch gemeint, wieder mal. Aber in Bezug auf Afghanistan spielte Frankreich eine untergeordnete Rolle. Klar, als P5 im Sicherheitsrat waren sie beteiligt an der Ausformulierung und Annahme von Sicherheitsratsresolutionen. Aber in Kabul vor Ort und auch im Verbund der Verbündeten spielte Frankreich keine Rolle, eine wirklich untergeordnete Rolle, weil sie einfach nicht mehr mit militärischen Kräften vor Ort vertreten waren. Das war in dieser Zeit schon ein ausschlaggebender Faktor.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Und was genau meinten Sie mit „den Ball flach halten“?

**Zeuge Markus Potzel:** Das kann ich - - Das weiß ich jetzt nicht mehr, was ich damit meinte. Ich vermute mal - aber das ist jetzt wirklich eine Vermutung -, dass wir uns nicht mit Charterflügen erst mal in dem Zeitpunkt beteiligen würden und dass wir eben auch das Angebot der Franzosen erst mal nicht annehmen würden.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ja.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielleicht nur der Hinweis an den Zeugen, dass Sie nicht spekulieren müssen, und Vermutungen müssen Sie keine anstellen. Da, wo Sie antworten können, antworten Sie, und da, wo Sie es nicht können, da können Sie es nicht.

**Zeuge Markus Potzel:** Gut.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Na ja, Herr Vorsitzender, ich möchte trotzdem darauf hinweisen, dass es ein bisschen merkwürdig ist, dass der Zeuge nicht erinnert, was er selbst gemeint hat.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich wollte es gar nicht bewerten. Ich wollte nur - -

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Nein, nein. Immer dann, wenn es darum geht, ihn zu hinterfragen anhand von konkreten Formulierungen, was er denn damit eigentlich gemeint hätte, kann er sich nicht erinnern.

**Zeuge Markus Potzel:** Deswegen habe ich es ja nachgeschoben.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Das finde ich ein bisschen merkwürdig.

**Zeuge Markus Potzel:** Deswegen habe ich es ja nachgeschoben, ja?

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ja. - Ich würde Sie auch noch mal darum bitten, dass Sie uns vollständig und wahrheitsgemäß hier auf unsere Fragen antworten.

Ein weiterer Vorhalt, den ich Ihnen machen möchte, ist, dass bereits im Juli 2021 Sie die Nachricht erhalten, dass die USA ein Contingency Planning machen, um 5 000 bis 15 000 afghanische Ortskräfte allein über Deutschland auszufliegen; das ist MAT A AA-8.421 VS-NfD, Blatt 168 bis 170. Ich will das jetzt mal zusammenhängend fragen. Also, Sie wissen, dass die Franzosen sozusagen Chartermaschinen nutzen, um nicht nur eigene Staatsangehörige, sondern auch lokalbeschäftigte Ortskräfte auszufliegen. Sie wissen, dass die Amerikaner Mitte Juli 2021 bereits umfangreiche Planungen zur Evakuierung ihrer eigenen Landsleute, aber natürlich auch von afghanischen Ortskräften durchführen. Und deswegen möchte ich Sie noch mal fragen: Würden Sie die Entscheidung aus dem Juni und Juli 2021 oder Ihre Einschätzung, man müsse im Hinblick auf die Evakuierung der Ortskräfte und die Nutzung von Charterflugkapazitäten den Ball flach halten - - dass das die richtige Einschätzung gewesen ist?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Können Sie uns das erklären, warum Sie der Auffassung sind, dass Deutschland anders als andere Nationen zu diesem Zeitpunkt noch nicht mit der Evakuierung seiner Ortskräfte beginnen sollte?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(VLR Andreas Gloßner  
(AA) meldet sich zu Wort)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Bundesregierung wünscht das Wort.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Also, ich darf daran erinnern, dass damit nur die damalige Bewertung, Einschätzung gemeint sein kann.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ja, genau. Deswegen habe ich bewusst gefragt. Also, ich habe den Vorhalt gemacht: Diese beiden Entwicklungen gab es - Amerika und Frankreich -, und es gab Ihre Entscheidung, den Ball flach zu halten. Meine Frage ist: Haben Sie zum Zeitpunkt, als Sie von den französischen Aktivitäten, den amerikanischen Aktivitäten und den britischen Aktivitäten wussten, trotzdem die Entscheidung für richtig gehalten, die deutschen Ortskräfte zu dieser Zeit noch nicht zur Ausreise aufzufordern und Charterflüge anzumieten?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Bevor Sie antworten, Herr Zeuge - vielleicht halten wir einen Moment die Zeit an -, weil das eben vielleicht auch möglicherweise missverständlich war: Ich bin froh, dass der Kollege Röwekamp daran erinnert hat, dass die Belehrung in der Tat heißt, die Wahrheit zu sagen, und das meint, vollständig die Wahrheit zu sagen. Das sollte nicht eingeschränkt werden. Ich wollte nur anraten, nicht Formulierungen wie „Ich vermute“ zu verwenden, weil das eben Spekulationen sind, sondern konkrete Erinnerungen und konkrete Antworten zu geben; darum geht es. Aber zur Wahrheit sind Sie schon verpflichtet, und das heißt auch, vollständig Auskunft zu geben. Und in der Regel darf unterstellt werden, dass Sie wissen, was Sie gemeint haben. - Bitte schön.

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, zu dem Zeitpunkt stand ich unter dem Eindruck meines Gesprächs mit Präsident Ghani, der die Bundesregierung gebeten hat, wie ich es interpretierte, keine Chartermaschinen zu schicken, weil das seine Autorität untergraben würde und einen Run to the Exit hervorrufen würde. Das hielt ich zum damaligen Zeitpunkt für richtig, und ich muss auch darauf

hinweisen, dass ich nicht der Einzige war, der diese Entscheidung beeinflusst hat. Die Entscheidung wurde ja letzten Endes auf höherer Ebene getroffen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Auf welcher Ebene wurde diese Entscheidung denn Ihrer Kenntnis nach getroffen?

**Zeuge Markus Potzel:** Höher als ich.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Welche Kenntnis haben Sie - - Also, wem haben Sie sozusagen in der Vorbereitung dieser Entscheidung - - Wen haben Sie in dieser Frage beraten, und welche Antwort haben Sie bekommen? Oder ganz konkret nachgefragt: Haben Sie mit Bundesminister Maas über diese Frage gesprochen, und haben Sie mit einem der Staatssekretäre über diese Frage gesprochen?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich hatte ja einen regelmäßigen Jour fixe mit Staatssekretär Berger und habe über diese Frage mit ihm gesprochen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Hat Staatssekretär Berger Ihre Einschätzung geteilt, dass zu diesem Zeitpunkt das falsche Signal wäre?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Von welcher Anzahl zu evakuierender Personen einschließlich Ortskräfte sind Sie zu diesem Zeitpunkt eigentlich ausgegangen?

**Zeuge Markus Potzel:** Es waren - - Das weiß ich nicht mehr ganz genau. Also, es waren ja Ortskräfte plus Familie, ne? Ich glaube, 12 000.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Meine Frage geht dahin: Also, Franzosen, Briten, Amerikaner mit 5 000 bis 15 000 fordern ihre Landsleute auf, das Land zu verlassen, und fliegen sie aus, und das macht nichts mit dem Land. Und wenn Deutschland sagt: „Wir evakuieren jetzt auch“, dann ist das sozusagen gefährliches Signal in das Land. Können Sie mir mal diesen Widerspruch erklären?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Markus Potzel:** Moment! Wovon sprechen wir jetzt?

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ich spreche von der Einschätzung der Lage damals. Also, Sie sagen ja, aus Ihren Gesprächen mit der Regierung der Republik ist Ihnen vermittelt worden: Bitte evakuiert nicht. Macht keine Charterflüge. Das gibt das falsche Signal ins Land. - Oder habe ich Sie falsch verstanden?

**Zeuge Markus Potzel:** Da haben Sie mich richtig verstanden, ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Da habe ich Sie richtig verstanden. So. - Und jetzt ist es aber so, dass andere Nationen mit sehr großen Kontingenten anfangen, zu evakuieren und ihre Leute auszufliegen. Und deswegen ist meine Frage: Warum ist das sozusagen bei einer Evakuierung deutscher Staatsangehöriger ein Exit-Signal, und wenn die Amerikaner ihre Lokalbeschäftigten ausfliegen und die Franzosen ihre Staatsangehörigen ausfliegen und die Briten ausfliegen, warum ist das kein Exit-Signal? Also, ich versuche nur, Ihre Einschätzung der Lage zu verstehen.

**Zeuge Markus Potzel:** Wovon sprechen wir? Sprechen wir von Ortskräften oder von eigenen Staatsangehörigen?

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Wenn ich das richtig verstanden habe, haben die Amerikaner zu dieser Zeit auch schon über Ortskräfte gesprochen. Also, sonst macht das hier keinen Sinn, was ich Ihnen eben vorgehalten habe.

**Zeuge Markus Potzel:** Gut, aber zu diesem Zeitpunkt - das darf man auch nicht vergessen - gab es kommerzielle Fluglinien, die Kabul angeflogen haben. Es gab immer die Möglichkeit, wenn man einen Pass hatte und ein entsprechendes Visum hatte, Kabul auf dem ganz normalen Flugweg oder dem Landweg zu verlassen. Und das war zu dem damaligen Zeitpunkt möglich.

Ich erinnere mich auch an eine Situation, als es hieß, wir müssen die Ortskräfte - - Oder es gab die Diskussion, ob wir Ortskräfte aus Masar-i-Scharif rausfliegen. Es gab die Diskussion, ob es

zumutbar wäre, Ortskräften, die von Masar-i-Scharif aus das Land verlassen wollten, zuzumuten, dass sie nach Kabul kommen, um sich einen Pass ausstellen zu lassen. - Das war möglich. Es gab Flugverbindungen zwischen Masar-i-Scharif und Kabul, genauso wie es Flugverbindungen zwischen Kabul und Istanbul, Kabul und Dubai gab.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ja, Herr Potzel, das meine ich gar nicht. Nicht dass wir uns missverstehen. Also, hier geht es ja nicht um die Frage, ob Flugkapazitäten vorhanden waren und Charterflüge erforderlich waren. Also, es geht um die Botschaft. Sie sagen ja, wir wollten nicht die Botschaft ins Land senden: Wir verlassen Afghanistan. - Gleichzeitig aber verlassen Franzosen, Briten und Amerikaner sichtbar mit großen Menschenmengen Afghanistan, übrigens am Ende mit der Folge, dass sie nicht diese Probleme bei der Schlussevakuierung hatten wie wir - Klammer zu. Das ist jetzt eine persönliche Einschätzung von mir.

**Zeuge Markus Potzel:** Diese teile ich nicht. Fürs Protokoll.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Die müssen Sie nicht teilen. - Aber ich sage nur: Sie fangen sehr früh schon im Juni und Juli mit Evakuierungsplänen für ihre eigenen Staatsangehörigen, aber auch eben für lokalbeschäftigte Ortskräfte an. Und Sie sagen: Wenn wir das als Deutsche gemacht hätten, hätte das das falsche Signal ins Land gesetzt. - Diesen Widerspruch verstehe ich nicht. Warum setzt es bei Deutschen ein falsches Signal ins Land, während Amerikaner, Briten und Franzosen es machen? Also, was ist die besondere Rolle Deutschlands, wenn alle das Land verlassen und wir bleiben? Was wäre da die Botschaft gewesen, die richtig gewesen wäre für die afghanische Republik?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, wir waren im Verhältnis zu Afghanistan schon ein bevorzugter Partner, und deshalb hat man auf uns geschaut. Dazu kommt, dass es aus einigen Ressorts den Wunsch gab, dies nicht zu tun, weil die Ortskräfte vor Ort gebraucht wurden und wir zum



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Beispiel die Befürchtung hatten: Wenn wir Ortskräfte, die für das BMZ, die für die GIZ, für die KfW gearbeitet haben, in großen Zahlen ausfliegen, dass dann die ganze Entwicklungszusammenarbeit zum Erliegen kommen würde.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Haben Sie über diese Themen - also: andere Nationen evakuieren und wir erst mal nicht, sage ich jetzt mal so - in Ihren Runden mit Staatssekretär Berger gesprochen?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Und hat er diese Auffassung und Einschätzung von Ihnen geteilt?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Hat er Ihnen berichtet, dass er mit Außenminister Maas über diese Sache gesprochen hat?

**Zeuge Markus Potzel:** Das weiß ich nicht mehr; aber davon gehe ich aus.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Haben Sie selbst mit Außenminister Maas über diese Frage der Evakuierungsmission anderer Nationen geredet?

**Zeuge Markus Potzel:** Daran kann ich mich nicht erinnern.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ja. - Hat Staatssekretär Berger in seinen Gesprächen was über die Auffassung des Außenministers gesagt in Bezug auf diese Frage?

**Zeuge Markus Potzel:** Daran kann ich mich auch nicht erinnern.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Mhm. - Ab Mitte Juli waren Sie im Urlaub. Aber am 6. August reagierten Sie dann doch auf ein Lagebild von Herrn van Thiel aus Kabul; das ist MAT A AA-8.649 VS-NfD, Blatt 271 bis 273. Und da sagen Sie - wir legen Ihnen das auch gern vor,

wenn Sie es sehen wollen; Herr van Thiel schildert die Lage ziemlich deutlich -:

„Die sog. „Republik“ befindet sich militärisch im Endspiel ...

Wir müssen beschleunigen. Die Zeitachse insb. für den Worst-case verkürzt sich spürbar. ... Ausreise der noch im Land befindlichen Deutschen ... Ausdünnung und ... Realistische Planung einer Evakuierung **vor** (!) dem Ernstfall.

...

Wenn wir auf ein Notfall-evakuierung zu steuern ist im Vorfeld das meiste schief gelaufen. ... wenn wir evakuieren wollen, müssen wir anfangen ...“

Das sagt er am 6. August 2021 in einer Mail. Sie, Herr Potzel, wiederum schreiben dazu erst mal an Ihre Kollegen Dr. Wieck und Krüger - Zitat aus dem gleichen E-Mail-Verkehr -:

„Meine Güte, schreibt der Kollege JHvT hier sein Tagebuch? - Ich werde das jetzt nicht weiter kommentieren, in vielem hat er ja nicht Unrecht.“

Zitat Ende. - Sollen wir Ihnen die E-Mail-Korrespondenz vorlegen?

**Zeuge Markus Potzel:** Bitte.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Dann machen wir das mal eben, bitte.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, bitte.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Meine Frage ist: Was meinen Sie eigentlich mit „Tagebuch“?

**Zeuge Markus Potzel:** Dass der Kollege van Thiel einen eigenen Stil gepflegt hat.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Na ja, aber in der Sache geben Sie ihm recht, wenn ich das richtig verstehe.

**Zeuge Markus Potzel:** In vielem hatte er ja nicht Unrecht.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): In welchen Punkten hatte er nicht Unrecht?

**Zeuge Markus Potzel:** Das habe ich jetzt im Einzelnen hier nicht gelesen. Aber dass wir mit der Planung beginnen sollten, das habe ich geteilt.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Er spricht von realistischer Planung für den Worst Case: „Ausreise der noch im Land befindlichen Deutschen“, nicht Notfallvakuumierung, sondern im Vorfeld. Wir müssen anfangen.

**Zeuge Markus Potzel:** „Ausdünnung“.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Also, das sind alles - - Was davon haben Sie geteilt? - Also, ich halte mal weiter vor. Sie sagen dann in Ihrer Mail:

„Allerdings würde ich ihm gern bei der gegilbten Stelle reingrätschen. Ein Absicherungsalleingang ggü den TLB kommt überhaupt nicht in Frage ...“

**Zeuge Markus Potzel:** Mhm. Das habe ich ja auch gemacht.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Was meinen Sie mit „reingrätschen“?

**Zeuge Markus Potzel:** Das habe ich ja auch gemacht. - Reingrätschen? Ich habe mich mit dem Kollegen Wieck, dem Kollegen Krüger beraten und habe dem Kollegen van Thiel eine Antwort gegeben.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Genau. Und die Antwort lautete Ihrer Auffassung nach wie? Wie sollte er sich verhalten?

**Zeuge Markus Potzel:** Na ja, ich glaube, das ist ganz gut festgehalten in der Mail, die ich ihm dann geschrieben habe. Vielleicht können wir die einfach auch noch mal lesen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Nee, ich frage Sie ja aus Ihrer Erinnerung heraus. Also, was war Ihre Einschätzung dieses Warnhinweises - so will ich den mal nennen - von Herrn van Thiel, -

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): - und was waren Ihre Konsequenzen, nachdem Sie das bekommen haben?

**Zeuge Markus Potzel:** Das bezog sich auf die gegilbte Stelle, die ja dann sagt konkret:

„Müssen wir jetzt primär mit den TLB konkret zur Sicherheit der Botschaft ins Gespräch kommen und zwar auf zwei Ebenen, mit der Führungsebene in Doha oder PAK und im Land. Letzteres könnte Botschaft leisten, wenn V“

- also er -

„sicherheitlich etwas Freiraum vom vorhanden Personenschutzkonzept gegeben würde.“

Das konnte ich nicht mittragen, weil „Freiraum vom ... Personenschutzkonzept“, das war nicht das, was man, was ich für ratsam hielt.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Na ja, aber seine Empfehlung - ich will mich mal in meiner letzten Frage in dieser Runde darauf konzentrieren - war doch, wenn ich das richtig lese: „Ausreise der noch im Land befindlichen Deutschen.“ - Also, seine Empfehlung war doch, eine Aktion zu starten; so verstehe ich das jetzt.

**Zeuge Markus Potzel:** Sie haben ja nach „reingrätschen“ gefragt, und die gegilbte Stelle, auf die ich mich bezog, war die, wo es um den „Freiraum vom ... Personenschutzkonzept“ ging.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ja, aber ich frage jetzt noch mal. Er macht die Empfehlung: „Wir wollen die Deutschen rausfliegen“, sage ich jetzt mal verkürzt. Haben Sie diese Einschätzung am 6. August 2021 geteilt? Und welche Maßnahmen haben Sie ergriffen, um die Deutschen bereits am 6. August 2021 zu evakuieren?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, in meiner Antwort an Herrn van Thiel ging es um diese gegilbte Stelle. Die anderen Sachen habe ich den Kollegen überlassen, die im Dienst waren.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut, dann sind wir damit durch, und ich unterbreche die Sitzung - wir haben jetzt eine Abstimmung wieder - bis um 17.20 Uhr.

(Unterbrechung von  
16.53 bis 17.25 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** So, und es geht weiter mit Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Nanni.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Potzel, ich würde noch mal mit einem Vorhalt anfangen, und zwar geht es um die Verhandlungen in Doha; das ist MAT A AA-8.527 VS-NfD, Blatt 11 f. Und zwar haben Sie eine E-Mail geschrieben an Erik Kurzweil und andere, wo Sie zusammenfassen, was Nader Naderi gesagt hat zu dem aktuellen Verhandlungsstand. Daraus nur ein kurzer Teil:

„Recently, the Taliban has said it will attend the peace conference in Turkey on three conditions; the conference must be short, the agenda must not include decision-making on critical issues and the Taliban delegation should be low level.“

Sie kommentieren das mit:

„Na, da kommt ja bald Leben in die Bude!“

War das auch ironisch gemeint?

**Zeuge Markus Potzel:** Das war mein voller Ernst.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie das dann kurz erläutern?

**Zeuge Markus Potzel:** Können Sie mir das vielleicht geben, dass ich den Kontext weiß?

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, können wir gerne machen.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Markus Potzel:** Der Kontext ist ja, dass die Gespräche wieder aufgenommen werden sollten, weil eben die Mitglieder der republikanischen Verhandlungsmannschaft, also des Verhandlungsteams, wieder zurückkehren und die Taliban dann auch und die Gespräche wieder aufgenommen werden sollten.

Diese Bemerkung „Da kommt Leben in die Bude“ bezieht sich dann darauf, dass es vorher halt, ja, Pausen gab. Und ich war - - Ich weiß nicht. Da war der Herr Kurzweil in Doha, ich nicht. Aber ich weiß, dass es in Doha bei den Verhandlungen immer wieder längere Pausen gab, die sehr unproduktiv waren.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin hier im Untersuchungsausschuss auch noch mal ausgeführt, dass Ihnen eigentlich mit der Ankündigung Bidens, definitiv abzuziehen, klar war, dass die Verhandlungen in Doha nicht die Ziele erreichen können, die sie erreichen wollten. In dem Kontext verstehe ich dieses jetzt ja nicht ironisch gemeinte: „Na, da kommt ja bald Leben in die Bude!“ nicht so richtig. Was waren denn Ihre Hoffnungen an dem Punkt im Juni 21?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, wir haben trotz der Ankündigung Bidens die Hoffnung ja nicht aufgegeben, dass es zu einer Vereinbarung kommt der Taliban mit der Republik, obwohl ja der Hoffungspegel schon ziemlich gesunken war. Aber natürlich haben wir bis zum Schluss versucht,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die Taliban dazu zu bewegen, einer Verhandlungslösung zuzustimmen.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Mit Blick darauf, dass - wie hier zitiert; ich führe noch mal aus; gleiche MAT-Nummer - die Taliban die Bedingungen gestellt haben, dass - ich übersetze das jetzt mal - die Konferenz kurz sein muss, die Agenda keine wichtigen Entscheidungen beinhalten soll und außerdem die Taliban-delegation mit einer niedrigen Einstufung sozusagen reinkommt, ergibt sich mir nicht so ganz, welche Hoffnung Sie mit Blick auf diese Gespräche dann gehegt haben. Können Sie das noch mal ausführen? Gerade mit Blick auf diese drei Bedingungen: keine wichtigen Entscheidungen - -

**Zeuge Markus Potzel:** Wo war das jetzt noch mal?

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist direkt der Satz vor dem „Na, da kommt ja bald Leben in die Bude!“.

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, gut, das ist eine Nachrichtenagenturmeldung, ne?

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten also andere Informationen, welche Bedingungen die Taliban an die Verhandlungen knüpfen?

**Zeuge Markus Potzel:** Nö, das will ich damit nicht sagen. Aber Meldungen von Nachrichtenagenturen, die muss man immer gegenchecken. Das würde ich jetzt nicht „at face value“ nehmen, also nicht hundertprozentig als Realität ansehen, als Fakt ansehen.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Dann fange ich noch mal an einer anderen Stelle an. Sie haben ganz am Anfang ausgeführt, dass Deutschland und vier andere Nationen Host Country Support geleistet haben und als Facilitator aufgetreten sind. Können Sie dem Untersuchungsausschuss noch mal darlegen, was die Rolle eines Facilitators in so einem Prozess ist? Weil mit dem Begriff kann, glaube ich, nicht jeder was anfangen.

**Zeuge Markus Potzel:** Ja. - Das heißt, dass man die Voraussetzungen schafft für gute Verhandlungen, dass man einen Ort wählt, an dem gut verhandelt werden kann, indem man die Fazilitäten, also die Grundvoraussetzungen, schafft, dass sie - ich weiß nicht - alle möglichen technischen Voraussetzungen haben, dass sie Computer haben, einen Drucker haben, dass sie einen Raum haben, wo sie sich zurückziehen können, dass auch der organisatorische Ablauf stimmt.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Und wie waren die politischen Bedingungen für die Verhandlungen Ihrer Meinung nach in dem Moment, wo Deutschland in diese Rolle geschlüpft ist?

**Zeuge Markus Potzel:** Wie meinen Sie das: „politische Bedingungen“?

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, neben dem Hotelraum und der Versorgung mit Lebensmitteln ist ja auch wichtig, wie das politische Setting ist, was im Doha-Abkommen beschrieben wurde.

**Zeuge Markus Potzel:** Das Doha-Abkommen spricht davon, dass innerhalb eines bestimmten Zeitraums innerafghanische Verhandlungen aufgenommen werden sollen.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie den Eindruck, dass das eine realistische Perspektive ist?

**Zeuge Markus Potzel:** Na ja, also, die Verhandlungen sollten, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, am 10. März 2020 aufgenommen werden. Das war nicht der Fall, weil die Taliban zur Bedingung gemacht hatten - das stand auch im Doha-Abkommen -, dass vorher ein Gefangenenaustausch stattfindet. Der zog sich in die Länge. Der musste dann auch von der Loya Jirga abgesegnet werden, sodass die Gespräche letzten Endes am 12. September 2020 anfangen. Aber die fingen an, und damit haben die Taliban zumindest einen Teil ihrer Verpflichtung des Doha-Abkommens erfüllt. Das andere blieb sehr im Vagen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie als Facilitator auch eine Analyse gemacht, welche Anreize die Taliban haben, nicht nur zu verhandeln, sondern auch zum Abschluss zu kommen?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie sah die aus?

**Zeuge Markus Potzel:** Unsere Analyse war, dass die Taliban durchaus Interesse daran haben, mit der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten, vor allen Dingen in zwei Punkten: einerseits Anerkennung einer wie auch immer gearteten Regierung und Fortführung der internationalen Hilfe - humanitäre Hilfe, aber auch Entwicklungszusammenarbeit.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin hier im Untersuchungsausschuss ausgeführt, dass Deutschland für die Taliban und die afghanische Regierung gleichermaßen ein sehr vertrauenswürdiger Gesprächspartner war. Wie war es denn andersrum? Waren beide Akteure auch für Deutschland ein vertrauenswürdiger Gesprächspartner?

**Zeuge Markus Potzel:** Die Regierung schon noch stärker als die Taliban, weil wir der Regierung - wie soll ich das sagen? - doch stärker verbunden waren als den Taliban.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann würde ich noch mal zurückkommen zu Ihrer Aussage von vorhin, dass entgegen der Erwartung ANDSF nicht gekämpft hat gegen die Taliban. Das war ja auch alles zu einer Zeit, wo noch verhandelt wurde. Waren Ihnen die Methoden bekannt, mit denen die Taliban die Provinzstädte eingenommen haben?

**Zeuge Markus Potzel:** Es gab Berichte, Hinweise. - Bekannt? Wir haben anekdotisch gehört, wie das vonstatten ging.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie das noch mal ausführen?

**Zeuge Markus Potzel:** Sie meinen, wie das dann letzten Endes passiert ist?

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Markus Potzel:** Ja. Es gab Angriffe, militärische Angriffe; aber es gab auch Fälle, in denen Städte kampflos übergeben wurden, nachdem vorher verhandelt wurde.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich tue mich, ehrlich gesagt, irgendwie schwer, zu verstehen, warum - und Sie haben es ja im Ausschuss auch gerade noch mal ausgeführt -, als Biden den Time-based Approach sozusagen fixgemacht hat: „Es wird einen Tag geben, wo wir rausgehen“ - - Da haben Sie ja selber gesagt, damit ist sozusagen ganz viel Verhandlungsspielraum irgendwie weggefallen, ja? Da haben sich ja dann die Bedingungen fürs „facilitaten“ auch einfach noch mal verschlechtert.

**Zeuge Markus Potzel:** Mhm.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und warum haben Sie das dann trotzdem weitergemacht?

**Zeuge Markus Potzel:** Was wäre die Alternative gewesen? Aufzuhören? Erst mal hatten wir die Hoffnung, dass es gelingen würde, die Taliban davon zu überzeugen, dass es eine Art Machtteilung gibt. Das mag naiv gewesen sein, aber es war definitiv den Versuch wert. Außerdem hat die Regierung, die Delegation der Republik - nicht nur die Regierung, die Delegation der Republik - sehr viel Hoffnung in unsere Fazilitationen gesetzt. Und wir wollten diese Hoffnung nicht enttäuschen, weil wir eben wirklich auch in dem Glauben waren, wir könnten den Taliban was abringen und dass ohne unsere Fazilitation die Sache noch schlimmer würde.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie, nachdem Biden gesagt hat: „Wir gehen auf jeden Fall raus“, noch mit der Leitungsebene das Gespräch gesucht und, wenn ja, mit wem?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, natürlich. Also ständig. Mit dem Staatssekretär Berger, mit Minister



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Maas. Es gab einen regen Austausch dazu, auch mit dem Kanzleramt.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie haben sich insbesondere Heiko Maas und das Kanzleramt zu dieser Frage positioniert?

**Zeuge Markus Potzel:** Dahin gehend, dass wir weiterhin uns dafür einsetzen sollen, zu einer Verhandlungslösung zu kommen.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich daran erinnern, ob Sie oder jemand anders in Aussicht gestellt hat, dass es eine Verhandlungslösung vielleicht nicht geben wird?

**Zeuge Markus Potzel:** Das ist sicherlich ein Szenario gewesen, ja.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie wurde das dann weitergedacht in diesen Runden?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, dass es jetzt aber auch ein Szenario gibt, wo es eine Verhandlungslösung gibt, und solange es diese Aussicht auf eine Verhandlungslösung gibt, es Sinn macht, sich weiterhin zu engagieren.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es gab auch die Aussicht - und das haben Sie in den Runden ja auch ausgesprochen -, dass es keine Verhandlungslösung gibt.

**Zeuge Markus Potzel:** Klar.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wurde Ihnen dann von Leitungsebene gesagt, was man denn für den anderen Fall vorbereiten sollte?

**Zeuge Markus Potzel:** Na gut, dann kommen wir wieder in den Bereich Worst-Case-Szenario und Krisenplanung. Und diese Krisenplanung, Krisenvorsorge gab es ja.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir müssten jetzt trotzdem wechseln. - Herr Abgeordneter.

**Joachim Wundrak** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Auch von mir guten Abend, Herr Potzel! Ich freue mich, dass Sie uns helfen, der Wahrheit auf die Spur zu kommen.

Für mich vorweg nur eine Bestätigung: Sie waren bis zum 10.08. in Urlaub, also 21, bis zum 10.08. in Urlaub, dann bis zum 17.08. in Berlin?

**Zeuge Markus Potzel:** Nein. - Doch, bis zum 17.08. stimmt, ja, richtig.

**Joachim Wundrak** (AfD): Und am 17.08. sind Sie dann nach Doha geflogen.

**Zeuge Markus Potzel:** Ja. Ja, ja, richtig.

**Joachim Wundrak** (AfD): Nur einfach, dass ich - - Ich frage deswegen, weil mich natürlich die Abläufe und die Geschehnisse und Entscheidungen oder Nichtentscheidungen gerade im August 21 besonders interessieren.

Nader Naderi - der ist hier schon erwähnt worden -, Mitglied des afghanischen republikanischen Verhandlungsteams von Doha, hat diesem Ausschuss gegenüber im November dargelegt, dass es Mitte August - das ist von Interesse - ein formelles Abkommen zwischen den USA und den Taliban gegeben habe, in dem sich die Taliban dazu verpflichteten, nicht vor dem Abzug der Amerikaner in Kabul einzumarschieren. - Das ist ein Protokoll der Untersuchungsausschusssitzung vom 09.11. - Die Amerikaner sollen in diesem Zusammenhang laut MAT A BND-3.208 VS-NfD, Blatt 294 bis 296 und laut MAT A AA-8.120 VS-NfD, Blatt 116 im Gegenzug sich dazu bereit erklärt haben, eine zweite Talibanregierung diplomatisch anzuerkennen. - Können Sie uns bitte sagen, wie Sie und wie die deutsche Bundesregierung auf die Bereitschaft der USA, ein zweites Talibanregime diplomatisch anzuerkennen, reagiert haben?

**Zeuge Markus Potzel:** Mir ist nicht bekannt, dass es so ein formelles Abkommen gab.

**Joachim Wundrak** (AfD): Können Sie erläutern, was Ihnen bekannt war?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Markus Potzel:** Also, uns war eine ganze Menge bekannt; aber so was war uns nicht bekannt. Ich kann ja nicht erläutern, was mir alles bekannt ist.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann würde ich bitten - sonst sind wir drei Tage beschäftigt, glaube ich - -

**Joachim Wundrak (AfD):** Sie haben gesagt, Ihnen war nicht bekannt, dass es ein formelles - -

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, genau.

**Joachim Wundrak (AfD):** Okay. - Was war Ihnen bekannt über ein informelles oder ein Vorab- -

**Zeuge Markus Potzel:** Zum damaligen Zeitpunkt war mir so was, war *mir* zumindest so was nicht bekannt. Ich war ja, wie gesagt, noch im Urlaub. Aber im Nachhinein, hatte ich ja schon gesagt, als ich dann in Kabul ankam, wurde mir erzählt von mehreren Seiten, dass es eine Übereinkunft gab. Ich habe nie was von einem formellen Abkommen gehört.

**Joachim Wundrak (AfD):** Mhm. - Können Sie uns sagen, weshalb die Amerikaner trotz des Abkommens oder dieses informellen Abkommens mit den Taliban doch am 14./15. August 21 überraschend ihre Botschaft zum Flughafen nach Kabul verlegten?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, Sie werden ihre Gründe gehabt haben. Die Gründe sind mir nicht bekannt.

**Joachim Wundrak (AfD):** Also Ihnen ist nicht bekannt, dass eine offenbar falsche nachrichtendienstliche Bewertung der Amerikaner diese Entscheidung herbeigeführt hat, wie Nader Naderi vor diesem Untersuchungsausschuss dargelegt hat?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Nein, so können wir die Frage nicht zugelassen.

**Zeuge Markus Potzel:** Ich weiß nicht, worauf Sie da anspielen mit einer offensichtlich falschen - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sie müssen das auch nicht beantworten, weil die Frage so nicht zugelassen werden kann.

**Joachim Wundrak (AfD):** Also Ihnen ist nicht eine nachrichtendienstliche Bewertung vom 14. August bekannt, nach der die Taliban beabsichtigen, entgegen der Absprache mit den Amerikanern am 15. oder 16. August - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Darf ich Ihnen vorschlagen, eine offene Frage zu stellen, wenn Sie eine Antwort wünschen? Zum Beispiel: „Ist Ihnen eine solche bekannt?“, wäre eine offene Frage.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja, herzlichen Dank für die Hilfe.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Man tut ja, was man kann.

**Joachim Wundrak (AfD):** Das ist sehr kollegial. Ich danke auch.

**Zeuge Markus Potzel:** Also nein.

**Joachim Wundrak (AfD):** Die klare Antwort ist Nein.

**Zeuge Markus Potzel:** Die klare Antwort ist Nein.

**Joachim Wundrak (AfD):** Bekanntlich, Herr Potzel, wurde der BND unter anderem auch durch Minister Maas dafür gescholten, dass er den Fall von Kabul nicht punktgenau vorhergesagt hat. Nun liegt uns allerdings auf MAT A AA-8.120 VS-NfD\_Freigabe, Blatt 1 ff. das Protokoll der Krisenstabsitzung vom 13.08.21 vor. Hierin wird sehr deutlich, ist sehr deutlich festgehalten, dass der BND darauf hinwies, dass bei einem Abzug der Botschaften von Deutschland, Großbritannien und den USA eine Einnahme Kabuls durch die Taliban deutlich früher eintreten könne. Ebendieser Abzug der Botschaften trat ja dann am Wochenende des 14./15.08. auch ein und führte zum Kollaps der Republik Afghanistan.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ein Zeuge des BND stellte hier im Ausschuss denn auch klar, dass nicht die Flucht Ghanis, sondern die Aufgabe der US-Botschaft als der entscheidende Auslöser für den frühen Fall von Kabul anzusehen ist. Ich zitiere: Ich würde es mal anders sagen:

„... hier in Kabul hat eine Person ... entschieden, die Green Zone zu räumen. Das hat für die Sicherheitskräfte in Kabul, für Ghani, für ganz Afghanistan das Signal gegeben: Die internationale Gemeinschaft gibt uns auf.

...

solange diese Unterstützung“ - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wenn Sie lange Zitate vorlesen, wäre es wirklich praktisch, vorher die MAT-Nummer zu nennen, damit wir wissen, worauf Sie sich beziehen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Das ist aus dem Protokoll der UA-Sitzung vom 26.01.2023, Seite 44 und Seite 50.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Okay.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ich wiederhole:

„... solange diese Unterstützung da gewesen wäre, wäre Ghani auch dageblieben. Aber mit dem Abzug der Botschaft war für Ghani und für das ganze Land praktisch die Messe gelesen ...“

„Wären die 900 US-Soldaten in der Green Zone geblieben und die US-Botschaft, dann wäre es auch am 15. nicht zum Fall Kabuls gekommen.“

Ende des Zitats.

Präsident Ghani selbst hat in einem Interview mit dem Sender CNN im August 22 seine Flucht aus Kabul mit Verweis auf die Evakuierung der US-Botschaft am Morgen des 15.08. begründet. - Fürs Sekretariat: Das ist Seite 1 und 5 der Anlage 67.

Herr Potzel, hatten Sie Kenntnisse darüber, ob den Amerikanern vor der am 14./15.08. erfolgten Räumung ihrer Botschaft bewusst gewesen ist, welche Signalwirkung die Verlegung ihrer Botschaft aus der Green Zone für die afghanischen Streitkräfte und für Präsident Ghani haben würde?

**Zeuge Markus Potzel:** Nein.

**Joachim Wundrak (AfD):** Klares Nein. - Sind Ihnen kritische Stimmen aus dem Kreis der NATO-Vertreter, aus dem Kreis von Vertretern anderer Staaten zu Ohren gekommen oder bekannt, die den USA vorwarfen, durch ihre kurzfristige Entscheidung zur Aufgabe ihrer Botschaft und der Green Zone für das Chaos vom Kabuler Flughafen sowie das Ende der Republik Afghanistan verantwortlich zu sein, und, wenn ja, welche waren das?

**Zeuge Markus Potzel:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Jetzt ist die Zeit abgelaufen, und wir wechseln zur FDP-Fraktion. Herr Kollege Heidt.

**Peter Heidt (FDP):** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend auch von mir! Ich bin jetzt die Ablösung sozusagen. - Uns ist bei der Durchsicht der Akten aufgefallen, dass in der heißen Phase vor dem Fall Kabuls sehr viele Anstrengungen vom AA unternommen worden sind, jeweils das genaue Abzugsdatum der Alliierten, insbesondere der USA, herauszubekommen. Wir würden gern mal wissen, welche Überlegung dahinterstand, dass man das so intensiv versucht hat.

**Zeuge Markus Potzel:** Abzugsdatum des - -

**Peter Heidt (FDP):** Ja, der Amerikaner vor allen Dingen, der USA.

**Zeuge Markus Potzel:** Sie meinen jetzt - - Ich glaube, das Abzugsdatum stand fest, soweit ich mich erinnern kann, 31. August. Ich weiß nicht genau, wann es feststand, aber - -

**Peter Heidt (FDP):** Die Evakuierung.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Markus Potzel:** Ach, okay. wir sprechen von der Evakuierung. - Ja, der Hintergrund dessen war, dass wir so lange wie möglich die Möglichkeit besitzen würden, unsere Ortskräfte und auch deutsche Staatsangehörige auszufliegen. Und das war nur möglich, solange die Amerikaner den Flughafen gesichert haben.

**Peter Heidt (FDP):** Okay. - Was wissen Sie generell über den Ablauf von militärischen Abzugsplanungen?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich bin kein Militär und bin da nicht einbezogen worden.

**Peter Heidt (FDP):** Ja, das Eigenartige ist ja für uns so ein bisschen - - Auch in Deutschland hat selbst der Verteidigungsausschuss in einer eingestuften Sitzung nicht erfahren, wann evakuiert wird. Insofern wundern wir uns ein bisschen, wie das AA auf die Idee gekommen ist, die Amerikaner sagen uns das. Das können wir nicht nachvollziehen.

**Zeuge Markus Potzel:** Das kann ich auch nicht nachvollziehen, also kann ich nicht beurteilen, kann ich nicht kommentieren, weil zu dem Zeitpunkt ich dann bereits in Doha war und dort sicherlich darüber keine Entscheidungen getroffen wurden.

**Peter Heidt (FDP):** Irgendwann haben die Amerikaner ja so eine 72-Stunden-Meldung rausgegeben im Sinne von: In 72 Stunden sind wir raus. - Wie haben die damit befassten Stellen im AA darauf reagiert? Ist Ihnen das bekannt?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, das war ja eine Meldung, die beruht auf einem Bericht unserer Sicherheitsbeamten. Das wurde uns, als ich in Berlin war, von den Amerikanern offiziell so nicht mitgeteilt. Wir hatten von den Amerikanern, wie ich bereits vorher sagte, widersprüchliche Meldungen. Die einen sagten: Wir verlegen an den Flughafen. - Die anderen sagten: Nein, nein, wir bleiben in der Botschaft, wir werden das SIV-, das Special-Immigration-Visa-Prozedere weiterführen. Es gab kein einheitliches Bild.

**Peter Heidt (FDP):** Wissen Sie noch, was das für einen Planungshorizont ausgelöst hat, als dann diese 72-Stunden-Meldung kam?

**Zeuge Markus Potzel:** Meines Wissens gab es dann ein Ultimatum der Amerikaner an uns, an unser Botschaftspersonal, dem Personal bei der Evakuierung zum Flughafen zu helfen. Das, haben wir dann letzten Endes entschieden, machen wir.

**Peter Heidt (FDP):** Wie hat das AA das verstanden, also als eher sozusagen „innerhalb von 72 Stunden“ oder als „in 72 Stunden“, wenn Sie diesen Unterschied noch machen.

**Zeuge Markus Potzel:** Also, das entzieht sich meiner Kenntnis. Da war ich, soweit ich mich erinnern kann, nicht beteiligt.

**Peter Heidt (FDP):** Da waren Sie nicht mit befasst.

**Zeuge Markus Potzel:** Nee.

**Peter Heidt (FDP):** Okay. - Dann eine andere Sache. Kennen Sie die Lagedarstellungen und Szenarien des BND aus der Zeit von dem Fall Kabuls?

**Zeuge Markus Potzel:** Welchen Zeitraum genau?

**Peter Heidt (FDP):** Die Wochen davor.

**Zeuge Markus Potzel:** Das, was mir zugänglich war, als ich noch im Amt als Sonderbeauftragter war, also so bis Mitte Juli, und was davor eben vom BND auch berichtet wurde in den Staatssekretärsrunden.

**Peter Heidt (FDP):** Also, dann kennen Sie auch die Begrifflichkeiten, die der BND verwendet, zum Beispiel Y ist wahrscheinlich oder Z ist eher unwahrscheinlich, aus diesen Briefings?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, ich erinnere mich heutzutage nicht mehr. Ich weiß, dass es im - - Diese Kennzeichnung nach Buchstaben ist mir jetzt nicht mehr geläufig. Ich weiß nicht, ob es mir damals geläufig war, aber jetzt nicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Peter Heidt (FDP):** Y, Z sind eher Platzhalter. Ich meine diese Begrifflichkeiten „wahrscheinlich“, „eher unwahrscheinlich“.

**Zeuge Markus Potzel:** Ach so. Ja, ja, okay.

**Peter Heidt (FDP):** Da stehen ja Prozente dahinter. Sind die Ihnen bekannt, diese Prozente?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Peter Heidt (FDP):** Okay. Können Sie die uns sagen?

**Zeuge Markus Potzel:** Ähm, nee. Das steht in jeder BND-Unterrichtung unten dran. Dann gleichen Sie das ab. Aber das habe ich jetzt seit zwei einhalb Jahren nicht mehr gesehen.

**Peter Heidt (FDP):** Okay. - Ja, weil wir haben das häufiger schon mal hier gefragt. Und uns fällt halt irgendwie auf, dass es kein Zeuge so wirklich weiß. Weil, also auch wir waren dann, als wir das mal gelernt haben, überrascht über die Formulierung. Denn die Eintrittswahrscheinlichkeit bei „eher unwahrscheinlich“ liegt bei 52 Prozent. Und insofern war uns so irgendwie klar, dass man eigentlich gar nicht nachvollziehen kann, was der BND da so geschrieben hat, also die ganzen damit befassten Menschen.

**Zeuge Markus Potzel:** Fragen Sie mich nicht, wie die darauf kommen, aber man konnte es, wenn man es gelesen hat, unten abgleichen mit dieser Legende.

**Peter Heidt (FDP):** Da gab es eine Legende bei Ihnen?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, da wurde halt, wie Sie sagen, erzählt - was weiß ich -: „hochwahrscheinlich“: 0 bis 5 Prozent. Ich rede jetzt mal ins Unreine, so was. Ich erinnere jetzt die Prozentzahlen nicht mehr genau. Aber wenn man das gelesen hat, konnte man das abgleichen mit der Legende. Wurde mal erklärt unten bei jedem Bericht. Und wie die dazu kamen, das entzieht sich meiner Kenntnis.

**Peter Heidt (FDP):** Okay. - Und damals waren Ihnen die Prozente auch bewusst noch?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Peter Heidt (FDP):** Okay, das ist doch schon mal interessant. - Haben Sie inhaltliche Informationen zum Untersuchungsgegenstand per SMS, Chats oder sonstiger Messengerkommunikation erhalten?

**Zeuge Markus Potzel:** Nicht dass ich mich erinnern kann.

**Peter Heidt (FDP):** Also, Sie meinen, das können Sie sich nicht erinnern. - In seiner Befragung hat der Herr van Thiel - das ist das vorläufige Stenografische Protokoll 20/66, Seite 97; Anlage A9, - Folgendes dazu ausgesagt:

„Das ist übrigens der Bericht von Montag, dem 09.08. Am Sonnabend, den 07.08., hat jenes Briefing durch die Generäle der Amerikaner und der Briten stattgefunden. Daraufhin habe ich also erst mal per Whatsapp den Markus Potzel informiert, dass das hier kommen wird am Montag. Und dann habe ich das am Montag geschrieben für alle.“

Das klingt für mich so ein bisschen nach einer Versendung von Informationen vorab per Messenger, in dem Fall ja immerhin zwei Tage vor dem eigentlichen Mailbericht.

**Zeuge Markus Potzel:** Dann hat er mir wahrscheinlich ankündigen wollen, dass da was kommt, aber keine Inhalte.

**Peter Heidt (FDP):** Ja, wir fragen das auch deshalb, weil wir bisher praktisch keine Messengerkommunikation vorgelegt bekommen haben und daher das teils einfach nicht konkretisieren können, was genau wer wo wie informiert hat. Und durch Aussagen wissen wir aber, dass diese durchaus zur Kommunikation eben eingesetzt wurden, gerade in dieser hektischen Phase. Der Faktor Zeit kann für die Untersuchung ja auch eine sehr große Rolle spielen. Insofern wird am



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Samstag etwas per Messenger geschrieben, die Mail folgt erst dann am Dienstag. Finden Sie das im Nachhinein nicht etwas problematisch?

**Zeuge Markus Potzel:** Nö, da hat er mir was angekündigt, was dann kommt. Aber, wie gesagt, wir haben da keine Inhalte ausgetauscht über Messengerdienste.

**Peter Heidt (FDP):** Ja. - Ich habe auch noch mal eine andere Frage. Ich hatte mir das ganz, ganz vorhin aufgeschrieben mal; auf eine Frage, ich glaube, von der Kollegin Nanni war das. Da hatten Sie irgendwie gesagt: Ja, Kabul wird ja von loyalen Kräften verteidigt. - Und ich erinnere mich an eine Aussage des Zeugen General Arlt, die ich jetzt aus dem Kopf sozusagen zitiere. Der hat hier gesagt, dass eigentlich diese loyalen Kräfte, die ein bisschen besseren Kräfte bei der Verteidigung der Provinzhauptstädte aufgerufen worden wären. Also da ist meine Frage: Woher hatten Sie jetzt die Annahme, dass Kabul noch von loyalen Kräften verteidigt werden könnte?

**Zeuge Markus Potzel:** Das bezog sich auf Informationen, die wir bekommen haben vor allen Dingen von der NATO.

**Peter Heidt (FDP):** Wie viele Minuten habe ich jetzt noch?

(Zuruf: 20 Sekunden!)

- Ja, das lohnt sich ja nicht mehr.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann beenden wir diese Runde. Ich unterbreche mal für zwei Minuten und würde die Obleute kurz bitten, mal zu mir zu kommen. - So, dann setzen wir die Sitzung fort. Und das Wort geht an den Kollegen Nürnberger.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich würde gern noch mal die Aspekte der Friedensverhandlungen aus einem anderen Gesichtspunkt beleuchten. Wir werden die Zeitabläufe sehr straffen, aber ich würde gern einen Punkt herausarbeiten.

In der Ministervorlage vom 21. September 2020, also noch im ersten Jahr nach dem Doha-Abkommen, aus dem Referat AP 05 wird der aktuelle Stand der Friedensverhandlungen und deren Erfolgsaussichten wie folgt beschrieben - ich beziehe mich auf MAT A AA-8.480, die Blätter 5 bis 8 -:

„Angesichts der weit divergierenden Interessen der Konfliktseiten, der widersprüchlichen Ziele auch innerhalb der beiden Konfliktparteien, sowie der fortgesetzten Unterstützung für die Taliban besonders durch PAK und die v.a. durch innenpolitische Ziele getriebene US-Politik stehen die Chancen für dieses Ziel gegenwärtig nicht gut.“

Trifft diese Bewertung auch Ihre Analyse zu dem damaligen Zeitpunkt, also Spätsommer/Herbst 2020?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich gehe mal davon aus, dass ich die Vorlage gebilligt habe.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann heißt es in der Vorlage an anderer Stelle:

„Gleichwohl ist der Versuch aktuell ohne vernünftige Alternative.“

Gab es denn innerhalb der Bundesregierung, soweit es Ihnen bekannt ist, zu irgendeinem Zeitpunkt in diesem Zusammenhang jemals Diskussionen über Alternativen zum innerafghanischen Friedensprozess und darüber, ob Deutschland das unterstützen sollte oder nicht?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, wir haben darüber in den Staatssekretärsrunden gesprochen, aber es wurde zu keinem Zeitpunkt innerhalb der Bundesregierung infrage gestellt, diesen Ansatz nicht weiter - - also infrage gestellt, den Ansatz weiter zu verfolgen. Das heißt, es gab Konsens in der Bundesregierung dazu.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Jörg Nürnberger (SPD):** Hat man denn in diesen Runden diskutiert, ob es überhaupt denkbare andere Möglichkeiten gibt?

**Zeuge Markus Potzel:** Ausgehend - - Es gab ja Szenarienplanungen vom BND; da hatten wir schon drüber gesprochen. Insofern gab es da auch andere Szenarien. Aber ich kann mich jetzt nicht mehr erinnern, dass wir längere Diskussionen zumindest im Staatssekretärskreis geführt haben. Aber ich kann mich auch nicht erinnern, dass es da irgendwie einen Dissens gegeben hätte.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wenn wir jetzt einen großen Zeitsprung machen, zwei Jahre - - Entschuldigung, ich beziehe mich auf ein Ereignis, das erst im Oktober 22 stattgefunden hat bzw. 23, muss es wohl heißen. Da hat uns Herr Bledjian hier im Ausschuss erläutert, dass die Sicht auf den Friedensprozess in Kabul weitaus negativer war als in Doha, also diese unterschiedliche Wahrnehmung. Ich beziehe mich da aufs Stenografische Protokoll - immer noch vorläufig - 20/9 I, Blatt 23. Ich darf ihn da zitieren: „Dieses Verhandlungsteam“ in Doha „war ja ein relativ harmonischer, geschlossener Kreis, die ja auch trainiert wurden ...“; wir wissen ja auch, von wem. „... das war ein Team, was zusammengewachsen ist. Das haben die mir auch berichtet in Kabul, in ... relativ großem Kontrast zur innenpolitischen Situation“ - - dass da ein großer innenpolitischer Kontrast zur Situation in Kabul sei. „Die politische Landschaft war tief gespalten von Misstrauen und vielem mehr ... Das heißt, die Sicht auf den Friedensprozess in Kabul war“ wesentlich „negativer als die Sicht auf den Friedensprozess in Doha.“

Teilen Sie diese Aussage? Haben Sie das auch wahrgenommen, dass in den Kreisen in Kabul, in den politischen, die Fortschritte in Doha anders bewertet wurden als von der Delegation der Afghanischen Republik in Doha selbst?

**Zeuge Markus Potzel:** Von wann stammt diese Aussage?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Das hat Herr Bledjian hier geäußert; aber auf welchen Zeitpunkt er das

bezieht, kann ich jetzt nicht nachvollziehen, müsste ich noch in die Anlage schauen.

**Zeuge Markus Potzel:** Schwierig, das festzustellen, aber - - Ich meine, die Afghanische-Republik-Verhandlungsdelegation hat ihre Weisungen aus Kabul bekommen. Und ich selbst war im November 2020 - - bin ich von Doha nach Kabul gereist, habe da mit dem Präsidenten gesprochen, mit anderen Vertretern der Regierung gesprochen. Klar, wenn Sie da in Doha sitzen, verhandeln, gibt es sicherlich einen anderen Eindruck, als wenn man dann in Kabul sitzt; aber dafür gibt es ja diesen Austausch. Und dieses Verhandlungsteam hat sich, soweit ich das einschätzen kann, mit der Führung in Kabul regelmäßig ausgetauscht.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann wurde ja vorhin in dem ersten Zitat, das ich hier aus dem Referat AP 05 eingeführt habe, betont, dass die Taliban weiterhin aus Pakistan unterstützt wurden. Und ich würde gern die Frage etwas erweitern und Sie fragen: Haben Sie Kenntnis darüber, dass es andere Akteure gab, die auch außerhalb von Afghanistan Einfluss auf den Friedensprozess innerhalb Afghanistans genommen haben? Und wenn Sie darüber Kenntnisse haben, können Sie uns das etwas näher erläutern?

**Zeuge Markus Potzel:** Einfluss genommen haben auf den Friedensprozess?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wir können die Frage auch noch etwas erweitern: ein Interesse daran hatten, an den Ergebnissen des innerafghanischen Friedensprozesses.

**Zeuge Markus Potzel:** Sagen wir mal so: Es gab sehr viele Staaten, die ein Interesse daran hatten, was bei diesen Gesprächen rauskommt. Ein Beleg dafür ist die Anwesenheit zahlreicher Außenminister, Staatssekretäre verschiedener Länder beim Auftakt zu den Verhandlungen am 12. September 2020 in Person, aber auch virtuell. Also, unser Minister Maas hat zum Beispiel virtuell teilgenommen. Der US-Außenminister Pompeo war selber vor Ort. Ich weiß nicht, wie viele Länder und Organisationen ihre Vertreter geschickt haben, aber es waren zahlreiche Länder und Organisationen, die ein großes Interesse daran



## Nur zur dienstlichen Verwendung

hatten. Das zeigt ja auch der weitere Prozess. Wir haben zum Beispiel diese Host Country Support Group ins Leben gerufen; wir haben daran gearbeitet, eine International Peace Support Group ins Leben zu rufen - da waren wir als Deutschland maßgeblich daran beteiligt -, um Länder der Region, die natürlich ein großes Interesse daran haben, was in Afghanistan passiert, weil sie ja unmittelbar betroffen sind, vor allem die Nachbarländer, zusammenzubringen mit den klassischen Geberländern und auch den Ländern, die bis zum Sommer 2021 ja die RSM, die Resolute Support Mission, gestellt haben.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann würde ich die Frage noch etwas konkretisieren: Haben Sie Informationen darüber, dass es außerhalb von Afghanistan Gruppen oder auch Staaten gegeben hat, deren Interesse es war, das Erreichen eines positiven Ergebnisses dieser Verhandlungen zu torpedieren?

**Zeuge Markus Potzel:** Das entzieht sich meiner Kenntnis.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann dürfte ich an der Stelle für Ihr Kommen heute danken. Und die Fragen der SPD-Fraktion wären hiermit erschöpft.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. - Dann wechselt das Fragerecht zum Kollegen Röwekamp.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Vielen Dank. - Herr Potzel, ich möchte mit Ihnen noch mal über Ihre Kommunikation mit Herrn van Thiel sprechen. Ich hatte vorhin schon zitiert aus Ihrer Mail vom 6. August 2021; das ist Ihre Antwort an Herrn van Thiel. Das ist MAT A AA-8.649 VS-NfD, Blatt 277. Da schreiben Sie - Zitat -:

„Ich muss sagen, die Lernkurve geht steil nach oben, und Du schreibst wirklich gut.“

Zitat Ende. - Meine Frage ist: Was meinen Sie in diesem konkreten Fall mit „Lernkurve“? Und was hat Herr van Thiel Ihrer Auffassung nach vorher nicht richtig verstanden?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, „Lernkurve“ heißt ja nicht, dass er vorher nichts verstanden hat oder das falsch verstanden hat. „Lernkurve“ heißt, dass er natürlich in der kurzen Zeit, in der er da war, sehr schnell begriffen hat, wie die Lage dort ist und worum es geht. Natürlich ist es immer so: Wenn man neu kommt in ein Land - und er war in dem Land meines Wissens seit über zehn Jahren nicht mehr -, ist es nicht einfach, sich die komplexen Situationen anzueignen, sich vor Augen zu führen. Aber er hat sich da wirklich reingekniet in die Aufgabe und hat es für meine Begriffe gut und schnell gemacht.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Mhm. - Nun wissen wir, dass die Botschafterin in Washington, Frau Haber, bereits am 6. August in Aussicht gestellt hat, dass die Amerikaner davon ausgehen, dass die Taliban die Macht übernehmen und insoweit auch alle Optionen im Hinblick auf die Botschaft offenbleiben würden. Haben Sie Kenntnis bekommen von der Nachricht von Frau Botschafterin Haber vom 6. August aus Washington?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, allerdings nicht in dem Sinne, wie Sie es jetzt gerade beschrieben haben.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Dann beschreiben Sie bitte, was Sie davon wissen.

**Zeuge Markus Potzel:** Dürfte ich den Bericht haben?

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ja. Kleinen Moment, legen wir Ihnen vor.

(Derm Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen -  
VLR Andreas Gloßner (AA)  
meldet sich zu Wort)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Bundesregierung hat zwischenzeitlich um das Wort gebeten.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Herr Vorsitzender, ich würde nur um die Nennung der MAT-Nummer bitten.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ja. - Also, ich musste sie eben leider suchen, tut mir leid für die Verzögerung. - Also, es gibt einen VS-Vertraulich eingestuftes Drahtbericht, aus dem kann ich natürlich hier jetzt nicht Vorhaltungen machen. Aber es gibt einen Vermerk des Militärattachés, aus dem ich zitieren kann, und das ist MAT A BMVg-5.49 VS-NfD, Blatt 10 und 11. Und darin heißt es, dass ein [REDACTED] von Frau Dr. Haber gesagt hat, dass ein Sieg der Taliban - -

**VLR Andreas Gloßner** (AA): Entschuldigung, da muss ich ganz kurz reinspringen. Wir müssen uns diese Textstelle, Herr Röwekamp, kurz ansehen, denn wir hatten ja - - Also, wenn es auf die VS-V-Inhalte Bezug nimmt, auch wenn es in einem NfD-Dokument vorkommt, müssten wir das gegebenenfalls mit stillem Vorhalten machen. Einen Moment.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ja, wobei: Das haben wir schon mal vorgehalten. Sie können es gern noch mal prüfen. Aber wir haben diese Aussage schon mal vorgehalten.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Das ist korrekt.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Und sie hat sie auch in öffentlicher Sitzung hier bestätigt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Der Botschafterin war ja schon hier.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Aber Sie können gern eben noch mal schauen. - Noch mal die Fundstelle? - MAT A BMVg-5.49 VS-NfD, Blatt 10 bis 11.

**VLR Andreas Gloßner** (AA): Wir haben es vorliegen. Nur die Passage, auf die kam es an.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ach so.

**Zeuge Markus Potzel**: Aber die Passage ist hier nicht drin, ne?

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Also, es geht um die Aussage. Darf ich das denn jetzt sagen,

um welche Aussage es geht? Was wollen Sie jetzt von mir wissen?

(Heiterkeit)

Wenn ich es Ihnen sage, kann ich es auch dem Zeugen sagen.

**VLR Andreas Gloßner** (AA): Welcher Anstrich.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Wir zeigen es mal eben Herrn Gloßner.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Für alle, die das noch nicht kennen auf der Tribüne: Stiller Vorhalt bedeutet, dass es hier nicht vorgelesen wird.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Wir lesen es dem Zeugen nicht vor, wir zeigen es erst mal Herrn Gloßner.

(Ein Mitarbeiter der  
CDU/CSU-Fraktion zeigt  
VLR Andreas Gloßner (AA)  
Unterlagen unterhalb der  
Zuschauertribüne)

**Zeuge Markus Potzel**: Aber um Ihre Frage vielleicht - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Vielleicht warten wir mit der Antwort, -

**Zeuge Markus Potzel**: Ja, gut.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: - damit wir es nicht völlig ins Trudeln bringen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Herr Gloßner, darf ich die zwei englischen Worte vorlesen oder nicht?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Das sind so kontemplative Momente, die wir im Untersuchungsausschuss haben. - Wir könnten zur Deutschland-Geschwindigkeit zurückkehren, Herr Kollege.

**VLR Andreas Gloßner** (AA): Ja, also, wenn Sie wirklich nur diesen kleinen Passus und nicht das Drumherum - - dann ist es in der Tat auch in der Vernehmung von Frau Haber schon so zitiert



## Nur zur dienstlichen Verwendung

worden, aber nicht mit dem Drumherum. Dann gehen wir nämlich wirklich in den Bereich rein, der auch aus guten Gründen als VS-V eingestuft ist.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Mehr wollte Herr Röwekamp ja auch gar nicht haben. Und Sie kriegen, was Sie wollen. Bitte schön. - Wiederholen Sie die Frage noch mal.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Vielen Dank. - Sie können mir vertrauen, Herr Gloßner.

Also, wie gesagt: Es geht um den Drahtbericht vom 6. August, den Sie, wenn ich Sie vorhin richtig verstanden habe, weil Sie noch im Urlaub waren, sowieso nicht sehen konnten. Und dann gibt es aber diese Wiedergabe eben in dem Fundstück, das Ihnen jetzt vorliegt, und da ist gesagt worden, dass ein Sieg der Taliban - - Also Frau Haber gegenüber ist [REDACTED] mitgeteilt worden, dass ein Sieg der Taliban nicht unvermeidlich, aber denkbar sei. Und ferner bereiteten die USA eine Evakuierung der Botschaft vor. Zitat: [REDACTED] - Zitat Ende.

Meine Frage ist jetzt: Haben Sie von dem Inhalt dieses Gesprächs vom 6. August 2021 und dem Bericht Kenntnis bekommen?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja. Die Frage ist, wann. Und das muss später gewesen sein, im August, als ich in Doha war und dann über die Botschaft in Doha Zugang, sporadischen Zugang hatte zu eingestuften Materialien. Soweit ich mich erinnere, habe ich den Bericht Ende August gelesen; aber nageln Sie mich darauf nicht fest.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Und vorher hatten Sie auch keine Kenntnis davon?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich habe Kenntnis davon gehabt, dass es diesen Bericht gab; aber ich hatte keinen Zugang zu eingestuften Materialien.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Aber hatten Sie Kenntnis von dem Inhalt? Also, mich interessiert die Frage: Die USA bereiten eine Evakuierung der Botschaft vor. Wann hatten Sie davon Kenntnis,

dass Frau Haber das aus Washington berichtet hat?

**Zeuge Markus Potzel:** Das dürfte in der Krisenstabssitzung am 13. August zur Sprache gekommen sein. Aber ich weiß aus der Lektüre jetzt, dass es ja nicht die einzige Meinung war aus der US-Administration, dass es auch andere Meinungen gab, die Frau Haber in diesem Bericht ebenfalls wiedergegeben hat.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Genau. Also, trotzdem hat Frau Haber uns in ihrer Vernehmung - das ist endgültiges Stenografisches Protokoll 20/58, Seite 52 - mitgeteilt, dass sie dem Auswärtigen Amt empfohlen hat, das zu spiegeln, was die Amerikaner tun, nämlich in Betracht zu ziehen, dass alles - Zitat - „sehr viel schneller gehen kann, als wir es möchten und als Berlin es erwartet hat“. - Zitat Ende. Das ist das, was sie uns hier in öffentlicher Vernehmung gesagt hat.

Meine Frage ist jetzt: War Ihnen bekannt - - Wir haben ja eben über die Einschätzung von Herrn van Thiel gesprochen; jetzt spreche ich mit Ihnen über die Einschätzung von Frau Haber, alles sozusagen im Vorfeld der Sitzung des Krisenstabes am 12./13. August. War Ihnen diese Lage bekannt? Also, dass Herr van Thiel Ihnen das so geschildert hat, das wussten Sie. Aber wussten Sie auch, dass aus der deutschen Botschaft in Washington solche Signale gekommen sind?

**Zeuge Markus Potzel:** Nicht vor der Krisenstabssitzung.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Okay. - Wussten Sie in der Krisenstabssitzung dann von diesen Nachrichten, und wie sind die dort aufgenommen worden?

**Zeuge Markus Potzel:** Nee, daran kann ich mich nicht mehr erinnern.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Na ja, ich versuche mal, mit Ihnen gemeinsam das noch mal zu entwickeln.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Markus Potzel:** Das ist schön. Vielleicht können Sie sich besser erinnern, weil Sie ja im Krisenstab dabei waren.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ich will Ihnen helfen, Ihre Erinnerung wiederzufinden, -

**Zeuge Markus Potzel:** Vielen Dank dafür.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** - um es so deutlich zu sagen, weil ich nicht glaube, dass Sie sich an diese erste Krisenstabssitzung, die Sie lange verlangt haben und an der Sie als erste teilgenommen haben - - dass Sie daran keine Erinnerung mehr haben. Ich will das mal so deutlich sagen. Ich weiß, dass auch andere sich manchmal nicht erinnern können, aber diese Gesamtumstände mit sozusagen der Alarmmeldung von Herrn van Thiel, mit der Auseinandersetzung über die Lageeinschätzung, mit dem Wissen, dass aus Washington berichtet wird, die Amerikaner erwägen, ihre Botschaft zu schließen - - Sie sitzen in einer Krisenstabssitzung - die erste, an der Sie teilnehmen, zu diesem Thema -, und Sie können sich nicht daran erinnern, was da besprochen worden ist?

**Zeuge Markus Potzel:** Das ist zweieinhalb Jahre her, und in der Zwischenzeit habe ich viele andere Aufgaben gehabt. Aber ich kann mich nicht erinnern, was da besprochen worden ist. Wie gesagt, wie ich vorher schon gesagt habe: Es gab vonseiten der Amerikaner kein einheitliches Lagebild. Wir haben am 14. August erfahren aus dem [REDACTED] war und zurückkam und Frau Haber angerufen hat, dass die USA nicht die Absicht haben, die Botschaft zu schließen. Das war einen Tag später, es war einen Tag nach der Krisenstabssitzung. Und dennoch gab es Beschlüsse in der Krisenstabssitzung, die darauf hinausliefen, uns auf die Evakuierung vorzubereiten.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Genau, und das ist ja eben der Hintergrund meiner Frage. Nach Ihrer Erinnerung: Mit welcher Dringlichkeit und Ernsthaftigkeit wurde denn in dieser ersten Krisenstabssitzung erwogen, sozusagen die konkrete Evakuierung der Botschaft vorzunehmen?

**Zeuge Markus Potzel:** Mit hoher Dringlichkeit.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Wir wissen ja nun, dass es am 11. August ein Evakuierungskonzept gegeben hat. Ist Ihnen das bekannt?

**Zeuge Markus Potzel:** Nicht dass ich wüsste.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Dann würde ich das auch gern vorhalten. - Ich muss das mal eben suchen. Das ist MAT A AA-9.84 VS-NfD, Blatt 5 bis 11.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Genau. Meine Frage ist: Kannten Sie dieses Papier, und waren Sie an der Erstellung beteiligt?

**Zeuge Markus Potzel:** Nein.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** War das Gegenstand der Beratungen in der Krisenstabssitzung am 12. August?

**Zeuge Markus Potzel:** Am 13. August.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Am 13. August. Entschuldigung.

**Zeuge Markus Potzel:** Ich bin mir sicher, das war es. Ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Nun haben wir die Meldung von Herrn van Thiel. Wir haben die in der Krisenstabssitzung am 13. August bekannt gegebene Meldung von Frau Haber aus Washington. Und es gibt dieses Evakuierungspapier, in dem es unter anderem heißt - Zitat - die Evakuierung - - Mal eben sehen, wie heißt es da konkret? Es heißt dort: „Der Betrieb des ... Flughafens in Kabul“ - Zitat - „sollte nach jetzigem Stand bis Ende des Jahres sichergestellt sein.“ - Zitat Ende.

Meine Frage ist jetzt: Wie schätzen Sie die Situation in Anbetracht der eben benannten Schilderungen von Herrn van Thiel und von Frau Haber ein? Haben Sie es tatsächlich am 13. August noch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

für realistisch gehalten, dass der Flughafenbetrieb bis Ende des Jahres sichergestellt ist?

**Zeuge Markus Potzel:** Im Papier steht auch: „... natürlich vorbehaltlich der Sicherheitslage und fortgesetzter Bereitschaft der Türkei eine Rolle bei der Sicherung des Flughafens zu spielen“.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Genau. - Und haben Sie das damals für realistisch gehalten, noch am 13. August?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich glaube, schon.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ist Ihnen eigentlich bekannt, ob die E-Mails von Herrn van Thiel über seine Einschätzung der Lage überhaupt beim Krisenbeauftragten des Auswärtigen Amtes angekommen sind?

**Zeuge Markus Potzel:** Davon gehe ich aus.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Nun wissen wir aus einer E-Mail vom 11. August 2021 - das ist MAT A AA-2.30 VS-NfD, Blatt 167 -, dass Sie, offensichtlich noch aus dem Urlaub, zu einer Hausbesprechung mit Staatssekretärin Leendertse am 12. August zugeschaltet sind. Und Sie wollten vorschlagen, Krisenstabssitzung einzuberufen, einen Landsleutbrief zu versenden und eine Ausdünnung der Botschaft zu beschließen. - Meine Frage ist jetzt: Haben Sie diese Vorschläge in der Schaltkonferenz mit Frau Leendertse unterbreitet?

**Zeuge Markus Potzel:** Soweit ich mich erinnern kann, ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Wir wissen ja, dass die Krisenstabssitzung dann stattgefunden hat. Sind Ihre anderen beiden Vorschläge umgesetzt worden, einen Landsleutbrief zu versenden und eine Ausdünnung der Botschaft zu beschließen?

**Zeuge Markus Potzel:** Landsleutbrief: Ja. Ausdünnung der Botschaft: Ich glaube auch: Ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Die Ausdünnung der Botschaft, wie sollte die aus Ihrer Sicht, aus Ihrer Erinnerung heraus umgesetzt werden?

**Zeuge Markus Potzel:** Indem Kolleginnen und Kollegen, die nicht mehr unmittelbar benötigt wurden für den Betrieb der Botschaft, hätten ausfliegen sollen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ja. - Und wie ist das umgesetzt worden?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich glaube nicht, dass es dazu kam, weil zwei Tage später die Botschaft sowieso evakuiert wurde - oder drei Tage später.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Also, das heißt, zwischen Ihrer Empfehlung „Ausdünnen“, und der Evakuierung hat es Aktivitäten gegeben, um diesen Beschluss umzusetzen?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, es hat Gespräche gegeben, wer jetzt rausgehen sollte und wer nicht. Daran erinnere ich mich.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Und über Gespräche hinaus sind auch Maßnahmen ergriffen worden, um sicherzustellen, dass Botschaftsangehörige bereits ausreisen können?

**Zeuge Markus Potzel:** Das entzieht sich meiner Erkenntnis.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Sie standen sozusagen in diesen ganzen Tagen in einem regen Austausch nach unserer Aktenlage mit Herrn van Thiel. Und ich frage jetzt mal ohne konkreten Vorhalt: Können Sie sich daran erinnern, dass Herr van Thiel auch schon vor dem 15. August verstärkt darauf gedrängt hat, die Botschaft bereits früher evakuierungsbereit zu machen oder schon zu evakuieren?

**Zeuge Markus Potzel:** Evakuierungsbereit zu machen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ja. - Hat Herr van Thiel auch Ihnen gegenüber darauf gedrängt, Deutsche zur Ausreise aufzufordern?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Und haben Sie diese beiden Vorschläge inhaltlich geteilt?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja. Habe ich ja auch in der Sitzung vom 12. August entsprechend mich geäußert.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Das heißt, Sie würden sagen - - Gab es in dieser Lageeinschätzung einen Dissens zu Herrn van Thiel?

**Zeuge Markus Potzel:** Nö.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Nun haben wir eine weitere Fundstelle. Am 13. August schrieb die persönliche Referentin von Staatssekretärin Leendertse an ihre Chefin - das ist MAT A AA-9.52 VS-NfD, Blatt 54; Zitat -:

„Markus Potzel reist am Sonntag nach Kabul ... Hat sich eben auch über v.Th. aufgeregt.“

Meine Frage ist: Stimmt das, und können Sie sich daran erinnern, worüber Sie sich konkret aufgeregt haben?

**Zeuge Markus Potzel:** Nein.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** „Nein“ heißt, es stimmt nicht, oder „Nein“ heißt, Sie können sich nicht erinnern?

**Zeuge Markus Potzel:** Oder. Nein, ich kann mich nicht daran erinnern.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Am 13. August haben Sie sich dann mit Herrn van Thiel über die nächsten Schritte an der Botschaft ausgetauscht. Er sagt, die Botschaft habe viele Vorschläge gemacht; bisher sei aber nur Krisenstufe 3b umgesetzt worden. - Das ist 13. August. Herr van Thiel fragt dann, wie es mit der Personalausdünnung aussehe. Sie schreiben, Sie hätten über das Rotationsprinzip gesprochen. Der WZ-Referent solle auf Wunsch von Staatssekretär Jäger bleiben, und - Zitat; das ist MAT A AA-8.36 VS-NfD,

Blatt 116/117 - [REDACTED] sollte man nach Hause schicken. - Weiter sagten Sie, man solle sich darauf vorbereiten, dass das Krisenunterstützungsteam kommt. Dann ist noch die Rede von [REDACTED] zusätzlichen Bundespolizisten. - Also, ich sage mal: [REDACTED] soll weg, und [REDACTED] Bundespolizisten sollen kommen. Ist das das, was Sie unter Personalausdünnung verstanden haben?

**Zeuge Markus Potzel:** Die Amerikaner haben 5 000 zusätzliche Kräfte reingeführt, um die Evakuierung zu ermöglichen, auch ihrer eigenen Leute.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Das war aber nicht - - Meine Frage war - -

**Zeuge Markus Potzel:** Das heißt, wenn man ausdünnen will und Leute zum Flughafen bringen will unter diesen Umständen, braucht man Kräfte, die das absichern.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Nun wissen wir, dass gleichzeitig, also am 13. und 14. August - das ist MAT A AA-2.32 VS-NfD, Blatt 119 -, der Sicherheitsberater der Botschaft aus dem Auswärtigen Amt die Mitteilung erhalten hat, dass er zwei Mitarbeiter der GIZ auf dem Botschafts-Compound zusätzlich unterbringen soll. Der Sicherheitsberater hat Ihnen dann geschrieben, dass das nicht funktioniert und dass Sie das verhindern sollen. Wir reden über die Phase, wo eigentlich Personalausdünnung empfohlen wird. Jetzt kommen Bundespolizisten rein, und jetzt sollen auch noch GIZ-Mitarbeiter aufgenommen werden. Erschien Ihnen das aus damaliger Sicht sachgerecht?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Warum noch zusätzliche GIZ-Mitarbeiter aufnehmen?

**Zeuge Markus Potzel:** „Zusätzlich“ heißt, die waren im Land. Das heißt, sie mussten einen sicheren Zufluchtsort finden, und den stellte die Botschaft unserer Ansicht nach dar.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Markus Potzel:** Das heißt, sie kamen nicht aus Deutschland oder sonst woher. Die waren im Land und sollten in der Botschaft untergebracht werden.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ich muss das noch mal nachfragen. Die eigentliche Idee war doch, sozusagen die Botschaft auf das notwendige Mindestmaß runterzufahren, auch aus Sicherheitsgründen.

**Zeuge Markus Potzel:** Mhm.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Nun passiert genau das Gegenteil: Es kommen noch mehr Menschen in die Botschaft. Rein aus Sicht der Botschaft: Ist das aus Ihrer Sicht ein konsistentes Vorgehen?

**Zeuge Markus Potzel:** Es stellt sicherlich einen Zielkonflikt dar. Aber wenn es darum geht, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu schützen oder ihnen einen besseren, sichereren Ort zur Verfügung zu stellen, dann war das, glaube ich, die richtige Vorgehensweise.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** In der schon erwähnten E-Mail vom 13. August schreiben Sie an Herrn van Thiel und bitten darum, dass man sich um eine Unterbringungsmöglichkeit für die Botschaft am Flughafen Kabul erkundigt. Das ist MAT A AA-8.36 VS-NfD, Blatt 116/117 [sic!] noch mal. Und die Botschaft antwortet Ihnen darauf dann:

„Wir, wie andere, versuchen Morgen, Sonntag, den 15.08. zu eruieren, ob am HKIA Büroraum für deutsches Rumpfteam zur Verfügung stehen könnte.“

Zitat Ende. - War das aus Ihrer Erinnerung der erste Versuch, Kapazitäten für die Botschaft am Flughafen Kabul zu erreichen?

**Zeuge Markus Potzel:** Das weiß ich nicht.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Wäre es aus Ihrer Sicht damals richtig gewesen, sich schon

früher um die Unterbringung der Botschaft am Flughafen zu bemühen?

**Zeuge Markus Potzel:** Das ist eine hypothetische Frage; da kann ich nicht drauf antworten.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Also, gehört zu einem Evakuierungskonzept, das am 11. August geschrieben wird, aus Ihrer fachlichen Einschätzung auch die Notwendigkeit der alternativen Unterbringung am Flughafen?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich denke, ein Evakuierungskonzept muss alle möglichen Optionen in Erwägung ziehen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ich frage das deswegen noch mal nach: Wir reden über eine relativ heiße Phase der Vorbereitung der Evakuierung, und es steht noch nicht fest, wo man am Flughafen unterkommt. Woher nahmen Sie denn die Gewissheit, dass für die Angehörigen der deutschen Botschaft und die Anwesenden in der deutschen Botschaft ausreichend Kapazität am Flughafen in Kabul vorhanden sein würde?

**Zeuge Markus Potzel:** Diese Gewissheit hatte ich ja nicht. Deswegen hatte ich die Botschaft gebeten, zu eruieren, ob es da Unterbringungsmöglichkeiten gibt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Jetzt sind wir am Ende der Befragungszeit.

Ich unterbreche die Sitzung bis um 19 Uhr. Der Kollege Erndl übernimmt nachher, nach der Pause, weil wir eine Besprechung bei der Präsidentin haben. Wir haben jetzt eine Abstimmung.

(Unterbrechung von  
18.29 bis 19.01 Uhr)

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** So, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen die Sitzung wieder auf und hoffen, dass auch die Kollegen der SPD ganz schnell wieder Platz nehmen. - Aber es geht weiter mit Bündnis 90/Die Grünen, und das Wort hat Frau Kollegin Sara Nanni.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Potzel, ich würde im Anschluss an die Befragung meines Kollegen noch mal Bezug nehmen auf die Krisenstabs-sitzung vom 13. August. Wer hatte denn in dieser Runde das letzte Wort zu der Frage „Was machen wir jetzt?“?

**Zeuge Markus Potzel:** Weiß ich nicht. Ich kann mich wirklich nicht mehr daran erinnern.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine jetzt nicht, wer das letzte Mal ins Mikro reingesprochen hat. Sondern die Krisenstabs-sitzung hat ja Entscheidungen mit sich gebracht. Wer trifft diese Entscheidungen in so einer Situation?

**Zeuge Markus Potzel:** Der Leiter des Krisenstabes, also der Krisenstabssitzung. In dem Fall - - Ich vermute, es war Staatssekretärin Leendertse. Aber diese Entscheidungen werden in der Regel im Konsens getroffen.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie wurden sie dort getroffen? Auch im Konsens?

**Zeuge Markus Potzel:** Soweit ich mich erinnern kann, ja.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unter wem? Unter allen, die da drin waren?

**Zeuge Markus Potzel:** Unter dem Vorsitz von Frau Staatssekretärin Leendertse.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das Einvernehmen, von dem Sie gerade gesprochen haben, das bezog sich auf wen?

**Zeuge Markus Potzel:** Auf die Mitglieder, auf die Teilnehmer der Krisenstabssitzung.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, als Sie da rausgegangen sind, war Ihr Eindruck, dass alle, die da jetzt drin saßen, damit einverstanden sind, welche Entscheidungen dort getroffen worden sind.

**Zeuge Markus Potzel:** Das war mein Eindruck.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann würde ich gerne noch mal auf ein anderes Thema zurückkommen, was wir auch schon besprochen haben, nämlich die Frage, inwiefern migrationspolitische Überlegungen eine Rolle gespielt haben bei der Frage „Abzug, Charterflüge und Rückführungen“. Dazu würde ich Ihnen gerne einen Vorhalt machen, und zwar ist das MAT A AA-9.47 VS-NfD, Blatt 18 bis 19. Das ist eine E-Mail vom 02.08. von Hendrik van Thiel unter anderem an Sie. Und hier wird noch mal ausgeführt, dass - ich zitiere - „der Unmut der AFG Regierung über DEU Insistieren auf Rückführungsflug enorm“ sei. - Können Sie sich noch dran erinnern, wie Sie auf diese E-Mail reagiert haben?

**Zeuge Markus Potzel:** Nein, aber ich kann mich erinnern, dass schon bei meinem vorherigen Besuch im Juni 2021 die afghanische Regierung Vorbehalte geäußert hat; hatte ich ja vorher auch schon mal beschrieben. Dass die jetzt „enorm sei“, da weiß ich nicht, was er damit meinte.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie noch mal nachgefragt?

**Zeuge Markus Potzel:** Kann ich mich nicht erinnern.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie uns noch mal darstellen, wie im Untersuchungszeitraum von der politischen Leitungsebene Ihnen gegenüber migrationspolitische Aspekte besprochen worden sind?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, generell gab es natürlich ein Interesse vor allem seitens des BMI, Rückführungen durchzuführen unter den gegebenen Umständen, bis, ich glaube, Juni/Juli ungefähr.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie sehen Sie die Rolle des Auswärtigen Amtes, wenn ein anderes Ressort mit diesem Wunsch in die ressortgemeinsame Abstimmung tritt? Was wäre dann die Rolle des Auswärtigen Amtes?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Markus Potzel:** Das hängt von dem einzelnen Fall ab; also nicht von dem einzelnen Rückführungsfall. Aber die generelle Linie des Auswärtigen Amtes war, dass Rückführungen möglich sind, solange die Umstände vor Ort das zulassen.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Am 02.08., in der E-Mail, die ich ja gerade zitiert habe, ist ja zum Ausdruck gebracht worden, dass zumindest die afghanische Regierung nicht davon ausgeht, dass die Umstände noch passend sind. Können Sie sich daran erinnern, dass das Auswärtige Amt - Sie persönlich oder andere - das dem BMI gegenüber angesprochen hat?

**Zeuge Markus Potzel:** Daran kann ich mich nicht erinnern, weil ich ja dann auch nicht mehr in Funktion war, in Funktion „Sonderbeauftragter der Bundesregierung“.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber als designierter Botschafter, -

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - was ja noch mal mehr Ihre Nähe zu diesem - -

**Zeuge Markus Potzel:** Aber ich als designierter Botschafter entscheide nicht, ob es einen Rückführungsflug gibt oder nicht.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber Sie entscheiden, wie die Botschaft in Kabul immer in der ressortgemeinsamen Abstimmung bereit zu der Frage Rückführungen.

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und was haben Sie da entschieden?

**Zeuge Markus Potzel:** Habe ich nicht entschieden, weil ich ja nicht vor Ort war. Und ich war im Urlaub, wie gesagt.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wann ist Ihnen denn diese E-Mail bekannt - - Wann haben Sie die denn gelesen, wenn nicht am 02.08., als Sie sie bekommen haben?

**Zeuge Markus Potzel:** Das weiß ich nicht.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber nicht am 02.08.

**Zeuge Markus Potzel:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe daran wirklich keine Erinnerung mehr.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann habe ich noch eine Frage zu den Themen - - Szenarien. Sie haben ja vorhin gesagt, dass Sie auch mit der Leitungsebene, als Biden entschieden hat, dass es ein Time-based Approach jetzt doch ist, über Krisenpläne usw. gesprochen haben. Da wäre meine Frage: Haben sich diese Krisenpläne auf die Sicherheitslage bezogen oder auch auf die Frage: „Wer regiert dann in Kabul?“?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, Krisenpläne beziehen sich auf die Sicherheitslage.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Unabhängig davon, wer dann in Kabul regiert.

**Zeuge Markus Potzel:** Die Sicherheitslage ist nicht unabhängig davon, wer in Kabul regiert.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und wie ist der Zusammenhang?

**Zeuge Markus Potzel:** Weiß nicht, was Sie damit fragen wollen.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich wollte eigentlich vor allem auch wissen, ob Sie in diesen Gesprächen über die Szenarien auch aktiv in Betracht gezogen haben, im Land zu bleiben, sollte die Talibanregierung übernehmen.

**Zeuge Markus Potzel:** Das war eine Option.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das war eine Option.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie das noch mal ausführen, wie man sich das vorgestellt hat, warum das funktioniert? Also, es hätte ja eine Anerkennung der Talibanregierung mit geheißen.

**Zeuge Markus Potzel:** Nein.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Warum nicht? Also, wie kann man - das müssen Sie erläutern - eine Botschaft in einem Land aufrechterhalten, wenn man dann die Regierung nicht anerkennt?

**Zeuge Markus Potzel:** Die Türkei, Iran, Russland, China, Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Kirgistan, Kasachstan haben ihre Botschaften im Land behalten und erkennen die Regierung nicht an, bis heute nicht.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und das wäre auch eine Option gewesen für die Bundesrepublik?

**Zeuge Markus Potzel:** Das war eine Option.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und zwar - weil Sie die Länder jetzt ja auch noch mal aufgezählt haben - auch, wenn kein anderes westliches Land vor Ort bleiben würde.

**Zeuge Markus Potzel:** Wir haben in unserem eigenen Interesse darüber geredet. Kann sein, dass wir auch in Betracht gezogen haben, wie andere reagieren. Aber das war nicht der ausschlaggebende Grund.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Was war denn mit Blick auf den Erhalt der Botschaft auch unter einer möglichen Talibanregierung das eigene Interesse, was man dann noch mit der Botschaft erreichen wollte?

**Zeuge Markus Potzel:** Deutschland hat vielfältige Interessen in Afghanistan. Wenn Sie Leute - Afghanen, eigene Staatsbürger - evakuieren wollen, von denen Sie denken: „Die sollten evakuiert werden“, dann ist es sicherlich hilfreich, vor Ort

zu sein - hilfreicher, als wenn man nicht vor Ort ist.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** War das der ausschlaggebende Grund, warum man das auch unter einer Talibanregierung in Betracht gezogen hat?

**Zeuge Markus Potzel:** Das war sicherlich einer der Gründe.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Was waren noch andere wichtige Gründe?

**Zeuge Markus Potzel:** Andere Gründe sind zum Beispiel - - Berichterstattung über die Lage im Lande zum Beispiel, ja.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Durch Botschaftspersonal oder durch andere?

**Zeuge Markus Potzel:** Wenn Sie eine Botschaft vor Ort haben, dann durch Botschaftspersonal, ja.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gab es noch weitere Interessen? Innenpolitische? Sie haben ja auch vorhin gesagt: Das hat eine wichtige Rolle gespielt.

**Zeuge Markus Potzel:** Innenpolitische insofern, dass sicherlich „Terrorismusbekämpfung, Drogenbekämpfung“ ein Thema ist, das uns nach wie vor, glaube ich, beschäftigt, auch damals beschäftigt hat, und dass man, glaube ich, darüber besser im Bilde ist, wenn man vor Ort ist.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Über das Erstarben von Terrorismus?

**Zeuge Markus Potzel:** Über die Situation in Bezug auf Terrorismus.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Hat die Frage - - oder anders gefragt: Die Aussicht darauf, ohne Botschaft nur schwerlich oder gar nicht abschieben zu können, hat das eine Rolle gespielt bei der Überlegung?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich glaube, mich erinnern zu können, dass zu dem Zeitpunkt, als über diese



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Option gesprochen wurde, die Rückführungsflüge gestoppt waren. Aber ich bin mir nicht sicher, was den Zeitpunkt angeht.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja unabhängig - - für meine Frage jetzt, also - - Trotzdem kann man ja wieder aufnehmen.

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde das besprochen mit dem Minister?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich hatte ja vorher schon gesagt: Es ist hilfreich, wenn eine Botschaft vor Ort ist, um Rückführungsflüge entgegenzunehmen. Aber es ist nicht unmöglich, das auch ohne Botschaft zu tun.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ist es möglich, das zu tun, wenn die Taliban regieren?

**Zeuge Markus Potzel:** Das ist eine hypothetische Frage.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage ist ja, ob das erläutert wurde. Sie haben ja vorhin gesagt: Biden hat das entschieden; wir bleiben bis zu einem bestimmten Datum. - Damit wurden die Aussichten auf eine Einigung zwischen Taliban und der Afghanischen Republik immer unwahrscheinlicher, und für Deutschland stellte sich die Frage: Auf welches Szenario muss man sich einstellen? Und da ist jetzt meine Frage einfach, ob in diesen Besprechungen auch thematisiert wurde, dass man auch mit einer Talibanregierung noch abschieben könnte oder eben nicht.

**Zeuge Markus Potzel:** Das wurde meiner Erinnerung nach nicht besprochen.

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** Dann sind wir am Ende der Zeit -

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön.

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** - in dieser Runde für Bündnis 90/Die Grünen. - Es geht weiter mit der AfD. Herr Kollege Wundrak.

**Joachim Wundrak** (AfD): Ja, danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Potzel, helfen Sie mir bei einer Frage, die jetzt außerhalb meiner Aufzeichnung ist, aber von Interesse ist: Wie haben Sie die Rolle des ehemaligen Präsidenten Karzai in der letzten Phase der Republik wahrgenommen?

**Zeuge Markus Potzel:** Karzai wollte vermitteln, wollte helfen, eine Regierung - - einer Regierung helfen - - Sagen wir mal, er wollte helfen, eine Regierung ins Amt zu bringen, die eine breitere Zustimmung hat, als es die Regierung Ghani hatte.

**Joachim Wundrak** (AfD): Und wie war seine Rolle nach dem Scheitern der Republik oder unter den Taliban?

**Zeuge Markus Potzel:** Erst mal hat er versucht, wie wir vorher schon besprochen haben, ein Chaos in Kabul zu verhindern, indem er eben auch gesprochen hat mit beiden Seiten und versucht hat eben, ein Machtvakuum zu verhindern. Anschließend hat er zusammen mit Dr. Abdullah, die beide im Land geblieben sind, versucht - auch mit Hekmatjar zum Beispiel und den Taliban zusammen -, eine Transitions-, eine Übergangsregierung ins Leben zu rufen.

**Joachim Wundrak** (AfD): Ja, herzlichen Dank für die Auskunft. - Am 19. August 2021 sandten Sie einen Vermerk über Ihr soeben mit dem Top-Taliban Stanikzai in Doha geführtes Gespräch nach Berlin. Das ist MAT A AA-9.83 VS-NfD, Blatt 31. In Ihrem Gespräch wurde auch über die Ursachen der wilden Szenerie vom Kabuler Flughafen gesprochen. So gaben Sie Ihren Gesprächspartner mit folgenden Worten wieder - ich zitiere -:

„St.“

- Stanikzai -

„machte die USA für das Chaos am Flughafen ver-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

antwortlich. Es sei unverantwortlich, Leuten zu suggerieren, sie könnten ohne jegliche Ausweisdokumente auf einen Flieger in den Westen gelangen.“

Zitat Ende. - Als aufmerksamer Leser der in diesem Untersuchungsausschuss vorliegenden Beweismaterialien ist man dann doch etwas überrascht, dass der Taliban damals allein die USA für die fatalen Folgen der breitgestreuten Evakuierungsangebote verantwortlich machte, und mag dahinter vielleicht diplomatisches Fingerspitzengefühl Ihnen gegenüber sehen. Denn nicht die USA, sondern die Deutschen gingen ja ab dem 15. August 2021 ohne Abstimmung zur Vergabe von Visa on Arrival über, kommunizierten dies großflächig und ließen Abertausende von Ausreiseunberechtigten in den Flughafen und auf die deutschen Flieger. Über die unmittelbaren Folgen dieser Berliner Entscheidung kommunizierte Herr van Thiel laut MAT A BKAmT-3.37 VS-NfD, Blatt 189 und 190, mit K [REDACTED] J [REDACTED] - die ist im Krisenreferat AA zu verorten gewesen -, die Ihnen am 16. August 2021 in einer Mail zu den Geschehnissen von Kabul schrieb - Zitat -:

- „• Lage vor Ort nach Anruf van Thiel: ...
- Lage am Flughafen immer schwieriger ... Aufrufe in den sozialen Medien, DEU mit großzügigen Evakuierungsangebot ohne Nachweis von Papieren bewegt Leute [dazu], sich auf den Weg zu machen.“

Herr Potzel, haben Vertreter anderer Staaten oder auch deutsche Kollegen anderer Ressorts, Soldaten der Bundeswehr Ihnen gegenüber kritisch thematisiert, dass die großzügigen Evakuierungsangebote Deutschlands zur Lageverschärfung am Kabuler Flughafen beitrugen?

**Zeuge Markus Potzel:** Nein. Und ich muss auch sagen, dass das so ziemlich alle Staaten so gehandhabt haben nach dem 15. August, alle Staaten, die eben Evakuierungsflüge durchgeführt haben.

**Joachim Wundrak (AfD):** Während der militärischen Evakuierungsmission überboten sich die deutschen Medien und Regierungspolitiker gerade darin, die Taliban als Killerbande darzustellen, denen es nun vor allem darum ginge, Rache an zuvor für den Westen arbeitenden Afghanen zu üben. Aus den Unterlagen wissen wir längst, wie realitätsfern diese Darstellungen gewesen sind. Gut informierte Beobachter brauchten hierfür keinen Untersuchungsausschuss, sondern durchschauten diese Fehldarstellungen schon damals. So sagte der Grünen-Chef Nouripour noch während der laufenden Evakuierungsmission dem „heute journal“ laut MAT A AA-9.03 VS-NfD, Blatt 22, die Debatte um die Ausreise von Afghanen nach Deutschland sei - Zitat Nouripour -

„einfach eine Nebelkerze, die ablenkt vom großen Scheitern und Versagen dieser Regierung.“

Zitat Ende.

Wenige Tage zuvor hatten Sie, Herr Potzel, sich am 19. August laut MAT A AA-9.83 VS-NfD, Blatt 31 f. mit dem Top-Taliban [REDACTED] in Doha getroffen. In Ihrem Vermerk zu diesem Gespräch notierten Sie fettgedruckt und wörtlich - Zitat -:

„Auf mein Insistieren konzidierte [REDACTED],“

- [REDACTED] -

„dass Afghaninnen und Afghanen, die gültige Ausweispapiere und ein deutsches Empfehlungsschreiben bei sich hätten, durchgelassen würden.“

Zitat Ende. - Für wie verlässlich Sie, Herr Potzel, die Taliban einschätzten, geht dann daraus hervor, dass Sie sich im weiteren Verlauf des Gesprächs bittend an die Taliban wandten und den Kontakt zwischen einer in Kabul verbliebenen Ortskraft der deutschen Botschaft und der Talibanspezialeinheit 313 - das waren die für die Sicherheit der Botschaft Zuständigen - vermittelten. In Ihrer Wertung des Gesprächs mit [REDACTED]



## Nur zur dienstlichen Verwendung

■■■■■■■■■■ hielten Sie fest - und das ist ein Zitat -:

„Mein Eindruck ist, dass sie“

- Taliban -

„unsere Hilfe nötiger haben als umgekehrt. Sie haben Interesse an der Fortsetzung unseres Engagements (v.a. EZ).“

- Entwicklungszusammenarbeit -

„beschwören immer wieder die ... alte Freundschaft zwischen AFG und DEU.“

Zitat Ende. - Gegenüber Staatssekretär Berger hielten Sie laut MAT A AA-9.08 VS-NfD, Blatt 193 zum Gespräch mit ■■■■■■■■■■ fest:

„War gutes Gespräch, ich habe das Gefühl, sie brauchen uns mehr als wir sie.“

Dass sich die Taliban als wortgetreu erwiesen haben, wissen wir aus etlichen Beweismaterialien, unter anderem auch von einem Mitarbeiter der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, der diesem Ausschuss im April 2023 sehr deutlich gemacht hat, dass die Taliban seit August 2021 Zehntausende Afghanen mit Klarnamen legal und geordnet Richtung Deutschland haben ausreisen lassen.

Meine Frage: Hat es während der militärischen Evakuierungsmission Überlegungen innerhalb der Bundesregierung gegeben, die Talibanzusagen zu legalen Ausreisen von Afghanen nach Ende der Evakuierungsmission großzügig - - großflächig zu kommunizieren, um auf diese Weise weitere chaotische Zustände am Kabuler Flughafen zu verhindern?

**Zeuge Markus Potzel:** Können Sie die Frage noch mal wiederholen? Die klang mir jetzt gerade ein wenig suggestiv.

**Joachim Wundrak (AfD):** Nein, die ist nicht suggestiv. Ich frage, ob es während der Evakuierungsoperation Überlegungen innerhalb der Bundesregierung gegeben hat, die Talibanzusagen - die ich ja vorher zitiert habe - zu legalen Ausreisen von Afghanen nach Ende der Evakuierungsmission großflächig zu kommunizieren, um auf diese Weise weitere chaotische Zustände am Kabuler Flughafen zu verhindern, und, wenn nicht, warum nicht? Weil eine Entlastung dieser Situation ja durchaus willkommen gewesen wäre.

**Zeuge Markus Potzel:** Soweit ich mich erinnern kann, war es im Interesse der Bundesregierung, zu kommunizieren, dass es auch über das Abzugsdatum hinaus, also 31. August hinaus, möglich wäre, legal auszureisen.

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** Die Zeit ist damit vorbei.

**Joachim Wundrak (AfD):** Schon wieder?

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** Wenn man eine sehr lange Frage formuliert, dann bleibt natürlich wenig Zeit für Antworten und weitere Fragen. - Es geht weiter mit der FDP.

**Peter Heidt (FDP):** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sie hatten, glaube ich, mit dem Kollegen Röwekamp schon über das Stenografische Protokoll 20/66, Seite 102 gesprochen. Da gibt es die Aussage von dem Botschafter van Thiel, dass er aufgrund seiner Erfahrung mit Afghanistan gerne Gespräche mit den örtlichen Taliban geführt hätte, da man in Afghanistan immer sicherer sei, wenn man sich regionale wie persönliche Beziehungen - - und entsprechend absichere - Zitat -:

„Das wäre auch mein Ding für Kabul. Das war mein Ansatz, aber das war nicht mit den Kollegen in Berlin zu machen. Die wollten das partout nicht, also dass ich in Kontakt trete.“

Der Wunsch rührte wohl daher, dass die Talibanführer vor Ort, Haqqani und Yakub, eher weniger zu den vermeintlich moderaten Taliban in Doha



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gehörten. Sie hatten hier im Ausschuss gesagt jetzt, dass Sie auch diesem Ansatz nicht zugestimmt hätten und dass Sie das für zu gefährlich gehalten haben. Sie sagten irgendwie auch, dass Sie nicht wussten, mit wem der Thiel da eigentlich sprechen wollte. Und das ist jetzt so ein bisschen meine Frage: Warum haben Sie sich mit Thiel darüber nicht ausgetauscht?

**Zeuge Markus Potzel:** Weil für mich die Sache relativ klar war, dass er vor Ort keinen Ansprechpartner der Taliban hat. Wenn er das gehabt hätte, hätte er sicherlich vorher darüber berichtet.

**Peter Heidt (FDP):** Okay. - Aber Sie würden doch auch sagen, dass man in Afghanistan sehr regional denkt.

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:**  
Das ist ein schlechter Beginn einer Frage.

**Peter Heidt (FDP):** Okay. Da haben Sie recht, Herr Vorsitzender. Vielen Dank für den Hinweis. - Also, in Afghanistan ist nach unserer Kenntnis es so, dass man immer einen regionalen Aspekt berücksichtigen sollte; der ist in Afghanistan sehr wichtig. Und deshalb meine Frage: Haben Sie nicht grundsätzlich die Idee von Thiel ganz gut gefunden, so einen regionalen Ansatz zu suchen?

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:**  
Das wird nicht besser.

(Heiterkeit)

Offen formulieren, nach Tatsachen fragen.

**Peter Heidt (FDP):** Also: Warum haben Sie diesen regionalen Aspekt nicht weiterverfolgt?

**Zeuge Markus Potzel:** In Kabul verfolgen Sie keinen regionalen Aspekt. Kabul ist die Hauptstadt, das Zentrum. Wenn Sie vom regionalen Ansatz sprechen, dann müssen Sie nach Khost gehen oder nach Helmand oder nach Ghor. Das war Herrn van Thiel nicht möglich.

**Peter Heidt (FDP):** Okay. - Hier im Ausschuss hatten wir jetzt auch schon über E-Mail-Verkehr gesprochen, 10. August. Das war MAT AA-8.264

VS-NfD, Blatt 943, 944 [sic!]. Und da war es so, dass der persönliche Referent von Herrn Berger auf Ihre Mail hin erwähnt, dass sich die negativen Ereignisse ja dann überschlagen würden. Da haben Sie am 11. August geantwortet:

„Bin morgen bei einer Schalte mit StS'in L dabei. Werde vorschlagen, jetzt mal eine Krisen...sitzung einzuberufen, bei der beschlossen werden sollte, 1) alle Deutschen zur unverzüglichen Ausreise aufzufordern, 2) die Botschaft ausdünnen. Auch Fragen des OKV sollten dort besprochen werden. Höre, dass das BMVg uns die Verantwortung für Charterflüge zuschieben will. Aus meiner Sicht sind für BW-OK nach wie vor das BMVg, für BPol-OK das BMI zuständig. Und solange noch kommerzielle Airlines fliegen, müssen wir auch ... keine Charterflieger schicken.“

Jetzt erst mal ganz allgemein da eine Frage: Gibt es eigentlich Leitlinien im AA dafür, ab wann man eine Krisenstabssitzung mindestens einberuft, oder ist das eher so eine Art Bauchgefühl, den Personen überlassen?

**Zeuge Markus Potzel:** Das wird natürlich täglich im Auswärtigen Amt besprochen, wenn ein Land in eine Krise rutscht. Es gibt die Staatssekretärsrunde, also die sogenannte D-Runde, jeden Morgen im Auswärtigen Amt, und da wird über solche Sachen gesprochen. Und da gibt es - - Na ja, ist kein Bauchgefühl, dass - - Eine Entscheidung über die Einberufung einer Krisenstabssitzung wird auf der Grundlage von Informationen getroffen, die das Lagebild wiedergeben.

**Peter Heidt (FDP):** Aber so eine Art Leitfaden, ausformuliert, gibt es nicht?

**Zeuge Markus Potzel:** Nee, weil jede Krise, jede Lage anders ist.

**Peter Heidt (FDP):** Okay. - Sie waren ja damals durchaus der Meinung, dass die deutschen Staatsbürger unverzüglich zur Ausreise aufgefordert werden sollten. Das haben ja andere Staaten



## Nur zur dienstlichen Verwendung

schon früher gemacht. „Unverzüglich“ ist, finde ich, recht deutlich. Warum haben Sie sich entschieden, sich diesen Vorschlag zu einer Krisenstabsitzung erst für den Folgetag vorzunehmen?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, ich entscheide ja dann nicht über die Einberufung des Krisenstabs, nicht als Sonderbeauftragter der Bundesregierung für Afghanistan/Pakistan. Das ist eine Entscheidung des Krisenbeauftragten, der ich ja auch mal war. Und das wird abgestimmt mit der Hausleitung, mindestens mit dem Staatssekretär -

**Peter Heidt (FDP):** Okay.

**Zeuge Markus Potzel:** - oder Staatssekretärin in dem Fall.

**Peter Heidt (FDP):** Richtig, genau. - Dann Thema Ortskräfte: Ich möchte Sie zunächst bitten, mal darzulegen, warum Sie damals so vehement darauf gepocht haben, dass jedes Ressort sich getrennt um die Ausreise der eigenen Ortskräfte kümmern sollte.

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, weil jedes Ressort am besten wusste, wer ihre Ortskräfte sind, und jedes Ressort dann einen Ansprechpartner zur Verfügung stellte. Es war klar, dass das Auswärtige Amt - was übrigens eine sehr geringe Anzahl an Ortskräften hat, verglichen mit dem BMZ oder dem BMVg - behilflich sein würde bei der Ausstellung von Visa zum Beispiel. Und so hat das Auswärtige Amt auch schon sehr früh damit begonnen, das Ortskräfteverfahren praktisch einzuleiten mit der IOM, der International Organization for Migration, die dort eben diese Anträge auf Aufnahme ins Ortskräfteverfahren entgegengenommen hat und die auch Pässe an die nächste Visastelle geschickt hat und wieder entgegengenommen hat. Also, das Auswärtige Amt war da schon recht - - sehr früh aktiv.

**Peter Heidt (FDP):** Ja, richtig. Und das AA hatte ja wohl auch von allen Afghanistan-Ressorts die meiste Erfahrung in der Organisation von Charterflugaktionen, wie es die Hinweise auf die Rückholung im Rahmen der Coronakrise - - wurde es ja erprobt. Warum waren Sie trotzdem der Meinung, dass das AA diese Expertise nicht

bei den anderen Ressorts und den Ortskräften einsetzen sollte?

**Zeuge Markus Potzel:** Das war nicht die Auffassung des Auswärtigen Amtes. Das Auswärtige Amt hat natürlich seine Expertise zur Verfügung gestellt. Es gab regelmäßige Ressortrunden dazu.

**Peter Heidt (FDP):** Ja. - Anderer Umstand ist, dass Sie in dem Zitat die generelle Notwendigkeit der Charterflüge zu diesem Zeitpunkt infrage gestellt haben.

**Zeuge Markus Potzel:** Ja.

**Peter Heidt (FDP):** Aus den Unterlagen der Botschaft wissen wir, dass sich die Buchung von Flügen mindestens zwei Tage nach Ihrer Mail aufgrund hoher Auslastung selbst für die deutsche Botschaft bereits sehr schwer gestaltete. Haben Sie im Vorfeld von Debatten um Charterflüge jemals neben dem generellen Umstand, dass noch Fluglinien in Kabul landeten, geprüft, ob die Kapazitäten der Linienflüge tatsächlich für die Nachfrage ausreichen können oder ob der entstehende Buchungsstau vielleicht doch eine gefährliche Verzögerung für Ortskräfte darstellen könnte und auch für die deutschen Staatsbürger, die ja nach einer Ausreiseaufforderung auch um diese Sitzplätze konkurrieren würden?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, ich persönlich habe das nicht überprüft. Aber ich kann mir - - Also, ich bin mir sicher, dass die Botschaft in Kabul durchaus diese Prüfung vorgenommen hat.

**Peter Heidt (FDP):** Aber positiv wissen tun Sie das nicht.

**Zeuge Markus Potzel:** Nein.

**Peter Heidt (FDP):** Okay. - Die USA flogen gemäß eines Mailberichts, der uns in MAT A AA-8.264 VS-NfD, Blatt 943 und 944 vorliegt, schon um den 1. August herum Ortskräfte und Staatsbürger aus. Warum war es keine Option, sich hier im Einklang mit den USA auf diesen Worst Case vorzubereiten?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Markus Potzel:** Ich glaube, gerade was das Ausfliegen von Ortskräften oder eigenen Staatsangehörigen angeht - - bis zu diesem Zeitpunkt jedes Land erst mal für sich entschieden hat, weil auch die Ausgangslage der verschiedenen Länder, wie ich bereits vorher ausgeführt habe, unterschiedlich war.

**Peter Heidt (FDP):** Und Abstimmungen mit den anderen Ländern, Absprache gab es da überhaupt nicht, oder - -

**Zeuge Markus Potzel:** Absprache nicht, aber es gab einen Informationsaustausch vor Ort.

**Peter Heidt (FDP):** Okay.

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** Damit ist die Zeit vorbei. Ich blicke zur SPD. Die hat vorher erklärt, keine weiteren Fragen zu haben. - Bei dem bleibt es. - Dann geht es weiter mit der Union. Thomas Röwekamp.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Herr Potzel, ich habe noch mal eine Frage zu diesem Evakuierungsplan, über den wir ja vorhin schon miteinander gesprochen hatten, den ich Ihnen vorgelegt hatte. Ich weiß nicht: Haben Sie den noch vorliegen? Wollen Sie ihn noch mal - -

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, ja, den habe ich noch.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ja, genau. - Also, das ist noch mal MAT A AA-9.84 VS-NfD, Blatt 5 f. Da würde ich Ihr Augenmerk gerne mal auf die zweite Seite richten. Da ist eine Aufzählung von a bis g über die Personengruppen, die zwingend oder optional unter der Verantwortung des Auswärtigen Amtes berechtigt sind für die Evakuierung. Und da steht unter Buchstabe g:

„Lokal Beschäftigte anderer Ressorts, der EUDEL, o.ä.: unbekannte Zahl im drei-bis vierstelligen Bereich“

Zitat Ende. - Und es wird dann sozusagen in der Abstufung im folgenden Absatz gesagt, wie evakuiert wird. Und mir geht es jetzt um die Evakuierung Lokalbeschäftigter. Unter Ziffer f steht

dann - - Also, das sind die lokal Beschäftigten der Botschaft selbst, 57 Personen plus Familienangehörige. Da steht also: Die Lokalbeschäftigten, also diese 57, sind „ebenfalls im Rahmen einer Evakuierung zu berücksichtigen“, und dann steht da: „aber den Familienangehörigen [ist] eine vorzeitige Ausreise im Rahmen des OKV zu ermöglichen“. Und zu den Lokalbeschäftigten anderer Ressorts wird in dem Papier zur Evakuierung nichts weiter gesagt. Meine Frage ist jetzt: Haben Sie das Papier so verstanden, dass für die Evakuierung nur vorgesehen waren die eigentlichen lokal Beschäftigten ohne Ihre Angehörigen, weil die sollten im Ortskräfteverfahren ausreisen, und auch keine lokal Beschäftigten anderer Ressorts?

**Zeuge Markus Potzel:** Lokalbeschäftigte anderer Ressorts kommen ja unter Punkt g.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ja, aber für die wird nichts weiter in dem nächsten Absatz gesagt. Deswegen frage ich Sie nach dem Verständnis, ne? Also, ich will nur das Papier verstehen oder wissen, wie Sie das Papier verstanden haben. Also, da wird eine Gruppe aufgezählt - klar: deutsche Staatsangehörige, Botschaftsangehörige, haste nicht gesehen -, die sind alle berechtigt im Sinne der Evakuierungsplanung. Und dann steht:

„Die unter Punkt f. und g. genannten lokal Beschäftigten würden als Angehörige des Gaststaats in der Regel nicht in die Gruppe der zu Evakuierenden fallen.“

So beginnt der Absatz.

**Zeuge Markus Potzel:** Welcher Absatz ist das jetzt?

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Das ist der Absatz direkt unter Buchstabe g.

(Der Zeuge liest in einem Dokument)

Und meine Frage ist dazu jetzt nach Ihrer Wahrnehmung und Ihrem Verständnis dieses Evakuierungsplanes, ob eine Evakuierung von lokal Beschäftigten und ihren Angehörigen mit Aus-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nahme der unmittelbar bei der Botschaft beschäftigten 57 lokal Beschäftigten in der Evakuierungsplanung am 11. August nicht vorgesehen war.

**Zeuge Markus Potzel:** Das kann ich mir nicht vorstellen. Ich glaube - - In der Praxis war es ja dann doch anders, ne?

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Das wissen wir. Aber wir reden ja nicht über die Frage, was am Flughafen passiert ist, sondern - - die Frage: Wie hat das Auswärtige Amt die Evakuierung geplant? Das ist jetzt meine Frage. Weil ja der Auftrag des Ausschusses ist, zu untersuchen, ob die Vorbereitung der Evakuierungsmaßnahme vollständig, richtig oder vielleicht - - mit welchen Fehlern behaftet war. Deswegen versuche ich jetzt, aufzuspüren. Ich bin am 11. August. Das Auswärtige Amt macht eine Evakuierungsplanung, listet die Beschäftigten auf und führt dann aus: „Die lokal Beschäftigten würden in der Regel nicht drunterfallen“, macht dann die Ausnahme für die 57 Beschäftigten der Botschaft selbst - sie sollen im Rahmen der Evakuierung berücksichtigt werden -, und sagt dann: Die anderen Familienangehörigen im Ortskräfteverfahren.

**Zeuge Markus Potzel:** Da würde ich Sie gern - -

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ich frage Sie ja: Wie haben Sie das Papier damals verstanden? Sollten nach dieser Evakuierungsplanung auch Ortskräfte anderer Ressorts und Angehörige von Ortskräften evakuiert werden?

**Zeuge Markus Potzel:** Das kann ich Ihnen wirklich nicht mehr sagen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ja. - Wenn Sie das Papier - -

**Zeuge Markus Potzel:** Also, ich habe das Papier - -

(VLR Andreas Gloßner  
(AA) meldet sich zu Wort)

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** Die Bundesregierung wünscht das Wort.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Ja, also, ich sehe, dass sozusagen langsam man versucht, den Zeugen auf eine, ja, missverständliche Antwort letztlich hinzubewegen. Denn der Zeuge hat mehrfach zu diesem Dokument schon ausgesagt, dass er a) im Urlaub war zu der Zeit und b) an der Erstellung des Dokuments nicht beteiligt war. Das wollte ich gerade zu bedenken geben.

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** Aber die Frage war ja sozusagen nach der Interpretation und nach dem Verständnis der Formulierung.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ja, genau.

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** Die würde ich jetzt mal noch zulassen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Er hat das Papier zur Kenntnis genommen, gelesen - also, so habe ich das verstanden -, und dann wird er ja auch ein Verständnis davon haben. Also, meine Frage ist jetzt: Sind Sie davon ausgegangen, dass von der Evakuierungsoperation auch Lokalbeschäftigte anderer Ressorts und ihre Familienangehörigen umfasst sind, oder nicht?

**Zeuge Markus Potzel:** Das kann ich Ihnen beim besten Willen nicht mehr sagen, was ich damals dazu gedacht habe zu dieser speziellen, spezifischen Frage.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Mhm. - Ist das Gegenstand von Erörterungen gewesen, zum Beispiel im Krisenstab am 13.08.?

**Zeuge Markus Potzel:** Das kann man sicherlich im Protokoll nachlesen; aber ich kann mich nicht erinnern, dass wir derart in die Einzelheiten gegangen sind.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ja. - Ist über das Thema „Evakuierung von Lokalbeschäftigten“ dort nach Ihrer Erinnerung gesprochen worden?

**Zeuge Markus Potzel:** Nach meiner Erinnerung, ja, allerdings nicht bis ins kleinste Detail.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Mhm. - Erinnern Sie sich noch, ob differenziert wurde zwischen unterschiedlichen Gruppen von Lokalbeschäftigten oder zwischen Lokalbeschäftigten und ihren Familienangehörigen?

**Zeuge Markus Potzel:** Daran erinnere ich mich nicht.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Wurde bei den Angehörigen nach Ihrer Erinnerung differenziert über den Verwandtschaftsgrad?

**Zeuge Markus Potzel:** Daran erinnere ich mich nicht.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ist in der Folge, also nach dem 11. August, wo dieses Papier erstellt wurde und Ihnen danach zur Kenntnis gelangt wurde, und nach der Krisenstabssitzung am 13.08., nach Ihrer Erinnerung über das Thema der Berechtigung zur Evakuierung noch mal gesprochen worden und, wenn ja, mit welchem Inhalt?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, über Evakuierung wurde gesprochen in jeder Krisenstabssitzung, die dem Zusammenbruch Kabuls am 15. August folgte. Aber ich kann mich nicht erinnern, dass es in solche Einzelheiten ging.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Mhm. - War nach Ihrer Erinnerung am 11. August und bei der Krisenstabssitzung am 13. August das sogenannte Ortskräfteverfahren überhaupt noch in Aktion?

**Zeuge Markus Potzel:** Soweit ich mich erinnere, ja.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Das heißt, dieses Verfahren - ich frage nur noch mal - - Gefährdungsanzeige wird gestellt, dann wird sozusagen geprüft, eine Aufnahmezusage erteilt, und dann kann man sich ein Visum besorgen und dann einreisen. Das ist das Ortskräfteverfahren. War das noch in Kraft im August?

**Zeuge Markus Potzel:** Soweit ich mich erinnere, ja.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Mhm. Okay. - Dann würde ich jetzt von diesem Papier wieder weggehen und Ihnen vorhalten, dass Sie in der Mail vom 13. August, über die wir schon mal gesprochen haben - das ist MAT A AA-8.36 VS-NfD, Blatt 116 und 117 -, schreiben - ich zitiere -: Am liebsten würden Sie „so lange wie möglich auf dem Compound bleiben“. Allerdings mache Ihnen die - in Anführungsstrichen - „offene Nordflanke Sorgen“. Können Sie uns noch mal kurz sagen, ob die Aussage zutreffend ist, dass Sie so lange wie möglich am Compound bleiben wollten, und was für Sie der Punkt gewesen wäre, zu dem der Compound nach damaliger Kenntnis hätte geräumt werden müssen? Und was ist eigentlich die „offene Nordflanke“?

**Zeuge Markus Potzel:** Das stimmt. Die Aussage habe ich getan und die habe auch aus gutem Gewissen so gemacht. Die „offene Nordflanke“ ist der Zugang zur Botschaft über den Checkpoint Wazir Akbar Khan/15. Straße, kontrolliert von den Briten, weil die Briten unsere Nachbarn waren. Was für mich der Kippunkt war - darüber hatten wir ja vorher schon gesprochen -, ist, dass die Amerikaner - - im Falle eines Abzugs der Amerikaner und der Briten die Green Zone unbeschützt würde. Und das war dann für uns auch der Point of no Return, wo wir dann auch rausgehen mussten.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Okay. - Ich würde dann noch einen weiteren Punkt im Zusammenhang mit der Evakuierung gern mit Ihnen besprechen. Und zwar hat der Zeuge „Fisch“ hier im Ausschuss gesagt, er habe am Samstag, den 14. August 2021, eine E-Mail von Ihnen erhalten - das ist das vorläufige Stenografische Protokoll 20/62 I, Seite 60; Zitat -, also, er hat eine E-Mail von Ihnen bekommen, und ein Zitat aus dieser E-Mail -:

„Er hat mich dazu aufgefordert dann, in der Botschaft zu verbleiben und die Pläne, zum Flughafen zu verlegen, ad acta zu legen, weil es am Flughafen ja viel gefährlicher ist als in der Botschaft selbst. Und die Taliban bräuchten wir nicht zu fürchten. Und er



## Nur zur dienstlichen Verwendung

würde mir ... KSK-Soldaten schicken. Das waren seine Worte.“

Zitat Ende. - Können Sie sich daran erinnern, dass Sie mit dem Zeugen „Fisch“ einen solchen E-Mail-Kontakt hatten?

**Zeuge Markus Potzel:** Nein.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** War es denn Ihrer Auffassung nach zutreffend, dass am 14. August es sicherer gewesen wäre, in der Botschaft zu verbleiben, als zum Flughafen zu verlegen?

**Zeuge Markus Potzel:** Wenn die Green Zone rund um die Botschaft geschützt gewesen wäre, dann mag diese Aussage zutreffen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Haben Sie über die Entsendung von KSK-Soldaten in diesem Zusammenhang mit dem Zeugen „Fisch“ gesprochen?

**Zeuge Markus Potzel:** Nein. Das liegt auch nicht in meinem Aufgabenbereich.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Das heißt, die Aussage des Zeugen „Fisch“, dass Sie ihm zugesagt hätten, KSK-Soldaten zu schicken, ist falsch?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja. \*

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Wie haben Sie mit - - oder: Haben Sie grundsätzlich mit dem Sicherheitsberater der Botschaft in Kabul kommuniziert?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, wir hatten Mailkontakt.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Nur per Mail, oder haben Sie auch hierfür Messengerdienste benutzt?

**Zeuge Markus Potzel:** Nur per Mail.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Mhm. - Hatten Sie Kenntnis davon, dass der Sicherheitsberater die Verlegung der Botschaft zum Flughafen empfiehlt?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich denke schon, ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Was waren Ihre Argumente, sich gegen eine Verlagerung zum Flughafen auszusprechen?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, wie ich ja schon geschrieben habe, war mein Ansatz der, dass es für das Botschaftspersonal unter den Bedingungen, dass die Green Zone geschützt wird, sicherer wäre, in der Botschaft zu verbleiben, mit allen Sicherheitskonzepten, die wir hatten. Genau, das war das Argument.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Haben Sie diese Entscheidung mit der Hausspitze abgestimmt?

**Zeuge Markus Potzel:** Was für eine Entscheidung?

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Also, am Compound zu verbleiben und nicht zum Flughafen zu verlegen, obwohl der Sicherheitsberater diese Empfehlung geben hatte.

**Zeuge Markus Potzel:** So eine - - Ich weiß nicht, ob das eine Entscheidung war. Zu dem Zeitpunkt habe ich mich auf alle Fälle mit der Hausleitung ausgetauscht, ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Mit wem genau?

**Zeuge Markus Potzel:** Daran kann ich mich jetzt nicht mehr erinnern, zwei und ein Dreivierteljahr später. Aber ich - - Nach der gängigen Praxis wird es der Staatssekretär - - Staatssekretärin gewesen sein.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Mhm. - Aber eine Erinnerung an das Gespräch haben Sie jetzt selbst nicht mehr?

**Zeuge Markus Potzel:** Nein.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Okay. - Es gibt einen weiteren Vorgang, der auch den 14. August beschreibt, an dem Sie - nach unseren Unterlagen zumindest - nicht unmittelbar beteiligt sind. Da gibt es eine Vorlage - das ist MAT A AA-8.37



## Nur zur dienstlichen Verwendung

VS-NfD, Blätter 41 bis 45 - aus dem Referat 107, das ja für Sicherheit der Auslandsvertretung zuständig ist, eine Vorlage zur Billigung an die Abteilungsleiterin mit Betreff „EILT“. Darin heißt es - ich zitiere -:

**„Ein schnellstmögliches Verlassen des Compounds aller Angehöriger der Botschaft, spätestens bis zu dem Zeitpunkt, an dem die US-Botschaft verlassen wird, sollte oberste Priorität haben.“**

Zitat Ende. - Meine Frage ist: Kannten Sie diese Einschätzung und Empfehlung aus dem Referat 107? Ist die Ihnen zur Kenntnis gegeben worden?

**Zeuge Markus Potzel:** Könnte ich die mal sehen, bitte?

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Gerne. Legen wir Ihnen vor.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Markus Potzel:** Ich denke schon, dass ich davon Kenntnis hatte.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Würden Sie sagen, dass sich die Einschätzung aus dem Referat 1- -

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** Nein. Bitte offen formulieren.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Also: Inwieweit deckt sich die Einschätzung des Referats 107 mit Ihrer Auffassung?

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, deckungsgleich.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Okay. Vielen Dank. - Frau Dr. Haber hat hier im Ausschuss auch erklärt, dass sie nicht überrascht war, als sie von den Evakuierungsplanungen der USA erfahren habe; das ist das endgültige Stenografische Protokoll 20/58, Seite 16 und 17. Sie sagte weiter - ich zitiere -:

„Im deutschen Verständnis lag immer ein Risiko ... einer Beschleunigung von Evakuierungsmaßnahmen oder Reduzierung der Botschaft ... in der politischen Aussage ..., weil sie als Schritt verstanden werden konnte, der infrage stellte das eigentliche Ziel ..., nämlich den Verbleib der Botschaften und den Verbleib der internationalen Gemeinschaft. Also beides war ein Zielkonflikt.“

Zitat Ende. - Würden Sie dieser Einschätzung zustimmen, dass es diesen Zielkonflikt zum damaligen Zeitpunkt - -

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** Offen formulieren.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Wieweit stimmen Sie der Einschätzung zu, dass es diesen Zielkonflikt damals gegeben hat?

(VLR Andreas Gloßner  
(AA) meldet sich zu Wort)

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** Herr Gloßner.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Entschuldigung, aber da wird ja nach einer Einschätzung aus heutiger Sicht gefragt.

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** Ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Stimmten Sie damals dieser Aussage von Frau Dr. Haber zu?

(VLR Andreas Gloßner  
(AA) meldet sich zu Wort)

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** Herr Gloßner.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Da es die Aussage damals noch nicht gab, konnte der Zeuge ja damals wahrscheinlich noch nicht zustimmen.

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Entspricht die Aussage von Frau Dr. Haber auch Ihrer Wahrnehmung, dass es diesen Zielkonflikt gegeben hat?

**Zeuge Markus Potzel:** Wie war der Zielkonflikt noch mal? Können Sie das noch mal - -

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Der Zielkonflikt lag sozusagen in der Gewährleistung der Sicherheit der Botschaft versus Signal „Wir ziehen ab“.

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, diesen Zielkonflikt gab es, natürlich.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Genau. - Frau Dr. Haber hat dann weiter gesagt - Zitat -:

„Und für Amerikaner gab es diesen Zielkonflikt auch. Aber für Amerikaner ist in einem solchen Zielkonflikt Sicherheit immer auch die oberste Priorität.“

Aus Ihren Gesprächen: Würden Sie auch sagen, dass für die Amerikaner - -

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** Offen formulieren.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Inwieweit würden Sie auch sagen, dass die Amerikaner die Sicherheit in diesem Zielkonflikt als oberste Priorität in dem damaligen Zeitpunkt gesehen haben?

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** Nein, das muss eine offen formulierte Frage nach - -

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Inwieweit würden Sie sagen, dass dieser Zielkonflikt bei den Amerikanern damals aus Ihrer Wahrnehmung auch mit der Priorität Sicherheit beantwortet wurde?

**Zeuge Markus Potzel:** Das kann ich nicht sagen, weil ich mich da zu wenig mit der Situation in den Vereinigten Staaten auskenne. Da ist Frau Haber als ehemalige Botschafterin besser prädestiniert.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Nun haben Sie gesagt, den Zielkonflikt selbst haben Sie auch gesehen.

**Zeuge Markus Potzel:** Ja, natürlich, ja.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Gibt es - -

**Zeuge Markus Potzel:** Den Zielkonflikt hat, glaube ich, jeder Staat gehabt, der dort mit einer Botschaft vertreten war.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Wann war für Sie der Kipppunkt, wo Sie gesagt haben damals, in diesem Zielkonflikt geht Sicherheit vor, ich sage mal, Botschaft ins Land?

**Zeuge Markus Potzel:** Na ja, ich habe ja bereits gesagt: Der Kipppunkt war aus meiner Sicht die Entscheidung der Amerikaner, abzuziehen und eben nicht mehr die Sicherung der Green Zone zu gewährleisten.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Und das war aus Ihrer Erinnerung heraus genau wann?

**Zeuge Markus Potzel:** Das war aus meiner Erinnerung heraus in der zweiten Tageshälfte des 14.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Können Sie das - -

**Zeuge Markus Potzel:** Da habe ich ja dann auch meine Meinung, meine Haltung gegenüber der Botschaft und konkret dem Sicherheitsbeamten der Botschaft, „Fisch“, revidiert.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Gab es da einen ganz konkreten Anlass? Können Sie den noch erinnern? Irgendeine Information, die - -

**Zeuge Markus Potzel:** Irgendeiner - - Moment, das war die Mitteilung von Frau Haber, dass sie [REDACTED], mit [REDACTED] sie gesprochen hat, gehört hat: Wir ziehen ab.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Okay. - Herr Potzel, ich habe eine letzte Frage noch. Und zwar beziehe ich mich auf MAT A AA-9.44 VS-NfD,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Blatt 221 bis 223. Als Sie im August 2021 in Doha waren, haben Sie Stichworte für ein Interview von Minister Maas zur aktuellen Lage zu-geliefert. Unter anderem haben Sie geschrieben - Zitat -:

„Nicht nur wir und unsere Part-ner, auch TLB“

- die Taliban -

„selbst seien überrascht gewesen von ihrem schnellen Einmarsch in Kabul.“

Zitat Ende. - Woher haben Sie diese Erkenntnis, dass die Taliban überrascht gewesen sind?

**Zeuge Markus Potzel:** Aus meinen Gesprächen, die ich nach meinem Eintreffen in Doha mit den Taliban geführt habe.

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** Vielen Dank. - Dann geht es weiter mit Bündnis 90/Die Grünen, mit Sara Nanni.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich kann es auch, glaube ich, relativ kurz machen. Bevor ich eine Frage stelle, Herr Potzel, noch eine Anmerkung: Ich halte es mindestens für un-plausibel, dass Sie sich so an gar nichts erinnern können, was in der Krisensitzung besprochen wurde.

Deswegen noch mal die Frage: In welcher Situa-tion haben Sie sich denn befunden, jetzt organi-satorisch, physisch, als Sie an der Krisensitzung teilgenommen haben? Wo war Ihr Aufenthalts-ort? Wie waren Sie ausgestattet? Hatten Sie die ganze Zeit guten Empfang? Konnten Sie richtig zuhören?

**Zeuge Markus Potzel:** Also, nach meiner Erinne-rung war ich da schon in Berlin und habe Koffer gepackt.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie haben an der Krisenstabssitzung teilgenommen, während Sie Ihren Koffer gepackt haben?

**Zeuge Markus Potzel:** Na, nicht „während“; aber ich habe dann sicherlich beim Kofferpacken eine Pause gemacht. Aber ich war in Gedanken damit beschäftigt, mich auf meine Abreise nach Kabul vorzubereiten.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke. Das war es von uns.

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** Danke schön. - Die AfD. Herr Kollege Wundrak.

**Joachim Wundrak (AfD):** Vielen Dank, Herr Vor-sitzender. - Herr Potzel, hatte Minister Maas den Taliban im August 2021 noch damit gedroht, dass Deutschland bei der Einnahme Kabuls durch die Taliban keinen einzigen deutschen Cent mehr nach Afghanistan zahlen werde, so sah die Bundeskanzlerin Merkel das offenbar an-ders. Laut MAT A BND-3.293 VS-NfD, Blatt 17 sprachen Sie kurz nach der Bundestagswahl Ende September 2021 ausführlich mit der Bun-deskanzlerin Angela Merkel über das zukünftige deutsche Engagement im Taliban-Afghanistan.

Meine Frage: Aus welchen Gründen zeigte sich Frau Dr. Merkel kurz nach der Bundestagswahl 2021 offen für ein weiteres deutsches Engage-ment in Afghanistan, obwohl Heiko Maas doch öffentlich verkündet hatte, dass Deutschland ein Taliban-Afghanistan mitnichten unterstützen werde?

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** Herr Kollege, Sie müssen Fragen stellen zur Wahrnehmung und zu Tatsachen, die den Zeu-gen betreffen. Die Einschätzung der Bundeskanz-lerin kann der Zeuge natürlich nicht wieder-geben.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja. - Können Sie aus dem Gespräch mit der Bundeskanzlerin diese Fragestellung, die in die Richtung geht, welche Position sie zu einer weiteren Zusammenarbeit mit den Taliban in Afghanistan eingenommen hat - -

**Zeuge Markus Potzel:** Also, ich habe mich - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(VLR Andreas Gloßner  
(AA) meldet sich zu Wort)

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:**  
Herr Gloßner.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Ich bitte sozusagen um Nachsicht, falls wir das jetzt in den fünf Sekunden, die wir da ins Dokument gesehen haben - - Okay. Genau. Ich nehme es zurück. Alles klar. In dem Dokument ist von zwei Gesprächen mit der Kanzlerin die Rede.

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:**  
Okay.

**Zeuge Markus Potzel:** Also, zwei Tage nach der Bundestagswahl habe ich tatsächlich ein Gespräch mit der Bundeskanzlerin geführt. Und wir haben uns darüber unterhalten, ob wir eine Verantwortung haben, welche Verantwortung wir haben für Afghanistan und welche Interessen wir in Bezug auf Afghanistan haben. Man muss natürlich sagen, dass zwischen der Aussage von Herrn Maas und der Aussage mir gegenüber der Bundeskanzlerin ungefähr vier Wochen lagen und sich in den vier Wochen doch einiges getan hatte.

**Joachim Wundrak (AfD):** Sie waren ja weiter befasst mit der Problematik Afghanistan, auch nach dem Fall Kabuls.

**Zeuge Markus Potzel:** Als designierter Botschafter, ja.

**Joachim Wundrak (AfD):** Nach vier Wochen, sagen Sie, hat die Bundeskanzlerin erwogen, dass man eine weitere Zusammenarbeit mit den Taliban in Erwägung ziehen sollte.

**Zeuge Markus Potzel:** Mit Afghanistan, mit Afghanistan.

**Joachim Wundrak (AfD):** Mit Afghanistan, in Afghanistan. War da auch die Sprache davon, die Botschaft wieder zu besetzen?

**Zeuge Markus Potzel:** Das war nicht nur Thema meines Gesprächs mit der Bundeskanzlerin;

diese Option wurde zwischen den Ressorts und auch speziell im Auswärtigen Amt diskutiert, allerdings immer unter gewissen Voraussetzungen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Wenn ich richtig informiert bin, ist ja die Botschaft bis heute nicht besetzt. Was hat aus Ihrer Sicht damals, also als die Entscheidungen diskutiert worden sind, dazu geführt, dass die Entscheidung, die Botschaft nicht zu besetzen, dann gezogen wurde?

**Zeuge Markus Potzel:** Ich glaube, das war eine Entscheidung, die außerhalb dieses Zeitraums ist, der Gegenstand dieses Untersuchungsausschusses ist; denn zum damaligen Zeitpunkt, also Ende September, war diese Entscheidung noch nicht gefallen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Okay. Danke. - Herr Potzel, Jan van Thiel hat uns hier in der letzten Woche berichtet, dass man seinen Kabuler Mails über die kritische Lageentwicklung in Afghanistan im Grunde nie mit Sachargumenten begegnet sei. Zu sehr hätten seine Mails gegen das in Berlin vorherrschende Narrativ zur deutschen Afghanistan-Politik verstoßen. Thiel sagte uns, dass er ja wisse, wie wichtig Erzählungen in der Politik seien, aber dies dürfte auf keinen Fall dazu führen, dass Fakten ignoriert und verdrängt würden. Das sei aber in der Causa Afghanistan der Fall gewesen. Und dieses Verhalten des Auswärtigen Amtes klassifizierte van Thiel als - Zitat; das ist aus dem Protokoll der Sitzung vom 14.03.2024, Seite 87 - „demokratiefährdend“:

„... in dem Moment, wo Sie anfangen, von den Fakten wegzugehen und das Narrativ ...“

- um des Narrativs willen -

„...zu verteidigen und die Realität anzupassen, dann sind Sie nicht mehr weit weg von virtueller Realität oder ... Fake. Und das mache ich nicht mit.“

Haben Sie, Herr Potzel, nach Jan van Thiels Rückkehr aus Kabul und Ihrer Rückkehr aus



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Doha mit van Thiel über diesen seinen doch harten Vorwurf gesprochen, und, wenn ja, was war das Ergebnis des Gesprächs?

**Zeuge Markus Potzel:** Nein, ich habe nicht mit ihm gesprochen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Sind Sie aus der Rückschau, wie zum Beispiel Andreas Krüger - das war der Leiter des Afghanistan-Referats im Auswärtigen Amt -, dann anschließend zu der Auffassung gelangt, dass man mehr auf Herrn van Thiel hätte hören müssen?

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** „Aus der Rückschau“ kann man nicht zulassen. Also, wir haben einen Untersuchungszeitraum.

**Joachim Wundrak (AfD):** Wir sind im September 21.

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** Gut, formulieren Sie es so.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja. - Die Frage bezieht sich auf den Untersuchungszeitraum.

**Zeuge Markus Potzel:** Und was hatte Herr Krüger gesagt? Sie wollen einen Vergleich mit Herrn Krügers Aussage haben?

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja. Herr Krüger hatte hier zu Protokoll gegeben, dass er nach dem August oder dann anschließend zu der Auffassung gelangt sei, dass man mehr auf Herrn van Thiel hätte hören müssen.

**Zeuge Markus Potzel:** Und Sie wollen meine Einschätzung dazu.

**Joachim Wundrak (AfD):** Wie ist Ihre Einschätzung?

**Zeuge Markus Potzel:** Teile ich nicht.

**Joachim Wundrak (AfD):** Im Februar des Jahres 2022 strahlte das deutsche Recherchemagazin „frontal21“ [sic!] einen Beitrag mit dem Titel „... Taliban, Deutsche Bank und Steuerraub“ aus. Für das Sekretariat: Das ist Seite 1 und 2 der

Anlage 103. Hier ging es um eine afghanische Familie, die lange in Deutschland kriminellen Machenschaften nachging und inzwischen in Dubai lebt. Diese afghanische Familie soll insgesamt 45 Millionen Euro deutsches Steuergeld durch kriminelle Geschäfte geraubt haben und Teile dieses Vermögens während der Jahre des deutschen Afghanistan-Engagements an das Haqqani-Netzwerk und an al-Qaida transferiert haben. Eine Klage aus den USA verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass die Deutsche Bank in den Betrug involviert war.

Haben Sie Kenntnisse, dass während des Untersuchungszeitraums Taliban und al-Qaida durch in Deutschland ansässige Afghanen finanziell unterstützt worden sind, und, wenn ja, was wissen Sie über die Beteiligung der Deutschen Bank an diesen Geldtransfers aus Deutschland an Taliban und al-Qaida?

(VLR Andreas Gloßner  
(AA) meldet sich zu Wort)

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** Herr Gloßner.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Ja, also, zum einen sagte der Fragesteller ja selbst, dass es um Sachverhalte geht, die zumindest berichtet wurden im Jahr 22, also nach dem Untersuchungszeitraum. Zum anderen würde ich die These - - Aber da kann der Zeuge sicher auch selber was zu sagen. Aber zumindest darf ich da auf die Aussagegenehmigung hinweisen, dass nur dienstliche Kenntnisse - - oder er aus seinem dienstlichen Kompetenzbereich heraus aussagen kann.

**Zeuge Markus Potzel:** Gut. - Dazu kann ich anmerken, dass ich im Februar 2022 noch nicht bei der UNO war. Aber ich kann die Frage ganz einfach mit Nein beantworten.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja, das ist doch eine Antwort.

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** Gut. Dann ist die Fragezeit vorbei. - Und es geht weiter mit der FDP. Keine weiteren Fragen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mehr? - Gut. - Gibt es noch Fragen? - Dann sind wir am Ende.

Ich stelle fest, dass es von den Fraktionen keine Fragen mehr gibt. Dann können wir Ihre Befragung, Herr Potzel, für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Und erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss der Vernehmung.

Ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken. Wir haben ja einige Stunden jetzt hinter uns. Danke auch für das Durchhalten und die Energie. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag und eine gute Reise an Ihren Verwendungsort.

**Zeuge Markus Potzel:** Vielen Dank.

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:**

Ich unterbreche die Sitzung bis 20.15 Uhr. Dann setzen wir mit der Vernehmung des zweiten Zeugen fort. - Herzlichen Dank.

(Unterbrechung von  
20.02 bis 20.17 Uhr)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Vernehmung des Zeugen Dr. Jasper Wieck

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** So, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die Sitzung wieder fort. Vielen Dank an Kollegen Erndl für die Vertretung.

Und wir fahren fort mit unserem zweiten Zeugen, Dr. Wieck, der bereits Platz genommen hat.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Dr. Wieck, Sie haben den Erhalt der Ladung am 22. Dezember 2023 bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen.

Zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen vor.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen, dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Wer vor einem Untersuchungsausschuss falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 und § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die

Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Herr Vorsitzender, ich habe dazu keine Fragen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten und, wenn Sie das Wort ergreifen, laut und deutlich sprechen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Es handelt sich hierbei jedoch um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein.

Haben Sie dazu Fragen?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Herr Vorsitzender, auch dazu habe ich keine Fragen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann werde ich Sie jetzt kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie dann nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses



## Nur zur dienstlichen Verwendung

befragt. Die Fragezeit richtet sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Wenn Sie keine Fragen zum Ablauf mehr haben, dann darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich bin Jasper Wieck, 58 Jahre alt, Diplomat, derzeit versetzt in das Bundesministerium der Verteidigung als Abteilungsleiter „Politik“, mit der ladungsfähigen Anschrift Stauffenbergstraße 18 in 10785 Berlin.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank, Herr Zeuge. - Dann können Sie nunmehr, wenn Sie wünschen, im Zusammenhang vortragen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, vielen Dank für die Gelegenheit einer Eingangserklärung. Die Gelegenheit würde ich gerne wahrnehmen und zunächst etwas zu meiner damaligen Funktion sagen, zunächst, was der Sonderbeauftragte sozusagen definitorisch war, der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan, und dann in einem zweiten Schritt, wie ich selber versucht habe, diese Rolle, diese Funktion im Untersuchungszeitraum auszufüllen.

Der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Afghanistan/Pakistan war in gewisser Weise Ansprechpartner für alles, was mit Afghanistan und Pakistan an Fragen verbunden war, ein bisschen Briefkasten und Anlaufstelle ressortübergreifend, auf seiner Ebene auch in gewisser Weise das Gesicht unserer Afghanistan-Politik nach außen, gegenüber dem Bundestag, gegenüber den Medien, gegenüber den Thinktanks, aber vor allem international, im Kreise zum Beispiel der anderen Sonderbeauftragten, die es ja damals sehr zahlreich gab in vielen Ländern, und ganz besonders das Gesicht der Afghanistan-Politik gegenüber Afghanistan und Pakistan. Und wenn ich sage „Afghanistan“, dann meine ich damit nicht nur

die Vertreter der Republik, sondern auch die Vertreter der Taliban und die Vertreter der Zivilgesellschaft.

Ferner oblag es dem Sonderbeauftragten, dafür zu sorgen, dass die verschiedenen Stränge unserer Afghanistan-Politik, also die Diplomatie, die Entwicklungszusammenarbeit, die Asylpolitik, die Finanzpolitik, die Sicherheitspolitik, dass das alles mehr oder weniger kohärent und konsistent ist - also in gewisser Weise eine Kohärenzkompetenz beim Sonderbeauftragten.

Das heißt nicht, dass der Sonderbeauftragte für alles gleichermaßen zuständig war, und schon gar nicht hieß das, dass er federführend war für alle Stränge der Afghanistan-Politik. Zum Beispiel Ortskräfteverfahren: war bereits im Auswärtigen Amt federführend oder ist auch immer noch im Auswärtigen Amt federführend; die Rechtsabteilung in der Bundesregierung; das BMI\* mit einer sehr zentralen Rolle. Und im Übrigen hatte jedes Ressort bei dem Ortskräfteverfahren eine gewisse Zuständigkeit für die jeweils „eigenen“ - in Anführungszeichen - Ortskräfte. Oder beim Thema Rückführung war sicherlich die zentrale Stellung des BMI maßgebend. Bei den Themenkomplexen Krisenvorsorge, Krisenmanagement, Krisenpläne, Krisenfrüherkennung, Evakuierungsplanung und auch operative Durchführung einer Evakuierung lag die Zuständigkeit und liegt sie auch immer noch beim Krisenreaktionszentrum des Auswärtigen Amtes bzw. beim Krisenbeauftragten, der dann ja in Krisenlagen auch den Krisenstab zusammenruft, das heißt alle Betroffenen der verschiedenen Ressorts bzw. nachgeordneten Behörden.

Es gab auch eine genuine Zuständigkeit des Sonderbeauftragten für Afghanistan und Pakistan. Die lag vor allem im politischen Bereich, wie ich schon erwähnte: dafür zu sorgen, dass wir sozusagen unsere nationale Politik kohärent formulieren, aber eben auch auf europäischer Ebene dafür sorgen, dass wir möglichst eine europäische Afghanistan-Politik hinbekommen, international sich abzustimmen und eben gegenüber den Konfliktparteien zu agieren.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Für das Gesamtbild ist es sicherlich auch wichtig, zu wissen, dass ich nicht nur, in dem Untersuchungszeitraum, Sonderbeauftragter für Afghanistan und Pakistan war, sondern sozusagen in Personalunion auch Beauftragter des Auswärtigen Amtes für Südasiens, also für Länder wie Indien. Ich war darüber hinaus Beauftragter für unsere Indopazifik-Politik, damals nicht ganz ereignislos; denn im Untersuchungszeitraum haben wir auch das erste Indo-Pacific Deployment auf den Weg gebracht, mit der Fregatte „Bayern“. Da war auch ein bisschen was zu tun drum herum. Und ich war in Personalunion auch Abteilungsmanager der Abteilung „Asien und Pazifik“, also für die Fragen Personal und Organisation in dieser Abteilung zuständig.

Was bedeutet jetzt diese formelle Zuständigkeit für mich und mein konkretes Amtsverständnis im Untersuchungszeitraum? Ich habe am 19. Juli 2021 meinen Dienst angetreten und habe es zunächst als meine vorrangige Aufgabe betrachtet, mir ein Lagebild zu verschaffen - ein möglichst umfassendes Lagebild -, selber zu verstehen, was in Afghanistan vorgeht. Ich hatte in der Woche vor meinem Dienstantritt bereits Gespräche geführt im BND, im BMZ, im BMI - ausführliche Gespräche - und nach Amtsantritt dann im Haus, im Auswärtigen Amt, mit der Leitung, mit dem Krisenbeauftragten, mit der Rechtsabteilung und natürlich mit meinem eigenen Team, dem Referat AP 04\*, intensiv gesprochen.

Ebenfalls war es mir wichtig, sehr rasch nach Übernahme der Verantwortung mit der Botschaft Kabul in Kontakt zu treten, habe telefoniert mit dem Gesandten bzw. Geschäftsträger Jan van Thiel. Und es war mir sehr wichtig, mir sehr schnell vor Ort ein möglichst authentisches Bild zu verschaffen. Und deswegen bin ich in meiner zweiten Woche in dieser Eigenschaft in die Region gereist, nach Kabul, wo ich zunächst zweieinhalb Tage mich ganz am Anfang, zu Beginn, mit der Botschaft, mit dem Botschaftsteam, mit den Entsandten zusammengesetzt habe, sehr ausführlich, und dann mit Vertretern der Republik, mit einem Talibanvertreter, mit Vertretern der Zivilgesellschaft und mit der GIZ und natürlich mit den Vertretern unserer Partner vor Ort, mit den Botschaftern bzw. Geschäftsträgern, aber

auch zum Beispiel mit dem indischen Botschafter, also möglichst breit, und auch mit der UN-Mission UNAMA. Anschließend Islamabad - warum? weil wir alle wussten, dass kein Land außerhalb Afghanistans die Verhältnisse so gut kennt in Afghanistan wie die Pakistanis -, auch da sehr intensive Gespräche. Und dann weiter nach Doha, um die Verhandlungsteams kennenzulernen der Republik und der Taliban, mit der zentralen Frage, wie aussichtsreich diese Friedensverhandlungen überhaupt sind. Immerhin saßen die schon ein Dreivierteljahr zusammen, um eine politische Lösung zu erzielen, mit der Aufgabe, diesen Bürgerkrieg, der bereits ja seit vier Jahrzehnten dort tobte, politisch zu beenden. Und die zentrale Frage wiederum war dann für mich: Was können wir, was kann Deutschland hier beitragen? Wie können wir das befördern? Also ein hehres Ziel, in das wir Deutschen ja bereits viel investiert hatten in den zehn Jahren zuvor, indem wir eben den innerafghanischen Prozess überhaupt aufs Gleis gesetzt haben.

Je mehr allerdings die Taliban Geländegewinne erzielten, desto deutlicher wurde, dass diese Friedensverhandlungen nicht mehr auf Augenhöhe stattfanden, nicht mehr unter Gleichrangigen, sondern dass die Taliban am längeren Hebel saßen. Deswegen wurde es wichtig, dies auszugleichen. Und das haben wir versucht auszugleichen, indem wir eine möglichst große Geschlossenheit der internationalen Gemeinschaft versucht haben zu erzielen, um eben sozusagen als starke Front, internationale Front unsere klaren Erwartungen und klare Botschaften und einheitliche Botschaften an die Taliban zu senden, insbesondere die Botschaft, dass die internationale Gemeinschaft eine gewaltsam erzielte Neuordnung in Afghanistan nicht anerkennen werde.

Insofern war es auch mein Verständnis, dass ich möglichst an dieser Geschlossenheit mich beteilige, also nicht nur mit den westlichen Partnern mich zusammen austausche, sondern eben auch darüber hinaus, mit Russland, mit Japan, mit China, mit Indien und mit den Kataris; Pakistan hatte ich ja schon erwähnt. Und immerhin ist es uns gelungen, dann am 12. August eine Erklärung von 14 Nationen zu verabschieden, mit der eben klare Erwartungen und Botschaften an die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Taliban gesandt wurden. Allerdings hat sich damals Russland aus diesem Gleichklang ausgeklinkt. Und insofern gab es hier einen empfindlichen Abstrich bei der Suche nach einer geschlossenen Linie.

Nach dem Fall Kabuls, nach der Machtübernahme der Taliban blieb mein Schwerpunkt im Politischen, unvermindert weiterhin möglichst eine Geschlossenheit der internationalen Gemeinschaft zu erzielen, um gemeinsam Druck auf die Taliban auszuüben, nämlich eine inklusive Regierung zu bilden, die Menschenrechtsstandards zu beachten, die Ortskräfte und Schutzbedürftigen ausreisen zu lassen - das fing ja schon an mit Pässen, die keine Selbstverständlichkeit waren, dass sie überhaupt ausgestellt wurden - und, sehr wichtig, den Flughafen offenzuhalten, damit überhaupt auf dem Luftweg auch Ortskräfte und Schutzbedürftige ausgeflogen werden können.

In meinem Arbeitsprofil als neuer Schwerpunkt kam dann hinzu die Unterstützung des Krisenreaktionszentrums und der Abteilung „Recht“ bei den Ausreisen, bis Ende August ja militärisch, ab September dann nichtmilitärisch. Und, ja, mein Beitrag bestand unter anderem darin, die Gespräche und die Kontakte zu nutzen zu den anderen, zu unseren Partnernationen, die ja vor ähnlichen Herausforderungen standen, und dort eben sich abzustimmen, wie man am besten vorgeht, mitzubekommen, wie andere mit den Herausforderungen umgehen, bis hin zu der Herausforderung, auch Missbrauch in diesem Verfahren zu vermeiden.

Ein weiterer Schwerpunkt wurde dann die Frage der Zukunft unseres Engagements in Afghanistan, die Zukunft der Botschaft - soll die Botschaft sozusagen dauerhaft geschlossen werden? will man wieder in die Botschaft zurückkehren? alles das waren noch offene Fragen, auch nach dem Fall Kabuls; kann man sich heute kaum noch vorstellen -, aber auch die Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit, der humanitären Hilfe bis hin zu Finanzflüssen, die ja alle eingestellt wurden. Der öffentliche Dienst in Afghanistan war ja zu Republikzeiten zu 75 Prozent international

finanziert. Diese Finanzflüsse waren alle eingestellt worden, und damit standen eben Krankenhäuser, Schulen und alles vor der Existenzfrage, und da waren Lösungen zu finden. Deswegen hatte ich dann auch weitere zusätzliche Ansprechpartner: Weltbank, IWF, die EU-Kommission und dann im Binnenverhältnis hier in Berlin, in der Bundesregierung, das BMF.

Ja, so weit zu den Arbeitsschwerpunkten in dem hier interessierenden Zeitraum. Vielen Dank für die Gelegenheit, das kurz vorzustellen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank, Herr Zeuge. - Wenn Ihnen Vorhalte aus Akten gemacht werden, haben Sie das Recht, sich das von den Fragestellerinnen und Fragestellern zeigen, vorlegen zu lassen. Und die Kolleginnen und Kollegen denken daran, immer die MAT-Nummern zu nennen, sodass es alle mitverfolgen können.

Damit kämen wir zur Fragerunde der Fraktionen

(Einem Mitarbeiter des Ausschussesekretariats fällt ein Notebook zu Boden)

- die Mitarbeiter fangen schon an, zu randalieren, aber trotzdem machen wir das - und beginnen mit der SPD-Fraktion. Frau Kollegin Yüksel.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr Zeuge! Vielen Dank, dass Sie heute hier sind, um uns unsere Fragen zu beantworten, und auch vielen Dank für Ihr Eingangsstatement, wo Sie auch Ihre Arbeitsschwerpunkte noch mal dargelegt haben, was zeigt, dass Sie also versucht haben, auch so eine Brückenfunktion herzustellen, dass Sie als Ansprechpartner da waren und auch den Austausch gepflegt haben. Ich glaube, das ist ganz gut.

Jetzt haben wir noch mal ein paar Fragen, um da so ein bisschen intensiver reinzugehen. Ich würde gerne am Anfang wissen wollen, ob Sie uns ganz kurz berichten können, wie Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet haben.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Vielen Dank. - Also, das Auswärtige Amt und das BMVg haben mit mir



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ein Zeugeninformationsgespräch geführt, und darüber hinaus hat das Auswärtige Amt mir die mich betreffenden Akten zur Verfügung gestellt, sodass ich da Einsicht nehmen konnte.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Vielen Dank. - Sie hatten ja eben gesagt, dass Sie am 19. Juli die Funktion des Sonderbeauftragten der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan übernommen haben. Sie haben ja diese Aufgabe von Herrn Markus Potzel übernommen. Sie haben auch gesagt, dass Sie sich ein Lagebild verschafft haben. Und ich würde gerne wissen, ob Sie vielleicht kurz beschreiben können, was genau zu Ihrem Aufgabenfeld gehörte.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja. Also, zunächst einmal mache ich einen Nachtrag, den ich nämlich vergessen habe, was die Einweisung und die Vorbereitung anbelangt, nämlich dass ich auch mich natürlich mit meinem Vorgänger, Markus Potzel, sehr intensiv zusammengesetzt habe und wir die von mir erwähnten Termine im BMI und BMZ und beim BND zusammen wahrgenommen haben, er als künftiger Botschafter in Kabul und ich eben als künftiger Sonderbeauftragter.

Bei den Zuständigkeiten, nach denen Sie fragen - auf die Gefahr hin, dass ich mich jetzt etwas wiederhole -, kann ich noch mal sagen, dass ich eben als Ansprechpartner für alle mit Afghanistan und Pakistan verbundenen Fragen mich gesehen habe und insofern Anlaufstelle war, ressortübergreifend, und eben auch das Gesicht der Afghanistan-Politik nach außen war. Aber das ist jetzt etwas repetitiv, was ich aufzeige. Wichtig noch mal: die Kohärenzkompetenz, eben dafür zu sorgen, dass wir eine Afghanistan-Politik mehr oder weniger aus einem Guss zustande bringen, was natürlich schwierig war, weil es verschiedene Stränge waren und auch verschiedene Ressorts. Aber gerade deswegen war es wichtig, sehr früh mit den Ressorts sich zusammenzusetzen und auch genau auszuloten, was die jeweiligen Häuser als wichtig für ihre Arbeit ansahen, und insofern diese Stränge zusammenzuführen zu einem konsistenten und kohärenten Ganzen.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Sie haben ja jetzt mehrmals gesagt, dass Sie Ansprechpartner waren.

Und ich würde jetzt gerne wissen: Wer waren denn Ihre Ansprechpartner in anderen Ressorts zum Beispiel der Bundesregierung, und mit wem tauschten Sie sich da zum Beispiel regelmäßig aus?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Das war sozusagen ebenengerecht, wobei es nicht ganz ebenengerecht war, weil eben der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan ja eigentlich in der Hierarchie des Auswärtigen Amtes ein Beauftragter war, also auf Ebene Unterabteilungsleiter. Aber dadurch, dass er ein Sonderbeauftragter der Bundesregierung war mit einem direkten Vortragsrecht sozusagen beim Staatssekretär, habe ich dann in den anderen Ressorts mal mit Unterabteilungsleitern, mal mit Abteilungsleitern, mitunter auch mit Staatssekretären gesprochen, insbesondere wenn wir uns in irgendwelchen Runden sahen, Afghanistan-Runde oder Krisenstäbe. Das ging also hierarchieübergreifend in gewisser Weise. Ja.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Entschuldigung, das war ein regelmäßiger Austausch, den Sie da miteinander gepflegt haben?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, auf jeden Fall. Also nicht nur, dass wir uns sahen, sondern auch kommunizierten, telefonierten und Mails austauschten. Also das war schon ein sehr reger Austausch.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Danke schön. - Dann würde ich auch gerne noch mal wissen, wer denn die Ansprechpartner in Afghanistan waren für Sie.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Zunächst einmal unsere Botschaft unter der Leitung des Geschäftsträgers, Herrn van Thiel, und dann in Afghanistan ansonsten Vertreter der Republik. Bei meinem Besuch habe ich mehrere Minister getroffen: den Außenminister, den Migrationsminister, den nationalen Sicherheitsberater, den Präsidenten Ghani, den Vorsitzenden des Friedensrates, Abdullah. Ich habe mich mit Karzai getroffen, dem ehemaligen Präsidenten, aber ich habe eben auch an beiden Abenden, an denen ich in Kabul war, einmal an einer Dachterrassenparty sozusagen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

teilgenommen - da waren sehr viele Vertreter der Zivilgesellschaft - und an einem weiteren Abend, der von der Adenauer-Stiftung organisiert war, eben auch mich mit sehr vielen Afghanen getroffen, mit sehr vielen Vertretern der Zivilgesellschaft - aus denen sich dann Kontakte bildeten, die ich dann fortgesetzt habe; in vielen Fällen setzten sich die Kontakte dadurch fort, dass sie irgendwann in der Tür standen in meinem Büro in Berlin, weil sie nämlich auch ausgereist waren -, und ansonsten eben in Kabul einen Vertreter der Taliban; ich glaube, es war ein ehemaliger Staatsanwalt.

Und wichtig war mir auch, mit der GIZ dort zu sprechen, weil die Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan ja sehr umfänglich war und auch noch fortgesetzt wurde, als die Taliban schon Teile der Provinzen erobert hatten, und auch in diesen Provinzen fortgesetzt wurde. Das war also ein sehr wichtiges Gespräch, wie man eigentlich damit umgeht, mit deutscher Entwicklungszusammenarbeit in Gebieten, die von Taliban beherrscht werden.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Das sind ja ganze Mengen an Gesprächen. - Und dann würde mich in dem Zusammenhang auch interessieren - Sie haben das ja eben schon gesagt -, wie die Zusammenarbeit zum Beispiel mit dem Herrn Gesandten, Herrn van Thiel, war. Können Sie das uns vielleicht kurz beschreiben?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja. Die war gut und sehr intensiv. Wir haben sehr viel telefoniert. Und, wie gesagt, ich habe ihn ja auch dann dort „besucht“ - in Anführungszeichen -, ihn und sein ganzes Botschaftsteam. Und er hat ja auch sehr intensiv berichtet aus Kabul. Und insofern war das eine sehr intensive Zeit mit einem sehr engagierten Kollegen.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Inwieweit haben Sie sich auch parallel mit dem designierten Botschafter Potzel ausgetauscht, der ja am 16.08. nach Kabul kommen sollte? Können Sie das auch vielleicht noch mal kurz - die Zusammenarbeit mit Herrn Potzel - ausführen?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja. Die Zusammenarbeit mit Markus Potzel war sehr intensiv. Wir hatten ja schon einige Zeit zusammen in derselben Abteilung gearbeitet. Ich war ja Anfang 2020 in die Abteilung gekommen. Da war er schon Afghanistan-Beauftragter, und ich war dort dann Beauftragter zunächst für Ostasien und Pazifik, und, ja, hatten ein sehr kollegiales Verhältnis. Und als ich dann übernahm, haben wir auch Termine zusammen wahrgenommen, wie gesagt: Einweisung auf meine neue Funktion als Afghanistan-Beauftragter, er zur Einweisung für seine künftige Botschafterrolle. Und insofern haben wir uns sehr intensiv ausgetauscht, sehr kollegial. Und natürlich habe ich wahnsinnig viel von ihm lernen können, weil er die ganzen Kontakte hatte, auch was die internationalen Kontakte anbelangte zu den Sonderbeauftragten der anderen Nationen. Und insofern war das eine sehr intensive Zusammenarbeit.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Sie haben das ja eben erzählt, dass Sie auch mit vielen Gesprächspartnern im regelmäßigen Austausch waren. Können Sie uns vielleicht sagen, an welche Gespräche Sie sich erinnern, was in diesem Zeitraum für uns von großer Bedeutung sein könnte?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Das könnte jetzt ein sehr langer Abend werden.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Aber das Wichtigste, was für uns interessant sein könnte.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, absolut. Also, wie gesagt, mein Hauptkenntnisinteresse war ja am Anfang, zu verstehen, was da eigentlich in Afghanistan vorgeht. Und da war zunächst einmal wichtig für mich, zu sehen, ob die Tage der Republik gezählt sind oder nicht. Und das war natürlich dann in Kabul sehr wichtig, sozusagen rauszuhorchen, wie die Lage eingeschätzt wird, und auch, wie man damit umgeht, wenn die Taliban jetzt entweder an der Regierung beteiligt werden oder die gesamte Regierungsverantwortung übernehmen. Und da war schon von der Zivilgesellschaft - fand ich sehr beeindruckend damals - das Bild, dass man kämpfen werde, dass man es nicht wieder zulassen werde, dass die Taliban die Macht erringen und alleine herrschen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

und das Land wieder sozusagen ins Mittelalter zurückführen. Die Menschen wollten nicht wieder die sozusagen „Taliban 2.0“ nach dem Vorbild der 90er-Jahre. Und ich habe dann auch noch mal nachgefragt: Das heißt, Sie werden hierbleiben, auch wenn die Taliban nach Kabul kommen sollten? - Ja, das werden wir. Wir werden hier für unsere Prinzipien und Rechte eintreten. - Das waren ja viele Kontakte, die wir über die 20 Jahre aufgebaut hatten, unseres Engagements, und das ist schon sehr prägend geblieben in meiner Erinnerung.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Gibt es unterschiedliche Lagebilder, wo Sie sagen: „Das war sehr unterschiedlich“? Dass Sie uns darauf vielleicht fokussieren - -

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Genau. Dann in Islamabad war für mich wichtig mein Counterpart, dem ich auch gesagt habe: Na, sind die Tage der Republik gezählt? - Dann sagte er: Nein, er glaubt nicht, dass die Taliban Kabul erobern werden, sondern dass das eben auf ein Powersharing, eine Aufteilung der Macht, hinauslaufen würde.

Was mir auch noch sehr in Erinnerung geblieben ist, ist mein russischer Kollege mit dem Namen Kabulow, der seit, glaube ich, 35 Jahren im Afghanistan-Geschäft war, schon für die Vereinten Nationen, in den 90er-Jahren, und eben schon sehr lange Sonderbeauftragter war und den ich in Doha noch am 11. August sprach, also vier Tage vor dem Fall von Kabul, und ihm sagte: „Na, wie sehen Sie die Lage? Wird die Republik zusammenbrechen?“, und er sagte, das sei alles Quatsch, das wird sozusagen sich festgefroren - - diese Linie zwischen Republik und Taliban. Und ja, das waren schon sehr eindringliche Worte von Leuten, die es eigentlich hätten wissen müssen.

Vielleicht will ich es mal bei den Stimmen bewenden lassen. Oder ich kann vielleicht noch das Bild wiedergeben von den Internationalen in Kabul. Das war ja auch sehr wichtig, wie die Partner das sehen, und da war in der Tat: Die Briten waren sehr pessimistisch und haben gesagt: Das hält hier nicht mehr lange. - Die Amerikaner: so ein bisschen im Mittelfeld. Und andere Ge-

schaftsträger oder Botschafter waren eher optimistisch, dass die Republik noch überleben würde; und das war in der letzten Juliwoche.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Von meiner Seite erst mal herzlichen Dank. - Mein Kollege macht jetzt weiter.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Guten Abend, Herr Wieck! - Wir haben jetzt einige Einschätzungen transportiert bekommen von Personen außerhalb der deutschen Administration. Können Sie uns vielleicht, auch in Ergänzung dazu, noch darstellen, welches Lagebild Sie bei Abfrage der Positionen von deutschen Organisationen vermittelt bekommen haben? Ich denke da insbesondere an den Gesandten Herrn van Thiel. Aber Sie haben ja auch eingangs erwähnt, dass Sie sich auch mit den Diensten ins Benehmen gesetzt haben. Und nach den bisherigen Aussagen gab es ja durchaus verschiedene Nuancen in der Lagebewertung. Zu welchem Schluss sind Sie gekommen, aus Ihrer eigenen Wahrnehmung?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Zunächst einmal zu Herrn van Thiel, der ja bereits in Berichten auf die Risiken sehr klar hingewirkt hatte und deswegen auch ein bisschen das Raster vorgab, mit dem ich mich auf den Weg machte, um diese Gespräche zu führen. Und seine Einschätzung war schon so, dass wir das auf jeden Fall mit einpreisen müssen, dass es dazu kommen kann, dass Kabul in die Hände der Taliban fällt, und dass wir uns eben auf das Schlimmste gefasst machen müssten.

Eine interessante Nuance ist, glaube ich, auch noch wichtig, nämlich die der GIZ, die ich damals in Kabul in der letzten Juliwoche sprach, nämlich die erzählten von den Ortskräften in der Provinz, in den Gebieten, die von den Taliban erobert worden sind, und dass die GIZ-Mitarbeiter gesagt haben, sie fühlen sich nicht unsicher, trotz Talibanherrschaft, und dass sie gerne ihre Arbeit fortsetzen. Und deswegen auch das Petitum der GIZ an mich als Afghanistan-Beauftragter, dafür zu sorgen in Berlin, dass die Entwicklungszusammenarbeit fortgesetzt werde. Das war ja auch für die jeweiligen betroffenen GIZ-Mitarbeiter, also



## Nur zur dienstlichen Verwendung

lokalbeschäftigte Ortskräfte, eine Lebensversicherung, dass sie weiterhin in Brot und Arbeit waren. Wenn wir die IZ eingestellt hätten, wären sie ja ihre Arbeit losgeworden bzw. war dann auch die Befürchtung, dass die Taliban das dann auch den GIZ-Mitarbeitern übelnehmen würden, wenn diese Zusammenarbeit eingestellt würde. Das war für mich auch wichtig: dass erstens die Betroffenen sich nicht unsicher fühlten, trotz Talibanherrschaft, und dass insgesamt das Pettitum war, die Entwicklungszusammenarbeit fortzusetzen.

Ich möchte bei den Lagebildern vielleicht noch eins ergänzen, nämlich aus dem Gespräch mit dem BND in der Woche, bevor ich den Dienst angetreten habe, in dem nämlich auch die Einschätzung bei mir so ankam, dass die Taliban in der Tat hier Raumkontrolle gewinnen und auch zunehmend gewinnen werden, dass aber die Taliban sehr stark an internationaler Zusammenarbeit interessiert sind und es den Anschein hat, dass sie sich schon gewandelt hatten seit den 90er-Jahren und insofern eine Fortsetzung deutschen Engagements auch in einem von Taliban wie auch immer mitregierten oder regierten Afghanistan möglich wäre.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Kurze Nachfrage an diesem Punkt - sofern es die Zeit noch erlaubt -: Ihre Aussage hört sich jetzt so an, als wenn es ein einheitliches Bild über die Taliban vom BND gegeben habe. Wurde in diesem Briefing Ihnen ein differenzierteres Bild über die Bewegung der Taliban, über eventuelle Unterschiede zwischen den Taliban, die in Doha politische Gespräche geführt haben, und anderen Taliban, die vor Ort in Afghanistan eben in der realen Kontrolle des Landes bereits aktiv waren, dargestellt? Weil im Moment entsteht nach Ihrer Aussage der Eindruck: Ja, die Taliban waren andere Taliban als vorher.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja. Ich erinnere mich jetzt nicht genau, ob das der BND differenziert hat. Wer es sehr stark differenziert hat, war Herr van Thiel, der eben gesagt hat: Jasper, Achtung! Du fährst nach Doha. Bitte krieg nicht den falschen Eindruck. Die sind da alle sehr nett, aber das sind eben die Doha-Taliban. Aber hier der

militärische Arm der Taliban, die sind von einem anderen Kaliber. - Und das war auch wichtig sozusagen als Einstimmung für meine Gespräche in Doha, dass ich eben nicht die dortigen Vertreter als Pars pro Toto für die gesamte Talibanbewegung missverstehe, sondern als einen Strang - - und diese Stränge auch in einem Konflikt oder einer Konkurrenz miteinander standen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Abschlussfrage für diese Runde: Hat Ihnen Herr van Thiel bei diesem ersten Besuch in Kabul auch dargestellt, dass er Maßnahmen im Hinblick auf den Schutz der Botschaft befürworten würde, um bestimmte Maßnahmen für das Weiterfunktionieren der Botschaft - um es allgemein zu formulieren - im Hinblick auf die sich verschlechternde Bedrohungslage - - Wurde darüber damals gleich bei diesem ersten Besuch schon diskutiert?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ich hatte auf jeden Fall - ich glaube, das lag vor meinem Besuch - den Mailwechsel mit Markus Potzel über die Frage, ob es opportun ist, mit den Taliban in Afghanistan in Kontakt zu treten und sozusagen schon mal präventiv, für eine mögliche Machtübernahme der Taliban, dafür zu sorgen, dass unsere Botschaft von den Taliban verschont werden würde. Also diese Diskussion hatte, glaube ich, schon vorher stattgefunden.

Ich kann mich nicht genau daran erinnern, ob wir sie dort bei diesen Gesprächen auch noch einmal sozusagen wiederholt haben, diesen Austausch. Für uns Zentrale - ich als Vertreter der Zentrale aus Berlin - war klar, dass wir diesen Weg nicht gehen wollten, auch weil wir befürchteten, dass die Taliban das missbrauchen würden für ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit. Das Ringen zwischen den Taliban und der Republik fand sehr stark im Informationsraum statt. Und jeder Eindruck, den wir durch solche Gespräche erwecken würden, nämlich dass wir nicht mehr an die Republik glauben, sondern dass wir sie schon aufgegeben haben und uns mit den künftigen Machthabern absprechen und schon mal unser Schäfchen in Sicherheit bringen, diesen Eindruck wollten wir vermeiden.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber, wie gesagt, ich bin mir nicht sicher, ob wir dieses Thema noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt haben in unserem Gespräch oder ob das schon vorher durch den Mailwechsel „abgefrüht“ - in Anführungszeichen - war.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann wechselt jetzt das Fragerecht zur Union. Herr Kollege Erndl.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herzlich willkommen, Herr Wieck! Schön, dass wir uns austauschen können. Und ich möchte gleich einsteigen auch mit dem Thema Lagebild. Das ist natürlich für uns als Untersuchungsausschuss besonders wichtig, alle Details auch zu erkunden, welche Arten von Lagebildern es gab und vor allem die Zeit vor dem Wochenende 13. bis 15. August und die Wochen davor.

Ich möchte gleich zu einem Dokument kommen, das auch schon angesprochen wurde. Sie haben gerade gesagt, Antritt Ihrer Position am 19. Juli, aber Sie haben sich auch die Tage und die Woche davor schon eben damit beschäftigt, für sich ein Lagebild zusammenzustellen. Und dann erhalten Sie jetzt, am 19. Juli, eine Bewertung zur Sicherheit der Botschaft in Kabul, die vom Gesandten van Thiel gezeichnet ist. Das Ganze findet sich auf MAT A AA-8.648 VS-NfD, Blatt 124 f.; wir können es auch gerne vorlegen. Der Bericht beschreibt die sich verschlechternde Sicherheitslage und macht konkrete operative Vorschläge - ich möchte die auch hier an dieser Stelle noch mal kurz zusammenfassen -: Erstens. Schutzbedürftige außer Landes bringen, also Schutzangebote für Menschenrechtsverteidiger, Journalisten etc.; Ortskräfteverfahren beschleunigen, Möglichkeit von Charterflügen prüfen; deutsche Staatsangehörige verstärkt zur Ausreise auffordern, über ELEFAND und andere Medien. Dann steht konkret in dem Dokument:

„Verkürzung der Zeitlinien:  
Bevorstehende Notwendigkeit die dt. Botschaft zu schließen und/oder dt. StA auszufliiegen muss rechtzeitig politisch erkannt werden, um ggf. bereits BW Kräfte

in geographische Nähe zu verbringen, bzw. Einsatzbereitschaft herzustellen. Rechtzeitige Verlegung eines ... KUT Elements, Schwerpunkt militärisch zur Vorbereitung“

usw. usf.

Dann drittens: Vorbereitung einer Evakuierungsoperation, Reduzierung deutscher Staatsangehöriger, Außerlandesbringen von Ortskräften. Und dann viertens: Gespräche mit den Taliban zur Sicherheit der Botschaft.

Das ist so noch mal kurz in Erinnerung gezogen, diesen Bericht. Wie haben Sie das Dokument am 19. Juli, als Sie sozusagen Ihren Posten angetreten sind, bewertet? War das ein normaler Bericht mit dem Eindruck der Tage davor, oder war das sozusagen jetzt besonders alarmierend für Sie?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, das war schon alarmierend, zumal ja auch der Vorspann die Risiken, wenn ich mich richtig erinnere, sehr stark aufzeigte. Und der Bericht war in gewisser Weise auch Grundlage für meine Gespräche in Kabul, eben diesen Fragen nachzugehen, auch zu den einzelnen Punkten mich ganz speziell mit Jan van Thiel auszutauschen. Ich kann mich zum Beispiel erinnern, das ist der erste Punkt, dass man Schutzangebote unterbreitet - da gab es auch einen DKOR, glaube ich, vor meiner Abreise, in dem das noch mal stärker akzentuiert wurde, wie die sich fühlen und was man machen müsste und was andere Vertretungen machen -, dass ich gesagt habe: Das ist doch eine gute Idee, das könnt ihr ja als Vertretung schon mal machen, Listen zu erstellen, wen ihr als schutzbedürftig identifiziert. - Also, das habe ich sozusagen als guten Vorschlag aufgegriffen.

Ortskräfteverfahren beschleunigen: Da hatten wir ja in Masar-i-Scharif - bevor wir Masar-i-Scharif schließen mussten; das war jetzt vor meiner Zeit - ein beschleunigtes Ortskräfteverfahren gerade abgeschlossen, bei dem wir, glaube ich, rund 2 500 Visa erteilt hatten. Also die Beschleunigung hatte stattgefunden. Dann mussten wir Masar-i-Scharif zumachen, weil Resolute Support aus der Fläche ging, unsere Bundeswehr abzog und wir das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht mehr verantworten konnten, dort unser Konsulat aufrechtzuerhalten.

In der Tat haben wir dann mit IOM - genauso wie hier vorgeschlagen - darauf hingearbeitet, dass die Ausreisemöglichkeit dann von - - oder die Visaerteilung von Kabul aus gestartet werden kann. Ich glaube, Anfang August sollte es dann auch klappen; aber dann fehlte, glaube ich, ein technisches Gerät und es wurde wieder verzögert, und dann kam das alles in den Strudel.

Deutsche Staatsangehörige verstärkt zur Ausreise auffordern, über einen Liebe-Landsleute-Brief: Ja, dazu muss man, glaube ich, noch mal in Erinnerung holen, dass wir, glaube ich, 73 Deutsche auf der ELEFAND-Liste hatten. Das war also nicht wahnsinnig viel, und das waren Staatsangehörige, die, auch über Reisewarnungen, eigentlich über die Gefahrenlage in gewisser Weise unterrichtet sein mussten, vielfach - genau - auch über die GIZ; es waren ja auch GIZ-Mitarbeiter, die ja ihr eigenes Risikomanagementsystem haben.

Und insofern jetzt eine Ausreise - - explizit aufzufordern, sind wir in der Zentrale von zurückgeschreckt, weil das eben auch sozusagen im Informationsraum den Taliban in die Hände gespielt hätte, die sich gesagt hätten: Okay, wenn sogar die Deutschen schon auffordern zur Ausreise, dann muss die Republik tatsächlich in einer Agonie sich schon befinden.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay, das werden wir nachher noch mal ein bisschen im Detail beleuchten.

Ich möchte erst einmal zum Umgang mit diesem Bericht fragen: Warum haben Sie das am selben Tag an die Staatssekretärsebene weitergeleitet?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Daran erinnere ich mich gar nicht. Aber wenn ich es getan habe, dann wahrscheinlich, weil er so wichtig war, dieser Bericht.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. - Sie haben das Dokument auch weitergeleitet an eine Frau A. - ich sage hier nicht den vollen Namen -; die

hatte die Funktion Büroleiterin der Staatssekretär/-innen. Welche Funktion hatte Ihrer Kenntnis nach Frau A.? War sie den persönlichen Referenten der Staatssekretäre vorgesetzt?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, sie war Leiterin dieses Referats, nämlich des Büros Staatssekretäre, und insofern hatte sie wahrscheinlich ein Vorgesetztenverhältnis. Aber ich glaube, das stimmt nicht ganz; denn wahrscheinlich war der Staatssekretär Vorgesetzter der persönlichen Referenten.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Aber die genauen Zuständigkeiten -

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. Ich frage ja nur nach Ihrer Kenntnis.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** - und Vorgesetzten-/Unterordnungsverhältnisse, die habe ich nie genau durchleuchtet.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Hatte man nach Ihrer Kenntnis in dieser Position auch eine Beratungsfunktion gegenüber der Staatssekretärsebene?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, auf jeden Fall. Deswegen hatten wir auch regelmäßige Jours fixes mit dem Staatssekretär, wo wir dann eben über das, was - -

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Ich meinte eben: Hatte die Position von Frau A. auch Beratungsfunktion gegenüber den Staatssekretären?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, also, da müsste man jetzt - - Kann ich nicht beantworten.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay, -

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ich war nie in der Funktion, deswegen habe ich mich nie mit der Frage - -

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** - ich frage nur nach Ihrer Kenntnis. Alles gut.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie schreiben an Frau A., dass die operativen Empfehlungen etwas weitgehend seien. Warum hatten Sie das so beschrieben? Und was hat da Ihren Eindruck geprägt?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, da müssen wir, glaube ich, weiter durch die Liste gehen. Wir waren ja jetzt stehen geblieben beim Botschaftspersonal. - Nee, wir waren stehen geblieben bei c) Staatsangehörige verstärkt zur Ausreise auffordern. Da hatte ich ja schon gesagt, dass das uns zu weit ging, weil wir damit eben das Narrativ und den Informationsraum zugunsten der Taliban befüllen würden.

Und dann ging es aber weiter mit der Frage der Botschaftsschließung bzw. der Hubschraubertransportfähigkeit für die deutschen Staatsangehörigen. Da hatten wir eigentlich ja ein Memorandum of Understanding mit den Amerikanern, was zumindest für die deutsche Botschaft ein Weg war. Für die deutschen Staatsangehörigen jetzt Hubschraubertransportfähigkeit zum Beispiel für GIZ-Mitarbeiter sicherzustellen, das wäre recht weit gegangen. Insofern trifft es zu, wenn ich dann sage, die operativen Vorschläge gehen sehr weit, -

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** - weil wir eben von den - das lag ja vor meiner Reise, gut; insofern hatte ich noch gar nicht mit der GIZ gesprochen - - Aber wir wussten ja, dass die GIZ weiterhin im Lande ist und auch in den von Taliban eroberten Gebieten. Und jetzt die deutschen Staatsangehörigen, wenn es GIZ-Mitarbeiter waren, dort mit dem Helikopter abzuholen, fanden wir in der Tat weitgehend, bzw. bei den deutschen Staatsangehörigen nach ELEFAND-Liste gab es ja auch viele Doppelstaatler, von denen wir durchaus ausgingen, dass sie ihren Weg weiterhin an den Flughafen oder wo auch immer finden würden. Es flogen ja weiterhin zivile Flugzeuge. Ich selber bin ja auch mit einem zivilen Flugzeug - glaube ich, Turkish Airlines - dort eingeflogen. Insofern stellte sich für uns diese Frage noch nicht.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Diese sozusagen detaillierte Erörterung der einzelnen Empfehlungen, die haben Sie natürlich durchgeführt. Hatten Sie auch Kenntnis, dass das AP 05 oder auch die Staatssekretäre dann für sich so erörtert haben, oder gab es da einen Austausch über diese detaillierte Einschätzung zu den einzelnen Empfehlungen mit AP 05 oder der Staatssekretärebene?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Wir haben auf jeden Fall das in unserem Referat, also mit dem Referat AP 05, besprochen, sicherlich auch mit dem Kollegen des Krisenreaktionszentrums. Und wie gesagt, eine Reihe von Punkten kam uns ja auch plausibel vor. Ich muss sagen, dass meine Stimme damals als frischgebackener Afghanistan-Beauftragter - das war gerade mein zweiter Tag im Dienst - jetzt noch nicht sehr gewichtig war; also ich hatte keine Street Credibility. Und jetzt mir anzumaßen, also das ja, das nein, wäre, glaube ich, etwas vermessen gewesen. Aber auf jeden Fall wurden diese Punkte besprochen, in welcher Konstellation auch immer.

Und ich habe diesen Bericht sozusagen, ich weiß nicht, ob ich ihn im Gepäck hatte, aber die Fragen, die damit verbunden waren, mit nach Kabul genommen, um sie dann auch dort zu erörtern bzw. mir ein weiteres Bild dazu zu machen, was jetzt tatsächlich daran dringend ist und wir in Angriff nehmen sollten und was eben eher nicht auf der Tagesordnung steht.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Die eben angesprochene Frau A., Herr Wieck, die meldete zurück:

„Wäre gut, wenn Sie auf etwas zurückhaltendere Handlungsempfehlungen hinwirken könnten.“

Und Sie antworten dann:

„Ja, auf jeden Fall!“

Wissen Sie, ob Frau A. diese Rückmeldung eigenständig gab oder ob sie vorher mit den Staatssekretären darüber sprach, also nur die Einschätzung der Staatssekretäre weitergab?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Darüber habe ich keine Kenntnis.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Haben Sie dann auf einen zurückhaltenderen Bericht hingewirkt?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Im Gespräch mit Jan van Thiel vor Ort haben wir eher über die Methodik gesprochen. Also, eine Empfehlung, die ich ihm gegeben habe, war, dass bei den Handlungsempfehlungen es sicherlich zielführender ist, auf bereits bestehende Dokumente - es gab ja den Bericht zur Kurzberatung von Auswärtigen Amt und BMVg aus dem März, und es gab den Krisenplan der Botschaft - - Ich habe ihm empfohlen, in seinen Handlungsempfehlungen stärker darauf Bezug zu nehmen, sozusagen als Abholpunkt - denn das waren ja Dokumente, die vom Auswärtigen Amt bereits zur Geschäftsgrundlage erklärt wurden -, um sich auf diese Weise besser Gehör zu verschaffen. Es war sozusagen eine Empfehlung: Wie berichte ich so, dass Empfehlungen auch größere Chancen haben, dann auf ein breiteres Gehör zu stoßen?

Und was ich damals, nach meiner Erinnerung, auch thematisiert habe, ist die Frage des Verteilers. Dass es eben angesichts der diffizilen und prekären Lage und auch eben dem Ringen um das richtige Narrativ im Informationsraum angeraten ist, weniger Sammelverteiler zu verwenden, weil man eben bei Sammelverteilern - zum Beispiel alle Referenten AP 05 oder KABU POL oder eben Verteiler, wo man nicht genau weiß, wer sich da noch alles hinter verbirgt - nicht weiß, wo der Bericht nachher landet. Und wenn eben Berichte nachher in die Öffentlichkeit geraten, in denen die Botschaft Kabul bereits die Republik in der Agonie sieht, dann stärkt das eben die Taliban, die natürlich darauf hoffen, dass alle Afghanen und insbesondere die, die in den Sicherheitskräften arbeiten, dann sagen: Okay, es ist Zeit, die Seiten zu wechseln; denn wenn die Republik in der Agonie ist, dann lohnt es sich auf jeden Fall nicht mehr, für sie zu kämpfen. - Das war die Hauptsorge, und das waren eher methodische Empfehlungen, die ich Jan van Thiel gegeben habe, als dass ich ihm jetzt gesagt habe: Lass mal stecken, bitte keine Handlungsempfehlungen und auch keine weitreichenden - - Das ist ja ein

Menü sozusagen, was er dort entfaltet hat. Und es ist ja wichtig für die Zentrale, das ganze Spektrum zu haben, um dann selber zu sagen, was realistisch ist und was jetzt angemessen ist und was man eher zurückstellen sollte.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen aus dem Bericht, und zwar das Thema Botschaft. Ich zitiere noch mal aus dem Bericht:

„Bevorstehende Notwendigkeit die dt. Botschaft zu schließen und/oder dt. StA auszufliegen muss rechtzeitig politisch erkannt werden ...“

Haben Sie seinerzeit eben auch darüber nachgedacht, dass diese deutliche Darstellung genau dazu dienen sollte, eben rechtzeitig für diese notwendigen Maßnahmen zu sensibilisieren?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, absolut. Und deswegen bin ich ja - - Also, ich bin sowieso nach Kabul gereist. Aber genau diese Fragen wollte ich ja genauer ausleuchten: Ist es angemessen, sich auf eine Schließung der Botschaft einzustellen, oder nicht? Mein Ergebnis war nur - nach sehr, sehr vielen Gesprächen in Kabul und in der Region -, dass die Dringlichkeit nicht besteht. - Warum? Nicht weil ich an die Republik sehr stark geglaubt habe - ich gehörte eher zu denen, die auch das ziemlich - - also die Skepsis hatten, ob sich diese Republik hält -, sondern weil ich meinte, Anlass zu haben, zu glauben, dass, wenn die Taliban die Macht übernehmen würden, sie sie nicht vollständig übernehmen würden - also ich habe weiter auf den Verhandlungsprozess gesetzt -, und selbst wenn sie sie ganz übernehmen würden, dass die deutsche Botschaft dort bestehen bleiben kann, so wie ja auch die türkische Botschaft bestehen geblieben ist. Die Türken waren Teil von ISAF und von RSM und haben einfach ihre Botschaft aufrechterhalten.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Ich muss die letzten zehn Sekunden noch für eine Frage zu dem Komplex nutzen. Sie haben gerade über den E-Mail-Verteiler gesprochen. Wissen Sie, ob dieser Bericht dann schlussendlich jeder politischen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ebene, also dem Minister oder den Staatssekretären, tatsächlich vorlag?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Wissen tue ich das nicht. Aber ich gehe schon davon aus, dass das geschehen ist.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. - Gut, vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann wechseln wir zu Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Schäfer.

**Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herzlich willkommen, Herr Wieck! Ich würde noch mal kurz da anknüpfen, wo Sie eben gesagt haben, Sie hatten jetzt am Anfang noch nicht so die Street Credibility sozusagen. - Wer hatte denn in der Zeit, als Sie angefangen haben mit Ihren Posten, die Street Credibility?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ich glaube, am ehesten noch Markus Potzel, der ja das Geschäft über Jahre betrieben hatte, der ehemaliger Botschafter gewesen war dort, der immer wieder in die Region gereist war und insofern schon was von der Materie verstand.

Jan van Thiel war ja gerade mal eine Woche vor mir in Kabul eingetroffen. Was wiederum für seine Einschätzung sprach, war, dass er ein ganzes Botschaftsteam hatte von Leuten, die eben auf ihre Weise Street Credibility hatten, weil sie schon länger dort waren. Aber das war sozusagen dann abgeleitet von dem, was ihm das Team dann eben sagte und was er dann eben als erste Gespräche führte.

Aber ich würde schon sagen, dass die Autorität in Afghanistan-Fragen damals, bei meinem Dienstbeginn, schon sehr stark bei Markus Potzel lag.

**Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, vielen Dank. - Und Sie hatten jetzt eben schon gesagt, mit wem Sie Kontakt hatten, und auch, dass Sie die Bundesregierung ressortübergreifend kontaktiert haben und auch beraten haben. - Können

Sie sich noch daran erinnern, ob Sie auch mal direkt Kontakt zu Herrn Minister Maas oder Frau Merkel hatten? Also auf welcher Ebene fanden sozusagen dann diese Briefings hauptsächlich statt?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also, ich habe in der Tat während meiner Zeit als Afghanistan- und Pakistan-Sonderbeauftragter viel mit Minister Maas zu tun gehabt, aber, ich glaube, nicht so sehr in meinen ersten Wochen.

Ich weiß gar nicht - also, eigentlich war es Hochsommerzeit -, ob er sozusagen im Dienst war. Aber es wurde dann sehr intensiv in den Krisenstäben, die ja über Wochen zusammen von Minister Maas und Ministerin Kramp-Karrenbauer geleitet wurden. Insofern gab es da schon einen sehr intensiven Austausch. Ich habe den Minister dann auch begleitet in die Region - das war Ende August/Anfang September -, also in die Nachbarstaaten und nach Doha. Insofern gab es dann schon den intensiven Kontakt, aber nicht in diesem Frühstadium, also nicht in meinen ersten drei Wochen.

**Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank. - Sie hatten jetzt eben schon erwähnt, dass Sie ein BND-Briefing auch zu Beginn Ihrer Zeit als Sonderbeauftragter bekommen haben. Können Sie sich noch daran erinnern, auf welcher Ebene das Briefing stattgefunden hat?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Das war ein ganzes Team - und damit endet auch schon meine Erinnerung. Also, ich kann mich nicht an Namen erinnern; würde auch nicht viel bringen, weil es wahrscheinlich nicht die Klarnamen waren. Aber das war schon ein Team, auch von Mitarbeitern des BND, die Street Credibility hatten, die sehr viel in Afghanistan gewesen waren. Und einer war auch gerade zurückgekommen und konnte insofern sehr authentisch berichten, wie die Lage in den von Taliban eroberten Gebieten zu beurteilen war.

**Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay, vielen Dank. - Dann habe ich noch eine Frage, weil im Anschluss an eine Agenturmeldung am 16. August 2021 von der AFP, die auch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

von Herrn Staatssekretär Berger wahrgenommen worden ist - die MAT-Nummer ist die MAT A AA-8.653 VS-NfD, Blatt 38 - - Also, ich fasse das mal zusammen. Da wird gesagt:

„Die deutsche Botschaft in Kabul hat einem Bericht zufolge beim Auswärtigen Amt über

- eine -

längere Zeit

- erfolgreich -

auf die Gefährdung ihrer Mitarbeiter hingewiesen. Der stellvertretende deutsche Botschafter Hendrik van Thiel habe in seinem Lagebericht am Freitag geschrieben, «dass den dringenden Appellen der Botschaft über längere Zeit ... in dieser Woche Abhilfe geschaffen» worden sei, berichtete das ARD-Hauptstadtstudio am Montag. «Wenn das an irgendeiner Stelle diesmal schief gehen sollte, so wäre dies vermeidbar gewesen», schrieb der Diplomat demnach weiter.“

Und Staatssekretär Berger schickt diese Meldung dann am selben Tag an Sie und schreibt dazu - das ist dieselbe Fundstelle -:

„Extrem ärgerlich. Können wir mal feststellen was das für ein Bericht ist und an welchen Verteiler der ging.“

Und Sie lassen dann den Bericht umgehend herausuchen, der ja aus einer öffentlichen Quelle stammte, und schicken den dann an Staatssekretär Berger. Da handelt es sich um eine E-Mail des stellvertretenden Botschafters in Kabul, van Thiel, vom 12. August mit dem Betreff „Alarmstufe dunkelgelb, schaltet jetzt auf orange-rot; wir kommen in die hellroten Töne hinein“, zu finden in MAT A AA-8.653 VS-NfD, Blatt 38 bis 42. Mich interessiert vor allem, was Staatssekretär Berger daraufhin Ihnen schreibt und was

Sie antworten. Herr Berger schreibt - MAT A AA-8.653 VS-NfD, Blatt 54 -:

„Können Sie bitte bei nächster Gelegenheit mündlich vT“

- also van Thiel -

„eine auf die Nuss geben. Ich möchte keine weitere Mail mehr von ihm haben die mehr enthält als rein faktische Aussagen.“

Dann schreiben Sie:

„Mache ich (wird nicht die erste „Nuss“ sein ...).“

Deswegen wäre jetzt meine Frage an Sie, ob Sie vielleicht uns einmal diesen Vorgang erläutern können und insgesamt auch die Gründe, warum Sie glauben, dass von Ihnen erwartet wurde, dass Sie - in diesem Fall natürlich mündlich - van Thiel einen „auf die Nuss geben“ sollten.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, ich glaube, das knüpft wieder an - - was wir gerade bereits erörtert haben, nämlich welche Wirkung Berichte der Botschaft erzielen können, wenn sie eben an einen Verteiler gehen, der für uns nicht kontrollierbar ist - - und wir eben immer damit rechnen mussten, dass Dinge durchgestochen wurden und in den Medien landeten und wir damit einen Prozess befördern, den wir eigentlich nicht befördern wollten, nämlich die Machtübernahme der Taliban.

Insofern war das - das sagt ja auch der Staatssekretär in dieser Mail, die mir jetzt nicht vorliegt, aber von der Erinnerung - - dass er das aufs Faktische begrenzt bekommen möchte und eben diese Ausmalungen mit dunkelroten oder hellroten oder sonstigen Tönen eben nicht lesen möchte.

Meine Aufgabe war dann, in geeigneter Weise mit Jan van Thiel diese Frage aufzunehmen, wie eben so berichtet wird, dass wir nicht damit rechnen müssen, dass die dpa oder die Agentur, die das zitiert hat, dann an solche Berichte kommen - also einen kontrollierten Verteiler und eine Wahl an Begriffen, die eben nicht, wenn so ein Bericht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

durchgestochen wird, den Taliban weiter in die Hände spielen.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Und stimmen Sie mir zu, dass diese E-Mail von van Thiel vom 12. August 2021 und auch die daran anhängenden - MAT A AA-8.653 VS-NfD, Blatt 39 bis 42; wir können das sonst auch gerne noch mal vorbringen, vielleicht hilft das -

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Das wäre gut, wir reden jetzt hier - -

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - eine ganze Reihe eigentlich von faktischen Aussagen enthalten, insbesondere zur dramatischen Lageentwicklung, mit Informationen auch zu einem NATO-Treffen und Zeitlinien, die eigentlich davon ausgehen, dass sich die Lage dramatisch verschlechtern wird und auch ein Verlassen Kabuls angezeigt sein könnte?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ich glaube, es ging nicht - -

(VLR Andreas Gloßner  
(AA) meldet sich zu Wort)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Bundesregierung möchte das Wort. - Entschuldigung!

**VLR Andreas Gloßner** (AA): Genau. Die Frage war als Suggestivfrage gestellt; vielleicht kann man das offener formulieren - also als Anregung.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, dann formuliere ich die Frage noch mal kurz um: ob Sie der Aussage zustimmen könnten, dass eben diese Warnungen in dieser E-Mail - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Nee, so können wir das nicht machen. Sie können einfach fragen, wie er diese bewertet.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, dann frage ich einfach, wie Sie diese E-Mail einschätzen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das können Sie machen.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja. Dann müsste ich sie gerade mal mir durchlesen. Also es geht um 19.32 Uhr, 12. August?

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, vom 12. August, Blatt 39 bis 42.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ich habe hier nur - - Meins geht nur bis 39.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Ich habe hier 35 bis 39. Kann es das sein? Handelt es sich um eine Mail von Herrn van Thiel vom 12. August, 19.32 Uhr?

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt zwei verschiedene Paginierungen oder wie das heißt.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ah. Fängt sie an mit:

„Aus dem Nato treffen heute:

Kurz und Klein: USA gerade in VTC“

zur konkreten Evakuierungsplanung?

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, also, diese Mail ist sehr faktisch. Wenn wir von der Mail vom 12. August, 19.32 Uhr, sprechen - - ist sie ja faktisch gehalten und entspricht, glaube ich, einer Mail, die ich selber geschrieben habe - ich war ja damals in Doha - - und wo die Amerikaner mir gesagt haben, dass sie nicht ausschließen, ihre Botschaft an den Flughafen zu verlegen. Ja, also das war schon eine Entwicklung, eine Beschleunigung der Lage, sowohl was den Vormarsch der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Taliban anbelangt als auch was das Agieren der anderen Botschaften anbelangt.

Allerdings gab es gerade zum Verhalten der Amerikaner - Sie haben nicht danach gefragt; ich sage es trotzdem - dann sehr unterschiedliche Einlassungen, nämlich aus Washington, wo ja eigentlich eher uns versichert wurde, dass nichts dergleichen geplant war und man hier eher in Zeiträumen von Wochen spricht und nichts zu befürchten war. Also ich glaube, das war dann ein Lagebild, was von sehr heterogenen Aussagen gefüttert wurde. Und auch mir in Doha sagte damals der stellvertretende Sonderbeauftragte der Amerikaner, dass das nur eine von mehreren Optionen sei, an den Flughafen zu verlegen.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und können Sie vielleicht auch noch mal, angesichts dieser Lageveränderung, die Sie ja dann auch wahrgenommen haben, beschreiben, welche Maßnahmen Sie in dieser Zeit dann für die Sicherheit der Botschaft und auch der Mitarbeitenden für angezeigt hielten?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ich war zu dem Zeitpunkt, wie gesagt, in Doha - da haben sich ja die Sonderbeauftragten getroffen mit den Vertretern der Taliban und mit Vertretern der Republik - und war sozusagen konzentriert auf diesen Aspekt meines Sonderbeauftragtengeschäfts - wohl wissend, dass in Berlin die Drähte heiß laufen und dass Krisenstäbe tagten. Ich glaube, am 13. tagte ein Krisenstab, an dem ich auch nicht teilnehmen konnte, weil ich in Doha war. Also meine Möglichkeiten von Doha aus, jetzt darauf Einfluss zu nehmen, waren begrenzt.

Ich hatte aber auch Vertrauen darauf, dass in Berlin sehr viele kompetente Kollegen und Kolleginnen sitzen, die jetzt mit diesem sich verdüsternden Lagebild professionell umgehen.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und noch mal nachgefragt jetzt zu den Maßnahmen, die Sie vielleicht dann verbunden mit diesen Lageinformationen für deutsche Staatsangehörige oder Ortskräfte für angezeigt hielten: Also, vielleicht können Sie da auch noch mal kurz zu sagen, welche Einschätzungen Sie hatten, was für

deren Sicherheit angesichts dieser Lagebeschreibung getan werden müsste.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Meiner Erinnerung nach war ein Charterflug geplant, der am Montag - das wäre der 16. gewesen - eintreffen sollte, um eben Ortskräften die Möglichkeit zu geben, unabhängig von Linienflügen auszureisen.

Und wenn es um die Verlegung an den Flughafen ging, war es natürlich wichtig, Platz am Flughafen zu bekommen und gleichzeitig das Personal so weit wie möglich auszudünnen. Und das war ein Prozess, der nach meiner Erinnerung bereits lief. Die Frage war immer nur des Zeithorizonts. Und auch nach meiner Erinnerung - also, ich habe es jetzt nicht Wort für Wort gelesen - - Aber auch bei Jan van Thiel war das ja jetzt kein Faktum, er hat ja nicht gesagt: „Am Sonntag ist hier in der Green Zone alles dicht“, sondern dass es hier Überlegungen gibt und dass das Ganze eine Dynamik bekommt. Also, das war, ja, das war alles noch ein Prozess, der aber eben nun gesteuert wurde von unserem Krisenreaktionszentrum und der darauf hinauslief - dann ja am Sonntag das dann auch beschlossen wurde -, in die militärische Evakuierung einzusteigen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann wechselt jetzt das Fragerecht wieder. - Herr Wundrak.

**Joachim Wundrak** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr Dr. Wieck! Auch ich bedanke mich, dass Sie zur Verfügung stehen. Ich bedanke mich auch für Ihr doch erhellendes Eingangsstatement, was schon die eine oder andere Frage hier durchaus beantwortet hat. Ich möchte noch mal nachfragen: Vielleicht können Sie noch Ihr Verhältnis oder das Verhältnis Ihrer Aufgabe als Sonderbeauftragter gegenüber der Botschaft in Kabul - - Gab es da eine Weisungsbefugnis von Ihrer Seite, oder wie war das Verhältnis formal?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also, wenn ich gewollt hätte, hätte ich, glaube ich, Weisungen geben können. Aber unmittelbarer Weisungsgeber für die Botschaft in Kabul war das Referat AP 05. Aber da ich Vorgesetzter des Referats AP 05 war, war es ein Leichtes, mit Weisungen dann über



## Nur zur dienstlichen Verwendung

AP 05 die Botschaft zu bitten, einen Bericht zu verfassen oder was auch immer dann an Aufgaben zu erledigen war.

**Joachim Wundrak (AfD):** Also es gab kein Kompetenzproblem mit der Botschaft in Kabul?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Nein. Jeder hat, glaube ich, seine Rolle gekannt und wahrgenommen. Und ich glaube, dass es auch ein Klassiker ist, dass nicht jeder Vorschlag der Botschaft von der Zentrale dann umgesetzt wird. Insofern: Ja, das Rollenverständnis stimmte.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja. - Sie haben auch in Ihrem Eingangsstatement schon von Ihrem ersten Besuch in Kabul, vom 26. bis 28. Juli, berichtet. Sie haben den ehemaligen Generalstaatsanwalt der Taliban, Ahmad Maulan Shinwari, dort getroffen; das haben Sie kurz erwähnt. Und der Bericht dazu ist ein DKOR: MAT A AA-9.54 VS-NfD, Blätter 97 bis 99. Und in dem Gespräch, in dem DKOR, wird auch die Position der GIZ - die haben Sie auch erwähnt - - Ich zitiere das noch mal:

„Laut GIZ ist eine **Fortsetzung von Projekten in TLB-kontrollierten Gebieten grds. möglich**, da diese Interesse an Fortsetzung von EZ (und HuHi)“

- Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe -

„hätten und die Zusammenarbeit auch in TLB-kontrollierten Gebieten über Schuras (lokale Beratungsgremien) in den Gemeinden verankert werden könnte.“

Wie haben Sie sich denn in diesem Gespräch mit dem genannten Taliban zur Fortführung der Entwicklungszusammenarbeit positioniert? Auf der einen Seite haben wir die sehr positive oder optimistische Position der GIZ, die ich zitiert habe, aber auf der anderen Seite haben wir vom Außenminister Heiko Maas mit einer Aussage auf MAT A AA-10.137 VS-NfD, Blatt 93 - Zitat -:

„Wir werden keinen Cent mehr nach Afghanistan geben, wenn die

Taliban dieses Land komplett übernommen haben ...“

Zitat Ende. - Kannten Sie diese Position vom Außenminister, und wie haben Sie das in dieses Gespräch mit den Taliban eingebracht?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Herr Wundrak, jetzt muss ich noch mal zurückfragen: War die Äußerung von Minister Maas vor meinem Besuch, oder war sie danach?

**Joachim Wundrak (AfD):** Die war vom 11.08.; die war danach, ja.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja. Also insofern konnte ich sie noch nicht in meinen Gesprächen in Kabul mit einpreisen. - Also das Lagebild damals in Kabul bei meiner Reise und im Gespräch mit der GIZ war in der Tat das Petitum der GIZ, die Entwicklungszusammenarbeit fortzusetzen, bis hin zur Frage damit verbundenen - - eines verbundenen Ausreisewunsches, der eben nicht bestehe, wenn man die EZ fortsetzen würde, der aber dann aufkommen würde, wenn man die EZ einstellen würde - aber dann aus materiellen Gründen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ich muss da kurz nachfragen: Natürlich war jetzt das Zitat des Außenministers nach Ihrem Besuch, aber die Position wird es ja schon vorher gegeben haben, oder ist die erst nachher entstanden?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also mir war sie damals noch nicht bekannt.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja, vielen Dank. - Kurz vor dem Untergang der Islamischen Republik Afghanistan hat es bekanntlich noch in Doha in mehreren verschiedenen Formaten unter Beteiligung internationaler Akteure Versuche gegeben, zu einer politischen Lösung für Afghanistan zu kommen. Offensichtlich war Deutschland zunächst nicht eingeladen. Gemäß MAT A AA-8.649 VS-NfD, Blatt 143 vom 4. August 2021 schrieb Ihnen Jan Hendrik van Thiel wörtlich - ich zitiere -:

„Botschafter ██████“



## Nur zur dienstlichen Verwendung

- das ist wohl der [REDACTED] Botschafter in Afghanistan -

„sagte mir im vertraulichen Hintergrundgespräch heute zu, Karzai werde sich für unsere Teilnahme bei Khalizad, ggf. auch [REDACTED]“

- das ist ein [REDACTED] Staatsbeamter -

„einsetzen. Oder haben wir schon Einladung? Er sagte etwas nebulös, [REDACTED] habe nichts gegen Deutschland, traue aber ...“

- und hier ist ein Name geschwärzt -

„nicht.“

Also er traut jemandem nicht

„Gründe hat er mir nicht genannt.“

Was wissen Sie über diese Hintergründe der zunächst nicht ausgesprochenen Einladung Deutschlands, an diesen, ja, letzten Doha-Gesprächen teilzunehmen?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, also zunächst einmal: Unsere Position habe ich ja geschildert: dass es uns darum ging, eine möglichst geschlossene internationale Front aufzubauen mit klaren Ansagen und Botschaften an die Taliban. Aber dieser Wunsch und dieses Konzept wurden nicht von allen Sonderbeauftragten geteilt.

Jetzt ist es ein bisschen Spekulation, warum Katar zunächst nicht an die Einbeziehung Deutschlands dachte. Auf jeden Fall war klar, dass die Kataris gegenüber den Taliban eine weichere Position fuhren und die Botschaften, die wir international konsentieren wollten, nach katarischem Geschmack verbindlicher ausfallen würden als nach unserem Geschmack. Insofern - das ist aber jetzt Spekulation - kann es sein, wenn man da so ein paar Nationen rauslässt, die eher für eine härtere Ansprache gegenüber den Taliban sind, dass es dann gelingen würde, mit einer kleineren Gruppe eben dann ein Statement

hinzubekommen, was eher nach katarischem Geschmack gewesen wäre. Aber das ist jetzt Spekulation.

Ansonsten, rein faktisch, haben ja dann die Treffen stattgefunden, allerdings in unterschiedlichen Formaten, sodass wir eigentlich nie alle zu 14 oder bzw. zu 15 zusammen am Tisch saßen, sondern sequenziell. Aber die Erklärungen, die wir verabschiedet haben, wurden dann ja von 14 Nationen unterschrieben, aber eben nicht von Russland. Aber Deutschland war dann nachher auf jeden Fall dabei.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sequenziell kommt jetzt auch die FDP.

**Peter Heidt (FDP):** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr Dr. Wieck! Vielen Dank, dass Sie uns auch noch zu so später Stunde zur Verfügung stehen. - Ich habe ja schon - - Die Kollegen haben schon viel über den Botschafter van Thiel gesprochen. Kannten Sie eigentlich die Vita

(Zuruf: Gesandter!)

- Gesandter war es; ja, genau - von dem Herrn van Thiel? Wussten Sie, dass der mal beim Einsatzführungskommando abgestellt war?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, also zum ersten Teil der Frage: Ich kannte Teile seiner Vita, sicherlich nicht alles, aber ich wusste, dass er beim Einsatzführungskommando mal abgestellt war oder abgeordnet war.

**Peter Heidt (FDP):** Ja. Wie haben Sie denn zwischen Ihrem Amtsantritt und dem 14. August die Lageeinschätzung von Herrn van Thiel wahrgenommen, Sie ganz persönlich?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Bei meinem Amtsantritt oder am 14. August?

**Peter Heidt (FDP):** Dazwischen; also sagen wir mal, zwischen diesem Zeitraum.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Die Lageeinschätzung war ja sozusagen nichts in Stein Gemeißeltes,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sondern es war eine sehr dynamische Entwicklung, und Herr van Thiel hat sich große Mühe gegeben, uns zeitnah über seine Impressionen und seine Wahrnehmung dieser Lage zu unterrichten. Ich muss in der Tat sagen, dass, als ich selber nach Kabul reiste und selber die Gespräche führte und mich selber in der Stadt bewegte und mit sehr vielen Menschen sprach, ich seine Lageeinschätzung nicht vollständig bestätigt sah.

Allerdings: Ich war gerade mal zweieinhalb Tage dort, und er war die ganze Zeit dort. Also ich wusste auch jetzt meine empirischen Untersuchungen durchaus zu relativieren, weil sie eben in einem sehr kurzen Zeitraum stattfanden. Aber ich habe insgesamt eben während dieser Reise eher Zuversicht wahrgenommen bzw. Teile der Elite dort kennengelernt, insbesondere bei diesen Abendveranstaltungen, die nicht davon geprägt waren, dass man jetzt unbedingt das Land verlassen müsste und von den Taliban überrollt werde und dass man dann mit systematischer Verfolgung zu rechnen hatte, sondern eher eine gewisse Gelassenheit dort wahrgenommen. Also in diesem speziellen Fall - meine Reise letzte Juliwoche -, würde ich sagen, war das nicht deckungsgleich mit den Einschätzungen von Herrn van Thiel.

Aber der Schwerpunkt der Berichterstattung - würde ich hiermit mal sagen; aber Sie kennen die Akten viel besser als ich - von Herrn van Thiel war ja dann die Vorbereitung und sozusagen das Gras wachsen zu hören bzw. in die anderen Botschaften reinzuleuchten bzw. aus seinen Begegnungen mit den Vertretern der anderen Botschaften mitzubekommen, was die alles so vorbereiteten.

Und ich glaube, das ist ein wichtiger Aspekt, dass es da doch anscheinend auch eine gewisse Eigendynamik gab vor Ort, die im Falle der Amerikaner nicht hundertprozentig dem entsprach, was wir auf Hauptstadtkanälen aus Washington erfuhren. Und es gibt ja den interessanten Bericht von der Botschafterin Haber, in der sie auch die verschiedenen Denkschulen, die in Washington bestanden, zu Afghanistan auffächerte - also, ja, eben von denen, die das eher gelassen sahen, bis hin zu denen, die sagten: Das geht alles zu Ende,

und wir müssen das Land verlassen. - Wobei in dem Fall noch hinzukommt, dass die Amerikaner ja in einer anderen Situation als wir waren, weil sie in Afghanistan mit ihren Streitkräften anders operiert hatten als wir. Also wir durften uns da auch nicht zu sehr vergleichen.

Aber Herr van Thiel hat eben sehr stark die Signale von den anderen Vertretungen vor Ort aufgenommen. Und die waren im Falle der Amerikaner sicherlich weitgehender als das, was wir bereit waren, in unserem Fall zu tun.

**Peter Heidt (FDP):** Sie hatten vorhin gesagt, dass das irgendwie NGOs waren, diese Eliten. Vielleicht können Sie diese Eliten noch mal näher beschreiben. Vor allen Dingen, weil man sich natürlich sagen könnte: Na ja, diese Eliten haben das vielleicht auch so gesagt und haben Zuversicht verbreitet, weil sie natürlich gehofft haben, dass die Deutschen bleiben!

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Über die Motive kann ich jetzt - - möchte ich nicht spekulieren. Das hörte sich schon sehr authentisch an.

Zunächst einmal: Wer waren diese Eliten? Das waren Mitglieder der Exekutiven, Minister/-innen, stellvertretende Minister/-innen. Es waren aber auch Geschäftsleute - ich glaube, der Gastgeber sogar am ersten Abend war ein Geschäftsmann, der eigentlich ursprünglich aus der Administration kam -, es waren NGO-Vertreter.

Ich habe auch mit „TOLONews“ am letzten Tag noch gesprochen. Und da auch sehr viel sozusagen Selbstbewusstsein, dass dieser freie Journalismus, der in diesen Jahren des internationalen Engagements dort entstanden war - - dass der bewahrt wird und dass man sich durchkämpfen würde und sich nicht irgendwie kirre machen lassen würde! Also da war eine Mischung aus Gelassenheit, aber auch kämpferisch. Auf jeden Fall: Wir geben diese Republik nicht auf. Das sind Errungenschaften der letzten 20 Jahre mit eurer Hilfe, liebe Deutsche, die es zu bewahren gilt, und wir bleiben hier. - Das war, ich will nicht sagen, unisono - - Aber das war das überwiegende Meinungsbild, was ich damals eingefangen habe.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Peter Heidt (FDP):** Haben Sie sich denn Gedanken über die Motive gemacht?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Na ja, ich meine, bei einer Lagebeschreibung brauche ich eigentlich gar kein Motiv. Also das habe ich mal so für bare Münze genommen, dass die Betroffenen für ihre Republik eintreten wollen und sie verteidigen wollen und, ja, das, was mit unserer Hilfe aufgebaut wurde, eben nicht wieder preisgeben wollen. Das war zunächst einmal so glaubwürdig, dass ich jetzt nicht an Sekundärmotive sofort gedacht habe, dass er jetzt irgendwas von mir auf diese Weise erwirken will; aber ich kann es nicht ausschließen.

**Peter Heidt (FDP):** Hatten Sie in dieser Zeit auch Gespräche mit US-Militärs vor Ort?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ich habe mit der NATO gesprochen; das war aber der Senior Civil Representative, ein Italiener. Aber da war auch, wenn ich mich richtig erinnere - es kann sein -, ein Brite oder Amerikaner mit am Tisch. Und ansonsten mit amerikanischen Militärs: Mit dem amerikanischen Geschäftsträger habe ich gesprochen, aber nicht, meiner Erinnerung nach, mit amerikanischen Militärs jenseits des Mittagessens, das der italienische Senior Civil Representative der NATO ausgerichtet hat.

**Peter Heidt (FDP):** Herr van Thiel hat bei seiner Aussage hier - das ist das vorläufige Stenografische Protokoll 20/66, Seite 129/130 - irgendwie betont, ihm wurde nicht ein einziges Mal begründet, warum er mit seiner Lageeinschätzung falsch liegen soll. Haben Sie mit Herrn van Thiel darüber gesprochen, sich eventuell auch seine Lagereinschätzung näher erläutern lassen?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also, die Lage: Das hängt davon ab, von was wir sprechen. Also die Republik in der Agonie: Das habe ich damals nicht ausgeschlossen. - Also, als ich dem Präsidenten Ghani die Hand gegeben habe bei der Begrüßung, habe ich schon - - lief bei mir schon so der Gedanke ab: Das wird wahrscheinlich der erste und letzte Handschlag gewesen sein, den ich hier mit dem Präsidenten tue. - Das war schon ein Regime, was als korrupt galt und was

nicht in der Lage war, sich durchzusetzen, und was auch in der Breite der Bevölkerung - oder in der Weite des Landes, ja, kleptokratische Züge hatte und was vielen Menschen das Leben schwer gemacht hat. Und hinzu kam, dass sie eben auch wahrscheinlich durch die Misswirtschaft und durch die Kabul-Zentriertheit, ja - das war sozusagen eine Kabul-Blase -, eben den Taliban auch ermöglicht haben, dann diese Raumkontrolle zu bekommen. Die Leute wollten eben nicht mehr Bestechungsgelder zahlen und gehindert werden, von A nach B zu kommen.

Und insofern gehörte ich nicht zu denen, die jetzt meinten, diese Republik hat noch weitere hundert Jahre. Also ich gehörte auch zu den eher kritischen Betrachtern dieses Geschehens. Aber sozusagen vielleicht auch durch meine spezifische Rolle bedingt, ging ich davon aus, dass in irgendeiner Weise eine Einigung mit den Republikvertretern möglich sein würde, im Sinne eines Powersharing, im Sinne einer Aufteilung der Macht, und das war ja unser Bemühen in Doha mit diesem Verhandlungsprozess.

**Peter Heidt (FDP):** Das verstehe ich. Aber haben Sie das mit dem van Thiel besprochen?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir sind auch am Ende - -

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** - natürlich. Ja. Also, wir haben ja zweieinhalb Tage zusammen verbracht, wir haben viele Autofahrten miteinander gehabt und natürlich sehr gefachsimpelt sozusagen, was von dieser Republik zu erwarten ist und wie der Vormarsch einzuschätzen ist. Also es war schon ein sehr intensiver Austausch.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut, dann wechseln wir; das war diese Runde. - Die nächste Runde beginnt mit dem Kollegen Nürnberger.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte ein völlig anderes Thema ansprechen. Wie Sie sich sicher erinnern, hat die afghanische Regierung ab dem 8. Juli 2021 pandemiebedingt vorübergehend für drei Monate



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Rückführungen nach Afghanistan ausgesetzt. Dennoch gab es Planungen im BMI, einen Rückführungsflug für die Nacht vom 3. auf den 4. August 2021 durchzuführen. Wann haben Sie von dieser Absicht des BMI Kenntnis erhalten, und wie haben Sie darauf reagiert?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, das war sozusagen eine Mission, die ich mitbekam für meine Reise nach Kabul, nämlich, mit den Vertretern der Republik zu vereinbaren, dass eben dieser Rückführungsflug stattfinden sollte für eine sehr geringe Zahl an schweren Straftätern.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Die Frage war, wann Sie davon erfahren haben, ungefähr.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, bleibt ja nicht viel; denn ich war ja erst eine Woche davor im Amt. Also in den Gesprächen, die ich in der ersten Woche geführt habe.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wurde das mit einer besonderen Dringlichkeit an Sie herangetragen, und kam es direkt aus dem BMI?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, ich hatte - - Genau, ich hatte ja mit dem BMI gesprochen; da wurde es an mich herangetragen. Aber auch von der Leitung des Auswärtigen Amtes wurde es an mich herangetragen, dass das eines meiner - -

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ein Päckchen für Ihren Rucksack nach Afghanistan war.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ganz genau; Sie haben es sehr schön zum Ausdruck gebracht.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ausweislich MAT A AA-8.648 VS-NfD, Blatt 152 bitten Sie dann am 21. Juli 2021 Ihre Kolleginnen in AP 05 um die Vorbereitung eines Telefonats zwischen Staatssekretär Berger und seinem Pendant im BMI, Herrn Staatssekretär Teichmann, und schreiben - ich zitiere -:

„... für das Gespräch bräuchte ich eine gute, überzeugende Argumentationslinie (einschl. Reaktivpunkte): warum Ausnahme gerade

für uns und AUT? Warum nicht drei Monate warten?“

Ging es nach Ihrer Kenntnis in diesem Telefonat ausschließlich um die Planung dieses bestimmten Rückführungsfluges am 3. und 4. August oder allgemein um Rückführung von ausreisepflichtigen Straftätern aus Deutschland nach Afghanistan?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also, die Frage ist jetzt, an was ich gedacht habe, ob das das Punktuelle war, warum wir das machen sollen, oder warum wir insgesamt - -

**Jörg Nürnberger (SPD):** Es geht darum, welche Absicht mit diesem Telefonat verbunden war - ob es konkret um den einen Rückführungsflug gehen sollte oder ob man sich allgemein über Rückführungsflüge in diesem Zeitraum unterhalten wollte.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Aber ich habe Sie so verstanden - ich kenne jetzt das Dokument nicht -, dass der Staatssekretär Berger mit Staatssekretär Teichmann telefonieren wollte, und Staatssekretär Berger brauchte eine Vorbereitung.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Genau; so habe ich die Frage formuliert.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, aber ich weiß ja nicht, was der Staatssekretär Berger wissen wollte oder wie er - - Welche Rolle spielte ich in dieser Mail?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Sie schreiben an Ihre Kolleginnen in AP 05: Für das Gespräch, das die beiden Herren führen wollen, bräuchte ich - also Ihre Person - eine gute und überzeugende Argumentationslinie. - Die dann offensichtlich Herr Berger gegenüber dem BMI verwenden kann. - Warum ausgerechnet die Ausnahme für uns und für die Österreicher?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Macht eigentlich keinen Sinn; denn treibend war ja das BMI. Und warum soll dann der Staatssekretär Berger den Staatssekretär Teichmann von irgendwas überzeugen? Also ich glaube, dass ich selber brauchte - - Ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

glaube, ich musste erst mal überzeugt werden. Aber ich kenne das Dokument nicht. Also wenn ich es mir anschauen könnte, dann kann ich es besser einschätzen.

**Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:** Vielleicht können Sie es kurz vorlegen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wir sind, glaube ich, schon auf dem Weg.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, also ich lese die Mail anders - also nicht, dass es um ein Gespräch des Staatssekretärs Berger mit Staatssekretär Teichmann ging, sondern dass das zu meinem Reisegepäck genommen werden sollte und ich mein Team bat, mich überhaupt erst mal argumentativ darauf vorzubereiten, weil mir nicht einleuchtete, warum jetzt gerade für uns und Österreich eine Ausnahme gemacht werden sollte und warum wir nicht drei Monate warten konnten. Also ich wollte mich sachkundig machen, weil ich gegenüber den Afghanen dieses Petikum vortragen sollte.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Gut, dann hat sich das ja geklärt; das ist ja ganz hervorragend. - Wenn Sie vielleicht noch mal diese Zeitlinie etwas näher erläutern können: Diese drei Monate bezogen sich dann auf die Aussetzung, die vorübergehend ja für drei Monate befristet war, so wie ich oben eingeführt habe? Deshalb drei Monate? - Okay.

Sie hatten dann im Rahmen Ihrer Reise ein Gespräch im MoRR, Ministry of Repatriation and Refugees. Mit wem haben Sie dort im Ministerium gesprochen in Kabul?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Mit dem Minister.

**Jörg Nürnberger (SPD):** War Ihr Auftrag - und das ergeht ja schon ein bisschen aus Ihren vorherigen Antworten -, eine Zustimmung zu dem von BM Seehofer geplanten Rückführungsflug zu erbiten?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Das war eigentlich mein Ziel; aber das Ziel war schon erreicht, bevor ich überhaupt die Türschwelle überschritten hatte, weil beim Empfang im Ministerium mir eine Botschaftsmitarbeiterin sagte und zuraunte: Die haben übrigens schon zugestimmt. - Insofern war eigentlich das Gespräch ein sehr konsensuales, wo es gar nicht mehr um das Ob ging, sondern um das Wie, nämlich ob es ein Charterflug sein soll oder lieber ein Linienflug; denn die Maßgabe der Afghanen, die ich sehr nachvollziehbar fand, maximale Diskretion, sollte eben berücksichtigt werden. Und dann haben wir uns darüber ausgetauscht, ob es maximal diskreter ist, wenn ich einen Charterflug mache, oder maximal diskreter, wenn ich einen Linienflug mache. Und wir kamen zu der gemeinsamen Überzeugung, dass ein Charterflug diskreter ist.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Sie haben jetzt bereits zitiert aus einer Mail vom 27. Juli, inhaltlich zitiert, in dem Ihre Kabul-Kollegin Frau H., die wir hier auch schon vernommen haben, unter MAT A AA-8.648 VS-NfD, Blatt 215 f. - hier insbesondere Seite 219 - aus Ihrem Gespräch mit dem Minister Noor Rahman Akhalqi berichtet. Der erste Punkt, den haben Sie zitiert: eher Charter, Rückführung von maximal - - Rückführung zehn Afghanen pro Charterflug, maximal diskret abgewickelt. Aber es gab noch einen zweiten Punkt. Dort steht auch noch drin:

„Nachdrückliche Empfehlung AP-B-2, auf Schreiben der Innenminister an KOM zu verzichten. Dies würde Öffentlichkeit schaffen, die den Erfolg unseres Vorhabens gefährden würde. Im Übrigen würde es Ansprüche weiterer EUMS nach sich ziehen - ebenfalls kontraproduktiv für unser Anliegen.“

War das eine Nachricht, die Ihnen der Minister so mitgegeben hat, oder ist das nur der Eindruck aus Ihrem Gespräch? War das eine Forderung des Ministers oder Ihr Rückschluss aus dem offensichtlich sehr produktiven Gespräch mit dem Minister?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Nein, es war keine Forderung des Ministers, weder des einen noch des anderen Ministers, sondern das war tatsächlich das Ergebnis des Gesprächs, wo ich verstanden hatte, von der afghanischen Seite, dass sie maximale Diskretion walten lassen wollte. Und ich habe diesen Vorgang sozusagen rein fachlich betrachtet, vielleicht nicht politisch, dass es uns darum ging, schwere Straftäter und Gefährder zurückzuführen, und dass das im Mittelpunkt stand und der Erfolg eben nur dann gegeben ist, wenn wir das maximal diskret machen, und dieses Schreiben, was geplant war, eben diesem Diskretionsansatz zuwidergelaufen wäre.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Jetzt haben Sie vorhin ausdrücklich dargestellt, dass man Ihnen Argumente an die Hand hätte geben sollen, wie Sie die Einbeziehung Österreichs begründen. Welche Argumente hätten Ihnen denn dann zur Verfügung gestanden, obwohl Sie sie ja dann doch nicht gebraucht haben?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also, meine Mail bezog sich weniger auf Österreich jetzt, sondern warum es eine Ausnahme gerade für uns und Österreich war. Aber es bezog sich auf uns genauso wie für andere. Ich wollte verstehen, warum wir von den Afghanen - - warum *ich* von den Afghanen verlangen soll - - warum sie gerade für uns beide eine Ausnahme machen. Bin ich vielleicht zu sozusagen - - Kategorischer Imperativ von Immanuel Kant: Handle stets nach der Maxime, die zum allgemeinen Gesetz werden kann. - Und das fand ich jetzt irgendwie begründungsbedürftig, warum wir jetzt gerade für zwei Nationen eine Ausnahme erwirken sollten.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Kann ich durchaus nachvollziehen. Philosophische Überlegungen nachts um zehn haben auch ihren Reiz. - Allerdings gibt es in MAT A AA-8.649 VS-NfD, Blatt 15 bis 19 eine Aussage von Herrn van Thiel, nachdem der Flug abgebrochen war, dass das österreichische Außenministerium dem afghanischen Botschafter im Vorfeld wohl mit der Schließung der Botschaft in Wien gedroht habe. Wurde dieses Argument jemals in Ihren Diskussionen, in diesem Gespräch im afghanischen Ministerium erwähnt? Die Wahrscheinlichkeit spricht nicht dafür.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Nein.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Okay.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ich nehme an, dass ich nicht auf dem Mailverteiler war. Ich glaube, ich höre das zum ersten Mal. - Also, gut, zumindest habe ich das nicht in Erinnerung und war damals auch für mich kein Argument und auch kein Faktor, der für meine Mission eine Rolle spielte.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Nur noch einmal zur Versicherung: In MAT A AA-8.649 - gleiche MAT-Nummer - VS-NfD, aber auf Blatt 161, reagieren Sie auf die Information über den Abbruch des Rückführungsfluges am Abend des 3. August mit den Worten:

„32 Bundespolizisten für 6 Afghanen!!“

Gab es im Vorfeld doch Diskussionen darüber, ob solche Rückführungsflüge aufseiten des Auswärtigen Amtes effektiv und angemessen waren? In Ihrem Statement vorhin haben Sie das nicht so dargestellt.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Na ja, wir waren ja in einer Behörde, dem Auswärtigen Amt, und da sind solche Mails und, ja, Aufträge ans Referat, mir eine ordentliche Argumentationslinie aufzuschreiben, schon eine Art des Diskurses. Nämlich ich wollte, dass die mich davon überzeugen, warum das jetzt geboten sei, damit ich damit überzeugend argumentieren kann. Insofern gab es schon eine Diskussion über die Argumente, die dafürsprechen, und damit natürlich auch konkludent dann, die dagegensprechen. Also es wurde schon vorher gedanklich durchgeknetet. Ich wollte nicht zu einer Mission da aufbrechen, die ich für völlig sinnlos halte.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich möchte dieses Thema abschließen und mich jetzt in einem nächsten Schritt der Krisen- und Evakuierungsplanung für die Botschaft in Kabul widmen. Ihre Reise nach Kabul hat ja ganz verschiedene Aspekte offensichtlich beinhaltet - um beim Bild vom Rucksack zu bleiben: mit mehreren Päckchen be-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

stückt. Und ich möchte noch einmal thematisieren Ihr Gespräch mit Herrn van Thiel, inwieweit dort die Frage einer vielleicht noch nicht konkreten, aber möglicherweise kurzfristig notwendigen Evakuierung der Botschaft thematisiert wurde. Sie haben vorhin schon etwas angedeutet, aber vielleicht können Sie dazu noch näher ausführen.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Mein erstes Gespräch in Kabul am frühen Morgen fand ja mit der Botschaft statt, und da war es mir wichtig, möglichst viele Stimmen einzufangen von den Botschaftsmitarbeitern. Und Herr van Thiel hat das auch sehr geschickt gemacht, weil jeder sozusagen zu Wort gekommen ist, damit ich da so ein kollektives Meinungsbild bekomme, und da konnte ich nicht heraushören, dass - - oder es wurden keine Forderungen an mich herangetragen, jetzt endlich mal dafür zu sorgen, dass man die Botschaft evakuiert. Im Gegenteil: Nach meiner Erinnerung war das Bild eher: Die Stimmung ist prima. Es gab zwar irgendwie Alarm kürzlich, weil da Geschosse irgendwo eingetroffen waren in der grünen Zone, aber die Stimmung ist gut, die Leute machen gerne ihren Job.

Und nach meiner Erinnerung wurde mir auch mitgeteilt: Denen gefällt es so gut, dass es schon wieder mehrere Verlängerungsanträge gab. Also normalerweise ging man ja für ein Jahr und konnte dann eben ein zweites Jahr verlängern. Und das war für mich in der Tat interessant, dass die Betroffenen nicht so ein starkes Bedrohungsgefühl hatten, dass sie am liebsten mit mir jetzt weiter nach Islamabad gereist wären, sondern ihren Job dort gut und überzeugt machten und nicht den Eindruck mir vermittelten, dass ich in dieser Frage sozusagen Gas geben soll, wie man evakuieren kann.

Ich füge aber sozusagen der Vollständigkeit halber hinzu, dass für uns die Evakuierung einer Botschaft wirklich eine Spätphase der Kapitulation ist; denn wenn ich keine Botschaft mehr habe, dann kann ich mich um keine Ortskräfte kümmern und schon gar nicht um Schutzbedürftige. Das heißt ja, dass ich alles einstelle - nach mir die Sintflut -, die Schotten dichtmache und abziehe. Insofern war das auch für Berlin nicht

etwas, was wir jetzt beherzt angehen sollten - im Gegenteil -, und ich wiederhole mich ein bisschen: Der Eindruck herrschte vor, dass selbst wenn die Taliban in welcher Weise auch immer wieder mitregieren würden in Afghanistan - - dass unsere Botschaft dort ihre Aufgaben weiter wahrnehmen könnte, weil wir die Erfahrung hatten aus der Fläche, die von der GIZ berichtet wurde, nämlich, dass die Taliban sich ordentlich verhalten und eben keine Verfolgung - und schon gar keine systematische Verfolgung - stattfand, derjenigen, die mit der Republik oder auch mit den Ausländern, mit den Deutschen, die dort Entwicklungszusammenarbeit leisteten, in Verbindung gebracht wurden.

Und insofern bin ich aus Kabul abgereist nicht mit dem Ergebnis: „Hoppla, hier müssen wir uns jetzt beschleunigt drum kümmern“, sondern eher mit dem Gefühl, dass für uns das jetzt keine unmittelbare Option ist, aber durchaus bei Briten und Amerikanern solche Gedanken vorherrschen und dann nur konkludent für uns mit dieser Option gearbeitet werden musste, weil wir eben vom Sicherheitskonzept in der grünen Zone abhängen von den Amerikanern, wir eigentlich, ja, bleiben, also nicht viel zu befürchten hätten, aber wenn wir abhängig sind von den Amerikanern, sich die Lage natürlich anders darstellt.

Und das war, glaube ich, nach meiner Erinnerung dann auch der Hauptstrang der Argumentation von Jan van Thiel, eben diese Abhängigkeit von den Amerikanern - und deswegen die vielen Hauptstadtkontakte dann auch auf Staatssekretärebene nach Washington, um deren Intentionen und Pläne genauer auszuleuchten, und da leider die fälschliche Rückmeldung bis, ich glaube, zum 14. August, dass damit nicht zu rechnen sei. Das war sozusagen der Disconnect zwischen Washington und der amerikanischen Botschaft in Kabul.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Jetzt muss ich trotzdem noch einmal nachfragen, weil Sie haben in Ihrer Antwort den Plural verwendet: Sie hatten von den Gesprächen mit den Personen den Eindruck, dass ... Hat Ihnen Herr van Thiel ganz konkret Informationen übergeben oder seine Ansichten dar-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gestellt, dass sich die Bedrohungslage für die Botschaft in Kabul - und es geht mir nicht in erster Linie um die Pläne für eine Evakuierung oder die Notwendigkeit einer Evakuierung - in der letzten Zeit bis zu Ihrem Besuch hin wesentlich verändert und erhöht hatte?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also in der Tat war ein Besuch, den ich schon erwähnte, der grünen Zone, der wenige Tage oder einen Tag vorher stattgefunden hatte, schon etwas, was die Diskussionen sehr bestimmte. Aber selbst Herr van Thiel hat in seiner Berichterstattung nach meiner Erinnerung sich auch nicht für eine Schließung der Botschaft ausgesprochen, sondern für ein Überwintern, also Zurückfahren des Personalbestands, aber Aufrechterhaltung der Vertretung.

Wenn ich darf, würde ich auch gern bei der Gelegenheit noch einen anderen Schnipsel mit einbringen: Mir hat ja ein namhafter Vertreter der amerikanischen Administration dann auch am Rande der VN-Woche - das war Mitte, Ende September - gesagt, er hält es für völlig übertrieben, dass die amerikanische Botschaft geschlossen wurde und dieser ganze Exodus, und seine Einschätzung war, dass das sehr getrieben war von der amerikanischen Vertretung vor Ort, was eigentlich dem, was ich vorher sagte, sehr stark entspricht: dass es ein Disconnect zwischen Washington und der amerikanischen Botschaft in Kabul gab.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich darf an der Stelle noch mal Herrn van Thiel zitieren. Der sagte in diesem Ausschuss aus - und die Belegstelle ist das vorläufige Protokoll 20/66, Seite 84 -, dass er versucht habe, Ihnen bei dieser Reise möglichst viele Informationen zukommen zu lassen, um Sie für die zunehmend bedrohliche Lage in Kabul zu sensibilisieren. - An anderer Stelle wird das Verhalten von Herrn van Thiel von anderen Zeugen als alarmistisch beschrieben. - Wie war Ihre Einschätzung über die Notwendigkeit, aufgrund dieser Informationen Schlussfolgerungen zu ziehen? Es geht ja auch immer um die persönliche Einschätzung, welches Gewicht man solchen Informationen zumisst.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja. Also, für mich die Primärquelle waren in der Tat der Besuch und die Gespräche in Kabul, und darüber hat die Vertretung einen Bericht geschrieben; ich glaube, Herr van Thiel hat sogar ihn mit verfasst. Und der enthielt Handlungsempfehlungen. Und den Bericht bekam ich und habe ihn, glaube ich, mit minimalen Änderungen gebilligt, und er wurde versandt. Und er enthielt keine Empfehlungen mit Blick auf Schließung der Botschaft Kabul angesichts der sehr verschärften Sicherheitslage.

Der Bericht war sehr gut - ich habe, glaube ich, Herrn van Thiel dafür gelobt -, weil er wirklich die Gespräche sehr plastisch wiedergab. Und insofern war das für mich auch die Grundlage, auf der ich dann weiterarbeitete.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann wechselt jetzt das Fragerecht. - Herr Kollege Erndl.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte bei dem sozusagen Themenkomplex bleiben und Sie noch mal fragen: So ein Lagebild besteht ja immer aus mehreren Quellen. Haben Sie seinerzeit darüber nachgedacht oder das auch im Kollegenkreis erörtert, ob es nicht problematisch sein könnte, wenn so ein Bericht von vor Ort sozusagen dann entschärft wird in Berlin? Oder eigentlich, andersrum noch mal formuliert: Wenn man auf den Berichtersteller, auf die Botschaft vor Ort, einwirkt, in Zukunft sozusagen die Berichte etwas abzuschwächen: Man hätte ja sozusagen einfach diese Einordnung auch in Berlin treffen können: „Okay, das ist jetzt der Eindruck vor Ort. Wir haben aus verschiedenen anderen Quellen noch einen anderen Eindruck“, und man lässt es einfach so stehen.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ich habe nach meiner Erinnerung nie Herrn van Thiel gesagt: Schreib schönere Berichte, oder beschönige die Lage, oder schreib nicht die Lage so schrecklich, wie du sie empfindest. - Das wäre mir zuwidergelaufen und hätte auch die Arbeit sinnlos gemacht, wenn ich mit Berichten hätte arbeiten müssen, die gar nicht authentisch waren und das Lagebild, so wie es von der Botschaft empfunden wurde, wiedergegeben haben [sic!].



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Was ich in der Tat ihm wiederholt gesagt habe: Pass auf, wie du den Verteiler strickst, pass auf mit Sammelverteilern! - Und ich selber habe ja in Doha Gespräche geführt und wusste, wie sensibel das Thema ist, Afghanistan, und habe ihn VS-V einstufen lassen, also VS-Vertraulich, um eben Leaks zu verhindern, zu vermeiden. Leider haben die Taliban geleakt, dass ich mit ihnen gesprochen habe, und so landete es in der „Bild“-Zeitung. Aber das waren eben die Risiken, die wir hatten und wo wir uns alle sehr gut überlegen mussten, wie wir das, was wir empfanden und richtigerweise und authentisch durch Gespräche erfahren hatten, nach Berlin transportieren. Und diese Mails hatten halt einen Verteiler, der unkontrollierbar war, und sie hatten Begrifflichkeiten, die, wenn sie in die Öffentlichkeit kamen, ja, von den Taliban als Geschenk angenommen worden sind.

Und das habe ich mit ihm wiederholt besprochen, und ich war, glaube ich, nicht sehr erfolgreich mit diesen Empfehlungen. Aber es gab von mir in meiner Kommunikation gegenüber Jan van Thiel keine Verbote oder Beschränkungen inhaltlicher Art.

Im Gegenteil: Es war für uns wichtig, diese Lagebilder - - Und er ist ein sehr Fleißiger und Engagierter; so viel zu schreiben und dann auch noch eine Botschaft zu leiten, hat mich sowieso durchgehend sehr beeindruckt. Und ich wollte ihn da überhaupt nicht drin einschränken, sondern es waren - wie soll ich sagen? - methodische Fragen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay, danke schön. - Wenn wir jetzt sozusagen uns mal die Brille aufsetzen und einen Blick zurück wagen von Ende August 21. Also wir setzen jetzt die Brille Ende August 21 auf und blicken noch mal auf die Empfehlungen in diesem Bericht vom 19. Juli. Dann muss man ja feststellen, dass letztendlich alle Handlungsempfehlungen dann überstürzt auch umgesetzt wurden.

Haben Sie für sich persönlich oder auch mit den zuständigen Kollegen die Frage erörtert, ob man dann sozusagen aus der Blickrichtung Ende August 21 mit dieser Vorlage aus Kabul vom 19. Juli anders hätte umgehen sollen?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also, da müsste man sich jetzt die Maßnahmen noch mal einzeln anschauen. Ich weiß nicht, ob es in dem Bericht vom 19. Juli war oder in einem anderen Bericht, wo auch Handlungsempfehlungen drinstanden und wo unter anderem vorgeschlagen wurde, dass wir doch schon mal die Bundeswehr stationieren sollten in der Umgebung. Ich weiß nicht, ist das im 19. Juli, oder ist das später drin? Und da würde ich rückblickend sagen: Das kann man in einem solchen Stadium wahrscheinlich nicht erreichen, dass man schon Bundeswehr im großen Stil in der Region stationiert, wenn noch gar nicht klar ist, was eigentlich das Szenario ist.

Also die Tatsache, dass die Botschaften alle an den Flughafen verlegen: Als mir das [REDACTED], der amerikanische [REDACTED] am 12. August sagte\*, war ich da eher ein bisschen ungläubig, weil ich den Mehrwert nicht fand; denn an sich war für mich die Botschaft wichtig, um Ortskräfte rauszubringen. Aber wenn ich die Botschaft selber an den Flughafen verlege, habe ich ja keinen Handlungsarm mehr. Ich habe ja gar keine Sammelpunkte mehr in der Stadt, um für den Transport, für einen ordentlichen Transport, zu sorgen.

Also war das Szenario, das die Bundeswehr dann hätte ausfüllen sollen, noch gar nicht klar, und man hätte ja mit der Republik, die ja noch an der Macht war, dann ja sinnvollerweise diese Evaluierung besprechen müssen, was ja völlig unrealistisch war. Ich war ja bei Ghani und habe ihn gebeten, Passersatzpapiere anzuerkennen, dass die Afghanen Passersatzpapiere anerkennen, also dass wir Deutsche denen Pässe ausstellen, Passersatzpapiere, mit denen sie ausreisen können. Und der war unter der Decke und hat gesagt: Es kommt überhaupt nicht infrage; ich möchte hier keinen Exodus sehen.

Wenn man dann der Thiel'schen Empfehlung gefolgt wäre und hätte da die Bundeswehr aufmarschieren lassen in Usbekistan oder Ähnliches: Das wären ja auch Signale gewesen nicht nur an die Republik, sozusagen der komplette Vertrauensentzug, sondern auch an die Taliban: Wir wissen, ihr kommt, und wir holen hier alles



## Nur zur dienstlichen Verwendung

raus. - Also da war einfach die Zeit noch nicht für reif.

Natürlich hätten wir uns das Verfahren und den Abzug und die Evakuierung geordneter gewünscht. Aber das sozusagen generalstabsmäßig vorzubereiten: Angesichts der politischen Sensibilitäten und der Bedeutung des Informationsraumes und der Herrschaft des Informationsraumes mit dem eigenen Narrativ in dieser kritischen Phase war das auch rückblickend leider nicht möglich.

Ich glaube, Herr van Thiel hatte sozusagen aus der reinen Evakuierungsbrille - oder ich würde mal sagen - - Gerade hatten wir ja das, wo er vorher war, Einsatzführungskommando. Aus der Einsatzführungskommandobrille hatte er sehr recht, aber aus der Brille der Gesamtkonstellation und des Ringens in dieser Auseinandersetzung zwischen Republik und Taliban war es einfach aus unserer Sicht unrealistisch oder so kontraproduktiv, dass der Preis so hoch gewesen wäre, dass wir ihn nicht zu zahlen bereit gewesen sind.

Ich will aber nicht ausschließen, dass es andere Empfehlungen gab, ja, wo man rückblickend sagen könnte - - Zum Beispiel eine Empfehlung fand ich immer gut, und dafür habe ich mich auch eingesetzt in den internen Gesprächen, dass wir die Familien der Ortskräfte der Botschaft bereits - - denen ermöglichen, auszureisen. Ja? Das fand ich eigentlich eine - - Und das war, glaube ich, der Übergang zu Stufe 2, wo ich mich dann auch, glaube ich, mal per Mail dafür starkgemacht hatte - - hatte ich ja auch schon sehr früh, nach den ersten Gesprächen mit meinen Kollegen, bei denen ich mitbekommen hatte, dass die ähnlich vorgegangen waren, mich mit dieser Empfehlung eingesetzt. Also manches, ja, aber manches war eben unrealistisch zu dem von Herrn van Thiel vorgeschlagenen Zeitpunkt.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Waren Sie dann damals der Auffassung, dass eben auch allein die theoretische Vorbereitung von entsprechenden Szenarien das falsche Signal darstellt? Oder wenn ich konkreter fragen darf: Es ging ja auch um die Frage: Vorbereitung von Listen von berechtigten Personen. - Waren Sie damals der

Auffassung, dass schon allein die interne, im Auswärtigen Amt stattfindende Vorbereitung von solchen Listen ein falsches Signal darstellen würde?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Nein, im Gegenteil. Ich habe Herrn van Thiel - so ist zumindest meine Erinnerung - auf den Bericht damals - ich glaube, es war während meines Besuches - gesagt: Das ist doch prima, fangt doch schon mal an, als Botschaft diese Listen zu erstellen. - Fand ich völlig harmlos. Es hat ja keine Breitenwirkung, es sei denn, man veröffentlicht sie dann in der afghanischen Zeitung.

Aber intern schon mal Listen zu erstellen - mit wem hat denn die Botschaft sehr intensiv kooperiert in der Vergangenheit, wer ist schützenswert, oder wer wird sich schnell mit den neuen Autoritäten, wenn es sie gibt, arrangieren, oder wer ist eben so exponiert, weil er Überzeugungen vertritt, die von den Taliban möglicherweise sanktioniert werden? -, also das habe ich ihm gegenüber ermutigt.

Die andere Frage ist dann, ob man in irgendeiner Weise für diesen Personenkreis dann weitergeht und einen BMI dazu bekommt, hier §-22-Satz 2-Aufenthaltsgesetz-Regelungen bereits zuzustimmen. Da war ich dann in der Tat skeptisch zu dem Zeitpunkt, aber als erste Maßnahme, Listen anzufertigen, hatte meine Zustimmung.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Hatte das Ihrer Erinnerung nach auch stattgefunden?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Das weiß ich nicht, ob die Botschaft diese Listen dann erstellt hat. Auf jeden Fall hatten wir dann ja ziemlich schnell Listen, als wir dann an die Evakuierung von Schutzbedürftigen gingen. Da waren wir überhaupt dann ja sehr schnell. Das hat ja auch mein amerikanischer Kollege mal gesagt, als wir auch verglichen haben: Wie weit seid denn ihr mit Listen und den entsprechenden Einreisemodalitäten? - Und da hatten wir dann schon die Nase vorn, wobei das wahrscheinlich jetzt nicht der richtige Ausdruck ist; aber da waren wir schon weiter als die Amerikaner.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Danke schön. - Ich möchte kurz einen anderen Aspekt ansprechen. Am 15. August schreiben Sie in einer internen E-Mail zum Thema Personalbedarf - und die findet sich auf MAT A AA-8.655 VS-NfD, Blatt 126, und da geht es eben um Personalbedarf und das Stichwort „Untersuchungsausschuss“, und da findet sich ein Zitat -:

„Parlamentarische Anfragen werden ins Unermessliche wachsen – einschl. Untersuchungsausschuss, der schon angekündigt wurde. Dafür müssen wir uns bereits jetzt durch säuberliche Veraktung von Schriftverkehr / Chronologien etc. kümmern.“

Hatten Sie damals, also bereits zum 15. August, die Sorge, dass es im Auswärtigen Amt Abläufe und Entscheidungen gab, die ein Untersuchungsausschuss aufklären muss?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, das ist jetzt wahrscheinlich eine rhetorische Frage, denn ich schreibe ja - - Also das, was ich dort geschrieben habe, habe ich wahrscheinlich guten Gewissens geschrieben.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Also, was war sozusagen der Auslöser, dass Sie das da schon ins Auge gefasst haben oder erwogen haben? Gab es einen konkreten Anlass für diese Vermutung?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also, an einen konkreten Anlass kann ich mich nicht erinnern, aber dass die - - War das nicht in dem zeitlichen Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Mail von Herrn van Thiel und den Reaktionen, die wir darauf bekommen haben, dass er uns irgendwie gewarnt hatte und wir nicht darauf eingegangen waren? Das sind ja schon solche Sachverhalte, die dann gerne im parlamentarischen Raum aufgeklärt werden, ob das jetzt durch parlamentarische Anfragen ist oder anderes. Auf jeden Fall war mir wichtig, dass wir ordentlich arbeiten und das auch alles ordentlich verakten, damit sich ein Untersuchungsausschuss ein vollständiges Bild machen kann - gut, welches Gremium auch immer, vielleicht auch Historiker in künftigen Generationen.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Wie haben Sie damals dann als Unterabteilungsleiter dafür Sorge getragen, dass sorgfältig veraktet wird? Haben Sie da besondere Maßnahmen eingeleitet, oder war das sozusagen auch in der Arbeitsweise ohnehin schon veranlagt?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Da habe ich dem Referat AP 04\* vertraut, dass sie mithilfe ihres Registrars diese Mails alle ordentlich speichern oder wie auch immer verakten.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Können Sie sich erinnern, ob es relevante Dinge gab, die nicht veraktet wurden, beispielsweise Telefonate?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, das ist in der Tat schwierig, Telefonate zu verakten, die nicht - - wo kein Vermerk erstellt wurde. Also ich weiß, dass ich selber Telefonate geführt habe, die ich dann selber verschriftlicht habe oder Kollegen, die mitgehört haben, und insbesondere Videokonferenzen, von denen wir sehr viele durchgeführt haben; aber nicht jedes Telefonat wurde mit einem Vermerk zu den Akten genommen.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Okay. - Haben Sie damals auch schon Überlegungen angestellt, ob es relevante Kommunikation aus Messengerdiensten gibt, die dann zu verakten wäre?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also Messengerdienste - - Das wäre jetzt Whatsapp oder Signal oder Ähnliches.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Ja.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Da habe ich nicht dran gedacht, weil ich zumindest, was meinen persönlichen Gebrauch dieser Dienste anbelangt, da nichts Inhaltliches nach meiner Erinnerung ausgetauscht habe, was eine Veraktung wert wäre. Also das waren ja - - Wenn es solche Whatsapp-Kontakte gab, wurden sie ja eher für organisatorische Fragen, also: Wann macht man die Videokonferenz - - oder: Treffen wir uns in Doha um 16 Uhr oder um 17 Uhr, wenn ich morgen bei der Konferenz bin - - Also das waren ja Dinge, die eher organisatorischer und administrativer Art



## Nur zur dienstlichen Verwendung

waren, die keiner - - wo bei mir nicht der Gedanke kam: Muss veraktet werden für einen möglichen künftigen Untersuchungsausschuss.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Okay, danke schön. - So, dann in den zwei Minuten noch mal ein weiterer Aspekt, den wir auch schon ein bisschen angesprochen haben, nämlich diese Empfehlungen von Herrn van Thiel zum Thema „Botschaft ausdünnen“ etc. im Rahmen verschiedener E-Mails, 6./9. August. Ich nenne mal eine MAT-Nummer: MAT A AA-8.649 VS-NfD, Blatt 271 bis 273. - Und dann gab es Antworten, die finden sich auf MAT A AA-8.650 VS-NfD, Blatt 25 bis 28. Wir haben ja darüber gesprochen, dass Mitte Juli noch die Handlungsempfehlungen als weitgehend empfunden wurden. Und wie haben Sie also diese weiteren Lagebeschreibungen dann 6./9. August etc. eingeschätzt?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also, ich habe die Lageeinschätzung jetzt nicht vor mir, aber ich nehme an, dass die Lage sich verschärfte und Herr van Thiel entsprechend berichtet hat und insofern auch der Krisenstab dann ja tagte und auch am 13. August tagte und eben entsprechende Überlegungen angestellt wurden, wie wir damit umzugehen haben.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

Das wichtigste Ereignis, was sich eben schon in den Mails von Herrn van Thiel vorher abzeichnete als Option, wurde dann eben immer klarer, dass die Amerikaner bereit waren, ihre Botschaft zu schließen.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Bei wem haben Sie dann sozusagen für unsere Botschaft die Zuständigkeit gesehen, in Sachen Botschaftsevakuierung etwas zu veranlassen?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** In erster Linie beim Krisenreaktionszentrum oder dem Krisenbeauftragten, die ja die Krisenfrüherkennung und die Krisenvorsorge und auch das Krisenmanagement qua Zuständigkeit machten und diese Berichte auch alle bekamen - - und wir natürlich immer

wieder im Gespräch waren über diese sich verschärfende Lageentwicklung und wie damit umzugehen ist. Und das kulminierte dann ja in diesem Wochenende 13./14./15., wobei ich noch mal hinzufüge, dass ich in der Woche ja in Doha war und sozusagen auf einer anderen Piste unterwegs war und dieses Geschäft in Berlin dann letztlich von den Kollegen und, was sozusagen meinen Arbeitsbereich anbelangt, vom Referat AP 04\* wahrgenommen wurden.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Da müssen wir dann im nächsten Block weitermachen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann wechseln wir jetzt wieder zu den Grünen. Frau Kollegin Schäfer.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Wieck, Sie haben eben von Kohärenzkompetenz gesprochen, die Ihr Amt sozusagen ausgemacht hat. Diese Afghanistan-Politik aus einem Guss, wie würden Sie da die Schwerpunkte beschreiben, die zu der Zeit, als Sie ins Amt gekommen sind, wichtig waren, um diese Kohärenz herzustellen?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also, ich glaube, wenige Nationen waren so stark engagiert wie wir in Afghanistan in der Breite. Wir hatten in der Tat während des militärischen Engagements eine führende Rolle der USA und eine starke Rolle der Briten, und auch die Niederländer und die Kanadier, die ja im Süden sehr starke - - einen sehr robusten Einsatz gefahren waren. Aber das war ja alles Vergangenheit, und insofern gehörten wir jetzt mit zu den ganz zentralen Partnern dieser afghanischen Republik. Und gleichzeitig wussten wir, dass die Regierung Ghani in einer sehr schwierigen Lage war und die Taliban Raumgewinne erzielten. Und deswegen war der Schwerpunkt - nach dem haben Sie ja gefragt - für unsere Afghanistan-Politik, dafür zu sorgen, dass es eine politische Lösung gibt, dass 40 Jahre Bürgerkrieg ihr Ende finden in einer politischen Lösung eines Power Sharing Agreements, einer Abmachung zwischen Republik und Taliban, dass man in irgendeiner Weise das Land gemein-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sam regiert und gleichzeitig das als Voraussetzung sah, dass wir unser sehr breites Engagement eben mit Entwicklungszusammenarbeit und mit Aufbauhilfe in den verschiedensten Dimensionen weiter fortsetzen.

Das heißt, dass wir auch auf die zukünftige Gestaltung dieses Landes und das, was Inhalt dann werden sollte, natürlich schon ein Auge drauf hatten, damit überhaupt das künftige Afghanistan noch anschlussfähig bleibt für unsere Unterstützungsmaßnahmen. Und darüber gab es schon einen ziemlich breiten Konsens mit dem BMZ sowieso, aber auch mit den anderen Ministerien, auch mit dem BMI, das schon alleine, um den Ausreisedruck im Griff zu halten, sehr daran interessiert war, dass wir weiterhin engagiert blieben und uns entsprechend auch um eine politische Lösung kümmerten.

**Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank. - Sie hatten ja auch eben angegeben, dass jetzt ein Grund dafür, dass Sie zum Beispiel nicht diesen Landsleutebrief rausgeschickt haben, auch war, eben genau, was Sie gesagt haben, an dieser Agenda festzuhalten und eben kein Signal der Schwäche der Republik auszusenden. Aber irgendwann ist ja sozusagen diese Abwägung dann zugunsten der unmittelbaren Sicherheit für die deutschen Staatsangehörigen gekippt. Wann würden Sie für sich persönlich sagen, dass sie bei der Abwägung dieser beiden Ziele Richtung Schutz der Staatsangehörigen vor der nicht mehr zu bannenden Gefahr gekippt ist?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ich würde sagen, dass mit dem Abzug der Amerikaner aus ihrer Botschaft und Verlegung an den Flughafen und der Abhängigkeit unserer Botschaft vom Sicherheitskonzept der Amerikaner in der Grünen Zone dieser Ansatz, dass wir stark engagiert bleiben, und zwar in diesem breiten Spektrum, was ich erwähnt habe, nicht mehr realisierbar war. Das war zu einem sehr späten Zeitpunkt, und ich hatte ja schon erwähnt, dass selbst, als wir mit der Botschaft, mit dem Restteam der Botschaft, am Flughafen waren und dann diese chaotische Evakuierungsphase hatten, wir in Berlin Überlegungen angestellt hatten, ob und, wenn ja, wie wir die Botschaft wieder eröffnen.

Das kann man sich heute schwer vorstellen, aber ich hatte ja schon erwähnt: Die Türken, die ihre Botschaft gar nicht geschlossen hatten, die übrigens auch keine einzige Ortskraft evakuiert haben, die Russen - - kann man sagen: Na ja, die Russen waren ja nicht bei ISAF dabei, aber Russland war, ich glaube, das einzige Land oder gehörte zu den sehr wenigen Ländern, die die Taliban als gesamte Organisation gelistet hatten. Wir Deutschen hatten nicht die Taliban gelistet.\* Die Russen hatten die Taliban gelistet wegen der Rolle der Taliban im Tschetschenien-Krieg, und auch die Russen dachten überhaupt nicht daran, ihre Botschaft zu schließen und das Land zu verlassen. Ich kann jetzt alle möglichen anderen Länder noch aufführen, die aber für uns weniger Vergleichswert haben.

Aber wir haben schon sehr lang in dieser Vorstellung weiter operiert, dass wir selbst, nachdem die Taliban die Macht übernommen hatten, dort weiterhin mit einer Botschaft tätig sind und damit auch alles, was zu tun ist, nämlich Ortskräfte zu evakuieren oder auch Schutzbedürftige, diesen ganzen Fürsorgeanspruch auch umzusetzen. Die Verlegung der Botschaft an den Flughafen war das Ende unserer Afghanistan-Politik, wie wir sie bis dahin formuliert hatten.

**Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Vielen, vielen Dank. - Jetzt komme ich zu einem E-Mail-Wechsel vom 20. August zwischen Ihnen und dem Staatssekretär Berger, und da bitten Sie ihn darum, an einer AA-internen Besprechung zu Afghanistan teilnehmen zu können. Dies wird Ihnen aber vom Staatssekretär dann nicht gestattet. Es ging dabei um eine Lagebesprechung zu Afghanistan am Montag, dem 23. August 2021, also während der Evakuierungsoperation dann schon. Das kann ich Ihnen auch gerne aushändigen. Das ist MAT A AA-8.656 VS-NfD, Blatt 46 bis 47.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Da schreiben Sie:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

„Lieber Herr Berger,  
als AFG-Beauftragter der Bundesregierung würde ich an dieser Besprechung gern teilnehmen - alles andere würde nicht nur bei mir selber Fragen zu meinem Aufgabenverständnis aufwerfen.

Nun hat sich Frau Sigmund bereits angemeldet.

Wäre es möglich, dass ich dennoch teilnehme?

Vielen Dank für Ihr Verständnis!

Jasper Wieck

P.S. Hätte auch gern an den letzten Krisenstabssitzungen physisch teilgenommen. Gerade in der heutigen Flughafendebatte hätte ich durch einen frühen Beitrag zur Klarheit über die TUR“

- wahrscheinlich türkischen -

„Planungen beitragen können. Allerdings bekam ich die beiden letzten Male einen Anruf vom Krisenstab, dass nur ein Vertreter von AP teilnehmen kann. Würde dennoch morgen wieder dazukommen.“

Und der Staatssekretär Berger antwortet Ihnen dann eben in derselben Fundstelle:

„Ich verstehe das, aber wir machen das im ... kleinen Kreis ...“

Sie erwidern dann: „Verstanden!“

Vielleicht könnten Sie einmal sagen, warum Sie sich dafür so eingesetzt haben, dass Sie da teilnehmen können, und was Sie da gerne einbringen wollten?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, ich glaube, das ist ja in der Mail ganz gut beschrieben, warum ich da gerne teilnehmen möchte als Afghanistan-Beauftragter der Bundesregierung, aber es gab eben das restriktive Format. Das hatte beim Krisenstab meiner Erinnerung nach auch was mit Corona zu tun, dass eben jede Abteilung mit einem Vertreter

vertreten ist, und meine Antwort: „Verstanden!“ heißt ja dann auch, dass ich es verstanden habe. Also gelegentlich muss man da auch so eine saure Gurke dann akzeptieren.

**Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. Aber hatten Sie denn die Möglichkeit, auch außerhalb dieses Krisenstabtreffens Ihre Einschätzungen adäquat zu übermitteln?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja. Also insgesamt wurde mir Gehör geschenkt, und ich habe einen sehr engen Draht auch zum Staatssekretär Berger gehabt. Wir haben viele Möglichkeiten des Austausches gehabt und auch genutzt. Aber es ging da, glaube ich, weniger um Einschätzungen, sondern auch um operative Vorschläge, wie wir auch immer mit spezifischen Sachfragen umgehen. Hier erwähne ich ja die Frage „Flughafen“. Da habe ich mich ja sehr bei den Türken drum gekümmert - das geht, glaube ich, auch aus den Akten hervor -, die ja bereit waren, diesen Flughafen erstens wieder flottzumachen, den zivilen Teil, und dann auch zu betreiben. Wir waren uns ja alle einig, dass wir den Taliban das nicht wirklich zutrauen, einen kompletten internationalen Flughafen zu betreiben; aber der war ja Voraussetzung für unsere Ausreisebemühungen oder die Evakuierungsaktivitäten.

Und da sind natürlich schon solche Krisenstabssitzungen und operative Besprechungen im kleinen Kreis morgens beim Staatssekretär wichtig - - dann aus den verschiedensten Telefonaten, die ich gehabt hatte - jetzt die Türken waren nur ein Beispiel -, aber was die Amerikaner mir gesagt haben, alles, was so am Tag angefallen war, dann in diese Besprechung einzubringen und auch aufzunehmen, wie die jetzt ticken, was der Krisenstab meint oder sagt oder will oder macht, um dann wieder Dinge zurückzuspielen an meine Sonderbeauftragtenkollegen in andere Länder - - Also ich wollte einfach Teil des operativen Geschäfts sein. Andererseits bin ich ja auch nicht draußen, wenn ich da nicht dran teilnehme, denn ich konnte ja danach Frau Sigmund fragen, wie es gewesen ist, und dann hat sie mir das ja auch erzählt, und dann konnte ich daraus auch Schlussfolgerungen machen. Also es ist jetzt kein Kind in den Brunnen gefallen, es war eher ein



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Bemühen, mich da eben in dieses Format reinzubringen.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, dann würde ich jetzt kein neues Thema mehr für diese Runde aufmachen und übergebe erst mal an den Vorsitzenden. - Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Bitte schön.

**Joachim Wundrak** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Wieck, ich möchte anknüpfen an das Thema, was wir eben in der vorigen Runde bei mir hier hatten. Wir hatten über die Formate der Gespräche in Doha gesprochen, wo Deutschland zuerst nicht eingeladen worden ist. Sie hatten erklärt - -

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Schon wieder nicht eingeladen, schon nicht in den internen Runden, dann nicht in Doha.

(Heiterkeit des Zeugen)

**Joachim Wundrak** (AfD): Ist das so? - Aber vielleicht können Sie uns sagen, wie es denn dann gelungen ist, Deutschland in diese Gesprächsformate einzubringen, und vielleicht können Sie auch noch erläutern, wie viele Formate oder unterschiedliche Formate es da gegeben hat. Mich interessieren insbesondere die Formate natürlich mit den USA und den Taliban.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also, wie ist es gelungen, dass wir da doch drin vorkamen? Ich kann es nicht mehr genau rekonstruieren, aber einer meiner engsten Verbündeten überhaupt in dieser Phase war der amerikanische [REDACTED]

Und ich nehme an, dass ich mit ihm auch drüber gesprochen habe, und er sich dafür eingesetzt hat. Es kann aber auch sein - - Ich hatte ja [REDACTED] den katarischen Vertreter, selber kennengelernt bei meinem ersten Doha-Besuch Ende Juli, und wahrscheinlich habe ich ihn selber auch dazu angesprochen, dass es doch gut wäre, wenn Deutschland auch da mit am Tisch säße. Ich weiß gar nicht, wer auf die kreative

Lösung gekommen ist, dann unterschiedliche Segmente zu machen.

Es gab auch sozusagen Unverträglichkeiten zwischen den Teilnehmern. Also Russen und EU klappte überhaupt nicht; da war irgendwie das Tisch Tuch schon damals zerrissen. Indien-Pakistan klappte nicht aus bekannten Gründen. China-USA war jetzt auch nicht so ideal. Also es gab mehrere Unverträglichkeiten, aus denen dann, glaube ich, die Überlegung erwuchs, dann eben an drei Tagen drei unterschiedliche Formate zu organisieren. Einmal war es, glaube ich, ein reines Nachbarschaftsformat, das andere Mal war es, glaube ich, die Troika - USA, Russland, China - plus Pakistan und die Taliban, und am letzten Tag, dem 12. August, war es dann die Gruppe Europa-USA, die sich dann eben auch mit den Republikvertretern und den Taliban, aber nach meiner Erinnerung nacheinander, traf. - Ich hoffe, das waren die Fragen, also einerseits, wie wir reingekommen sind - und wie dann die Formate zugeschnitten waren.

**Joachim Wundrak** (AfD): Ja, danke schön. - Ich frage - Sie haben den 12. schon erwähnt; der war ja wohl ein entscheidender Tag oder auch nicht - nach einem Format USA, Taliban und Republik. Gab es so etwas nach Ihrer Kenntnis?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also, ich erinnere mich nicht, aber es würde mich nicht überraschen, wenn es das gegeben hätte. Ich hoffe sogar, dass es das gegeben hat, also dass die Amerikaner, die ja für die Lage nicht ganz unverantwortlich waren nach dem Abkommen mit den Taliban, sich auch so stark eingebracht haben, diese beiden Seite zu einem Arrangement zu bewegen. Und auch wir Deutsche - kann ich ja mal hinzufügen, es war zwar nicht nachgefragt worden - haben uns ja auch durchaus mit dem Plan getragen, dass wir die Taliban und die Republikvertreter in Deutschland zusammenbringen. Es war zwar nichts Konkretes, Perspektivisches; aber das war auch in meinem Gepäck, in meinem Rucksack für meine Reise nach Doha Ende Juli, wo ich auch mit beiden Seiten über dieses Projekt gesprochen habe. Also es stand schon sehr viel auf dem Spiel: Schaffen wir es, dass sich die Republik mit den Taliban auf eine gemeinsame politische Neuordnung einigt?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Joachim Wundrak (AfD):** Ich muss mal nachfragen, weil ich es nicht genau verstanden habe: Wann waren Sie in dieser Woche in Doha?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ich war das erste Mal in Doha nach meinem Besuch in Kabul und Islamabad. Das muss Ende Juli oder 1. August gewesen sein. Und dann war ich wieder in Doha am 11. und 12. August. Am 11. habe ich nach meiner Erinnerung unter anderem mit dem russischen Sondergesandten erstmals ausführlicher gesprochen, aber wahrscheinlich auch mit dem katarischen Sonderbeauftragten und anderen. Und am 12. August fand dieses Format statt, Europa-USA, zuerst untereinander nach meiner Erinnerung und dann mit Vertretern der Republik und dann mit Vertretern der Taliban.

**Joachim Wundrak (AfD):** Herzlichen Dank. - Nader Nadery, der müsste Ihnen bekannt sein, Mitglied der afghanisch-republikanischen Verhandlungsmannschaft von Doha?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja. Ich habe jetzt kein Gesicht mehr vor Augen, aber - -

**Joachim Wundrak (AfD):** Nadery hat dem Ausschuss gegenüber im November dargelegt, dass es Mitte August, also am 12./13., ein formelles Abkommen zwischen den USA und den Taliban gegeben habe, in dem sich die Taliban dazu verpflichteten, nicht vor dem Abzug der Amerikaner in Kabul einzumarschieren. Das ist im vorläufigen Protokoll der Sitzung vom 9. November 2023 mit Übersetzung dokumentiert, Seite 80 f. Die Amerikaner sollen sich laut MAT A BND-3.208 VS-NfD, Blätter 294 bis 296 und laut MAT A AA-8.120 VS-NfD, Blatt 116 im Gegenzug dazu bereit erklärt haben, eine zweite Talibanregierung diplomatisch anzuerkennen.

Am 14. August 2021 teilte der regionale Sicherheitsberater der deutschen Botschaft in Kabul Ihnen unter anderem Folgendes mit - ich zitiere aus MAT A BMVg-3.166 VS-NfD, Blatt 5 -:

„... soeben wurde mir aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt, dass die US Botschaft ab sofort ihr Special Immigration Visa (SIV) Programm

einstellt und die US Botschaft innerhalb der nächsten 72 Stunden verlassen wird.“

Haben Sie Kenntnis gewonnen, entweder zu der Zeit oder auch im Nachgang, im Berichtszeitraum, dass hier ein Abkommen zwischen den Taliban und den USA stattgefunden hat und wie die Bundesregierung auf die Bereitschaft der USA, ein zweites Talibanregime diplomatisch anzuerkennen, hier reagiert hat?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Nein, also von einem Abkommen habe ich bis heute Abend noch nichts gehört. Und dass es Absprachen gab, aber nicht mit dem Inhalt, aber schon sozusagen Arrangements, die sich insbesondere auf die Nutzung des Flughafens bezogen, dass es die gegeben hat, habe ich in der Tat erfahren. Ich weiß gar nicht mehr genau, wann; aber das ergibt sich ja auch aus der Sache. Also die Taliban erobern oder übernehmen Kabul. Dann wäre ja eine mögliche Folge gewesen, dass sie gesagt hätten: Okay, alle Militärs, alle amerikanischen Militärs verlassen sofort den Flughafen. Wir sind jetzt hier, wir regieren das Land, und ihr Amerikaner habt uns zwei Jahrzehnte lang bekämpft. Was haben eure Soldaten hier noch zu suchen? Und wenn ihr nicht selber geht, dann schießen wir euch hier raus oder schmeißen Bomben oder machen - - Was weiß ich, was sie machen. Und dass das nicht stattgefunden hat, deutet darauf hin - und ich glaube auch gar nicht, dass es irgendwie skandalös ist -, dass es schon Absprachen gab, dass die Amerikaner diesen Flughafen, ich glaube, sogar mit dem Datum 31. August noch weiter nutzen und die Taliban es zulassen, dass wir im großen Stil Leute ausreisen. Das muss eine Absprache gewesen sein, aber der Inhalt der Absprache, den Sie zitieren, geht ja sehr viel darüber hinaus, und den höre ich in der Tat heute Abend zum ersten Mal.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir wechseln zur FDP. Kollege Heidt.

**Peter Heidt (FDP):** Vielen Dank. - Sie haben meiner Kollegin Schäfer berichtet, dass Sie Herrn van Thiel darauf hingewiesen haben, bei sensiblen Themen möglichst enge Verteiler zu wählen,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

möglicherweise unter Aussparung von Teilen des Referats AP 05. Mit der Maßgabe, dass es andere Partner vielleicht ähnlich gehalten haben, wurde die Möglichkeit einkalkuliert, dass die Gesprächspartner bezüglich Plänen zur Botschaftsräumung dann auch nur über begrenztes Wissen verfügen könnten?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ich habe jetzt Ihre Frage so verstanden, ob das klug war, Herrn van Thiel auf einen engeren Verteiler hinzuweisen, weil dann die Gefahr besteht, dass manche nicht im Film sind.

(Peter Heidt (FDP) nickt)

Ja, also das wäre dann sozusagen über das Ziel hinaus, wenn der Verteiler so eng ist, dass die Betroffenen nicht mehr involviert sind. Mein Petitum war nur, dass eben der Sammelverteiler etwas ist, was mit Vorsicht zu genießen ist; denn derjenige, der den verwendet, weiß nicht, wer da alles draufsteht - das kann manchmal auch Personen einbeziehen, die über das Referat hinausgehen, die in irgendeiner Funktion sozusagen als assoziiertes Mitglied geführt werden und deswegen mit auf dem Verteiler stehen -, aber nicht, dass betroffene Mitarbeiter des Referats das nicht bekommen sollen, sondern das wäre dann Aufgabe desjenigen, der im Referat angeschrieben ist, wahrscheinlich der Referatsleiter - - Es wäre dann seine Aufgabe gewesen, diese Mail an die Zuständigen weiterzuleiten, oder Herr van Thiel hätte vier Mitarbeiter, von denen er ausgeht, dass sie unmittelbar davon betroffen sind, auch direkt anschreiben können mit Namen, aber ein Sammelverteiler hat per se den Nachteil, dass der Betroffene, der den nutzt, nicht weiß, wer alles drinsteckt.

**Peter Heidt (FDP):** Gingen Sie eigentlich und das Referat AP 05 davon aus, dass van Thiel glaubt, dass Sie oder AP 05 die Lage schönreden?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Die Frage habe ich nicht verstanden.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Frage war ein bisschen kompliziert formuliert.

**Peter Heidt (FDP):** Die Frage ist, ob Sie oder das Referat AP 05 davon ausgegangen sind, dass Herr van Thiel glaubt, dass Sie die Lage in Afghanistan schönreden?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Mhm. Also, die Frage hat sich damals nicht gestellt, was er von uns glaubt. Eigentlich ging es darum, dass er uns berichtet hat, aber nicht, dass wir ihm berichten.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Nein, so war sie nicht gestellt, -

**Peter Heidt (FDP):** Genau.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** - sondern er hatte das Umgekehrte gefragt, der Kollege Heidt.

**Peter Heidt (FDP):** Der Eindruck ist ja schon der, dass man das Gefühl hat, dass Sie, AP 05, die Lage schöngeredet haben, denn sie war ja irgendwie anders.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ich bin mir nicht sicher, ob sie so anders war. Ich glaube nicht, dass die Lageeinschätzung so unterschiedlich war. Was unterschiedlich war, ist, welche Maßnahmen zu ergreifen sind. Und es gab halt sehr lange Maßnahmenkataloge, sehr umfangliche Maßnahmenkataloge, und ich glaube auch nicht, dass Herr van Thiel davon ausgegangen war, dass wir von diesen 16 Maßnahmen jetzt alle 16 abarbeiten, sondern ich habe das als ein Menü - ist, glaube ich, nicht der richtige Ausdruck -, aber sozusagen als einen Katalog angesehen an Optionen und Dingen, über die wir nachdenken können, als eine Anregung, und wir eben das machen, was wir dann aus der Sicht der Zentrale für angemessen, realistisch und zielführend gehalten haben.

**Peter Heidt (FDP):** Es gibt eine E-Mail von dem stellvertretenden Referatsleiter von AP 05 über Herrn van Thiel. Das ist MAT A AA-8.499 VS-NfD, Blatt 28 bis 30:

„Dem Herren müsste man vieles sagen, nur hört er nicht darauf... Die Verteiler sind natürlich absurd, aber nicht ohne Grund schreibt er direkt an 040 und 107,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

weil er ja davon ausgeht, dass wir die Lage schönreden.“

Haben Sie rückblickend gedacht, im September 2021, dass man mehr auf Herrn van Thiel hätte hören müssen?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Darf ich noch mal fragen, von wann die Mail ist?

**Peter Heidt (FDP):** Die Mail ist - - Das ist eine gute Frage. Wir legen sie vor.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir wollen auch nicht fragen, was rückblickend gedacht worden ist, sondern wir fragen, was damals gedacht worden ist. Das ist ja unsere Vereinbarung, dass wir keine solche Art von Einschätzung hier vornehmen. - Waren Sie damals der Meinung? So kann man das formulieren, wenn ich Ihnen da helfen darf.

**Peter Heidt (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, also, ich habe diese Mail nicht bekommen, aber aus der Mail geht hervor, dass man vermutete, dass Herr van Thiel davon ausgeht, dass wir die Lage schönreden. Ja. Aber ich war nicht Teil - - Ich will es nicht ausschließen, dass er dachte, dass wir die Lage - - Aber das ist, glaube ich, eine falsche Rollenbeschreibung. Es sind ja nicht wir in der Zentrale, die die Lage - - die sozusagen authentisch die Lage beschreiben, denn wir sind ja sehr weit weg. Also, er war vor Ort.

**Peter Heidt (FDP):** Sie haben vorhin von Brillen, glaube ich, gesprochen, die man aufhat. Ich habe mich jetzt nur gefragt: Na ja, es gibt natürlich die Brille des AA, aber es gibt vielleicht auch die Brille des BMVg, und vielleicht hat van Thiel, weil er eben auch im Einsatzführungskommando war, ein bisschen diese BMVg-Brille auch auf gehabt. - Was ich mich nur frage: Wer entscheidet das eigentlich nachher, welche Brille man dann

auch verwendet? - Das habe ich eben bisher noch nicht rauskriegen können, bei keinem der Zeugen, wer eigentlich am Ende des Tage gesagt hat: Das machen wir.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also, das eine ist die Lageanalyse, und da speist sich das Lagebild im Auswärtigen Amt aus verschiedensten Quellen. Da gibt es die BND-Berichte, es gibt die Botenschaftsberichte, es gibt die Gespräche, es gibt die Medienberichterstattungen, es gibt Menschen, die da gerade gewesen sind und in Berlin vorbeikommen und berichten. Also da gibt es ganz viele Schnipsel, die man alle irgendwie zu einem Mosaik zusammenführen will. Aber es gab nicht das statische Lagebild.

Es war eine dramatische Lage, und ich sage noch mal: Die vorherrschende Meinung - also, das war zumindest meine Meinung, aber ich habe dazu keinen Widerspruch vernommen - war, dass sich die Republik unter der Führung Ghanis und mit dem Personal, was an der Macht war, so nicht halten wird. Unser ganzes Engagement bezog sich ja darauf, dass wir die Taliban an der Regierung beteiligen wollten.\* Also insofern war ja unser Lagebild überhaupt nicht rosa, dass alles prima ist und wir die nächsten zehn Jahre Präsident Ghani dort an der Macht haben, sondern unser Lagebild war wahrscheinlich ähnlich pessimistisch wie das von Herrn van Thiel, dass die Taliban an der Regierung beteiligt werden. Und zu welchem Grad, ob sie sozusagen fifty-fifty oder 75 zu 25 oder sogar ganz die Macht übernehmen, haben wir offengelassen, und es gab auch sehr gute BND-Berichte mit verschiedenen Szenarien einschließlich Emirat 2.0.

Also das hatten wir alles auf dem Radar; aber die Frage ist dann ja eher die Schlussfolgerung: Heißt das, dass wir uns und nicht nur uns, sondern alle Ortskräfte und Listen von Schutzbedürftigen, ob wir sie alle aus dem Land holen sollen? - Und dieser Meinung waren wir nicht. Wir haben seit 2009 Kontakte zu den Taliban aufgenommen und die Taliban mit Republikvertretern zusammengebracht, um eine politische Lösung zu erreichen, weil, übrigens stark aus dem Bundestag betrieben, der kluge Gedanke kam: Schön, dass ihr da ISAF-Operationen habt, und irgendwann



## Nur zur dienstlichen Verwendung

haben wir es ja auch „Krieg“ genannt, damit werdet ihr keine Lösung erzielen. Wir brauchen eine politische Lösung.

Das war unser Ziel, und gleichzeitig wussten wir, dass eine politische Lösung ohne die Taliban nicht vorstellbar ist. Deswegen mussten die Taliban an der Macht beteiligt werden, und dadurch, dass wir über Jahre dieses Verhältnis zu den Taliban aufgebaut hatten, konnte ja nicht unsere Schlussfolgerung sein, dass, wenn das Realität wird, für das wir uns seit zehn Jahren eingesetzt hatten, dazu führt, dass nicht nur wir unsere Botschaft schließen, sondern auch noch alle Ortskräfte rausholen und Listen von Schutzbedürftigen rausholen. Das ist ja völlig - - Das macht ja keinen Sinn.

**Peter Heidt (FDP):** Im Ergebnis ist auch alles andere geschlossen worden, wie Kindergärten und ich weiß nicht, was alles.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Jetzt treten wir aber nicht in eine Diskussion ein, sondern -

**Peter Heidt (FDP):** Keine Zeit mehr wahrscheinlich, ne?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** - wir beenden diese Runde, und ich schlage Ihnen vor, dass wir noch mal fünf Minuten Sauerstoff tanken, bevor wir die nächste Runde eröffnen. Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung von  
22.58 bis 23.08 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** So, liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht doch nichts über eine frische Brise Sauerstoff. Wir fahren fort, und das Wort hat der Herr Kollege Nürnberger.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Nach den erstaunlichen neuen Erkenntnissen über die Jahre 2009 - - und unsere Bemühungen, mit den Taliban in Kontakt zu treten, möchte ich ganz ans Ende der militärischen - - oder in die Situation schwenken, wo wir die militärische Evakuierungsoperation durchgeführt haben. Aus unseren bisherigen

Vernehmungen war sehr deutlich, dass die Einbringung von Menschen, die außerhalb des Flughafengeländes waren und zu evakuieren waren, auf das Flughafengelände sehr schwierig war. Haben Sie eigene Erkenntnisse darüber? Haben Sie die Situation vor Ort beobachtet? Was können Sie uns dazu sagen?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** In dem Zeitraum fanden, glaube ich, täglich Krisenstäbe statt, bei denen zunächst Jan van Thiel und General Arlt vortrugen und uns mit dem Lagebild vertraut machten. Und in der Tat gab es Schwierigkeiten, zum Flughafen zu kommen, bzw. ganz am Anfang waren ja, ich will nicht sagen, alle zum Flughafen gekommen, aber so viele, dass ein großes Chaos entstand und ja unter anderem auch der zivile Flughafen betriebsuntüchtig gemacht wurde. Und das wurde dann sehr viel stärker reglementiert, aber eben mit dem Preis, dass diejenigen, die wir da gerne gesehen hätten, große Probleme hatten, in den Flughafen reinzukommen, um von uns, von der Bundeswehr, ausgeflogen zu werden.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang eine Mail vorhalten, und zwar beziehe ich mich auf MAT A AA-8.656 VS-NfD, Blatt 81, in der Sie Ihr Einverständnis zum Entwurf eines Passierscheins - oder auf Französisch Laissez-passer - zum Ausdruck bringen, der der Mailkorrespondenz jedoch nicht anliegt, und deshalb ist auch unser Mitarbeiter auf dem Weg zu Ihnen. Ich möchte Ihnen ein anderes Aktenfundstück zeigen, nämlich MAT A AA-8.320 VS-NfD, Blatt 85, und fragen, ob es sich dabei um diesen Entwurf handelt.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also nach einer ersten Inaugenscheinnahme kann das gut dieser - - kann es sich in der Tat bei diesem Entwurf des Kreativteams, wie ich es nenne - - gehandelt haben.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Auch diese Bemerkungen sind uns natürlich nicht verborgen geblieben. Aber die Frage, die sich anschließt, ist: Wissen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie, ist Ihnen bekannt, ob diese Passierscheine jemals zum Einsatz kamen und - im Falle, dass es tatsächlich so war - wie sie an die Berechtigten zugestellt oder übermittelt wurden?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Wahrscheinlich per Mail; aber das ist eine Vermutung.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Haben Sie in Ihrer Antwort auch dann auf den ersten Teil meiner Frage Bezug genommen, ob solche Passierscheine tatsächlich Anwendung gefunden haben und Sie Kenntnis darüber hatten?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also Anwendung im Sinne von, dass sie genutzt wurden - - Also ich kann es nicht mehr erinnern, ob - - Ich weiß nicht, ob sie von irgendjemand anderem noch, also nach dem sehr großen Lob, was das Kreativteam bekommen hat - - Ob das noch an einer anderen Stelle gescheitert ist, dass sie zum Einsatz kamen - und deswegen nicht zum Einsatz kamen -, oder ob sie zum Einsatz kamen, aber nicht anerkannt wurden von denjenigen, die die Schleusen dort bewachten, das kann ich jetzt rückblickend nicht rekonstruieren.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Was war denn Ihre Motivation oder die Motivation des Auswärtigen Amtes, soweit es Ihnen bekannt ist, ein derartiges - Anführungszeichen - „Dokument“ zu erstellen? Worin bestand die Notwendigkeit, etwas Ähnliches tatsächlich in Afghanistan zum Einsatz zu bringen?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Die Notwendigkeit bestand darin, dass sich Berechtigte, die wir auf unseren Listen führten und die wir gerne nach Deutschland ausfliegen wollten, nicht bis zum Flughafen bzw. in den Flughafen vorarbeiten konnten. Also der Missstand war, dass an den Schleusen in einer Weise Menschen zurückgewiesen wurden, die eigentlich aus unserer Sicht auch einen Aufenthaltstitel hatten - - nämlich ohne weitere Visa oder Ähnlichem ausgeflogen zu werden, und das wollten wir damit beheben, dass wir diesen Menschen ein Dokument an die Hand geben, das für den Taliban letztlich, der an den Schleusen stand, den Eindruck erweckte, dass dies ein sehr förmliches Dokument ist mit

einem Stempel drauf, der eben in dieser Notlage - es war eine Kreativlösung - dann die Ausreise ermöglichte.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Danke sehr. - Sie haben jetzt das Wort „Kreativlösung“ und auch „Kreativabteilung“ benutzt. Darf ich auf Ihre Antwort schließen, dass es nicht eine standardmäßige Prozedur oder eine standardmäßige Verfahrensweise war, solche Dokumente vorzubereiten?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, ich glaube, wir befanden uns in Zeiten, wo das Kriterium „standardmäßig“ keine so große Geltung mehr hatte.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Jetzt gibt es auch weitere Dokumente, die ähnliche Wirkung haben sollten. Ich beziehe mich hier auf ein weiteres Aktenfundstück: MAT C AA-1 EM-2 VS-NfD, Blatt 13; auch das wird gleich gebracht.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Ist Ihnen dieses Dokument jemals untergekommen?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Nach meiner Erinnerung, nein.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Weiter geht aus den Akten hervor - und ich beziehe mich auf MAT A AA-8.731 VS-NfD, Blatt 29 -, dass das AA von Herrn Potzel gezeichnete Geleitschreiben, die den Zugang zum Flughafen gewähren sollten, ausgestellt hatte. Gibt es bestimmte Situationen, wo diese Schreiben tatsächlich bevorzugt benutzt wurden?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Wie schon erwähnt, ich - - Das erste Schreiben, was ich hier in die Hände bekommen habe, sieht ziemlich gefälscht aus, würde ich sagen, denn da heißt es unter „On Order“: „Government of the Federal Republic of Germany“, und oben steht: „Hausanschrift Deutscher Bundestag“. Also ich glaube nicht, dass das bei uns - - Also es ist schwer vorzustellen, dass das bei uns jemand im Auswärtigen Amt entworfen hat. Insofern erübrigt sich damit auch die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Frage, ob das von uns zur Anwendung gebracht wurde. Ich kann es mir nicht vorstellen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich möchte jetzt Ihre Schlussfolgerungen nicht bewerten, aber ich darf Ihnen an der Stelle mitteilen: Das stammt aus dem Führungskommando der Bundeswehr in dieser Form. - Eine andere Frage, die bei der Evakuierung der Menschen in Afghanistan eine Rolle gespielt hat, ist die Frage, ob Ihnen bekannt war, dass die Bundeswehr zwei eigene Hubschrauber für die Abforderung von Evakuierenden bereitgestellt hat, um sie aus der Gegend in und um Kabul an den Flughafen zu verbringen.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ob mir das bekannt ist, dass die Bundeswehr zwei Hubschrauber zur Verfügung gestellt hat?

(Jörg Nürnberger (SPD)  
nickt)

- Ja.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wann haben Sie davon erfahren?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ich kann das nicht genau datieren, aber ich glaube, es geht sogar aus den Akten hervor, dass - -

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich möchte Sie nicht zu Vermutungen anregen, aber - - Mir geht es darum: Haben Sie davon erfahren, als die Hubschrauber bereits nach Kabul verbracht waren, davor, gleichzeitig oder danach? Also wussten Sie, dass es beabsichtigt ist, dass solche Hubschrauber in Kabul zum Einsatz kommen sollen?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Es war ja eine sehr schnelllebige Zeit, und ich will nicht ausschließen, dass ich kurz vorher davon Kenntnis bekommen habe. Es kann aber auch sein, dass sie schon da waren. Auf jeden Fall kann ich mich daran erinnern, dass wir uns die Frage gestellt haben, wie sie eingesetzt werden sollen, weil das nicht ganz risikofrei war.

**Jörg Nürnberger (SPD):** In dem Zusammenhang warnte Herr van Thiel am 19. August 2021 vor

dem Einsatz von Hubschraubern, welche die Taliban als sogenannten Act of War auffassen würden; die Fundstelle ist MAT A AA-8.142 VS-NfD, Blatt 55. Aus den Akten geht weiter hervor, dass Sie mit dem Umfeld von [REDACTED] telefonierten, um zu klären, ob die Amerikaner selber Hubschrauber einsetzen, um Menschen aus der Stadt zu holen. Aus unseren Unterlagen hat der Deputy von [REDACTED] dies verneint; und zwar zunächst darf ich mich beziehen auf MAT A AA-8.656 VS-NfD, Blatt 55. Allerdings schreiben Sie dann zwei Tage später, am 21. August 2021 - die gleiche MAT-Nummer, aber Blatt 54 -, an Herrn Potzel und den Staatssekretär Berger Folgendes:

„Auf mein weiteres Nachfragen [REDACTED] jetzt vorsichtiger: “we have not taken helicopters off the table entirely, but it’s not a current area of focus”. Da er für diese Antwort zwei Stunden gebraucht hat, gehe ich davon aus, dass er den Braten gerochen hatte und Weisung eingeholt hat. Das BMVg schickt die Helikopter ja angeblich in Reaktion auf Anfrage der USA ...“

In diesem Zusammenhang würde ich Sie gern bitten, das einzuordnen und - - was Ihre eher kryptische Formulierung bedeutet, man hätte „den Braten gerochen“. Um welchen „Braten“, um was ging es da inhaltlich?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also, ich versuche, es zu rekonstruieren, aber mir fällt es - - Also ich versuche, es noch mal zu rekonstruieren, und vielleicht, während ich rede, ordnen sich die Erinnerungen wieder. Das Erste, was ich tat, war, als ich davon erfuhr, meine Kontakte zu nutzen, um in Erfahrung zu bringen, ob das andere Nationen auch machen, letztlich, um damit besser das Risiko abschätzen zu können. Wenn die Amerikaner das auch machen, dann scheinen die Taliban das ja zu billigen. Und deswegen habe ich bei [REDACTED] nachgefragt. [REDACTED] oder [REDACTED] ? [REDACTED] ?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ihre Ansprache war der [REDACTED].



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ah, okay, also [REDACTED]. - Die spontane Reaktion war also, nein, und dann heißt es später, er hat „den Braten gerochen“ - - und wollen es doch nicht „off the table“ tun. Also wahrscheinlich war es so, dass die kategorische Aussage, die er zunächst gemacht hat, Handlungsoptionen vom Tisch nimmt und er möglicherweise durch unsere Anfrage eine weitere Möglichkeit sah, die er für sein Land nicht ausschließen wollte. So würde ich das jetzt rekonstruieren. Aber ich habe - -

**Jörg Nürnberger (SPD):** Es erschließt sich mir aber aus Ihrer jetzigen Aussage noch nicht ganz die Frage, was dieser ominöse Braten gewesen sein soll. Welchen „Braten“ könnte er dann gerochen haben? Was meinten Sie damals?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Der „Braten“ wäre, dass das vielleicht jetzt die - in Anführungszeichen - „Zukunftsmusik“ für die letzte Phase der Evakuierung ist, also dass sozusagen sich unter den Militärs vielleicht eine Eigendynamik entwickelt und er dann aus einer politischen Warte kommend gesagt hat: Okay, dann will ich mich mal hier nicht so kategorisch festlegen, sondern lasse das ein bisschen offener.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Bedeutet es dann, dass es dann auch aus Sicht der Amerikaner zumindest im theoretischen Bereich noch eine Einsatzoption für diese Hubschrauber hätte geben können, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt wären?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also mit den vielen Konjunktiven, die Sie verwendet haben, würde ich sagen - - würde ich jetzt aus der Mail oder Nachricht von [REDACTED] entnehmen: Ja.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Haben Sie Kenntnis davon gehabt, dass diese Frage des Einsatzes von Hubschraubern in Kabul und Umgebung von Kabul auch Gegenstand von öffentlichen Diskussionen in deutschen Fernsehsendungen war?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wann ist Ihnen diese Situation zu Gehör gekommen?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Na ja, das in der Fernsehsendung - - war wahrscheinlich an dem Tag, als es in der Fernsehsendung war.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Also haben Sie unmittelbar mitbekommen: Da gibt es einen deutschen Politiker, der in einer öffentlich ausgestrahlten Fernsehsendung über den Einsatz von Hubschraubern in Afghanistan zur Evakuierung spricht?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ich habe mitbekommen, dass über dieses Thema in den Medien gesprochen wurde.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Aber mir geht es wirklich darum: Noch an diesem Tag, also im Hinblick auch auf dieses Gespräch - - Oder andersherum formuliert: Hat diese Kenntnis von dieser öffentlichen Diskussion in Deutschland - und Sie haben ja den öffentlichen Raum und den Informationsraum in Ihren Aussagen jetzt mehrfach erwähnt - - Haben Sie daraus Schlüsse gezogen, dass diese Information, wenn sie im öffentlichen Informationsraum für jedermann, egal ob Deutscher, Amerikaner oder Taliban, zugänglich ist, einen Einfluss auf die Einsetzbarkeit dieser Hubschrauber hat?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also, mir und uns als Beamten oblag es nicht, die Äußerungen von Politikern zu bewerten.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Es geht ja nicht um den Inhalt der Äußerung des Politikers; der ist ja völlig unstrittig und muss auch nicht bewertet werden. Aber es geht mir um die Folge, wenn solche Informationen öffentlich verbreitet werden, ob das aus Ihrer fachlichen Sicht als Beamter des Auswärtigen Amtes Auswirkungen auf die Möglichkeit hat, deutsche Staatsbürger in Afghanistan evakuieren zu können.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Der öffentliche Raum ist etwas, was wir mit unseren bescheidenen Mitteln als Beamte versuchen, unter Kontrolle zu halten. Das darüber hinaus ein Diskurs besteht, den wir gar nicht kontrollieren können, ist, glaube ich, Teil unserer Arbeit.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich muss ein bisschen insistieren, weil Sie die Frage nicht - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Frage war eine andere, Herr Zeuge. Danach ist nicht gefragt worden.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Die Frage war: Ist es denkbar und hat es Auswirkungen, wenn militärische Begebenheiten vor militärischen möglichen Einsätzen im deutschen öffentlichen Fernsehen diskutiert werden?

(VLR Andreas Gloßner  
(AA) meldet sich zu Wort)

- Entschuldigung, Herr Gloßner wünscht das Wort.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Bitte schön.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich darf drauf verweisen, dass von der Aussagegenehmigung eben die dienstliche Tätigkeit von Herrn Wieck - - Und wenn Sie über die fachliche Einschätzung sprechen, ist, glaube ich, von der dienstlichen Tätigkeit eines Diplomaten nicht die militärische Bewertung von Leaks in den öffentlichen Raum umfasst. Also, das würde ich nicht von der Aussagegenehmigung gedeckt sehen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Herr Gloßner, wir haben ganz andere Dinge da vor Ort zu beurteilen gehabt, die gesamte militärische Lage, und hier geht es schlichtweg um die Frage, ob das möglicherweise dazu beigetragen hat, potenzielle Evakuierungsoptionen schwieriger zu machen. Das muss man, glaube ich, schon fragen dürfen, aus der Sicht desjenigen, der die gesamte militärische - - Wir haben ja etliche Fragen zur Sicherheitslage hier gestellt, die der Zeuge beantwortet hat, in einem sehr viel umfassenderen Sinne. Also insofern, glaube ich, ist die Frage schon zulässig und gehört da auch hinein. Also ich kann nicht erkennen, dass das nicht zulässig wäre. Ich würde schon bitten, dass das beantwortet wird.

Es geht auch nicht darum, irgendwelche Leaks zu bewerten. Das ist nicht der Punkt, sondern es war eine Frage dazu - oder wie auch immer man das benennt - - sondern es geht schlichtweg darum, ob eine mögliche Evakuierungsaktion dadurch befördert oder nicht befördert wird, dass darüber öffentlich geredet wird. Dazu darf man, glaube ich, als Auftraggeber, der die gesamte Sicherheitslage bewertet, befragt werden. Also, ich würde die Frage zulassen und bitten, dass sie beantwortet wird.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, dann werde ich einen weiteren Versuch machen und sagen, dass aus meiner Sicht viele potenzielle Gründe dazu geführt haben können, dass diese Hubschrauber nicht zum Einsatz kamen, einschließlich der Aufträge der Taliban, die dies nach meiner Kenntnis untersagt hatten. Aber es mag viele Gründe gehabt haben. Im Endeffekt sind sie nach meiner Kenntnis nicht genutzt worden, um Personen aus dem Stadtzentrum an den Flughafen zu bringen, und dazu gab es viele Gründe, aber auch den Grund, dass das hochriskant war gegenüber - -

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wenn ich nachfragen darf: War diese Information, die öffentlich zugänglich war, einer dieser Gründe?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Das kann ich nicht beurteilen. Ich kann aber noch mal wiederholen, dass der öffentliche Raum insgesamt von vielen Aussagen geprägt war und auch medialen Behauptungen, die uns das Geschäft nicht leichter machten. Also zum Beispiel: „Die Todesfalle schnappt zu“ war eine große Schlagzeile in einer wichtigen Zeitung. Das hat auch eine Dynamisierung dieser Entwicklungen herbeigeführt, die uns viele Probleme bereitet hat. Aber das gehört sozusagen zum Geschäft dazu, dass der öffentliche Raum eben von vielen Äußerungen geprägt ist, die wir nicht kontrollieren können und die das Geschäft nicht immer erleichtern.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Habe ich noch Zeit?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir sind jetzt am Ende der Fragezeit, aber das war auch eine Antwort. - So, jetzt wechseln wir zu dem Kollegen Erndl.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich war bei meinem vorherigen Frageblock, Herr Wieck, am 9. August 2021, Thema: Evakuierung Botschaft usw. An diesem Tag, 9. August, hat eine Videokonferenz mit der Staatssekretärin Leendertse stattgefunden, an der sich Herr Potzel zuschalten wollte, und Sie schreiben, dass Sie mit dem Krisenbeauftragten gesprochen hätten und man die nächsten Schritte angehen wolle sowie das ohnehin in Arbeit befindliche Evakuierungspapier finalisiere; das Ganze findet sich auf MAT A AA-8.649 VS-NfD, Blatt 271 bis 273. Und dann gibt es noch eine zweite Quelle: MAT A AA-8.650 VS-NfD, Blatt 25 bis 28: Bei der Besprechung bei der Staatssekretärin gehe es auch um das VS-Projekt. - Können Sie uns sagen, was das VS-Projekt ist?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, das tue ich gerne, weil ich anknüpfen kann an das, was ich schon in einer früheren Einlassung gesagt habe, nämlich dass es ja den Prozess gab in Doha, die Republikseite und die Talibanseite zu einer politischen Einigung zu bewegen, dass wir allerdings auch das Gefühl hatten, übrigens auch sehr stark in dem Sinne, den der Geschäftsträger Jan van Thiel immer wieder hervorgehoben hat, dass diejenigen, die da in Doha verhandeln, wahrscheinlich nicht die Richtigen sind, weil sie nicht die Vollmachten haben, und dass wir deswegen qua Deutschland mit dem Gedanken spielten, die beiden Parteien, also Republik und Taliban, nach Deutschland einzuladen, um hier eben unter unserer Flankierung und mit unserer Hilfe, die - - wir dann den Rahmen schaffen, solche Verhandlungen zu führen oder eine Gesprächsrunde auszurichten, um eben doch noch eine politische Einigung zu erzielen.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Okay. Vielen Dank. - Dann würde ich gerne auf den 11. August 2021 kommen. Da geht es um eine Ministervorlage der Abteilung AP; können wir auch gerne vorlegen, findet sich unter MAT A AA-9.47 VS-NfD, Blatt 173 bis 176.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Dem Minister wird die Lageverschlechterung beschrieben; verschiedene Szenarien, unter anderem Machtübernahme durch Taliban etc., sind da aufgeführt. Jetzt kurz zum Verfahren: Sehen Sie als Unterabteilungsleiter diese Ministervorlagen und zeichnen Sie gegen? Was war da genau Ihre Zuständigkeit?

(Der Zeuge blättert in den  
ihm vorgelegten  
Unterlagen)

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ohne dass ich die Vorlage jetzt inhaltlich kenne, aber drunter steht: „Hat AP-B-2 vorgelegen“, und das war ich.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Okay. - Auf der letzten Seite der Vorlage befinden sich auch Handlungsempfehlungen. Da steht so etwas wie - Zitat -:

**„Der notleidenden militärischen Lage muss ein möglichst robuster diplomatischer Strang entgegengesetzt werden.“**

Zitat Ende - Weiter: Telefonat mit Außenminister Blinken empfohlen; usw. usf.

Da steht aber fast nichts von dem, was die Botschaft in Kabul mehrere Tage zuvor nach Berlin gemeldet hat, nämlich sozusagen die kritische Phase beschrieben hat: Planungen beschleunigen, Botschaft ausdünnen, Evakuierung vorbereiten etc. - Warum teilt die Abteilung AP dem Minister nicht mit, was die Botschaft vor Ort schildert und empfiehlt? Haben Sie da eine Erklärung dazu?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, ich glaube, wir sind wieder an dem Punkt, an dem wir vor der Lüftungspause gewesen sind, nämlich der Tatsache, dass wir im Lagebild ziemlich nah beieinanderlagen mit der Botschaft und der Berichterstattung von Jan van Thiel, aber eben in den Schlussfolgerungen anders lagen, weil wir nicht die Notwendigkeit oder die Zwangsläufigkeit sahen, dass bei einem Vorrücken der Taliban die Botschaft zu evakuieren ist, weil sie uns die Möglichkeiten aus der Hand geschlagen hätten, noch irgendwie gestaltend auf die weitere Entwicklung des Landes Einfluss zu nehmen, sondern im Gegenteil



## Nur zur dienstlichen Verwendung

uns dazu gezwungen hätte, dieses breite Engagement einschließlich der Entwicklungszusammenarbeit umgehend zu beenden. Ich muss jetzt selber noch mal schauen, was der Minister dem amerikanischen Amtskollegen hätte sagen - -

(Der Zeuge liest weiter in  
den ihm vorgelegten  
Unterlagen)

Genau. Es war letztlich ein weiterer Versuch, die Amerikaner in die Verantwortung zu nehmen; wahrscheinlich auch ein Ergebnis der Berichtserstattungen von Herrn van Thiel, der immer wieder von Indizien berichtet hat, dass die Amerikaner eigentlich schon auf dem Rückzug waren, auch was ihre Vertretung anbelangt. Und da merkt man eben sehr stark, wie die Pisten auseinanderfallen, auch vor dem Hintergrund dessen, was jeweils die Amerikaner einerseits und die Deutschen und wir andererseits in Afghanistan bisher gemacht hatten. Die Amerikaner waren - -

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Da muss ich noch mal einhaken, weil am 11. August Herr Thiel auch in einer E-Mail - MAT A AA-8.38 VS-NfD, Blatt 160 bis 167 - schon die Information übermittelt, dass die Amerikaner eine Evakuierung vorbereiten und in sieben bis zehn Tagen das Land verlassen, die Briten die Botschaft evakuieren und dass eigentlich bis zum 31. August alles zu Ende sein wird. Auch diese Meldungen waren dann entgegen dem AA-Narrativ, ohne es sozusagen - - Ich muss anders formulieren: Diese Meldungen haben Sie auch bekommen, und Sie haben keinen Anlass gesehen, das auch in der Ministervorlage zu verankern?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Herr Erndl, das Gegenteil ist der Fall. Wir haben die Mail von Herrn van Thiel so aufmerksam gelesen bzw. nicht nur die Mail, wahrscheinlich waren es vorherige Mails. Denn wenn die Vorlage hier am 11.08. bereits hochging, wird wahrscheinlich drei Tage vorher angefangen worden sein, sie zu verfassen; das dauert ja so bisschen seine Zeit, bis das durch die verschiedenen Ebenen durchgeht. Gerade weil Herr van Thiel so berichtete über die Vorhaben der Amerikaner und welche Pläne es

da gab, sich sozusagen - in Anführungszeichen - „aus dem Staub zu machen“, gerade deshalb haben wir dieses Telefonat empfohlen, damit Außenminister Maas seinem amerikanischen Amtskollegen sagt, dass man sich jetzt nicht einfach aus der Affäre stiehlt, dass wir eine Verantwortung für dieses Land haben und sie doch lieber in Kabul bleiben mit ihrer Botschaft und dem politischen Strang noch mal eine Chance geben.

Also ich finde, das Dokument - was ich interessanterweise gar nicht kannte, also nicht mehr auf dem Radar hatte - zeigt eigentlich sehr schön, wie wir die Lageberichte von Herrn van Thiel in unserer Weise operativ umgesetzt haben, nämlich das Problem an der Wurzel zu packen, dass die Amerikaner, getriggert von wo auch immer, Pläne hatten, ihre Botschaft abzuziehen, ihr Botschaftspersonal, ihre Botschaft zu schließen und das Land zu verlassen, und damit alles zusammenbrach und damit ein Chaos vorhersehbar war, nämlich Ortskräfte und Schutzbedürftige, die keine Flankierung mehr von einer Auslandsvertretung wie der deutschen hatten, weil wir eben vom Sicherheitskonzept der Amerikaner abhingen und dann im Schlepptau der Amerikaner hätten auch an den Flughafen bzw. dann insgesamt zurückverlegen müssen - - Und davon wollten wir die Amerikaner abhalten, und das war der Sinn der Vorlage und der Vorschlag des Gesprächs; wobei ich jetzt in der Tat nur die letzte Seite gelesen habe.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Gut, vielen Dank, sehr hilfreich für uns. - Jetzt möchte ich abschließend in meinen letzten acht Minuten noch den Bereich „Charterflüge“ ansprechen und noch mal zurückgehen auf den 16. Juli. Da erhielten Sie eine Nachricht aus dem Kanzleramt. Herr Gebauer teilt mit, dass die Bundeskanzlerin um eine wohlwollende Prüfung von Sonderflügen für Ortskräfte bittet; das Ganze findet sich auf MAT A AA-8.413 VS-NfD, Blatt 128. Und dann schreiben Sie an die Leitungsebene des Auswärtigen Amtes: „...bevor wir hier aktiv werden: StS Berger war im JF“ - also Jour fixe - „gestern dazu recht deutlich - auch mit Verweis auf Widerstände bei BMI und BMZ ...“ und BMVg. „Sollen wir dennoch „Optionen“ entwickeln?“ - Erste Frage: Was hatte Staatssekretär Berger da



## Nur zur dienstlichen Verwendung

besonders deutlich in dem Jour fixe gesagt? Können Sie sich da noch erinnern?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ich kann mich nicht daran erinnern, aber aus der Mail geht hervor, dass anscheinend der Jour fixe zu dem Konsens gekommen ist, keine Sonderflüge zu organisieren. Sie sagten, 16. Juli?

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Ja, genau.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Interessant, da war ich noch gar nicht im Amt, aber ich habe schon fröhliche Mails geschrieben.

(Heiterkeit)

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Fließender Übergang. - Aber jetzt haben wir eine Bitte um wohlwollende Prüfung von der Bundeskanzlerin und eben die Bitte, Optionen vorzubereiten. War das für Sie ein klares Signal, dass hier von höchster Stelle Sonderflüge präferiert werden, und war das üblich, dass man Bitten der Bundeskanzlerin dann so infrage stellt?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Na, was heißt „infrage stellt“? Zu den Aufgaben des Sonderbeauftragten der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan gehörte auch, regierungsgemeinsames Handeln zu ermöglichen. Und wenn ein Ressortgremium am Vortag sich aus welchen Gründen auch immer dagegen ausgesprochen hatte - und ich war nicht bei diesem Jour fixe dabei; denn ich war noch gar nicht Afghanistan-Beauftragter, aber ich das eben - - ich frage mich: Habe ich das irgendwie - - steht da mein Name drunter, oder steht da nur AP-B-2? -, -

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Wir legen es Ihnen einfach kurz vor.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** - dann muss ich ja dafür sorgen, dass auch die Ressorts und insbesondere unseres da mitgehen, und deswegen habe ich das der Leitung übermittelt, dass es keinen Disconnect gibt. Also die Kanzlerin sagt etwas, aber

sozusagen intern ins Kanzleramt hinein, dann auf Arbeitsebene kommt das an uns oder auf Fach-ebene, und es fehlt irgendwie der Mittelbau bzw. das ressortgemeinsame Verständnis darüber. Dann würden die Dinge ja auseinanderlaufen. Deswegen war es meine Aufgabe, das dem Staatssekretär Berger, nehme ich mal an, zur Kenntnis zu geben und zu gucken, ob diese Linie jetzt zu revidieren ist im Ressortkreis.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Gab es eine Rückmeldung vom Staatssekretär, und wurden Optionen entwickelt?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ich kann mich jetzt nicht - - Also, wenn es aus den Akten nicht hervorgeht, gab es auf jeden Fall schon mal nichts Schriftliches. Ich weiß aber, dass rein faktisch wir ja Sonderflüge dann organisiert haben und ein Charterflug geplant war für den 16. August. Das kommt Ihnen wahrscheinlich jetzt ziemlich weit entfernt vor, aber nach allgemeinem Dahalten damals brauchte man eben einen ziemlichen zeitlichen Vorlauf für diese Sonderflüge - einerseits, weil die Chartergesellschaften eben nicht über Nacht Charterflugzeuge zur Verfügung stellen, und zweitens, weil Überfluggenehmigungen einzuholen sind. Ich glaube, der Zeitansatz, den man grundsätzlich dafür hatte, war drei Wochen, und insofern kann ich mir vorstellen, dass der Wunsch der Kanzlerin umgesetzt wurde, aber eben für einen Zeitpunkt, an dem die Ereignisse bereits darüber hinweggegangen waren.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. - Im weiteren Verlauf gab es eine Anfrage der Vereinigten Staaten. Es ging darum, dass man 5 000 bis 15 000 Ortskräfte über Deutschland mit zeitweiligem Aufenthalt in Deutschland ausfliegen wollte. Wie haben Sie diese Anfrage der USA eingeschätzt?

Und ich frage noch mal konkreter, vor allem beim Thema „Signalwirkung“: Also Sie haben ja vorher dargestellt, wie vorsichtig das Auswärtige Amt umgegangen ist in der Frage, keine falschen Signale zu senden. Aber wenn die Amerikaner dann in dieser Größenordnung Menschen ausflie-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gen, war dann jetzt unsere Haltung da noch relevant, oder waren die Signale nicht ohnehin schon gesetzt?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Herr Erndl, darf ich Sie fragen, mir noch mal das Datum mitzuteilen, wann das gewesen ist?

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Also, das müsste der 20. Juli gewesen sein, an dem die Anfrage kam, und es gab dann am 21. Juli ein Optionenpapier von AP 05, wo eben diese Antwortoptionen an die Amerikaner aufgeführt wurden; und das findet sich auf MAT A AA-8.648 VS-NfD, Blatt 141 bis 146.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also ich kann sagen, dass für die Amerikaner - - Also ich nehme an, das war eine Voranfrage der Amerikaner, ob man bei uns sozusagen einen Transit einschalten könnte, und in der Tat war das eine Philosophie, die unserer entgegenstand, aber sie war ja noch nicht praktiziert worden; das war dann, glaube ich, eine ganze Ecke später. Und ich erinnere mich an Präsident Ghani, der mir gegenüber da sehr ausfallend wurde, was diese amerikanischen Maßnahmen anbelangt, weil er eben sagte - genau das, was wir auch schon vorher thematisiert haben -, dass dies eben dem Narrativ der Taliban in die Hände spielt und damit das Ende - - also sozusagen der Republik der Boden unter den Füßen weggezogen wird.

Und in der Tat ist die Frage, ob man dann selber sagt: Okay, wenn es jetzt sowieso schon von den Amerikanern so gesetzt wird, diese Signale, dann machen wir es genauso. - Wobei sich rein inhaltlich für uns diese Frage ja auch nicht so stellte wie für die Amerikaner; denn wir hatten ja seit 2013 ein Ortskräfteverfahren mit Ausreisen, und da hatten wir ja bis dato bereits - - 5 000, wenn ich mich richtig erinnere, Ortskräfte hatten Visa bekommen, und es gab reguläre Flüge, die diese Ortskräfte auch genutzt haben, bzw. es gab Ortskräfte, die ein Visum hatten, aber nicht ausreisen

wollten. Also der zivile Flugverkehr funktionierte ja, und wir hatten nicht solche Mengen - 5 000 bis 15 000 -, die jetzt irgendwie Visa gehabt hätten und die wir hätten ausfliegen wollen. Also, der Bedarf war bei uns auch nicht gegeben, und deswegen, nehme ich mal an, haben wir uns das nicht zu eigen gemacht, jetzt auch in diesen großen Stil der Evakuierung zu gehen, also nicht nur wegen der Signalwirkung im Informationsraum, sondern auch, weil zu dem Zeitpunkt bei uns der Bedarf noch nicht bestand.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Frau Kollegin Schäfer.

**Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Wieck, Sie hatten eben auf die Frage von dem Kollegen Heidt ja schon gesagt, dass Sie strategisches Kommunikationsmanagement gemacht haben, um bestimmte Risiken aus Ihrer Sicht einzudämmen, indem Sie eben Informationen auch nicht an breite Verteiler versenden lassen. Haben Sie zu irgendeinem Zeitpunkt auch mal darüber nachgedacht, ob das die Amerikaner vielleicht ähnlich handhaben, was Informationen über die Sicherheitslage anbelangt und auch das Zurückhalten dieser Informationen?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ich würde schon mal der Formulierung nicht zustimmen, dass Informationen zurückgehalten wurden. Vielleicht wurden sie - - Das Bemühen war, sie zurückzuhalten, was den öffentlichen Raum anbelangt, aber ja nicht in der Kommunikation mit Regierungsstellen. Ich sage noch mal: Das Petitum war nicht, nicht zu berichten, das Petitum war auch nicht, nur drei Abnehmer zu unterrichten, die das dann für sich behalten. Das Petitum war eher, mit Sammelverteilern vorsichtig zu sein, weil man den Adressatenkreis nicht kennt. Ich weiß nicht, ob man durch irgendwelche geschickten Klicks sich das dann genau auflisten lassen kann, wer da alles drunter ist, aber normalerweise, wenn man sie einfach verwendet, dann weiß man nicht, wer alles drunter ist, und dann lässt sich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht mehr nachvollziehen, wie diese Mail weitergegeben wird. Also es ist dann eben schwierig, das zu kontrollieren.

Und wie jetzt die amerikanische Informationspolitik war und welche Art der Kommunikation sie gewählt haben, entzieht sich meiner Kenntnis.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Vielen Dank. - Dann habe ich noch mal eine Frage zu Ihrer Reise nach Kabul Ende Juli 2021, und zwar in Bezug auf die Rückführungsflüge. Da würde mich einmal interessieren, von wem eigentlich dieser Auftrag kam, die Rückführungsflüge dort voranzutreiben.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Da habe ich ja selber, glaube ich, einen Vorgang gerade bekommen gehabt

(Der Zeuge schaut auf die vor ihm liegenden Unterlagen)

- ich finde ihn nicht mehr -, aus dem hervorgeht, dass es also ein Gespräch anscheinend zwischen den Staatssekretären des BMI und des AA gab, dass wir das wollen, und insofern ich diesen Auftrag bekam, sowohl vom BMI - das mir das schon mitgeteilt hatte, als ich mich dort vorgestellt habe, mein erstes Gespräch geführt habe - als auch von unserem Staatssekretär.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wissen Sie noch, welche Begründung Ihnen damals mitgeteilt worden ist von den Staatssekretären, warum genau zum damaligen Zeitpunkt noch Abschiebungen durchgeführt werden sollten?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also die Begründung - und darauf habe ich auch Wert gelegt - ist, dass es schwer straffällige Täter sind, Gefährder oder Afghanen, die vergewaltigt haben in Deutschland, und dass wir eben diese Afghanen zurückführen, zurück nach Afghanistan führen wollen und dass es eine kleine Anzahl ist und dies eben politisch so gewünscht ist.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Also, wenn ich es jetzt richtig verstanden habe, war die Begründung, die aufgeführt wurde - - bezog sich auf den Kreis der Personengruppe, die das betraf.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Genau. Also, es ging nicht darum, jetzt in großem Stil abzuschieben, um sozusagen die Anzahl der Asylantragsteller zu reduzieren, sondern darum, schwere Straftäter in ihre Heimat zurückzuführen.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie war Ihre Haltung, als Sie dann auch die Gespräche mit der afghanischen Regierung geführt haben, zu diesen Abschiebungen?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Wie gesagt, hatte ich extra einen Termin mit dem Migrationsminister vereinbaren lassen, um dieses Petitum dort vorzutragen. Aber noch bevor ich es überhaupt vortragen konnte, war eine Kollegin der Botschaft - - hat mich sozusagen abgefangen am Eingang des Ministeriums und hat gesagt: Thema eigentlich schon erledigt, die haben schon zugestimmt. - Also hatte die Botschaft vorher schon demarchiert oder ihr Petitum vorgetragen, und ich brauchte das dann eigentlich gar nicht mehr zu tun. Und deswegen ging es im Gespräch mit dem Migrationsminister nur noch um das Wie, nämlich die Frage: „Charter oder Linie?“ vor dem Hintergrund, dass die Afghanen wollten, dass dieser Rückführungsflug eben möglichst diskret vollzogen wird.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist interessant, weil der Zeuge van Thiel nämlich hier am 14. März 2024 vor dem Ausschuss auf die Frage der Abgeordneten Bayram zu Ihrem Vorgehen bei den Gesprächen in Kabul zum Thema „Abschiebung“ Folgendes ausgesagt hat - das ist im vorläufigen Stenografischen Protokoll 20/66, Seite 157 bis 158 -:

„Die afghanische Seite wollte keine Flüge mehr, ganz ausdrücklich nicht, und wollte das aber auch nicht ausschließen für alle Ewigkeit, sondern angesichts der eskalierenden Lage und auch der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

eigenen Öffentlichkeit wollte es ein Moratorium ...

Aber da hat Berlin richtig Druck entfaltet. Also der Jasper Wieck - den sehen Sie ja noch, den können Sie ja dazu mal befragen -,

- deswegen mache ich das jetzt auch -

der war ja in Kabul, ich glaube, 26., 27., 28., irgendwo so in der Kante. Und der hat da vor Ort richtig Druck entfaltet, ...

Können Sie vielleicht noch mal aus Ihrer Sicht darstellen, wie der Eindruck bei Herrn Thiel entstanden sein kann, dass Sie da Druck ausgeübt haben?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Also, nach meinem Empfinden, nach meiner Erinnerung habe ich keinen Druck entfaltet. Ich brauchte ihn auch nicht zu entfalten. Ich weiß nicht, ob Sie Herrn van Thiel noch mal hören, auf jeden Fall können Sie ihn mal fragen, wie wir empfangen worden sind; denn wir sind ja beide durch die Tür gegangen, in der die Mitarbeiterin - ich glaube, es war Frau H■■■■, es kann aber auch eine andere Mitarbeiterin gewesen sein - uns schon gesagt hat, dass die Afghanen zugestimmt hatten.

Ich weiß nicht, ob Druck entfaltet worden ist, aber auf jeden Fall wurde das Petitum von der Botschaft anscheinend schon vor meinem Besuch unterbreitet, und die Afghanen hatten schon zugestimmt. Warum soll ich dann Druck entfalten, wenn es gar nichts mehr zu erreichen gibt? Und es war wirklich ein sehr freundschaftliches und einvernehmliches Gespräch, dass wir uns überlegt haben mit dem Minister, wie wir das jetzt möglichst diskret abwickeln. Ich glaube, es gibt sogar noch ein Foto von uns beiden, dem Minister und mir, wo wir uns freundlich die Hand schütteln; ich glaube, es wurde getweetet damals. Ich habe das als eine sehr angenehme Begegnung in Erinnerung, und von Druck ist mir nichts in Erinnerung.

**Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Vielen Dank. - Dann habe ich jetzt noch eine letzte Frage an Sie, und zwar: Im Nachgang Ihrer Reise nach Kabul erhielten Sie dann im AA und auch andere Personen eine E-Mail am 2. August 2021 aus der Botschaft Kabul von Herrn van Thiel zum Thema „Rückführungsflüge“, und darin stellt er gemeinsam mit den Referenten Frau H■■■■ und Herr R■■■■ und deren Gespräch mit der Friedensministerin Alema und Außenminister Atmar, Vertretern des UNHCR, IOM, IPSO und anderen zu der Frage von Abschiebungen Folgendes dar:

„Aufgrund enger Freundschaft und Zusammenarbeit würde AFG Regierung von DEU gewünschten Rückführungsflug trotz erheblicher interner Widerstände mittragen.“

usw.

Trotzdem wird auch hier auch von massivem Unmut der afghanischen Regierung gesprochen, und Ministerin Alema zitiert:

„UNHCR und IOM warnen angesichts sich dramatisch verschlechternder Sicherheitslage, insb. Intensivierung der Kampfhandlungen ... einhergehend mit Angriffen auf VN-Einrichtungen, vor humanitärer Lageverschärfung ... In dieser Lage seien Rückführungen jeglicher Art aus humanitären Gesichtspunkten unvertretbar.“

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)]

Und das IOM appelliert auch in dem Schreiben, eben zitiert, dafür, das Moratorium anzuerkennen und die Rückführungen zu stoppen. Wie haben Sie denn diesen Bericht damals wahrgenommen, und hatte das irgendeine Auswirkung auf Ihre Einschätzung zu diesen Abschiebeflügen?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also das war ja dann eine Woche später, nehme ich mal an.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Und dass jetzt eine Zustimmung, die von der afghanischen Regierung gegenüber der Botschaft gegeben worden war, eine Woche später in Unmut umkippt, war in der Tat für mich überraschend, weil ich diesen Unmut nicht verspüren konnte. Aber wenn die Botschaft das so empfindet, dann ist es ja nicht nur ihr gutes Recht, sondern auch ihre Pflicht, das mitzuteilen, und das haben wir dann so zur Kenntnis genommen. Aber jetzt aufgrund dieser Mail den Flug, der, glaube ich, für den 3. August geplant war, deswegen abzusagen, so weit sind wir nicht gegangen. Ich glaube, er fand nicht statt, aber aus anderen Gründen. Also wir müssen schon davon ausgehen, wenn uns der zuständige Minister seine Zustimmung gibt, dass dann das Wort der Afghanen auch gilt und nicht aufgrund Unmutsbekundungen von anderen Ministerinnen - -

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber auch von Organisationen, die dort natürlich im Migrationsbereich, im humanitären Bereich tätig waren.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, das mag sein, dass NGOs sich dagegen aussprechen. Und es gab ja auch ein Moratorium der afghanischen Seite, und das wird ja nicht grundlos erteilt worden sein. Aber es gab die Sondergenehmigung für diesen Flug, und ich muss dann schon, wenn ich auf einer Reise, um mit Herrn Nürnberger zu formulieren, mit diesem Gepäck dann eine Zusage bekomme, dass das von den Afghanen so akzeptiert wird, mich darauf verlassen können und kann nicht eine Woche später, wenn NGOs sich dagegen aussprechen und eine nicht zuständige Ministerin, sagen: Okay, die Zusage gilt nicht mehr. - Das hätte, glaube ich, dann zur kompletten Verwirrung geführt; denn wahrscheinlich hat der Minister, der uns das zugesagt hat und der Botschaft im Übrigen zugesagt hatte, ja sich auch vorher abgestimmt hat mit seinem Präsidenten und mit anderen Zuständigen. Und wenn wir jetzt die Zusage nicht einhalten und nicht umsetzen, hätte er ja auch alt ausgesehen; um es salopp zu sagen.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir wechseln. - Bitte schön.

**Joachim Wundrak** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Morgen, Herr Dr. Wieck! Machen wir noch eine letzte Runde. Ich möchte aufsetzen: Sie haben geschildert, Sie waren am 11. und 12. August in Doha. Wann sind Sie zurück nach Deutschland, nach Berlin geflogen?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Im Laufe des 13. August und damit auch zu spät für den Krisenstab, der, glaube ich, mittags tagt irgendwie.

**Joachim Wundrak** (AfD): Haben Sie mitbekommen, dass Abdullah Abdullah am 13. auch Richtung Kabul dann unterwegs war und er einen - nach den Papieren, die wir hier haben - Agreed Peace Deal mit nach Kabul genommen hat? Das ist MAT A AA-8.120 VS-NfD, Blatt 116.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, das ist eine Pressemeldung. Und Herr van Thiel freut sich. Wahrscheinlich hätte ich mich auch gefreut. Aber wie er selber schreibt, ist das zu schön, um wahr zu sein. Wahrscheinlich war es eine Ente.

**Joachim Wundrak** (AfD): Also, nach unseren Kenntnissen ist Abdullah Abdullah mit diesem Peace Deal am 13. nach Kabul geflogen, hat am 13. noch mit Präsident Ghani ihm das eröffnet. Präsident Ghani hat sich einen Tag Bedenkzeit zum Rücktritt erbeten. Ross [REDACTED] war am 14. nachmittags, spätnachmittags noch bei ihm, hat ihn auch noch mal zum Rücktritt gedrängt. Und dann muss irgendwas am 14. spätnachmittags oder am frühen Abend passiert sein.

Sie haben - und da beziehe ich mich jetzt auf MAT A AA-8.672 VS-NfD, Blatt 53 - einige Tage später berichtet, dass - und ich nenne jetzt den Namen nicht - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

„Rückblickend und von ...“

- geschwärzt -

„als persönliche Meinung kenntlich gemacht: Bedauern über Entscheidung zur Evakuierung der US-Botschaft bzw. Verlegung an Flughafen Mitte August. Sei damals getroffen worden auf Grundlage Berichterstattung US-█, derzufolge gewaltsame Übernahme des Compound durch Taliban unmittelbar bevorstehe. Aus heutiger Sicht überzogene Panik.“

Sie haben das eben auch in einer Kurzform schon mal dargestellt. - Für mich wäre es sehr interessant, ob Sie wissen, was da am 14.08. spätnachmittags oder am frühen Abend passiert ist, was den US-█ dazu gebracht hat, die Evakuierung einzuleiten.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Das weiß ich nicht. Ich kann nur spekulieren.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das sollten Sie nicht tun.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Dann will ich das auch nicht tun.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ihnen ist nicht bekannt, dass es eine nachrichtendienstliche Meldung am 14.08., am frühen Abend, gegeben hat, die diese von Ihnen ja kolportierte Meldung, einen Überfall oder einen Angriff der Taliban auf die Green Zone, beinhaltet.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ich weiß nicht, ob ich Ihre Frage richtig verstanden habe.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wenn man sie offener stellt - - Sie könnten ja fragen, ob ihm das bekannt ist.

**Joachim Wundrak (AfD):** Haben Sie Kenntnis - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Na, sehen Sie, das funktioniert doch. - Haben Sie Kenntnis von dieser Meldung?

**Joachim Wundrak (AfD):** Danke für die kollegiale Hilfe. - Haben Sie Kenntnis von einer nachrichtendienstlichen Meldung am 14.08., frühen oder späteren Abend, die die von Ihnen ja schon erwähnte Falschmeldung beinhaltet, dass Taliban planen, am 15. oder 16. Kabul anzugreifen und die Green Zone anzugreifen?

(VLR Andreas Gloßner  
(AA) meldet sich zu Wort)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Bundesregierung wünscht das Wort.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Ich darf Sie darauf hinweisen - - Mittlerweile geht es um eine andere MAT-Nummer. Könnten Sie die bitte noch nennen?

**Joachim Wundrak (AfD):** Welche wollen Sie wissen?

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Die vom BND.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die, die sich auf diese Frage jetzt hier bezieht.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Also, Sie haben eine genannt: MAT A AA usw. Mittlerweile sind Sie aber beim BND.

**Joachim Wundrak (AfD):** MAT A BND-3.203 VS-NfD, Blatt 190. Das ist überdruckt hier ein bisschen. - Ist 100? Kann ich jetzt? - Tut mir leid. Ist das 100? - Blatt 100. Entschuldigung.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ja, jetzt können Sie antworten, ob Ihnen das bekannt ist.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Diese Meldung, die ich gar nicht verstehe? Soll ich sie mal vorlesen?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Nee, das brauchen Sie nicht. Sie sollen einfach nur sagen, ob Ihnen die bekannt ist.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Die verstehe ich nicht, weil vieles geschwärzt oder blau überstrichen ist. Und sie sagt mir auch nichts.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. Die Antwort laut also: Nein.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja, danke für die Antwort.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. - Dann wechseln wir zur FDP.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Ja, vielen herzlichen Dank. - Herr Dr. Wieck, noch mal zu der medialen Veröffentlichung der Hubschrauberlieferung, über die wir vorher gesprochen haben. Sie haben ja vorher gesagt, dass die Taliban die Regeln für die Nutzung der Hubschrauber oder von Hubschraubern vorgegeben hätten. Inwieweit hat es Ihrer damaligen Ansicht nach eine Rolle für die Verwendbarkeit dieser Hubschrauber gespielt, dass die Taliban aus den fraglichen öffentlichen Äußerungen des Abgeordneten von der Existenz dieser Hubschrauber erfahren haben, also dass sie dann damit gewusst hätten, die kommen jetzt, und deswegen haben sie sozusagen auch auf die Regeln Einfluss genommen? Was war Ihre damalige Sicht auf diesen Komplex?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also, die Regeln der Taliban gab es schon vorher. Wir hatten ja bereits darüber gesprochen, dass es ein Arrangement gegeben haben muss, dass der Flughafen bis zum 31. August offen gehalten wird, um Botschaften, die das Land verlassen wollen, und Botschaften, die Ortskräfte ausreisen lassen wollen oder auch Schutzbedürftige, diese Möglichkeit zu geben. Ein solches Arrangement muss es gegeben haben, denn die Taliban haben aktiv an der Funktionsweise dieser Möglichkeit mitgewirkt, indem sie auch die Schleusen ja mitbewacht haben. Das mache ich ja nicht, wenn ich das gar nicht akzeptiere.

Und zu diesem Arrangement gehörte nach meiner damaligen Kenntnis auch, dass diese Botschaften diese Flankierung vom Flughafen aus tun und nicht mit Helikoptern oder ähnlichem Gerät sich weiterhin über Kabul bewegen. So. Und die Tatsache, dass es dann deutsche Helikopter gab, wäre den Taliban ja sehr schnell aufgefallen; das lässt sich ja schwer verheimlichen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Andere Frage: Sie haben vorher gesagt, dass Herr van Thiels Handlungsempfehlungen seinerzeit nicht realistisch gewesen seien; das war Ihre Wortwahl. Ich würde gern über Ihre damalige Vorstellung davon, was Sie für realistisch gehalten haben, sprechen. Für wie realistisch haben Sie damals eingeschätzt, dass Bundesminister Maas in seinem Telefonat mit dem damaligen amerikanischen Außenminister die USA umstimmen würde, dass sie die Botschaft, also ihre US-Botschaft, behalten würden on the ground? Und könnten Sie bei Ihrer Antwort auch noch darauf eingehen, welche Hebel Ihrer Ansicht nach Deutschland in der Hand gegenüber den USA hatte im damaligen Zeitpunkt? Was war Ihre Vorstellung damals?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also zunächst einmal muss ich noch mal präzisieren, was ich gesagt habe. Ich habe nicht gesagt, dass die Handlungsempfehlungen von Herrn van Thiel nicht realistisch waren - so pauschal habe ich das nicht gesagt -, sondern dass einzelne Handlungsempfehlungen - ich habe sogar auch eine genannt, zum Beispiel, dass die Bundeswehr vorausstationieren soll in der Umgebung Afghanistans - unrealistisch gewesen sind. Also insgesamt gab es auch realistische Handlungsempfehlungen. Ich habe ja auch ausgeführt, dass wir uns die eine oder andere Handlungsempfehlung zu eigen gemacht haben.

Was jetzt die Handlungsempfehlung an Minister Maas anbelangt, mit dem amerikanischen Kollegen zu sprechen, gingen wir schon davon aus, dass dem eine realistische Annahme zugrunde lag, nämlich die Amerikaner umzustimmen, weil wir auch den Eindruck hatten, dass es eben sehr unterschiedliche Denkschulen in den USA gab - das geht ja auch aus verschiedenen Berichten der Botschaft hervor - und dass auf diese Weise durchaus die Politikgestaltung in den USA noch beeinflussbar war.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Welche Hebel dachte man denn damals oder dachten Sie damals, dass man als Deutschland in der Hand haben würde gegenüber den USA?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Also zunächst einmal gar keinen Hebel, sondern eigentlich eher - und so ist es ja auch formuliert - den Appell daran, was hier eigentlich auf dem Spiel steht und dass eben eine Botschaftsevakuierung aus unserer Sicht nicht notwendig ist. Und wenn ich dann dazunehme das Dokument, was gerade mir präsentiert wurde, dass ein namhafter Vertreter der amerikanischen Administration wenige Wochen später gesagt hat, dass dies eine Überreaktion gewesen ist oder die Panik eben der dortigen Vertretung oder des Geschäftsträgers, dann waren wir ja gar nicht so weit weg mit der Empfehlung an Minister Maas.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Wurde denn für den Plan vorbereitet, dass dieser Überzeugungsversuch scheitern könnte? Also, gab es einen Plan B sozusagen?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, den gab es, nämlich das MoU mit den Amerikanern, demzufolge die Amerikaner nicht nur für die Sicherheit in der Green Zone sorgen, sondern auch für die Evakuierung der Botschaft mit Helikoptern im Falle einer Evakuierungsnotwendigkeit. Also für das Botschaftspersonal an sich war diese Möglichkeit gegeben, und sie wurde dann ja auch genutzt.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Sie kennen ja die Lagedarstellung der Szenarien des BND sicherlich. Dann kennen Sie sicherlich auch die Begrifflichkeiten, die der BND verwendet, zum Beispiel, dass etwas wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher ist, aus den Unterlagen und Briefings. Kann ich davon ausgehen?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Sie können davon ausgehen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Ja. - Können Sie mir dann auch sagen, wie hoch die Wahrscheinlichkeit in Prozent für folgendes Ereignis ist: Die Einnahme von Kabul in den nächsten 30 bis 90 Tagen ist eher unwahrscheinlich. - Wie viel Prozent ist das? Schwierige Frage um diese Uhrzeit, aber „eher unwahrscheinlich“.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ich habe das jetzt nicht im Kopf, was das an Prozent bedeutet. Aber „ist

eher unwahrscheinlich“ heißt, dass es nicht wahrscheinlich ist, also unter 50 Prozent liegt.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Genau, es ist 20 bis 50 Prozent. Bisher hat noch keiner der Zeugen die Frage richtig beantwortet. Also „eher unwahrscheinlich“ bedeutet übersetzt die Einschätzung des BND, die dieser im Krisenstab am 13. August getroffen hat. Also die Einnahme von Kabul in den nächsten 30 bis 90 Tagen beträgt eine Wahrscheinlichkeit von 20 bis 50 Prozent. War Ihnen das so bewusst?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja, ich habe ja gerade gesagt, dass sie unter 50 Prozent lag. Insofern bin ich wahrscheinlich - -

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Bis zu 50 Prozent.

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Unter 50 Prozent ist ja bis zu 50 Prozent. Also, ich würde sagen, ich bin dann der Erste, der die Frage richtig beantwortet hat.

(Heiterkeit)

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Okay.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Glückwunsch zum Preis um diese Uhrzeit!

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Darf ich noch eine allerletzte Frage stellen?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Bitte.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Was sind denn Ihre Lessons learned aus Afghanistan?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Eigentlich hätte ich noch gerne über die andere Frage gesprochen; aber es ist ja schon ziemlich spät. Also konzentriere ich mich jetzt auf Ihre unmittelbare Frage.

Also eine Lesson learned ist sicherlich, dass die Art, wie wir uns abhängig gemacht haben von den Amerikanern, vom Sicherheitskonzept der Amerikaner, nicht etwas ist, was wir noch häufig



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wiederholen sollten. Ich glaube, da sind wir aufgerufen, sehr viel stärker im europäischen Verbund zu denken und zu planen, nämlich in einem Gremium, in einem Forum, in Strukturen, wo wir Mitspracherecht haben. Was die Amerikaner an Entscheidungen getroffen haben in dieser Nacht - oder wann es auch immer in den USA entschieden wurde -, haben sie gemacht, ohne uns einzubeziehen, bzw. dadurch, dass die Entscheidung in den USA anscheinend getroffen worden ist in Unkenntnis zum Beispiel das State Department, was ja das Gegenteil noch behauptete, ich glaube, am 14. - - zeigt ja, in welche Situation man kommen kann, wenn man sich so stark in eine solche Abhängigkeit begibt. Wenn wir das europäisch organisieren würden, dann sitzen wir mit am Tisch, mit einem gewissen Gewicht in der Stimme und können da unser Schicksal stärker mitgestalten und damit auch unsere Politik, unseren Ansatz und die Nachhaltigkeit dessen, was wir über Jahrzehnte dort aufgebaut haben oder künftig woanders vielleicht auch aufbauen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Ich will eine Abschlussfrage stellen, weil ich gerne hätte, dass wir das für das Protokoll richtig haben. Das mag an der Uhrzeit oder an meinem Begriffsvermögen liegen, dass ich nicht genau verstanden habe, aber ich will es jedenfalls gerne nicht falsch im Protokoll haben.

Es ist vorhin nachgefragt worden vom Kollegen Nürnberger und auch von Frau Jurisch eben noch mal, ob die Taliban Kenntnis haben konnten von der Medienberichterstattung über den Hubschrauberflug. Sie haben ja gesagt, es gab da Vereinbarungen. Für den Fall, dass das so ist, hat das ja - so verstehe ich das jedenfalls - nicht zugelassen, einen solchen Hubschrauberflug zu machen, also auch nicht ein Mal. So habe ich das interpretiert, was Sie gesagt haben. Ist das richtig? Habe ich das richtig gehört?

**Zeuge Dr. Jasper Wieck:** Ja. Also, mein Verständnis damals war, dass dies nicht zu dem Arrangement gehörte, das die Amerikaner mit den Tali-

ban abgeschlossen haben. Aber da ich das Arrangement nicht kenne und es das wahrscheinlich gar nicht schriftlich gibt, ist das jetzt nicht sehr belastbar. Aber es hatte schon seine Gründe, dass man zunächst darauf verzichtete. Aber da bewege ich mich auf dünnem Eis.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich will Sie gar nicht weiter drängen, aber dann habe ich Sie ja richtig verstanden.

Gut. Dann, denke ich, war das die Befragung für heute Abend. Förmlich ist die Befragung aber nicht abgeschlossen, weil Sie noch Gelegenheit haben, wenn das Protokoll Ihnen übermittelt wird - 14 Tage -, noch gegebenenfalls Korrekturen vorzunehmen. Erst dann wird das förmlich festgestellt.

Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie hier gewesen sind und auch für Ihre Kondition. Ich wünsche Ihnen alles Gute und schließe die Sitzung um 0.18 Uhr.

(Schluss: 0.18 Uhr)

## Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des  
Zeugen Markus Potzel

Auszug aus dem Stenografischen Protokoll der 68. Sitzung des 1. Untersuchungsausschuss  
 S. 1– 160 – Anmerkungen/Änderungsbitten Zeuge Markus Potzel

Seite	Originalzitat	Anmerkungen/Änderungsbitten
S. 19, linke Spalte	„Also, das ist korrekt.“	Die Antwort „Also, das ist korrekt.“ bezieht sich auf den 1. Vorhalt, also die Mail vom 13.08.2021.
S. 103, linke Spalte	„Ja.“	Ersetze Originalzitat durch: „Ich kann mir nicht vorstellen, so etwas gesagt zu haben.“

## Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des  
Zeugen Dr. Jasper Wieck

Kommentare zum Auszug aus dem Stenografischen Protokoll der 68. Sitzung des  
 1. Untersuchungsausschuss S. 110 bis 160

Seite	Originalzitat	Kommentar
111, rechte Spalte	„...war bereits im Auswärtigen Amt federführend und ist im Auswärtigen Amt; die Rechtsabteilung in der Bundesregierung: das BMI...“	Inhaltlich irreführende Interpunktion! Es muss heißen: „...war bereits im Auswärtigen Amt federführend und ist im Auswärtigen Amt; die Rechtsabteilung. In der Bundesregierung: das BMI...“
112, linke Spalte; 137, rechte Spalte; 138, rechte Spalte	„... AP04...“	Bitte ersetze „AP04“ durchgehend durch „APOS“
135, rechte Spalte; 147, rechte Spalte mehrfach; 148, linke Spalte mehrfach	„██████████“	Aus Gründen der Vertraulichkeit und um Schaden von den Beziehungen zu den USA abzuwenden: Bitte, ██████████ durchgehend schwärzen.
135, rechte Spalte	„Als mir das ██████████, der amerikanische ██████████, in Doha am 12. August sagte, war ich...“	Bitte wie folgt ergänzen: „Als mir das ██████████, der amerikanische ██████████, in Doha am 12. August als eine von mehreren, derzeit in der Prüfung befindlichen Optionen nannte sagte, war ich...“
139, linke Spalte	„Wir Deutschen hatten nicht die Taliban gelistet.“	Bitte wie folgt ergänzen: „Wir Deutschen hatten nicht die Taliban als Organisation gelistet.“

144, rechte Spalte	„Unser ganzes Engagement bezog sich ja darauf, dass wir die Taliban an der Regierung beteiligen wollten.“	„Unser ganzes Engagement bezog sich ja darauf, dass wir die Beteiligung der Taliban an der Regierung als unumgänglich betrachteten.“
--------------------------	---	--